

# Aktuelle Wege der Wirtschaftspolitik

Von

Otmar Issing, Hans G. Monissen  
Manfred Neumann, Theodor Pütz, Dieter Schmidtchen

Herausgegeben von Artur Woll



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

**Schriften des Vereins für Socialpolitik**  
**Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften**  
**Neue Folge Band 130**

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Neue Folge Band 130

---

## Aktuelle Wege der Wirtschaftspolitik



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

# Aktuelle Wege der Wirtschaftspolitik

Von

Otmar Issing, Hans G. Monissen  
Manfred Neumann, Theodor Pütz, Dieter Schmidtchen

Herausgegeben von Artur Woll



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

**Neue Wege der Wirtschaftspolitik** / von Otmar Issing  
... Hrsg. von Artur Woll. — Berlin : Duncker und  
Humblot, 1983.

(Schriften des Vereins für Socialpolitik, Gesell-  
schaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ;  
N. F., Bd. 130)  
ISBN 3-428-05323-0

NE: Issing, Otmar [Mitverf.]; Woll, Artur [Hrsg.];  
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissen-  
schaften: Schriften des Vereins ...

Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der photomechanischen  
Wiedergabe und der Übersetzung, für sämtliche Beiträge vorbehalten

© 1983 Duncker & Humblot, Berlin 41

Gedruckt 1983 bei Berliner Buchdruckerei Union GmbH., Berlin 61  
Printed in Germany

ISBN 3 428 05323 0

## Vorwort

„Aktuelle Wege der Wirtschaftspolitik“ untersuchte der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Vereins für Socialpolitik in seinen Sitzungen 1981 in Bad Homburg und 1982 in Salzburg. Auf der Sitzung 1981 wurden insgesamt drei Referate gehalten, von denen im vorliegenden Sammelband die von Prof. Dr. Theodor Pütz und Prof. Dr. Hans G. Monissen wiedergegeben sind. Das dritte Referat von Prof. Dr. Bruno S. Frey, „Elemente einer zukünftigen Theorie der Wirtschaftspolitik“, ist vorab in der Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 101. Jg. (1981), veröffentlicht worden. Das Referat von Prof. Dr. Theodor Pütz wurde im ersten Teil auf der Sitzung 1981 in Bad Homburg und im zweiten Teil auf der Salzburger Sitzung 1982 vorgetragen. Auf der letzteren Sitzung waren zwei weitere Referate der Professoren Dr. Dieter Schmidtchen und Dr. Otmar Issing Gegenstand der Erörterung. Zu diesen beiden Referaten wurden Korreferate gehalten, von denen das von Prof. Dr. Manfred Neumann in diesem Sammelband ebenfalls enthalten ist. Sämtliche Beiträge fanden ein lebhaftes Echo und eine eingehende Diskussion seitens der anwesenden Mitglieder und Gäste des Wirtschaftspolitischen Ausschusses.

Im einzelnen wurden folgende Problemkreise behandelt. Prof. Dr. Theodor Pütz befaßt sich in seinem Beitrag „Die Theorie der rationalen Wirtschaftspolitik — Kritik und Antikritik“ mit dem Wissenschaftscharakter der Wirtschaftspolitik, der Bedeutung des Rationalprinzips und der positiven Theorie des Verhaltens der Entscheidungsträger in der Wirtschaftspolitik. Kritische Einwände gegen die Theorie der rationalen Wirtschaftspolitik werden durch eine Antikritik zu entkräften versucht. Der Beitrag von Prof. Dr. Hans G. Monissen, „Externalitäten und Wirtschaftspolitik: Einige Anmerkungen“, untersucht die Thesen des Marktversagens und Staatsversagens hinsichtlich des Problems der Internalisierung externer Effekte. Die Rolle der rationalen Erwartungen im Wirtschaftsprozess und ihre Berücksichtigung bei der Konzipierung der Wirtschaftspolitik ist Gegenstand des Beitrags von Prof. Dr. Dieter Schmidtchen: „Tricks und Täuschungen als Mittel der Wirtschaftspolitik? — Die Sicht der Theorie rationaler Erwartungen.“ Die Stichhaltigkeit der Argumentation rationaler Erwartungshypothesen wird auch in dem Beitrag „Zur Theorie der rationalen Erwartungen“ von Prof. Dr. Manfred Neumann kritisch behandelt. Der abschließende

Beitrag von Prof. Dr. Otmar Issing, „Supply-side Economics — Marginalien zu einem wirtschaftspolitischen Programm“, nimmt Stellung zu den neuerdings wieder — vor allem in den Vereinigten Staaten — diskutierten Methoden der angebotsorientierten Wirtschaftspolitik.

Mit den in diesem Sammelband enthaltenen Beiträgen ist keine vollständige Darstellung der aktuellen Wege der Wirtschaftspolitik beabsichtigt. Jedoch findet der Leser die wichtigsten Richtungen in der modernen Diskussion wirtschaftspolitischer Methoden und Möglichkeiten aufgezeigt. Die Beiträge eröffnen zudem Wege zu einer intensiveren Untersuchung der theoretischen und praktischen Probleme der heutigen Wirtschaftspolitik. Sie erfüllen damit eine wesentliche Aufgabe, die sich der Wirtschaftspolitische Ausschuß des Vereins für Socialpolitik gestellt hat: aktuelle wirtschaftswissenschaftliche Forschungsgebiete aufzugreifen, in ihrem gegenwärtigen Stand und ihrer wirtschaftspolitischen Konsequenz zu analysieren und für eine erweiterte Diskussion einem größeren Kreis von Fachwissenschaftlern zu erschließen.

Der Herausgeber

## Inhalt

Die Theorie der rationalen Wirtschaftspolitik — Kritik und Antikritik	
Von Prof. Dr. <i>Theodor Pütz</i> , Salzburg .....	9
Externalitäten und Wirtschaftspolitik: Einige Anmerkungen	
Von Prof. Dr. <i>Hans G. Monissen</i> , Gießen .....	51
Tricks und Täuschungen als Mittel der Wirtschaftspolitik? — Die Sicht der Theorie rationaler Erwartungen	
Von Prof. Dr. <i>Dieter Schmidtchen</i> , Saarbrücken .....	79
Zur Theorie rationaler Erwartungen	
Von Prof. Dr. <i>Manfred Neumann</i> , Erlangen-Nürnberg .....	127
Supply-side Economics — Marginalien zu einem wirtschaftspolitischen Programm	
Prof. Dr. <i>Otmar Issing</i> , Würzburg .....	139





# Die Theorie der rationalen Wirtschaftspolitik Kritik und Antikritik

Von Theodor Pütz, Wien

## 1. Begründung der Themastellung

Auf der Tagung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses im März 1980 (in Würzburg) wurde der Vorschlag gemacht, auf den beiden folgenden Tagungen grundlegende und insbesondere methodologische Probleme der theoretischen Wirtschaftspolitik zu behandeln. Worin liegen die Stärken und Schwächen der bisher entwickelten theoretischen Wirtschaftspolitik; und worin liegen ihre abschätzbaren Entwicklungsmöglichkeiten und Grenzen?

Die „äußeren“ Anlässe für die Fragestellung sehe ich in folgendem: Die Periode der 50er und 60er Jahre war durch starkes und relativ stetiges Wachstum mit hohem Beschäftigungsniveau, durch niedrige Inflationsraten und durch einen das Wachstumstempo übertreffenden Ausbau der sozialen Sicherheit gekennzeichnet. Die 70er Jahre führten zu sinkenden Wachstumsraten und in den meisten Ländern zu steigender Arbeitslosigkeit und Inflation und zu zunehmender Instabilität der Wechselkurse. Erratische Störungen wie z. B. die Ölpreisentwicklung verschärften die genannten Schwierigkeiten. Der Wirtschaftspolitik gelang es nicht, mit den überkommenen wirtschaftspolitischen Strategien und Instrumenten die schon längerfristig hartnäckigen Probleme zu bewältigen. Man muß natürlich betonen, daß die Störungen der wirtschaftlichen Entwicklung und das Ausmaß der Erfolge bzw. Mißerfolge ihrer wirtschaftspolitischen Bekämpfung von Land zu Land verschieden groß waren. Die angedeuteten Schwierigkeiten haben in der öffentlichen Meinung zu starken Zweifeln an der Leistungsfähigkeit der die Wirtschaftspolitiker beratenden Sachverständigen und der dahinter stehenden Wirtschaftswissenschaft geführt.

Der unmittelbare Anlaß für die Themawahl liegt aber in der Entwicklung der *wissenschaftsinternen* Diskussion des vergangenen Jahrzehnts. Diese Diskussion ist in wachsendem Maße charakterisiert durch abnehmenden Konsens in den wirtschaftspolitischen und wirtschaftstheoretischen Meinungen, durch Zuspitzung und Polarisierung theoretischer Diskussionen und vor allem durch eine radikaler und breiter

werdende Fundamentalkritik an der sogenannten „herrschenden“ Theorie und ihrer Anwendung in der theoretischen Wirtschaftspolitik. So ist denn vielfach und von verschiedenen Seiten her die Rede von der „Krise der Wirtschaftswissenschaft“ (Rothschild) oder vom „offensichtlichen Bankrott der ökonomischen Theorie“ (Joan Robinson), vom „Ende der Gleichgewichtstheorie“, vom „Versagen der keynesianischen Makropolitik“, von der Erkenntnisunfähigkeit der vom „konstruktivistischen Rationalismus“ bestimmten ökonomischen Theorie, die sich ein Wissen anmaße, das sie nicht haben könne (Hayek). Der Begriff der „Zweckrationalität“ habe seinen „Kredit als wissenschaftlicher Grundbegriff weithin verloren“ (Luhmann). Die Vorstellung und der Begriff der „rationalen Wirtschaftspolitik“ widerspreche der tatsächlichen Verhaltensweise der „Wirtschaftspolitiker“ und dem gegenseitigen Verhältnis von Staat und Wirtschaft (als gesellschaftlichen Subsystemen).

## 2. Ein Konzept der „Theorie der rationalen Wirtschaftspolitik“

Eine Vorbemerkung: Ich ziehe es vor, nicht *von der Theorie* der rationalen Wirtschaftspolitik sondern *von einem Konzept dieser Theorie* zu sprechen. Den Ausdruck „Konzept“ ziehe ich auch dem terminus „Paradigma“ vor, und zwar aus folgenden Gründen: Was in der Fachliteratur zur wissenschaftlichen Wirtschaftspolitik vorliegt — natürlich einschließlich meiner eigenen Beiträge —, hat eher den Charakter von Entwürfen oder Ansätzen als einer methodisch und systematisch „ausgereiften“ Theorie. Der terminus „Paradigma“ im Kuhn’schen Sinne ist nicht nur zu einem allzu viel gebrauchten Modewort von großer begrifflicher Unschärfe geworden, sondern ist meiner Meinung nach auch nicht geeignet zur Kennzeichnung des gegenwärtigen Standes der Theorie der Wirtschaftspolitik und ihres wirtschaftstheoretischen Fundaments. Diese Auffassung werde ich später im Kap. 3 näher begründen. Da sich die Kritik an der Theorie der Wirtschaftspolitik und an der hinter ihr stehenden ökonomischen Theorie als Kritik an der sogenannten „herrschenden“ Lehre bzw. am herrschenden „Paradigma“ der Wirtschaftstheorie versteht, ist es kaum vermeidbar, sich mit diesen Vorstellungen vom herrschenden Paradigma auseinander zu setzen.

Obwohl man die theoretische Wirtschaftspolitik<sup>1</sup> als eine junge wissenschaftliche Disziplin ansehen kann, gehen ihre Anfänge ein halbes Jahrhundert zurück<sup>2</sup>; die einschlägige Literatur ist heute schon schwer

<sup>1</sup> Die Ausdrücke „theoretische Wirtschaftspolitik“ und „wissenschaftliche Wirtschaftspolitik“ gebrauche ich gleichsinnig.

<sup>2</sup> Vgl. *Th. Pütz*, Erkenntnisobjekt und Leistungsfähigkeit der theoretischen Wirtschaftspolitik, in: *Pioneering Economics*, Festschrift für Giovanni Demaria, Padua 1978, S. 846 ff.

übersehbar. Im deutschsprachigen Raum ist sie ein Hauptlehr- und Prüfungsfach geworden. Viel benutzte Lehrbücher, Monographien und Abhandlungen lassen erkennen, daß bei einer großen Zahl von Ökonomen ein relativ weitgehender Konsens über das Erkenntnisobjekt der theoretischen Wirtschaftspolitik und ihre wissenschaftliche Fundierung besteht. Ich glaube annehmen zu dürfen, daß auch die meisten Mitglieder unseres Ausschusses — bei aller individuellen Profiliertheit — dem von mir noch zu umreißenden Konzept der theoretischen Wirtschaftspolitik nahestehen. Die nun schon 25jährige Ausschuß-Arbeit wäre — so wie sie sich in Referaten, Diskussionen und Vereinspublikationen äußerte — kaum möglich und nicht so fruchtbar gewesen ohne ein ausreichendes Maß an Übereinstimmung in den Auffassungen über den Erkenntnisgegenstand und die Methoden der theoretischen Wirtschaftspolitik. Das so angesprochene Konzept der Theorie der Wirtschaftspolitik liegt gewiß auch weitgehend den Gutachten des Sachverständigenrates zugrunde. Im Folgenden soll nun das Konzept der Theorie der rationalen Wirtschaftspolitik in starker Verdichtung dargestellt werden.<sup>3</sup>

Die Darstellung dieses Konzeptes muß aber schon deshalb relativ eingehend und differenziert sein (besonders hinsichtlich der vielfältigen Bedeutung des terminus „rational“), weil die Kritik an der sogenannten herrschenden Lehre und insbesondere am Rationalitätsprinzip durchweg simplifizierend und damit verfälschend argumentiert.

## **2.1 Der Wissenschafts-Charakter der Theorie der rationalen Wirtschaftspolitik**

Die Aussagen der theoretischen Wirtschaftspolitik müssen nach meiner Auffassung, die weitgehend der Wissenschaftslehre des kritischen Rationalismus (Popper) entspricht, vier Bedingungen genügen, wenn sie als wissenschaftliche Aussagen qualifiziert werden sollen.<sup>4</sup>

Erstens: Ihre Aussagen müssen logisch konsistent sein.

Zweitens: Ihre Aussagen müssen empirisch gehaltvoll sein, d. h. über die Beschaffenheit der Wirklichkeit informieren.

Drittens: Ihre Aussagen über Wirkungs- bzw. Bedingungsbeziehungen müssen auf ihre Übereinstimmung mit der Wirklichkeit überprüft werden können; sie müssen testbar, falsifizierbar bzw. bestätigungsfähig sein.

<sup>3</sup> Seinem wesentlichen Inhalt nach hat H. Giersch schon 1960 dieses Konzept — besonders im Hinblick auf das Beiwort „rational“ — lehrbuchreif gemacht.

<sup>4</sup> Es braucht wohl kaum betont zu werden, daß auch andere bzw. weitere Wissenschaftsbegriffe bestehen und denkbar sind.

Viertens: Ihre Aussagen müssen dem Prinzip der Werturteilsfreiheit genügen.

### 2.11 Ablaufpolitische Fragestellungen

Wenn in der Theorie der Wirtschaftspolitik — als erfahrungswissenschaftlicher Disziplin — Werturteile, d. h. normative Aussagen, nicht zulässig erscheinen, dann schließt das nicht teleologische Werturteile (im Sinne Max Webers) aus; d. h. Urteile über die mehr oder weniger gute Eignung bestimmter Mittel für die Realisierung bestimmter Ziele.<sup>5</sup> Um Unklarheit und Verwirrung zu vermeiden, halten wir es für besser, nicht von teleologischen *Werturteilen* zu sprechen sondern von teleologischen *Aussagen*. Unter „Werturteilen“ verstehen wir im Sinne Max Webers nur Aussagen über „Seinsollendes“; also Aussagen darüber, an welchen Werten sich die Wirtschaftspolitik orientieren sollte, bzw. welche Ziele sie verfolgen sollte. Teleologische Aussagen haben nur dann wissenschaftlichen Charakter, wenn sie sich auf Erkenntnisse (ausreichend bestätigte Hypothesen) der ökonomischen Theorie stützen können.

### 2.12 Ordnungpolitische Fragestellungen

Das Mittel-Zweck-Problem ist das Kernproblem der Ablaufs-(Prozeß-)politik. Der Wirtschaftsablauf vollzieht sich im Rahmen einer jeweils gegebenen Wirtschaftsordnung. Die Wirtschaftsordnung, insbesondere die rechtliche Wirtschaftsverfassung, hat insofern determinierende Bedeutung für die Ablaufpolitik als sie die Möglichkeiten der Wahl bestimmter Ziele und Instrumente begrenzt. Die Theorie der Wirtschaftspolitik kann sich also nicht darauf beschränken, Erkenntnisse der ökonomischen Theorie auf Mittelzweckprobleme der Wirtschaftspolitik anzuwenden. Sie muß auch eine Wirtschaftsordnungstheorie entwickeln: d. h. Darstellung und Vergleich der Struktur und Funktionsweise verschiedener Wirtschaftssysteme („Systemtheorie“). Die Wirtschaftsordnungstheorie verwendet nicht nur Begriffe und Erkenntnisse der ökonomischen Theorie, sondern auch der Geschichtswissenschaft und der Rechtswissenschaft.

### 2.13 Der Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß als Problem der theoretischen Wirtschaftspolitik

Die Theorie der Wirtschaftspolitik ist insoweit eine spezielle Disziplin der Politologie als sie die Entscheidungs- und Willensbildungs-

---

<sup>5</sup> A. Woll weist darauf hin, daß der Ausdruck „normative Aussagen“ auch instrumental interpretiert wird. Damit meint man dann „teleologische Werturteile“ im Sinne Max Webers.

prozesse der Wirtschaftspolitik zu beschreiben und erklären versucht. Ihre Hauptfragestellungen sind folgende: Wer sind die Entscheidungsträger? Wie vollzieht sich der Entscheidungsprozeß und der den Entscheidungen vorausgehende Prozeß der Willensbildung? Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Beantwortung dieser Fragen für die Möglichkeiten der praktischen Lösung ordnungs- und ablaufpolitischer Probleme?

## 2.2 Die Bedeutung des Rationalprinzips für die Theorie der Wirtschaftspolitik

### 2.21 Definition der „rationalen Wirtschaftspolitik“

Die Beifügung des Eigenschaftswortes „rational“ hat qualifizierenden Charakter. Wirtschaftspolitik ist nur dann rational, wenn sie bestimmte Bedingungen erfüllt. Die Theorie der rationalen Wirtschaftspolitik stellt nicht die These auf, daß die praktische Wirtschaftspolitik rational ist oder/und sein sollte, sondern daß sie mehr oder weniger rational sein kann. Unter „rationaler Wirtschaftspolitik“ verstehen wir eine Wirtschaftspolitik, die ihre Grundsätze und Ziele eindeutig und widerspruchsfrei bestimmt und jene Mittel anwendet (Maßnahmen trifft), die im Hinblick auf die gegebene Lage und unter Wahrung der aufgestellten Ordnungsprinzipien eine optimale Zielverwirklichung erwarten lassen.

Aussagen darüber, wie der Wirtschaftspolitiker handeln müßte, wenn er bestimmte Ziele realisieren will, haben den Charakter von Handlungsvorschriften, bzw. von Handlungsanweisungen. So gesehen und soweit macht die Theorie der Wirtschaftspolitik präskriptive — nicht normative — Aussagen.<sup>6</sup> Eine so konzipierte Theorie der *rationalen* Wirtschaftspolitik hat natürlich nur soweit eine Bedeutung für die Beschreibung und Erklärung der praktischen Wirtschaftspolitik als das faktische Verhalten der Träger der Wirtschaftspolitik vom Willen<sup>7</sup> zu rationalem wirtschaftspolitischen Handeln bestimmt ist.<sup>8</sup>

---

<sup>6</sup> „Präskriptive“ Aussagen kann man als „teleologische Werturteile“ verstehen, d. h. als Urteile über die Eignung von Mitteln für die Ziele. — „Normative“ Aussagen sind dagegen — im Sinne Max Webers — Urteile über die Geltung von Werten bzw. Zielen. — Zum Gebrauch des terminus „präskriptiv“ siehe auch *M. E. Streit*, *Theorie der Wirtschaftspolitik*<sup>2</sup>, 1982, S. 241 ff. Vgl. auch *H. Sieber* und *E. Tuchtfeldt*, *Interventionsregeln — ein Beitrag zur präskriptiven Entscheidungslehre*, in: *Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft*, Festschrift für W. A. Jöhr, 1980, S. 509 f.

<sup>7</sup> Siehe Abschnitt 2.31.

<sup>8</sup> Wieweit und wodurch die Rationalität des wirtschaftspolitischen Handelns beeinträchtigt werden kann, wird später behandelt.

## 2.22 Differenzierungen des Begriffs der „Rationalität“

Begriff und Problematik des Rationalitätsprinzips sind schon auf weiter zurückliegenden Tagungen des Vereins für Socialpolitik behandelt worden. Doch halte ich eine Wiederaufnahme dieses Themas für sinnvoll und notwendig, weil seitdem das Rationalitätsproblem unter neuen Aspekten und mit gesteigerter Intensität diskutiert worden ist.

### 2.221 Rationale Mittelwahl und Zielwahl

Häufig wird rationales Handeln nur als rationale „Mittelwahl“ verstanden. Das ist aber eine fragwürdige, logisch unzulässige Einengung des Begriffs der Rationalität des Handelns. Das Rationalitätsprinzip gilt auch für die „Zielwahl“. Die Wahl der Ziele ist dann und nur dann rational, wenn sie gegründet ist auf eindeutige Zieldefinitionen und auf konsistenten (widerspruchsfreien) Zielprioritäten bzw. Zielpräferenzen. Die Bestimmung der Ziele soll dann rational heißen, wenn sie auf sorgfältiger Bewertung der betreffenden opportunity costs beruht.<sup>9</sup>

Die heuristische Bedeutung der Theorie des rationalen Verhaltens besteht darin, daß wir in den meisten Fällen das Verhalten einer Person nur dann verstehen können, wenn wir es in bestimmten Situationen entweder als rationale Ziel- und Mittelwahl oder als eine Abweichung davon verstehen können.<sup>10</sup>

### 2.222 Subjektive und objektive Zweckrationalität

Wir qualifizieren wirtschaftspolitisches Handeln dann als *objektiv rational*, wenn seine Ziele eindeutig und konsistent sind, und wenn es Maßnahmen trifft, die eine optimale Zielverwirklichung gewährleisten. Eine vollkommene Erfüllung dieser Bedingungen ist aus zwei Gründen nicht möglich: Erstens führen die Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse in der parlamentarischen Demokratie<sup>11</sup>, die vom Interessenpluralismus bestimmt ist, zu mehr oder weniger mehrdeutigen und inkonsistenten Zielvorstellungen und Zielbestimmungen. Zweitens sind die durch „learning by doing“ und durch Anwendung wissenschaftlicher Analysen gewonnenen Kenntnisse der Wirkung ordnungs- und ablaufpolitischer Maßnahmen auf Zielvariablen begrenzt und ungenau.

<sup>9</sup> J. C. Harsanyi, *Rational Behavior and Bargaining Equilibrium in Games and Social Situations*, 1977, S. 8 f.

<sup>10</sup> Harsanyi, a.a.O., S. 18.

<sup>11</sup> aber auch in anderen Regierungssystemen

Wirtschaftspolitisches Handeln kann aber soweit *subjektiv rational* sein, als es sich *von dem Bestreben leiten läßt*, die Bedingungen der objektiven Zweckrationalität zu erfüllen.<sup>12</sup> Die theoretische Wirtschaftspolitik stellt *nicht* die These auf, daß alles wirtschaftspolitische Handeln zweckrational ist, sondern daß zweckrationales Handelnwollen (subjektive Rationalität) eine mehr oder weniger große Rolle spielt; wobei der Grad der subjektiven Rationalität in der Regel wahrscheinlich höher ist, als der realisierte Grad der objektiven Rationalität.

Die subjektive Rationalität kann in mehrfacher Weise eingeschränkt sein:

Erstens durch irrationale Bestimmungsfaktoren des Handelns wie z. B. Affekte und „Gefühlslagen“ wie etwa „Würdegefühl“, „Stolz“, „Neid“, „Eifersucht“. An der Kategorie des „Zweckrationalen“ könne die „Tragweite des Zweckirrationalen“ abgeschätzt werden.<sup>13</sup>

Zweitens kann die subjektive Rationalität dadurch eingeschränkt sein, daß dem Handelnden die Ziele der Wirtschaftspolitik und die Ziele anderer Bereiche der Politik — im Hinblick auf die Möglichkeit ihrer optimalen Realisierung — unvereinbar erscheinen.

Drittens können Konflikte entstehen zwischen dem Willen zu rationalem wirtschaftspolitischem Handeln und dem gleichzeitigen Streben nach politischer Macht, gesellschaftlichem Ansehen, Einkommenssicherung und Einkommenssteigerung u. a. m.

Die Untersuchung solcher Beschränkungen der subjektiven Rationalität wirtschaftspolitischen Handelns gehört auch zu den Aufgaben der theoretischen Wirtschaftspolitik als positiver Theorie (Beschreibung und Erklärung).

---

<sup>12</sup> Hier erscheint es notwendig, Max Weber zu zitieren: „Zweckrationales Sichverhalten soll ein solches heißen, welches ausschließlich orientiert ist an (subjektiv) als adäquat vorgestellten Mitteln für (subjektiv) eindeutig erfaßte Zwecke.“ *M. Weber, Über einige Kategorien der verstehenden Soziologie*, in: *Logos. Internationale Zeitschrift für Philosophie und Kultur*, Bd. IV, 1913, S. 253 - 294. — In der so berühmten Abhandlung „Der Sinn der ‚Wertfreiheit‘ der Sozialwissenschaften“ (als Erstdruck unter dem Titel: Der Sinn der ‚Wertfreiheit‘ der soziologischen und ökonomischen Wissenschaften, in: *Logos*, Bd. VII, S. 49 - 88) schreibt Max Weber: „Zunächst ist schon ein *subjektiv* ‚rationales‘ Sichverhalten nicht mit rational ‚richtigem‘, d. h. die objektiv, nach der wissenschaftlichen Erkenntnis, richtigen Mittel verwendendem, Handeln identisch. Sondern es bedeutet an sich nur, daß die *subjektive* Absicht auf eine planvolle Orientierung an für richtig *gehaltenen* Mitteln für einen gegebenen Zweck gehe. Eine fortschreitende subjektive Rationalisierung des Handelns ist also nicht notwendig auch objektiv ein ‚Fortschritt‘ in der Richtung auf das rational ‚richtige‘ Handeln.“

<sup>13</sup> Vgl. *Max Weber, Über einige Kategorien ...*, a.a.O., S. 253 ff.



### 2.223 Formale und materiale Zweckrationalität

Auch die Unterscheidung von formaler und materialer Zweckrationalität geht auf Max Weber zurück. Zweckrationalität im *formalen* (allgemeinen) Sinne hat Bedeutung für alles menschliche Handeln, gleich welche Ziele der Handelnde mit welchen Mitteln realisieren will.

Die *materiale* Zweckrationalität ist bestimmt durch den jeweiligen konkreten (speziellen) Zweck des Handelns, so z. B. einzelwirtschaftliche (unternehmerische) Zwecksetzungen wie maximaler, steigender, befriedigender, konstanter Gewinn oder Umsatz; minimale Kosten, Vergrößerung oder Aufrechterhaltung eines bestimmten Anteils am Marktangebot; oder *wirtschaftspolitische* Zielsetzungen wie z. B. Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität, stetiges Wachstum.

Das Rationalprinzip ist also — auch und gerade bei wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Handlungen — mit verschiedenen Zwecksetzungen vereinbar. Diese fast banale Behauptung ist für die nachfolgende Darstellung von „Kritik und Antikritik“ deshalb von Bedeutung, weil in der Fach- und insbes. Lehrbuchliteratur häufig das „Rationalprinzip“ mit dem „Ökonomischen Prinzip“ identifiziert wird; und weil im neoklassischen Modell der vollkommenen Konkurrenz die *Annahme* des Strebens nach Gewinn- und Nutzenmaximierung gemacht wird, ohne daß die logische Implikation des rationalen Verhaltens zum Ausdruck gebracht wird.<sup>14</sup>

Die materiale Zweckrationalität des einzelwirtschaftlichen wie des wirtschaftspolitischen Handelns bezieht sich auf quantifizierbare Sachverhalte, auf ökonomische Größen (Mikro-, Meso- oder Makrogrößen). Im Unterschied zur Mikro- und Makrotheorie hat es die Theorie der rationalen Wirtschaftspolitik aber *auch* mit *qualitativen* Sachverhalten zu tun. Während die *Ablaufpolitik* (Prozeßpolitik) mit quantitativen Mitteln und Zielen (Instrument- und Zielvariablen) operiert, sind die Mittel der *Ordnungspolitik* qualitativer Natur; sie haben den Charakter von Verhaltensnormen, Spielregeln, und kleiden sich in Rechtsnormen (Gewerberecht, Individual- und Kollektivvertragsrecht, Eigentumsrecht, Wettbewerbsrecht). Die unmittelbaren Zwecke ordnungspolitischer Maßnahmen sind die Ermöglichung, Förderung, Sicherung oder Verhinderung bestimmter Verhaltensweisen. Diese Verhaltensweisen — als qualitative Sachverhalte — haben quantitative Auswirkungen, die als mittelbare Zwecke ordnungspolitischer Maßnahmen angesehen werden können. Die Anwendung ordnungspolitischer Mittel (z. B. das Eigentumsrecht, Gewerberecht und Wettbewerbsrecht) kann z. B. als Mittel

<sup>14</sup> Vgl. M. Tietzel, Die Rationalitätsannahme in den Wirtschaftswissenschaften oder der homo oeconomicus und seine Verwandten, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 32, 1981, H. 2.

zur Realisierung und Sicherung einer „freiheitlichen“ Wirtschaftsordnung angesehen werden: Die Ordnungspolitik dient einer gesellschaftspolitischen Zielsetzung. So verfolgt die Ordnungspolitik gleichzeitig qualitative und quantitative Zwecke.

Wenn man auch die wirtschaftspolitische Entscheidung und Willensbildung als Gegenstand der theoretischen Wirtschaftspolitik ansieht, so hat sie es mit primär qualitativen Sachverhalten und Problemen zu tun.

Die relative Einfachheit, Geschlossenheit und „Exaktheit“ der ökonomischen Theorie (in ihren klassischen und neoklassischen Formen) beruht auf der Annahme einer „eindimensionalen“ Zweckorientiertheit des wirtschaftlichen Handelns (Smith: Tauschvorteil, Neoklassik: Gewinn- und Nutzenmaximierung). Die Theorie der Wirtschaftspolitik dagegen hat es mit *mehreren* Zielen zu tun. Es besteht meistens kein Konsens über die Anzahl der Ziele, ihre inhaltliche Bestimmung (Definition) und ihre Vereinbarkeit.

Die theoretische Wirtschaftspolitik ist also hinsichtlich ihrer Zweckstruktur komplexer und unbestimmter als die ökonomische Theorie. Deshalb hat es die theoretische Wirtschaftspolitik so schwer, die Bedingungen eines objektiv rationalen Handelns der Entscheidungsträger der Wirtschaftspolitik aufzuzeigen.

Die bisher entwickelte Definition der „Rationalen Wirtschaftspolitik“ versteht „Rationalität“ im Sinne Max Webers als Zweckrationalität des Handelns. Im Unterschied dazu läßt sich von der „Rationalität eines sozialen Systems“ („Systemrationalität“) sprechen. Diese Unterscheidung spielt eine grundlegende Rolle in der Soziologie N. Luhmann's.<sup>15</sup> In der Wirtschaftswissenschaft hat die Vorstellung der „Systemrationalität“ schon bei Adam Smith eine zentrale Bedeutung: Unter bestimmten Verhaltensbedingungen entsteht in einer auf freien einzelwirtschaftlichen Entscheidungen beruhenden Marktwirtschaft eine *Ordnung im Sinne der Koordination einzelwirtschaftlicher Handlungen*, ohne daß diese Ordnung von den Einzelwirtschaftlern gewollt bzw. angestrebt oder von einer übergeordneten Instanz (Staat) geplant und durchgesetzt wird. Bei Smith verwirklicht sich diese Ordnung im „Selbstregulierungsprozeß“ der Marktwirtschaft. Hayek spricht gleichsinnig von einer „spontanen“ Ordnung. Im historischen Werdegang haben sich spontane Ordnungen durch „learning by doing“ herausgebildet. In der arbeitsteilig hochentwickelten industrialisierten Wirtschaft müssen die Verhaltensbedingungen einer funktionsfähigen Marktwirtschaft durch eine entsprechende *Ordnungspolitik*, insbesondere Wettbewerbspolitik gestaltet und gesichert werden. So läßt sich nun sagen, daß die Qualifizie-

---

<sup>15</sup> N. Luhmann, Zweckbegriff und Systemrationalität: Über die Funktion von Zwecken in sozialen Systemen, 1968.

nung der Wirtschaftspolitik als *rationale* Wirtschaftspolitik eine doppelte Bedeutung hat: Orientierung der *Ablaufspolitik* an der optimalen Lösung des instrumentalen Problems der *Mittelwahl*, und der *Ordnungspolitik* an der optimalen Lösung des Problems der Koordination der einzelwirtschaftlichen Handlungen. Ordnungspolitik und Ablaufpolitik stehen im Verhältnis der Komplementarität.

### **2.3 Die Bedeutung einer positiven Theorie des Verhaltens der Träger der Wirtschaftspolitik für die theoretische Wirtschaftspolitik**

In jüngerer Zeit zeigen nicht nur monographische Publikationen sondern auch schon weiter verbreitete Lehrbücher, daß die positive Analyse des politischen Verhaltens eine wichtige Aufgabe der wissenschaftlichen Wirtschaftspolitik ist. Diese politologische Fragestellung soll im folgenden kurz umrissen werden.

Erstens: „Das“ Parlament und „die“ Regierung müssen Entscheidungen treffen, die auf je verschiedene Zwecke ausgerichtet sind; Zwecken, hinter denen Parteien und Interessengruppen stehen. Wenn schon die *Wirtschaftspolitik* mehrere Ziele verfolgt und daraus das Problem der Vereinbarkeit der Ziele resultiert, so ist die Zielstruktur der *Gesamtpolitik* noch viel komplexer.

Zweitens: „Der“ Entscheidungsträger in Unternehmungen und Haushalten ist eine einzelne Person oder eine relativ kleine Gruppe, während „das“ Management der Gesamtpolitik und ihrer Teilbereiche aus einer viel größeren Zahl von Personen besteht.

Drittens: Der Politiker als Einzelperson und die hinter ihm stehenden Parteien und Interessengruppen befinden sich normalerweise in der Situation des Dilemmas zwischen wirtschaftspolitischem Zweckstreben und politischem Machtstreben.

Die subjektive und objektive Rationalität des wirtschaftspolitischen Handelns kann also in mehrfacher Weise beeinträchtigt oder sogar ins Nicht-Rationale verkehrt werden.

## **3. Kritik und Antikritik**

### **3.1 Vorbemerkungen zu den slogans „herrschende Lehre“ und „Paradigma“**

Zu diesem Abschnitt 3 gibt es eine kaum zu bewältigende Fülle einschlägiger Titel, von denen ich nur einen Teil durchgearbeitet habe.<sup>15a</sup>

<sup>15a</sup> Erst nach Erhalt der Druckfahnen finde ich bei *Hutchinson* eine Beurteilung der Bedeutung des Kuhn'schen Paradigma-Konzepts für die Wirtschaftswissenschaft, mit der ich weitgehend übereinstimme: *T. W. Hutchinson, On revolutions and progress in economic knowledge, 1978; vor allem Kap. 11, S. 286 ff.*

Dabei zeigte sich eine Vielfalt unterschiedlicher kritischer Meinungen, Ansatzpunkte und Argumente; und auch große Unterschiede der wissenschaftlichen Qualität.

Diese kritische Literatur ließ sich in drei Teilmengen sortieren:

1. Fundamentalkritik, welche die kritisierte Theorie als ganzes, vor allem von ihrem Grundansatz her, in Frage stellt.
2. Kritik, welche vorhandene Theorien hinsichtlich ihrer Problemstellung als ergänzungsbedürftig beurteilt.
3. Kritik, welche die vorhandene Theorie im ganzen „akzeptiert“, aber im einzelnen für verbesserungswürdig hält.

In einem sind sich fast alle Kritiker des ersten und zweiten Typs einig: Ihre Kritik richtet sich gegen die von ihnen sogenannte „herrschende Lehre“ bzw. gegen das herrschende „Paradigma“ (Kuhn). Manche Kritiker verzichten darauf, zu sagen, welche Theorien und/oder Autoren zur herrschenden Lehre gehören. Andere beschränken sich darauf die „herrschende“ Lehre mit vagen Eigenschaftsworten wie „naturwissenschaftlich“, „mechanistisch“, „quantitativ“, „unrealistisch“ oder „bürgerlich“ zu kennzeichnen und damit hinsichtlich ihres Erkenntniswertes abzuwerten. Die meisten Kritiker identifizieren die „herrschende Lehre“ mit der neoklassischen Gleichgewichtstheorie.

Nun einige Bemerkungen zu dem zum Slogan gewordenen Kuhn'schen Begriff<sup>16</sup> „Paradigma“. Im Rahmen meines Referates ist eine gründliche Auseinandersetzung mit Kuhn's Essay über „Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen“<sup>17</sup> weder möglich noch nützlich; ich beschränke mich auf einige Gesichtspunkte, die sich aus der Fragestellung meines Referates ergeben.<sup>18</sup>

Das Fremdwort „paradigma“ läßt sich im allgemeinen Sprachgebrauch sehr gut durch „Muster“ oder „Beispiel“ ersetzen. Kuhn hat das Wort „paradigma“ zu einem spezifizierten wissenschaftlichen Begriff gemacht. Mein Problem ist, ob der Kuhn'sche paradigma-Begriff und seine Verwendung in der Untersuchung der Struktur wissenschaftlicher Revolutionen auf die ökonomische Theorie und die theoretische Wirt-

---

<sup>16</sup> Kuhn hat meiner Ansicht nach diesen Begriff nicht klar und eindeutig definiert. Das geht auch aus den vielfältigen kritischen Stellungnahmen zu Kuhns Thesen und aus dem Postskriptum der 2. Auflage seines Essays hervor.

<sup>17</sup> T. S. Kuhn, *Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen*, zweite revidierte und um das Postskriptum von 1969 ergänzte Auflage, 1976.

<sup>18</sup> Eine eingehende und „harte“ Kritik am Kuhnschen Paradigma-Konzept findet sich bei D. Schneider, *Geschichte betriebswirtschaftlicher Theorie*, 1981, S. 189 ff.

schaftspolitik übertragen werden kann. Seiner Ausbildung nach ist Kuhn Naturwissenschaftler, und sein Essay bezieht sich auf die Naturwissenschaften, nicht auf die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften. Seine Untersuchung ist der Fragestellung nach eine *wissenschaftsgeschichtliche* Untersuchung und führt meiner Ansicht nach zu keinen wissenschaftstheoretischen Einsichten.

Kuhn gibt eine realtypische Beschreibung des „Wissenschaftsbetriebes“, die auch auf die Sozial- und Wirtschaftswissenschaften paßt, — vielleicht noch besser als auf die Naturwissenschaften. Er beschreibt typische Verhaltensweisen vieler Wissenschaftler gegenüber Fachkollegen und Schülern und die damit verbundene Herausbildung von „wissenschaftlichen Gemeinschaften“ (sic Kuhn) und „Schulen“ — informell und institutionell wie z. B. die „Freiburger Schule“, die „Chikago-Schule“ oder die „Mont Pélerin-Gesellschaft“. Auch ein „Lehrstuhl“, ein „Seminar“, eine „Fakultät“ können Orte der Herausbildung wissenschaftlicher Gemeinschaften sein. Zur Praxis des Wissenschaftsbetriebes gehört zweifellos auch die allzu menschliche Eitelkeit, Engstirnigkeit und Originalitätssucht, die zu Simplifizierungen, Polarisierungen und Polemiken der schriftlichen und mündlichen Diskussion führen. Und wenn man neue Problemlösungsversuche als „Revolution“ bezeichnet — z. B. „keynesianische Revolution“, „monetaristische Gegenrevolution“ — so liegt die Vermutung nahe, daß dahinter Selbstüberschätzung, Geltungsbedürfnis, wissenschaftliche Intoleranz oder ideologische Vorurteile stehen.

Kuhn will aber mehr als Beschreibung des Wissenschaftsbetriebes: Er will eine Analyse, *eine Theorie der Entwicklung* der Wissenschaften (Naturwissenschaften) aufstellen. Schon die kritische Literatur zu seinen Thesen zeigt, daß die Begriffe des „Paradigmas“, der wissenschaftlichen „Gemeinschaft“, der wissenschaftlichen „Revolution“ unklar und mehrdeutig sind. Die Antworten auf diese Kritiken in seinem Postskriptum“ von 1969, haben meiner Ansicht eher mehr als weniger Unklarheit geschaffen und insbes. die Unterscheidung von „kumulativer“ und „revolutionärer“ Entwicklung stark relativiert.

Die Hauptthese Kuhns ist folgende: Die wissenschaftliche Entwicklung ist eine *Abfolge von wissenschaftlichen bzw. theoretischen Paradigmen*. Neue Paradigmen haben nicht den Charakter von Verbesserungen, Erweiterungen oder Ergänzungen alter Paradigmen, sondern die aufeinander folgenden Paradigmen *sind unvereinbar*. Der Übergang von einem bestehenden Paradigma zu einem neuen ist ein *revolutionärer* Vorgang.<sup>19</sup> Die wissenschaftliche Entwicklung auf einem be-

<sup>19</sup> Nach Kuhn besteht eine volle Analogie zum Begriff der politischen Revolution.

stimmten Fachgebiet bzw. einer bestimmten Theorie oder eines Systems von Theorien ist kein „kumulativer“ Prozeß, d. h. kein Fortschritt im Sinne der Vermehrung oder Vertiefung von Erkenntnissen. „Eine kumulative Erwerbung unvorgesehener Neuheiten erweist sich als eine fast nicht existente Ausnahme von der Regel wissenschaftlicher Entwicklung.“<sup>20</sup>

Wieweit diese These sich für die Naturwissenschaften verifizieren läßt, kann ich nicht beurteilen. Auf die Entwicklung der ökonomischen Theorie und der theoretischen Wirtschaftspolitik scheint sie mir nicht anwendbar zu sein. Dieser Auffassung kommt Kuhn selber entgegen, indem er „reife“ bzw. „entwickelte“ Wissenschaften von nicht-reifen Wissenschaften unterscheidet.

Die Naturwissenschaften, vor allem die Physik, hält er für reife Wissenschaften, in denen jeweils *nur ein* Paradigma herrsche oder vorherrsche, während in anderen Wissenschaften — und das gilt wohl für die ökonomische Theorie und noch mehr für die Soziologie und Politologie — das Nebeneinander „konkurrierender Schulen“ charakteristisch sei.

Die Entwicklung der Wirtschaftstheorie und besonders der viel jüngeren Theorie der Wirtschaftspolitik läßt sich meiner Ansicht nach besser verstehen als *kumulativer Prozeß* und als jeweiliges *Nebeneinander konkurrierender Schulen*. Der besonders in jüngerer Zeit häufiger werdende Gebrauch des Ausdrucks „Revolution“ läßt vermuten, daß die betreffenden Autoren die Entwicklung der ökonomischen Theorie und Theorie der Wirtschaftspolitik als „revolutionären“ Wechsel von Paradigmen verstehen. Begründungen meiner davon abweichenden Ansicht werden in den folgenden Abschnitten gegeben werden.

### **3.2 Die Kritik an der Problemstellung (Bestimmung des Erkenntnisobjektes) der theoretischen Wirtschaftspolitik**

Weit verbreitet ist die kritische Meinung, daß die theoretische Wirtschaftspolitik als *Kunstlehre*<sup>21</sup>, die nach der Eignung von Instrumenten für die Realisierung gegebener Ziele frage, von nur beschränkter Bedeutung für die Lösung konkreter wirtschaftspolitischer Probleme sein könne.

<sup>20</sup> Kuhn, a.a.O., S. 108.

<sup>21</sup> Die Unterscheidung von „positive science“, „normative science“ und „art of political economy“ („Kunstlehre“) findet sich schon bei *J. M. Keynes*, *The Scope and Method of Political Economy*, 1. Auflage 1890, 5. Auflage 1965, und wurde auch übernommen von *H. Giersch*, *Allgemeine Wirtschaftspolitik — Grundlagen*, 1960, und *M. E. Streit*, *Theorie der Wirtschaftspolitik*, 1979. — Vgl. hierzu *H. Sieber* und *E. Tuchtfeldt*, *Interventionsregeln — ein Beitrag zur präskriptiven Entscheidungslehre*, in: *Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft*, Festschrift für Walter Adolf Jöhr, 1980, S. 509.

Deshalb müsse die Problemstellung der theoretischen Wirtschaftspolitik in dreifacher Hinsicht erweitert werden:

1. Die Theorie der Wirtschaftspolitik dürfe die *Ziele* nicht als „von außen“ gegeben ansehen, nicht in den Datenkranz „abschieben“, sondern müsse sie in ihr *Erkenntnisobjekt* einbeziehen.

2. Die Theorie der Wirtschaftspolitik dürfe sich nicht auf die Behandlung quantitativer instrumentaler Probleme beschränken, sondern müsse auch *qualitative* Sachverhalte, wie z. B. Wirtschaftsordnungssysteme, die ordnungspolitischen Instrumente und die Verhaltensweisen der Politiker in ihr Untersuchungsfeld einbeziehen.

3. Die Theorie der Wirtschaftspolitik dürfe sich nicht auf präskriptive Aussagen beschränken, sondern müsse auch *normative Aussagen* (Werturteile über Ziele) machen.

ad 1. Diese Kritik beruht auf einem Mißverständnis und gilt nicht für das oben dargestellte Konzept der Theorie der rationalen Wirtschaftspolitik. Das Mißverständnis besteht darin, daß die Rationalität des Handelns nur auf die Mittelwahl bezogen wird. Zweckrationales Handeln ist aber notwendigerweise auch zugleich rationale Zielwahl. Das instrumentale Problem kann nicht gelöst werden, wenn die Ziele nicht eindeutig formuliert werden und die verschiedenen Ziele logisch und hinsichtlich ihrer Realisierbarkeit nicht vereinbar sind. Die „von außen“, d. h. von der Wirtschaftspolitik, gegebenen Ziele genügen in der Regel diesen Bedingungen nicht.

Die Kritik trifft auch nicht die am Konzept der Theorie der rationalen Wirtschaftspolitik orientierte Literatur, die die positive (deskriptive) Behandlung des Zielproblems zu ihren Aufgaben rechnet. Diese Aufgaben haben im einzelnen folgenden Inhalt:

Realtypische Beschreibung der in einer Gesellschaft bestehenden und dominierenden Wert- und Zielvorstellungen, ihrer geschichtlichen Entwicklung und Wandlungen, sowie ihrer kontroversen Ausprägungen.

Analyse des Zusammenhangs (Übereinstimmung und Widerspruch) zwischen den in der Gesellschaft dominierenden Wert- und Zielvorstellungen und den Ziel-Programmen der Interessenverbände, Parteien und Regierung.

Untersuchung der Frage, ob und wie die von Interessenverbänden, Parteien und Regierung proklamierten Ziele von ihren tatsächlich verfolgten Zielen abweichen, und welche Motive hinter solchen Abweichungen stehen.

Untersuchung des Problems, wie das in Zielsetzungen sich äußernde wirtschaftspolitische Wollen der Entscheidungsträger zustande kommt (Problem der Willensbildung).

Untersuchung der den verschiedenen Wirtschaftssystemen zugrunde liegenden Zielvorstellungen und der damit verbundenen Ordnungsprinzipien.

ad 2. Die Kritik an der Gleichsetzung von theoretischer Wirtschaftspolitik und „*quantitativer Wirtschaftspolitik*“ beruht auf der Beobachtung, daß sich ein großer Teil der Fachliteratur zur theoretischen Wirtschaftspolitik *nur* oder *vorwiegend* mit dem Aufbau und Ausbau ökonomischer Entscheidungsmodelle (vom Frisch-Tinbergen-Klein-Typ) beschäftigt. Tinbergen, dessen „Wirtschaftspolitik“ (1968) sich der Hauptaufgabe des Entwurfs verschiedener Typen von ökonomischen Entscheidungsmodellen widmet, betont aber im einleitenden, allgemeinen Teil ausdrücklich die Existenz und Bedeutung der qualitativen Instrumente der Wirtschaftspolitik und damit auch die Bedeutung der ordnungspolitischen „Reformen der Grundlagen“ und „Strukturpolitik“. Das von uns umrissene Konzept der theoretischen Wirtschaftspolitik schließt nicht nur qualitative Aspekte, so insbesondere die Ordnungspolitik ein, sondern schließt auch die These ein, daß die Ordnungspolitik logisch und sachlich der Ablaufpolitik übergeordnet ist.

ad 3. Die Kritik an einer dem Prinzip der Werturteilsfreiheit verpflichteten Theorie der Wirtschaftspolitik und die damit verbundene These, daß die *wissenschaftliche* Wirtschaftspolitik *normative* Aussagen machen könne und müsse, hat sich in jüngerer Zeit belebt und verbreitet. Sie findet Unterstützung und Anstöße von Soziologen und Politologen.

Ich selbst habe zur Zeit der Abfassung meines ersten Buches<sup>22</sup> über theoretische Wirtschaftspolitik (1948) — unter dem Eindruck der Phaenomenologie (E. Husserl, M. Scheler, N. Hartmann, G. Weippert) und der Naturrechtslehre — normative Aussagen für wissenschaftlich möglich und zulässig gehalten. Erst ein langer Lernprozeß und die moderne wissenschaftstheoretische Weiterführung des Max Weber'schen Ansatzes haben mich zum „kritischen Rationalisten“ gemacht; eine Einstellung, welche aber die positiv-wissenschaftliche Untersuchung typischer und dominierender Werthaltungen und Zielvorstellungen nicht ausschließt, und auch nicht im Widerspruch zu einer mit wissenschaftlichen Methoden arbeitenden sozialphilosophischen Wertlehre steht.

Ein Rückblick auf die bisherige Entwicklung der theoretischen Wirtschaftspolitik zeigt, daß auch — bei bedeutenden Nationalökonomern —

---

<sup>22</sup> Th. Pütz, *Wirtschaftspolitik und Wirtschaftslenkung*, 1948.



die Skepsis gegenüber einer sich auf werturteilsfreie Aussagen beschränkenden Wirtschaftswissenschaft und das „Bedürfnis“ nach wissenschaftlich fundierten Wertaussagen von Anbeginn geäußert wurden und bis heute nicht verstummt sind.<sup>23</sup> Der Soziologe N. Luhmann behauptet, daß das Postulat der Wertfreiheit „vollends in die Irre“ führe.<sup>24</sup>

Ein Höchstmaß von wissenschaftlich nicht begründeter und polemisch vorgetragener Kritik am Postulat der Werturteilsfreiheit bietet Fritz Voigt in seiner „Theorie der Wirtschaftspolitik“.<sup>25</sup>

Voigt vertritt eine „radikal andere Auffassung“ als der „kritische Rationalismus“. „Eine Theorie der Wirtschaftspolitik muß Maßstäbe erarbeiten. Ohne politische Wertungen ist dies nicht möglich.“<sup>26</sup> Die Theorie der Wirtschaftspolitik „muß politische und soziale Verantwortung übernehmen und kann es besser als irgendeine andere denkbare Instanz.“<sup>27</sup> „Sie muß dem Staat bewußt machen, was seine Aufgabe sein sollte.“<sup>28</sup> Die Theorie der Wirtschaftspolitik habe „die Verpflichtung, die Möglichkeiten der Gefährdung des Friedens, deren Datenkonstellation und Folgen zu prüfen und in dieser Hinsicht Wertmaßstäbe zu setzen.“<sup>29</sup> In Voigts „Theorie der Wirtschaftspolitik“ habe ich keine Ausführungen gefunden, in denen dargelegt würde, wie der Geltungsanspruch seiner normativen Aussagen (als wissenschaftliche Aussagen) begründet werden kann. Keine solche Begründung ist es wohl, wenn Voigt lapidar sagt: „Die wissenschaftliche Forschung ermöglicht Einsichten, die andere Menschen noch nicht besitzen.“<sup>30</sup>

Undiskutabel, weil (für mich) jenseits der Möglichkeiten rationaler Diskussion, ist die von vielen neomarxistischen „politischen Ökonomen“ vorgetragene Behauptung, daß die sogenannte werturteilsfreie Wirtschaftswissenschaft als ideologisch bedingt „dekouviert“ werden müsse: Werturteilsfreiheit als „bürgerliches“ Vorurteil. Repräsentativ für diese Auffassung ist das Suhrkamp-Taschenbuch „Seminar: Politische Ökono-

---

<sup>23</sup> Vgl. nähere Ausführungen und Zitate bei: *Th. Pütz/G. Neuhauser*, Bemerkungen zum Begriff der rationalen Wirtschaftspolitik, in: *Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft, Festschrift für W. A. Jöhr*, 1980, S. 491 ff.

<sup>24</sup> Vgl. *N. Luhmann*, Zweckbegriff und Systemrationalität, 1968, S. 348.

<sup>25</sup> *F. Voigt*, *Theorie der Wirtschaftspolitik*, I. Band, 1979, 440 S. Vgl. auch meine Rezension dieses Buches in der *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften*, 6/1980.

<sup>26</sup> *Voigt*, a.a.O., S. 416.

<sup>27</sup> *Voigt*, a.a.O., S. 421.

<sup>28</sup> *Voigt*, a.a.O., S. 416.

<sup>29</sup> *Voigt*, a.a.O., S. 74.

<sup>30</sup> *Voigt*, a.a.O., S. 420.

mie“,<sup>31</sup> dessen Beiträge von Autoren wie E. H. Phelps Brown, Joan Robinson, Nicholas Kaldor, Gerhard Kade, Paul M. Sweezy und Anderen stammen.

Die ernst zu nehmende Kritik am Postulat der Wertfreiheit beruht weitgehend auf einer zu engen Interpretation der Anschauungen Max Webers und der seinen Spuren folgenden neueren Wissenschaftstheorie. Viele Nationalökonominnen — besonders der jüngeren Generation — haben ein Defizit an wissenschaftstheoretischen und methodologischen Kenntnissen und kommen so zu Fehltritten über den Inhalt und die Bedeutung des Prinzips der Werturteilsfreiheit. „Unendliches Mißverständnis und vor allem terminologischer, daher ganz steriler Streit hat sich an das Wort ‚Werturteil‘ geknüpft . . .“ — so Max Weber in: „Der Sinn der ‚Wertfreiheit‘ der Sozialwissenschaften.“ Der Ausdruck „Wertfreiheit“ wurde und wird häufig in dem Sinne *mißverstanden*, daß sich der Sozialwissenschaftler *frei halten müsse von Aussagen über Werte*. Max Weber aber verstand unter „Wertfreiheit“ Werturteilsfreiheit: Der Sozialwissenschaftler könne und dürfe *keine Urteile über die Geltung* von Werten fällen: „Eine empirische Wissenschaft vermag niemanden zu lehren, was er *soll*, sondern nur was er *kann* und — unter Umständen — was er *will*.“

Studiert man Max Webers einschlägige Schriften gründlich, dann wird sichtbar, daß das Wertproblem für ihn mehrere Aspekte hat:

1. Alle Fragestellungen sind *wertbedingt*. Welche Probleme der Sozialwissenschaftler im Hinblick auf die komplexe Wirklichkeit auswählt, d. h. für wichtig bzw. untersuchenswert hält, hängt von seinen Wertvorstellungen und Wertungen ab. Die Wertbedingtheit der Problemstellung ist aber grundsätzlich nicht ein Hindernis für eine wissenschaftlich objektive Analyse des Problems selbst.

2. Die erkenntnistheoretische Problematik der Sozialwissenschaften besteht in der Frage, ob die Sozialwissenschaften fähig und damit berechtigt sind, allgemein gültige Urteile (*Werturteile*) darüber zu fällen, an welchen Werten sich die Einzelnen und die staatliche Politik orientieren sollen bzw. welche Ziele sie verfolgen sollen. M. Weber verneint diese Frage.

3. Das Prinzip der Werturteilsfreiheit schließt nicht ein offenes Eintreten für eigene Ideale und Ziele oder/und für gegebene Ziele der Wirtschaftspolitik aus, wenn diese Ziele mit den eigenen Wertvorstellungen vereinbar erscheinen.

---

<sup>31</sup> W. Vogt, Hrsg., Seminar: Politische Ökonomie. Zur Kritik der herrschenden Nationalökonomie<sup>2</sup>, 1977.

4. Werte, Ziele und die zu Zielsetzungen führenden Willensbildungsprozesse sind *empirisch erfaßbare Sachverhalte* und damit einer objektiven Beschreibung und Erklärung zugänglich.

M. Webers Ausführungen zu diesem vierten Aspekt des Wertproblems lassen viele kritische Einwände gegen eine vom Postulat der „Wertfreiheit“ bestimmte Theorie der Wirtschaftspolitik als gegenstandslos erscheinen. Im Sinne Max Webers sind folgende objektiv-wissenschaftliche Untersuchungen möglich:

Typisierende Beschreibung der bestehenden und dominierenden Wert- und Zielvorstellungen.

Untersuchung des Zusammenhangs zwischen gesellschaftlichen Wert- und Zielvorstellungen und Ziel-Programmen der Interessenverbände, Parteien und Regierung.

Untersuchung der Frage, ob und wieweit bestimmte Zielsetzungen (z. B. der Wachstums-, Beschäftigungs- und Verteilungspolitik) mit bestimmten ordnungspolitischen Grundsätzen vereinbar sind.

Herausarbeitung der Bedingungen, denen die Zielsetzungen der praktischen Wirtschaftspolitik genügen müßten, wenn rationale Wirtschaftspolitik möglich sein soll.

Untersuchung der Frage, ob und wieweit die von Interessenverbänden, Parteien und Regierung *proklamierten* Ziele von ihren *tatsächlich* verfolgten Zielen abweichen, und welche Motive zu solchen Abweichungen führen.

Untersuchung der Frage, wie das zu Zielsetzungen führende *Wollen* der Entscheidungsträger der Wirtschaftspolitik zustande kommt: Willensbildungsprozeß.

### **3.3 Kritischer Rationalismus versus Konstruktivistischer Rationalismus**

Die antagonistische Gegensetzung von „kritischem Rationalismus“ und „konstruktivistischem Rationalismus“ ist eng mit dem Namen F. A. v. Hayek verbunden. Seine Gedanken dazu hat Hayek schon vor längerer Zeit entwickelt und im Zusammenhang mit seiner Nobelpreis-Ehrung erneut vorgetragen. In den letzten Jahren ist die Resonanz auf Hayeks Ideen stärker geworden; man kann von einer Renaissance Hayekscher Ideen und Thesen sprechen. Im Zusammenhang damit stehen auch die Wiederbelebung des „Monetarismus“ und die liberal-konservativen Tendenzen der Wirtschaftspolitik (z. B. in England und USA).

Für unsere Untersuchung sind Hayeks Thesen deshalb von besonderer Bedeutung, weil sie das weiter oben dargestellte „Konzept einer Theorie der rationalen Wirtschaftspolitik“ fundamental in Frage zu stellen scheinen.<sup>32</sup>

In der Literatur zur theoretischen Wirtschaftspolitik wird von vielen Autoren die Auffassung vertreten, daß es grundsätzlich möglich sei, durch eine Verbindung mikro- und makrotheoretischer Analysen mit ökonomischen Schätzmethoden die Wirkungen prozeßpolitischer Maßnahmen auf bestimmte Zielvariablen zu schätzen, — zumindest in der Form von Richtungsprognosen. Mit dem Ausdruck „Richtungsprognose“ bezeichnen wir quantitative, aber numerisch unbestimmte Vorausschätzungen des Typs: Eine bestimmte Größe wird zunehmen oder abnehmen oder gleichbleiben. Obwohl solche Richtungsprognosen nur „schwache“ Informationen bieten, haben sie sich als nützliche Entscheidungshilfen der Prozeßpolitik erwiesen.<sup>33</sup>

Diese Auffassungen werden von Fr. v. Hayek in Frage gestellt: Die ökonomische Theorie maße sich ein Wissen an, das sie nicht haben könne. Eine Wirtschaftspolitik, die sich auf solch angemessenes Wissen stütze, müsse nicht nur scheitern, sondern würde bestehende Störungen wie Konjunktur-, Geldwert- und Beschäftigungsschwankungen verstärken. Hayek bezeichnet die von ihm kritisierten wirtschaftstheoretischen Auffassungen als „konstruktivistischen Rationalismus“. Seine Kritik begründet er folgendermaßen: Für Erklärung und Prognose bestehen in den physikalischen Wissenschaften und in den Sozial- (und Wirtschafts-)wissenschaften verschiedene Bedingungen. Der Erfahrungsgegenstand der ökonomischen Theorie sei wesentlich (hochgradig) „komplex“; dagegen habe der Erfahrungsgegenstand der physikalischen Wissenschaften „einfache Strukturen“.<sup>34</sup> Wegen der Komplexität der wirtschaftlichen Erscheinungen könne die ökonomische Theorie kaum, wenn überhaupt, irgendwelche Voraussagen über individuelle Phänomene ableiten.<sup>35</sup> Wir neigen dagegen zu der Auffassung, daß kein essentieller, sondern nur ein gradueller Unterschied zwischen der Komplexität sozialer und physikalischer Phänomene besteht. Popper, der den wissenschaftlichen Anschauungen Hayeks nahe steht, meint: „Zweifellos wird

---

<sup>32</sup> Vgl. zu folgendem: *Th. Pütz* und *G. Neuhauser*, Einige Bemerkungen zum Begriff der „Rationalen Wirtschaftspolitik“, in: *Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft*, Festschrift für W. A. Jöhr, 1980, S. 487 ff.

<sup>33</sup> An solche Möglichkeiten denkt wohl auch Popper in seinen Ausführungen über „Sozialtechnologie“ bzw. „Stückwerk — Sozialtechnik“ und über die Methode des „trial and error“.

<sup>34</sup> Hayek selbst betont an vielen Stellen, daß es die nicht-physikalischen Naturwissenschaften, insbesondere die Biologie auch mit hochgradig komplexen Phänomenen zu tun haben.

<sup>35</sup> Vgl. *Hayek, F. v.*, Die Theorie komplexer Phänomene, a.a.O., S. 27.

die Analyse jeder sozialen Situation durch ihre Komplexität äußerst erschwert. Doch dasselbe gilt für jede konkrete Situation in der Natur.“<sup>36</sup> „Insbesondere wirft der Satz, daß wir in der Regel nicht imstande sein werden ‚das genaue Ergebnis irgendeiner konkreten Situation vorherzusagen‘ (sic Hayek), das Problem der Ungenauigkeit der Vorhersage auf. Ich behaupte, daß sich genau das gleiche von der konkreten physischen Welt sagen läßt. Im allgemeinen können wir nur Dank künstlicher experimenteller Isolation Naturereignisse vorher-sagen (Das Sonnensystem bildet eine Ausnahme, einen Fall natürlicher, nicht künstlicher Isolation).“<sup>37</sup> „Sogar in der Physik sind wir weit davon entfernt, die genauen Resultate einer konkreten Situation, etwa eines Gewitters oder eines Brandes, vorherzusagen zu können.“<sup>38</sup> Popper geht noch weiter, indem er sagt: „In Wirklichkeit gibt es aber gute Gründe, nicht nur anzunehmen, daß . . . die konkreten sozialen Situationen im allgemeinen weniger kompliziert sind als die konkreten Situationen in der Natur.“<sup>39</sup>

Wie Popper sind wir der Meinung, daß der essentielle Unterschied zwischen physikalischen Wissenschaften und Sozialwissenschaften nicht der Unterschied von Einfachheit und Komplexität ist, sondern die Tatsache, daß es in den meisten, wenn nicht in allen sozialen Situationen, ein rationales Element gibt. Daraus ergebe sich — so Popper — die Möglichkeit, relativ einfache Modelle menschlicher Aktionen und Interaktionen zu konstruieren und als Annäherungen zu verwenden.<sup>40</sup>

### 3.4 Die Kritik an der wissenschaftlichen Fundierung der theoretischen Wirtschaftspolitik

#### 3.41 Die Kritik an der Beschränkung dieser Fundierung auf die ökonomische Theorie (Mikro- und Makrotheorie)

Diese Kritik-Richtung will nicht in Frage stellen, daß die Mikro- und Makrotheorie eine wichtige und unverzichtbare Grundlage für die Untersuchung und Lösung instrumentaler Probleme der Wirtschaftspolitik ist. Sie behauptet nur, daß diese Grundlage nicht ausreichend ist; daß die wissenschaftliche Basis zu schmal ist. Es geht ihr also um Ergänzungen bzw. Erweiterungen der Basis. Sie hält eine interdisziplinäre Zusammenarbeit, eine Synthese der Betrachtungsweisen und Er-

<sup>36</sup> Popper, K. R., *Das Elend des Historizismus*, 1971, S. 109.

<sup>37</sup> Popper, K. R., a.a.O., S. 109.

<sup>38</sup> Popper, K. R., a.a.O., S. 109.

<sup>39</sup> Popper, K. R., a.a.O., S. 110.

<sup>40</sup> Popper, a.a.O., S. 110. Vgl. auch Molitor, Br., *Piecemeal Engineering in der Wirtschafts- und Sozialpolitik*, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, 21. Jg., 1976, S. 25 ff.

kenntnisse verschiedener Disziplinen für notwendig. Die angedeutete Kritik ist schon älteren Datums und hinsichtlich ihrer Berechtigung weitgehend anerkannt. Sie wurde auch schon in zahlreichen Publikationen zur theoretischen Wirtschaftspolitik berücksichtigt. In jüngster Zeit aber hat die Kritik eine starke Intensivierung erfahren. Der Grund hierfür liegt wohl darin, daß die Forderung nach interdisziplinärer Zusammenarbeit und multidisziplinärer Betrachtungsweise — nach Meinung der Kritiker — noch weitgehend unerfüllt geblieben ist.

Einige wenige Beispiele für diese neuere Kritik sollen im folgenden nur mit Autor und Titel genannt werden:

- R. Aeppli, *Ökonomie als multiparadigmatische Wissenschaft*, in: *Kyklos*, Vol. 33, 1980.
- H. Albert, *Probleme der Theoriebildung. Entwicklung, Struktur und Anwendung sozialwissenschaftlicher Theorien*, in: *Theorie und Realität*, hrsg. von H. Albert, 1964.
- E. H. Phelps Brown, *Die Rückständigkeit der Ökonomie*, Praesidential adresse der „Royal Economic Society“, Juli 1971, in: *Seminar: Politische Ökonomie*.
- Bruno S. Frey, *Moderne Politische Ökonomie*, 1977.
- G. Gäfgen, *Politische Ökonomie und Lehre von der Wirtschaftspolitik: Zur Realisierbarkeit wirtschaftspolitischer Vorschläge*, in: *Wirtschaftspolitik — Wissenschaft und politische Aufgabe*, Festschrift für Karl Schiller, 1976.
- F. X. Kaufmann, *Nationalökonomie und Soziologie*, in: *Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft*, Festschrift für W. A. Jöhr, 1980.
- G. Kirchgässner, *Können Ökonomie und Soziologie voneinander lernen?*, in: *Kyklos*, Vol. 33, 1980.
- Kurt W. Rothschild, *Die verstockte Natur oder die Krise der Wirtschaftswissenschaft*, in: *Festschrift für W. A. Jöhr*, a.a.O., 1980.
- J. Tinbergen, *Überdeckung von Wissenschaftsgebieten*, in: *Festschrift für W. A. Jöhr*, a.a.O., 1980.

In diesen Publikationen wird die Verbindung von ökonomischer und soziologischer Betrachtungsweise als besonders wichtig angesehen. Darüber hinaus wird — vor allem in den jüngsten Beiträgen — der Anwendung individual- und sozialpsychologischer Erkenntnisse große Bedeutung zugesprochen. Den historischen und rechtlichen Aspekten wird relativ weniger Aufmerksamkeit gewidmet. Das ist um so auffällender als gerade für die Wirtschaftsordnungstheorie und die realtypische und komparative Darstellung von Wirtschaftssystemen die Be-

achtung der rechtlichen und geschichtlichen Dimensionen ihres Untersuchungsobjektes notwendig ist.

Die Forderung nach einer interdisziplinären Forschung und Lehre ist leichter gestellt als erfüllt: Die Schwierigkeiten ihrer Erfüllung sind sehr groß. Die von Tinbergen erwähnte Synthese von nationalökonomischer, mathematischer und statistischer Betrachtungsweise in der „neuen“ Disziplin der Ökonometrie ist nur deshalb so gut gelungen, weil Wirtschaftstheorie, Mathematik und Statistik in einem engen Problem-Zusammenhang stehen, und deshalb heute ein qualifizierter Wirtschaftstheoretiker ohne hinreichende Beherrschung der mathematischen und statistischen Methoden nicht denkbar ist. Weitaus schwieriger ist die Synthese von Ökonomie, Soziologie, Politologie, Psychologie, Historie und Rechtswissenschaft. Historie, Rechtswissenschaft und Wirtschaftswissenschaft sind ältere Disziplinen mit relativ hochentwickelter Terminologie und Methodik. Soziologie, Politologie und Sozialpsychologie haben diese Qualitäten nur in viel geringerem Ausmaß. So ist die gegenseitige Verständigung schon aufgrund verschiedener „Sprachen“ schwierig. Nennen wir diese Schwierigkeiten das „Übersetzungsproblem“.

Die genannten Disziplinen haben je ein sehr breites Problemfeld und eine dementsprechende Menge von Untersuchungsobjekten, Erklärungsansätzen und kontroversen Hypothesen.

Nur *eine* Disziplin zu beherrschen stößt schon auf immer enger werdende Grenzen. „Wir befinden uns deshalb in der schwierigen Lage, daß einerseits Spezialisierung zum Fortschritt des Wissens und andererseits eine gewisse Übersicht über sämtliche wissenschaftliche (sozialwissenschaftlichen, d. V.) Entwicklungen unentbehrlich sind.“<sup>41</sup>

Eine Lösung des „Synthese“-Problems durch team-Arbeit, d. h. Zusammenarbeit der Vertreter verschiedener Disziplinen stößt auf die speziellen Schwierigkeiten der thematischen Problem-Aufgliederung und der personellen Arbeitsteilung und Koordination.

### *3.42 Die Kritik am Erklärungswert der neoklassischen Gleichgewichtstheorie*

Schon in den Vorbemerkungen zu Kap. 3.1 haben wir auf den übigen Gebrauch des Ausdrucks „herrschende Lehre“<sup>42</sup> hingewiesen. Obwohl das Wort „herrschend“ durchweg nicht definiert wird, darf man annehmen, daß damit folgendes gemeint ist: Eine Theorie bzw. Lehre

<sup>41</sup> Tinbergen, a.a.O., S. 28.

<sup>42</sup> Gleichsinnig verwendete Ausdrücke sind: „orthodoxe Lehrmeinung“, „herkömmliche oder traditionelle Lehre“.

kann als „herrschend“ bezeichnet werden, wenn die Mehrzahl der Fachvertreter — insbes. die „Ordinarien“ und sonstige Lehrkräfte — eine bestimmte Theorie oder Gruppe von Theorien als besten wissenschaftlichen Standard beurteilen, und der Lehrbetrieb mit Standard-konformen Lehrbüchern arbeitet.

Nach meiner Meinung zeichnen sich gute Lehre und Lehrbücher dadurch aus, daß *nicht nur eine* Theorie vorgetragen wird, sondern auch die historische Entwicklung der ökonomischen Theorie mit ihrer *Viel-falt* von Problemstellungen, Modellen und Hypothesen; und daß die Darstellung einer Theorie *kritischen* Charakter hat und mit einer *kri-tischen Abwägung des Erkenntniswertes* verschiedener konkurrieren-der Hypothesen verbunden wird. Leider genügen viele „Vorlesungen“ und „text books“ nicht diesen Ansprüchen. Im Lehrbetrieb „herrschen“ nicht die schöpferischen Theoretiker wie Walras, Pareto, Marshall, Keynes und Andere, und auch nicht die originalen Werke selbst, son-derm die Menge der wissenschaftlich unschöpferischen Anhänger, Schü-ler, Nachbeter, die dazu neigen, die Lehre der „Meister“ versimpelnd und damit oft auch verfälschend weiterzugeben.

Wenn nun von den Kritikern der herrschenden Lehre diese Lehre mit der neoklassischen Gleichgewichtstheorie identifiziert wird, so zeigt sich, daß die Kritiker nicht einig sind über den Inhalt des Begriffs der „neoklassischen Gleichgewichtstheorie“. Es gibt verschieden weite bzw. enge Begriffe der Neoklassik. E. Streissler unterscheidet mehrere Va-rianten der neoklassischen Theorie: Die erste Theorie-Variante vom Typus Walras, Pareto; die zweite Theorie-Variante vom Typus Mar-ginaltheorie (Jevons, Österreichische Grenznutzentheorie); die dritte Theorie-Variante der „Neoklassik im engeren Sinne“ vom Typus der in den USA in den 50er und 60er Jahren vorherrschenden Modelltheorie (Samuelson, Solow, Arrow); die vierte Variante der „neo-neo-Klassik“ vom Typus Stigler, Brunner, Meltzer (Einführung von Informations-und Transaktionskosten-Überlegungen).

Unter einem anderen Gesichtspunkt spricht K. W. Rothschild noch von einer auf den Keynesianismus folgenden Renaissance des neoklas-sischen Gleichgewichtsdenkens der letzten 20 - 25 Jahre vom Typus Hicks, Patinkin, Debreu, Friedman, Phelps.

Der engste Begriff der „neoklassischen Theorie“ bezieht sich weniger auf einen bestimmten Autor als auf einen bestimmten Typus von The-orieansatz: das neoklassische Gleichgewichtsdenken in der speziellen Form des „Gleichgewichts unter den Bedingungen der vollkommenen Konkurrenz“.<sup>43</sup> Soweit die Kritik an der Neoklassik Fundamentalkritik

---

<sup>43</sup> Vgl. K. W. Rothschild, Die verstockte Natur, in: Jöhr-Festschrift, a.a.O., S. 7.



ist, richtet sie sich auf die neoklassische Gleichgewichtstheorie im engsten Sinne des Wortes.

Der „Neoklassiker“ Samuelson hat von einer vollzogenen Synthese von Neoklassik und Keynesianismus gesprochen. Friedman und Samuelson sind der Meinung: „We are all Keynesians now.“ Analog könnte man im Hinblick auf die weiten Fassungen des Begriffs der „neoklassischen Theorie“ sagen: „Wir sind heute alle Neoklassiker.“ Nun besteht der Gesamt-Corpus dessen, was man neoklassische Theorie nennen kann aus zwei Gruppen von Aussagen und Aussagen-Systemen: aus Modellen und empirisch gehaltvollen Hypothesen (Theorien). Dabei können sich Modelle wie Hypothesen auf den ökonomischen Zusammenhang (Total-Modelle) oder auf „Teile des Ganzen“ (Partial-Modelle) beziehen.

Wenn sich die Kritik an der neoklassischen Theorie nur auf das „Konkurrenz-Gleichgewichtsmodell“ richtet, dann kann sie damit nicht zugleich auch den Erklärungswert von Hypothesen beurteilen.

Die These, daß die neoklassische Gleichgewichtstheorie wirklichkeitsfremd sei, d. h. daß sie keinen oder nur sehr geringen Erklärungswert (Erklärungsfähigkeit) habe<sup>44</sup>, ist fragwürdig und soll nach folgenden Gesichtspunkten diskutiert werden:

1. Die Unterscheidung von Modell und Theorie.
2. „Gleichgewichtstheorie“ versus „Ungleichgewichtstheorie“.

ad 1. In den letzten Jahrzehnten hat die wissenschaftstheoretische Forschung große Fortschritte gemacht (Popper, Hempel, v. Kempster, Albert, Hutchinson, Duesenberry und Andere).<sup>45</sup> Leider haben viele Nationalökonominnen die Ergebnisse dieser wissenschaftstheoretischen Arbeit nicht genügend zur Kenntnis genommen oder daraus keine Konsequenzen für ihre theoretische Arbeit gezogen. So wird „der Unterschied zwischen Theorie und Modell . . . heute noch kaum gesehen.“<sup>46</sup>

Sowohl Modelle wie Theorien sind Ergebnisse wissenschaftlichen Denkens. Wenn man wissenschaftliches Denken mit theoretischem Denken gleichsetzt, dann würde man auch Modelle als theoretische Gebilde (Konstrukte) bezeichnen können und demgemäß von „Modelltheorie“ sprechen, — wie das in der Fachliteratur oft geschieht. Man kann aber auch die Verwendung des Ausdrucks „Theorie“ beschränken

<sup>44</sup> Vgl. *K. W. Rothschild*, Die verstockte Natur . . . , a.a.O., S. 13.

<sup>45</sup> Vgl. *H. Albert*, Hrsg., Theorie und Realität. Ausgewählte Aufsätze zur Wissenschaftslehre der Sozialwissenschaften, 1964; *E. Topitsch*, Logik der Sozialwissenschaften, 1976; *D. Schneider*, a.a.O., S. 30 ff.

<sup>46</sup> *E. Streißler* und *Chr. Watrin*, Hrsg., Zur Theorie marktwirtschaftlicher Ordnungen, a.a.O., S. 113.

auf Aussagen, die den Charakter von empirisch überprüfbaren Erklärungs-Hypothesen haben. Solche Aussagen bzw. Aussagensysteme ließen sich dann als „Theorien im engeren Sinne“ bezeichnen. Ohne Solche Vorüberlegungen kann die terminologische Unterscheidung von Modell und Theorie semantisch verwirrend sein.

Modelle sind gedankliche Konstruktionen, logische Gebilde, die von bestimmten Definitionen und Prämissen (Annahmen) ausgehend bestimmte Sätze ableiten.<sup>47</sup> Modelle enthalten also keine Aussagen über die Wirklichkeit und ermöglichen somit auch keine Erklärungen und Prognosen.

Theorien (Hypothesen)<sup>48</sup> sind Aussagen (Informationen) über die Beschaffenheit der Wirklichkeit, insbes. über reale Wirkungszusammenhänge. Theorien müssen empirisch auf ihre Übereinstimmung mit der Wirklichkeit überprüft werden können. Soweit und solange Theorien durch Tests bestätigt werden, haben sie Erklärungswert und ermöglichen Prognosen. Modelle können (nur) auf ihre logische Konsistenz überprüft werden.

Die wissenschaftliche Bedeutung bzw. Funktion von Modellen liegt darin, Sprachregeln zu liefern und die Implikationen bestimmter Annahmen konsequent zu verfolgen. Somit haben Modelle für die Aufstellung von Theorien *heuristischen* Wert. Modelle sind — logisch gesehen — notwendige Voraussetzungen der Aufstellung von Theorien.<sup>49</sup>

Die neoklassische Gleichgewichtstheorie im engeren Sinne der sogenannten „Konkurrenz-Gleichgewichtstheorie“ (prototypisch bei Walras) ist nichts anderes als ein Modell, dessen Prämissen und Ableitungen W. A. Jöhr schon vor vier Jahrzehnten in seiner Darstellung des Modells der vollkommenen Konkurrenz herausgearbeitet hat.<sup>50</sup> Eine Kritik, die der neoklassischen Konkurrenz-Gleichgewichtstheorie Er-

---

<sup>47</sup> Vgl. hier und zu Folgendem K. W. Rothschild, *Wirtschaftsprognose. Methoden und Probleme*, 1969, S. 4 ff.

<sup>48</sup> Man kann Theorien als Systeme von Hypothesen bezeichnen.

<sup>49</sup> Den heuristischen Charakter von Modellen und deren Bedeutung für die Aufstellung von Hypothesen bzw. Theorien hat K. W. Rothschild (a.a.O., S. 4 ff.) mit großer Klarheit am Beispiel der sogenannten Quantitätstheorie des Geldes verdeutlicht. — Die heuristische Funktion der Gleichgewichtsanalyse hat auch F. Machlup in: „Der Wettstreit zwischen Mikro- und Makrotheorie in der Nationalökonomie“, 1960, betont. In jüngster Zeit ist Jochen Röpke auf den methodologischen Charakter von heuristischen Modellen und erklärenden Hypothesen eingegangen, in: *Zur Stabilität marktwirtschaftlicher Systeme*, in: *Zur Theorie marktwirtschaftlicher Ordnungen*, a.a.O., S. 145 ff.

<sup>50</sup> W. A. Jöhr, *Theoretische Grundlagen der Wirtschaftspolitik*, Bd. I, *Die Argumente der Wirtschaftsfreiheit. Das Modell der vollkommenen Konkurrenz und seine Annäherungen an die Wirklichkeit*, 1943.

klärungsfähigkeit abspricht, stößt — für den wissenschaftstheoretisch Geschulten — offene Türen auf. Doch ist dieser kritische Vorwurf bis zu einem gewissen Grade ernst zu nehmen, wenn er sich auf Hypothesen und Theorien richtet, die mit der neoklassischen Gleichgewichtstheorie als einem System von heuristischen Modellaussagen verbunden sind. A. Woll gibt in seiner „Allgemeinen Volkswirtschaftslehre“ (7. Auflage, 1981) einen Überblick über die wichtigsten Modelle der Mikro- und Makrotheorie und über empirisch testbare Hypothesen bzw. Theorien, sowie über das Ergebnis positiv verlaufener Tests. Nur so — scheint mir — können in methodisch befriedigender Weise relevante Aussagen über den Erklärungswert von Theorien im allgemeinen und der „neoklassischen Theorie“ im besonderen gemacht werden.

Verstehen wir unter „neoklassischer Theorie“ ein Ganzes von Modellen *und* Theorien, so ist auch dann die Behauptung eines *geringen* Erklärungswertes berechtigt. Wichtiger aber ist wohl die Beobachtung (und Meinung), daß sich allzu viele Wirtschaftswissenschaftler auf Modellkonstruktionen und immer weitergehende Modelldifferenzierungen beschränken und damit den Aufbau erklärungsfähiger Theorien vernachlässigt haben. Das ist nicht nur durch eine Präferenz für die logische Schlüssigkeit, Exaktheit und Mathematisierbarkeit von Modellaussagen — mit nur vermeintlich höherem Grad von Wissenschaftlichkeit — zu erklären, sondern auch damit, daß die Konstruktion von Modellen „leichter“ ist als der Entwurf und die Ausarbeitung erklärungsfähiger Hypothesen und Theorien.

#### ad 2. „Gleichgewichtstheorie“ versus „Ungleichgewichtstheorie“.

Die Kritik an der neoklassischen Theorie richtet sich vor allem gegen ihren „Gleichgewichtsansatz“. Die Heftigkeit dieser Kritik — „Gleichgewicht“ scheint ein „Reizwort“ geworden zu sein — erklärt sich wohl aus einer Beunruhigung über die länger dauernden Gleichgewichtsstörungen (Inflation und Arbeitslosigkeit) und die Mißerfolge der Stabilisierungspolitik; und aus dem Eindruck, daß die Wirtschaftswissenschaft, insbesondere die ökonomische Theorie keine befriedigende Erklärungen der krisenhaften Entwicklung zu geben und deshalb auch keine erfolgsverbürgenden stabilitätspolitischen Strategien zu entwerfen vermag.

„Der Begriff des wirtschaftlichen Gleichgewichts ist so alt wie die ökonomische Theorie. Es gibt keinen Ökonomen, in dessen Denken er keine Rolle gespielt hätte; und es gibt keine Wirtschaftsordnung, in der es nicht Anlaß gäbe, sich mit dem Gleichgewichtsproblem zu beschäftigen, weil in *jeder* Wirtschaftsordnung das Problem der gegenseitigen Abstimmung der Wirtschaftspläne besteht . . . . Es ist des-

halb nur natürlich, daß sich die ökonomische Theorie schon sehr früh der Lösung des Gleichgewichtsproblems (und Ungleichgewichtsproblems!) — es hat ja nur Sinn, auf dem Hintergrund der Gleichgewichtsvorstellungen von einem Ungleichgewicht zu sprechen — zugewandt hat.“<sup>51</sup>

Versteht man unter „neoklassischer Theorie“ nicht nur die Konkurrenz-Gleichgewichtstheorie“ sondern auch alle von diesem Ansatz durch Abwandlungen seiner hoch restriktiven Annahmen entwickelten Modelle und Hypothesen, so zeigt sich, daß — besonders seit Keynes — die Probleme des Ungleichgewichts immer weitergehend differenziert und vertieft untersucht wurden.

Wenn die bis heute entwickelte neoklassische Theorie Gleichgewichts- und Ungleichgewichtstheorie zugleich ist — und sachlich wie logisch auch sein muß — so kann es keine davon abweichende „echte“ Ungleichgewichtstheorie geben, die eine fundamentale (d. h. von ihrem Ansatz her) und vergleichbar geschlossene Alternative zur Gleichgewichtstheorie wäre.<sup>51a</sup>

### 3.43 Die Kritik an der sogenannten neoklassischen Rechtfertigung der marktwirtschaftlichen Ordnung<sup>52</sup>

#### 3.431 Terminologische Vorbemerkungen

Schon im Abschnitt 3.42 wurde darauf hingewiesen, daß der Ausdruck „neoklassisch“ vieldeutig ist. Er wird nicht nur in einem dogmenhistorisch verschiedenen weiten bzw. engen Sinne gebraucht<sup>53</sup>, sondern auch zur Benennung von theoretischen Ansätzen und Konzepten verwendet, die hinsichtlich Fragestellung und Methoden verschieden sind.

Im Hinblick auf die weiteren Ausführungen soll als „neoklassisch“ jene theoretische Betrachtungsweise bezeichnet werden, die dem walrasianischen Modell des allgemeinen Gleichgewichts verpflichtet ist und in der neueren Literatur als Konkurrenz-Gleichgewichts-Modell oder als „Theorie der vollkommenen Konkurrenz“ bezeichnet wird.

<sup>51</sup> E. Schneider, Einführung in die Wirtschaftstheorie, II. Teil, 1969, S. 297 f.

<sup>51a</sup> Vgl. K. W. Rothschild, Festschrift für W. A. Jöhr, a.a.O., S. 13, und K. W. Rothschild, Einführung in die Ungleichgewichtstheorie, 1981.

<sup>52</sup> Zur Formulierung der Fragestellung dieses Abschnitts 3.43 vergleiche K. W. Rothschild, Kritik marktwirtschaftlicher Ordnungen als Realtypus, in: Zur Theorie marktwirtschaftlicher Ordnungen, 1980, S. 13 ff.; E. Streissler, Kritik des neoklassischen Gleichgewichtsansatzes als Rechtfertigung marktwirtschaftlicher Ordnungen, in: Zur Theorie marktwirtschaftlicher Ordnungen, 1980, S. 38 ff.; K. W. Rothschild, Einführung in die Ungleichgewichtstheorie, 1981.

<sup>53</sup> Siehe die Ausführungen in Kapitel 3.42.

Sowohl die „Kritik“ Streisslers wie Rothschilds bezieht sich auf dieses Modell.

Die genannten „Kriterien“ konfrontieren das genannte Modell mit der Realität marktwirtschaftlicher Ordnungen. Der Plural „marktwirtschaftliche Ordnungen“ soll sagen, daß in der Realität die marktwirtschaftliche Ordnung von Staat zu Staat und von Zeit zu Zeit verschiedene Ausformungen aufweist; für Rothschild besteht das ihnen gemeinsame darin, daß dem Markt entscheidende lenkende Funktionen zugesprochen werden.<sup>54</sup>

Unter wissenschaftlich begründeter Rechtfertigung soll mit Rothschild folgendes verstanden werden: Aufgrund theoretischer Überlegungen läßt sich beweisen, daß eine bestimmte reale Wirtschaftsordnung bestimmte weithin akzeptierte Ziele besser als andere Wirtschaftsordnungen zu realisieren vermag. Unter „neoklassischer“ Rechtfertigung soll verstanden werden, daß sich die Marktwirtschaftsordnung mit „gleichgewichtstheoretischen“ Überlegungen rechtfertigen läßt.<sup>55</sup>

#### 3.432 Thesen und Argumente der Kritik an der neoklassischen Rechtfertigung der marktwirtschaftlichen Ordnung

Als Motto für die folgenden Ausführungen möchten wir den ebenso berühmten wie fragwürdigen Ausspruch L. v. Mises' zitieren: Der Nationalökonom „ist liberal, weil er Nationalökonom ist. Die Nationalökonomie hat ihn zum Liberalismus geführt . . .“<sup>56</sup>

Aus der Fülle der einschlägigen Literatur sollen nur einige wenige Publikationen herangezogen werden, die hinsichtlich der Argumente ihrer Kritik beachtenswerte Unterschiede aufweisen. Bei zwei Autoren kommen typisch unterschiedliche Arten von Kritik repräsentativ zum Ausdruck: bei K. W. Rothschild<sup>57</sup> und bei E. Hoppmann.<sup>58</sup>

In seiner Abhandlung „Kritik marktwirtschaftlicher Ordnungen als Realtypus“ will sich Rothschild „auf jene traditionsreichen kritischen

<sup>54</sup> Vgl. *Rothschild*, Kritik . . ., a.a.O., S. 15.

<sup>55</sup> Vgl. *Rothschild*, Kritik marktwirtschaftlicher Ordnungen . . ., a.a.O., S. 14.

<sup>56</sup> *L. v. Mises*, Nationalökonomie, 1940, S. 748.

<sup>57</sup> *K. W. Rothschild*, Kritik marktwirtschaftlicher Ordnungen, in: *Zur Theorie marktwirtschaftlicher Ordnungen*, Hrsg. E. Streissler und Chr. Watrin, 1980; *K. W. Rothschild*, Die verstockte Natur oder die Krise der Wirtschaftswissenschaft, in: *Festschrift für W. A. Jöhr*, 1980, S. 3 ff.

<sup>58</sup> *E. Hoppmann*, Gleichgewicht und Evolution. Voraussetzungen und Erkenntniswert der volkswirtschaftlichen Totalanalyse, in: *Festschrift für E. Carell*, 1980.

Betrachtungen konzentrieren, die sich aus den hochgestochenen Ansprüchen der Protagonisten einer marktwirtschaftlichen Ordnung ergeben. Würden diese Protagonisten nur behaupten, daß die Marktwirtschaft *eine* unter mehreren Möglichkeiten wirtschaftlicher Organisation sei, oder (diesmal schon normativ) daß sie im Vergleich zu bekannten Alternativen *summa summarum* ‚bessere‘ Ergebnisse erwarten lasse, so wäre ... bezüglich der ersten Behauptung eine Kritik überhaupt nicht fällig, bezüglich der zweiten ausschließlich eine vergleichende. Aber in seiner klassischen und neoklassischen Variante wird das Modell einer Marktwirtschaft als ein System dargestellt, das bestimmte und weithin akzeptierte ökonomische Zielsetzungen am besten oder überhaupt als einziges realisieren kann. Diese Behauptungen bilden üblicherweise den Ausgangspunkt für eine Kritik an realen marktwirtschaftlichen Ordnungen ...“<sup>59</sup>

„Die Entwicklung seit Walras und Pareto bis herauf zum neuesten Stand der Gleichgewichtstheorie hat diesen Anspruch (der Protagonisten — d. V.) nicht grundlegend beeinträchtigt, wenn auch die Präzisierung der Annahmen und Voraussetzungen die prekäre Natur dieses Modells als realistisches Programm deutlicher gemacht hat.“<sup>60</sup> „In den kommenden Abschnitten werden zunächst die kritischen Einwände betrachtet, welche die Abweichungen der marktwirtschaftlichen Realität vom Modell und seinen Wert- und Zielvorstellungen betonen.“<sup>61</sup> Aus den festgestellten „Abweichungen“ wird gefolgert, daß die marktwirtschaftliche Ordnung vielfältig und weitgehend „versagt“. „Marktversagen“ ist ein Lieblingsausdruck der Anti-Neoklassiker.

Aus den angezogenen Publikationen<sup>62</sup> Rothschilds glauben wir entnehmen zu können, daß Rothschild die neoklassische Gleichgewichtstheorie und -lehre als heute noch dominierende („herrschende“) Lehre ansieht; und wohl nur aufgrund dieser Meinung könnte dem Problem der gleichgewichtstheoretischen Rechtfertigung der marktwirtschaftlichen Ordnung Aktualität zugesprochen werden.

Rothschild spricht von den klassischen und neoklassischen Protagonisten der marktwirtschaftlichen Ordnung, nennt aber<sup>63</sup> nur Walras, Pareto und J. C. Clark. Heute lebende Nationalökonomien, die er zu den „Protagonisten“ rechnen würde, nennt er nicht.

<sup>59</sup> Rothschild, „Kritik ...“, a.a.O., S. 14. Das Studium der angezogenen Publikationen legt die Vermutung nahe, daß sich Rothschild mit dem von ihm dargestellten „Kritiken“ identifiziert.

<sup>60</sup> Rothschild, a.a.O., S. 16.

<sup>61</sup> Rothschild, a.a.O., S. 16.

<sup>62</sup> Vgl. besonders auch Rothschild, Die verstockte Natur ... , a.a.O., S. 3, 13 f.

<sup>63</sup> in seiner Abhandlung: Kritik ... , a.a.O.

Den „Vater“ der klassischen Nationalökonomie, Adam Smith, kann man m. E. als Erz-Protagonisten der marktwirtschaftlichen Ordnung bezeichnen, wenn auch nicht im Sinne eines extremen „laissez-faire“. Seine Befürwortung einer freiheitlichen politischen und wirtschaftlichen Ordnung wurzelt in seiner „Weltanschauung“, in seinem „Werte-System“, und war „wissenschaftlich“ begründet in seiner Analyse der Funktionsweise und Funktionsfähigkeit der Marktwirtschaft. Seine Vorstellungen von der Funktionsweise entwickelte er nicht an und aus einem statischen Gleichgewichtsmodell, das ja erst von Neoklassikern (vor allem Walras) entworfen und formuliert wurde, sondern aus empirisch und dynamisch orientierten Vorstellungen über das Verhalten von Wirtschaftssubjekten im Wettbewerb als einem Prozeß ständiger Anpassungen an sich ständig verändernde Daten; Anpassungen, deren Wirkungen in Tendenzen zum Gleichgewicht bestehen. Für Smith ist Gleichgewicht kein Zustand. Der reale Wirtschaftsablauf zeige immer wieder Abweichungen vom Gleichgewicht, welche Reaktionen der Wirtschaftssubjekte auslösen, die tendenziell zum Gleichgewicht führen. Wenn für Smith der „natürliche“ Preis der „Gleichgewichtspreis“ ist, so „oszilliert“ der *reale* Marktpreis um den Gleichgewichtspreis. Die Smith'sche Theorie kann man als Gleichgewichts- und Ungleichgewichtstheorie zugleich bezeichnen.

A. Smith war der von ihm nicht näher begründeten Meinung, daß sich die verhaltensmäßigen und marktstrukturellen Bedingungen eines wirksamen Wettbewerbs bei Gewährung von Gewerbe- und Vertragsfreiheit und bei Schutz des Privateigentums an Produktionsmitteln weitgehend erfüllen würden, und daß damit die Gleichgewichtstendenzen genügend stark sein würden, um die Ungleichgewichte in engen Grenzen zu halten.

W. A. Jöhr hat schon 1943 in seiner Darstellung und kritischen Würdigung der „Argumente der Wirtschaftsfreiheit“, des „Modells der vollkommenen Konkurrenz“ und seiner „Annäherungen an die Wirklichkeit“<sup>64</sup> darauf hingewiesen, daß die Einstellung der Neoklassiker (von Walras bis zu Hayek) zum „Rechtfertigungsproblem“ durchaus nicht einheitlich<sup>65</sup> war: „Gerade die *erste Generation* der Grenznutzer dachte alles andere als liberal<sup>66</sup>. So fordert Walras den Rückkauf von Grund und Boden durch den Staat, ... sein Sozialprogramm charak-

<sup>64</sup> W. A. Jöhr, Theoretische Grundlagen der Wirtschaftspolitik, Bd. I, 1943.

<sup>65</sup> Auch Rothschild selbst bemerkt, daß es unter den Kritikern, welche die „Diskrepanz zwischen (häßlicher) marktwirtschaftlicher Realität und den idealen Eigenschaften des Modells ... sowohl prinzipielle Befürworter wie Gegner der Marktwirtschaft“ gebe (a.a.O., S. 16).

<sup>66</sup> Jöhr verweist in diesem Zusammenhang auf *Vleugels*, Die Kritik am wirtschaftlichen Liberalismus in der Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre, 1935, S. 25 ff.

terisiert er als „synthetischen Sozialismus“. Menger bezeichnet den ihm von Schmoller zugeschleuderten Vorwurf, er sei ein Anhänger der Manchesterpartei, als frivol. Böhm-Bawerk betont, daß es ihm nicht einfallt, das Dasein vieler beklagenswerter und reformbedürftiger Zustände zu verkennen, er halte ihnen gegenüber ein gleichgültiges *laissez-faire laissez passer* für vollkommen übel angebracht. Auch Jevons fordert ... in gewissen Fällen Staatskontrolle oder Verstaatlichung. Wick- sell schließlich empfiehlt Minimallöhne und Maximalarbeitstag ...

Erst Ökonomen der *zweiten Generation* der Subjektivisten ziehen aus der Grenznutzenlehre die wirtschaftspolitischen Folgerungen des Liberalismus ... Neben J. B. Clark ... sind hier in erster Linie zu nennen: Pareto, Barone, Cassel, Mises, Hayek, Haberler.<sup>67</sup> Diese Gruppe von Ökonomen ist hinsichtlich ihrer Rechtfertigungsargumente und ihrer Auffassung vom Erkenntniswert des „Konkurrenz-Gleichgewichtsmodells“ inhomogen. Weiter unten werden wir näher darauf eingehen.

Jürg Niehans schreibt: „Pareto was an aristocrat who became an extreme liberal<sup>68</sup> out of contempt for bourgeois democracy. Menger and Böhm-Bawerk were pillars of the K & K establishment. Wick- sell went to jail for his unbending radicalism. ... The causes Irving Fisher fought for defy enumeration. Among the living economists it is no different.“<sup>69</sup>

E. Streissler schreibt: „Kritiker sozialistischer oder marxistischer Provenienz haben in der neoklassischen Schule der Wirtschaftstheorie ... gerne eine Rechtfertigungslehre der Marktwirtschaft gesehen ...“<sup>70</sup> „Das *neoklassische Paradigma regt eher zu mehr als zu weniger Kritik* an der konkreten, tatsächlichen Marktwirtschaft an als das ihm vorausgehende klassische Modell ...“<sup>71</sup> „Ist die neoklassische Wirtschaftstheorie somit *nicht* (Sp. v. V.) als Rechtfertigung der Unternehmerwirtschaft<sup>72</sup> entstanden, so ist notwendige Konsequenz auch umgekehrt, daß sie *nicht der Erhellung der gesellschaftlichen Vorteile der Unternehmerwirtschaft* dienen kann.“<sup>73</sup>

Mir sind unter den lebenden Nationalökonomien keine — nach meiner Ansicht wissenschaftlich ernst zu nehmenden — Protagonisten der marktwirtschaftlichen Ordnung bekannt, die die Rechtfertigung der

<sup>67</sup> Jöhr, a.a.O., S. 96.

<sup>68</sup> „liberal“ im Sinne des angelsächsischen Sprachgebrauchs.

<sup>69</sup> J. Niehans, *Economics: History, Doctrine, Science*, in: *Kyklos*, Vol. 34, 1981, Fasc. 2., S. 168.

<sup>70</sup> Streissler, a.a.O., S. 38.

<sup>71</sup> Streissler, a.a.O., S. 39.

<sup>72</sup> Streissler präferiert den Ausdruck „Unternehmerwirtschaft“, weil er damit den dynamischen Charakter der Marktwirtschaft betonen will.

<sup>73</sup> Streissler, a.a.O., S. 39.



marktwirtschaftlichen Ordnung aus dem Konkurrenz-Gleichgewichtsmodell ableiten. Heute gibt es aber eine schon große Gruppe<sup>74</sup> von „Protagonisten“, sagen wir lieber „Befürwortern“ oder „Verteidigern“, der marktwirtschaftlichen Ordnung, die das Modell der vollkommenen Konkurrenz wohl als heuristisch wertvollen und unverzichtbaren „Ansatz“ beurteilen, es aber für ungeeignet halten, die Funktionsweise und zielbezogene Funktionsfähigkeit der realen marktwirtschaftlichen Ordnung zu beschreiben und zu erklären. Als typische Vertreter dieser Auffassung sollen hier nur Hayek und Hoppmann genannt werden. Die ihnen gemeinsame Grundthese lautet: Die neoklassische Gleichgewichtstheorie im Sinne des allgemeinen Konkurrenzgleichgewichts, hat tautologischen Charakter (Hayek: pure logic of choice) und ermöglicht keine empirisch gehaltvollen Aussagen über die Funktionsweise der Marktwirtschaft. „In dieser Theorie des totalen Gleichgewichts werden ... die Preis/Mengen-Strukturen durch logisches Kalkül aus den ... jeweils gemachten Annahmen erschlossen. Die Antwort ist in den Annahmen bereits vollständig enthalten. Die Theorie des totalen Gleichgewichts liefert deshalb nur Sätze über ‚akausale Größenbeziehungen‘ bzw. über ‚logische Abhängigkeiten‘. Sie sagt nichts aus über die kausalen Ursache-Wirkungszusammenhänge in der realen Welt.“<sup>75</sup> In welcher Weise man — also methodisch gesehen — zu empirisch gehaltvollen Aussagen über die Funktionsweise der Marktwirtschaft kommen kann und wie man insbesondere eine empirisch gehaltvolle These über „Gleichgewichtstendenzen“ in der realen Marktwirtschaft aufstellen kann, hat Hoppmann in seiner weiter oben zitierten Abhandlung gezeigt. Hoppmann folgt damit den Spuren Hayeks, der die Marktwirtschaftsordnung nicht als „Preismechanismus“ sondern als „spontane“ Ordnung versteht, die auf dem Wettbewerb als „Entdeckungsverfahren“ beruht; und der für die Erklärung marktwirtschaftlicher Prozesse die Bedeutung der Zeit-Dimension, der Information, der Unsicherheit und des Irrtums für das Entscheidungsverhalten der Wirtschaftssubjekte, insbesondere des Unternehmers betont hat.

Eng verwandt mit Hayeks Sicht ist das von A. Woll dargestellte sogenannte „neoklassische Wettbewerbskonzept“<sup>76</sup>, das ebenfalls auf A. Smith zurückgreift und Ansätze von A. Marshall und J. B. Clark weiterführt. Wesentlich für diese Wettbewerbstheorie sei die Betonung von Ungewißheit und Unsicherheit. Wettbewerb wird als Such- und Informationsprozeß verstanden. Ein weiteres wichtiges Element sei der

<sup>74</sup> Von manchen Nationalökonomern wird diese Gruppe — nicht ganz zutreffend — mit den sogenannten „Neoliberalen“ gleichgesetzt, die aber hinsichtlich ihrer theoretischen und wirtschaftspolitischen Anschauungen keine homogene Gruppe darstellen.

<sup>75</sup> Hoppmann, a.a.O., S. 22.

<sup>76</sup> Vgl. A. Woll, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 7. Aufl., 1981, S. 277 ff.

„potentielle Wettbewerb“. Nach diesem Wettbewerbskonzept wird der Wettbewerb anhand von realen Marktstrukturen und -verhaltensweisen und nicht nach fiktiven alternativen Wettbewerbsergebnissen beurteilt. Der Wettbewerb „dient nicht einem bestimmten Zweck. Er wird gewünscht, weil kein ökonomisch leistungsfähigeres Koordinationsverfahren für individuelle Pläne bekannt ist. Daraus folgt eine Wettbewerbspolitik, die einerseits sowohl Freiheit gewährleistet als auch eindeutige Grenzen setzt (Verbot des Machtmißbrauchs) und andererseits nicht an vorgegebenen Modellen — gleich welcher Art — orientiert ist (Konstruktivismus).“<sup>77</sup>

Bevor wir nun die Beziehungen zwischen dem Wettbewerbskonzept und dem Rechtfertigungsproblem untersuchen, halten wir eine terminologische Zwischenüberlegung für notwendig; und zwar deshalb, weil in der von uns behandelten kritischen Literatur der Ausdruck „Modell“ mehrdeutig benützt wird: Einmal als Bezeichnung für das theoretische Konstrukt: „Konkurrenz-Gleichgewicht“; das andere Mal als Bezeichnung für ein „realistisches Programm“<sup>78</sup> der Marktwirtschaftsordnung. „Programm“ bedeutet hier wohl das gleiche wie „Konzept“.

Um größere Klarheit zu gewinnen, machen wir folgende Unterscheidungen:

1. das tautologische Modell (Konstrukt) des allgemeinen Konkurrenz-Gleichgewichts;
2. das „neoklassische Wettbewerbskonzept“ als erklärende Theorie des Wettbewerbsprozesses;
3. das ordnungspolitische Konzept einer vom Wettbewerb dominierten Marktwirtschaft;
4. die reale Marktwirtschaft.

Das Konkurrenz-Gleichgewichtsmodell hat heuristische Bedeutung für die Aufstellung einer empirisch gehaltvollen und damit einer überprüfbaren und erklärungs-fähigen Theorie der Marktwirtschaft. Die Realisierung einer funktionsfähigen Marktwirtschaft bedarf ordnungspolitischer Maßnahmen. Die notwendigen Bedingungen einer funktionsfähigen Marktwirtschaft werden in einem ordnungspolitischen Konzept formuliert. Eine reale Marktwirtschaft wird einem solchen Konzept mehr oder weniger entsprechen und damit auch mehr oder weniger funktionsfähig sein.

Das dem Wettbewerbskonzept entsprechende Wettbewerbs-Verhalten ist nicht eine „naturegegebene“ Verhaltensweise; es entwickelt sich

<sup>77</sup> Woll, a.a.O., S. 280. Vgl. auch F. U. Willeke, Grundsätze wettbewerbspolitischer Konzeptionen, Wirtschaft und Gesellschaft, hrsg. v. N. Kloten und F. Neumark, H. 8, 1973, und F. U. Willeke, Wettbewerbspolitik, 1980.

<sup>78</sup> Rothschild, Kritik . . . , a.a.O., S. 16.

nicht allein durch die Gewährung ökonomischer Dispositionsfreiheiten. So hat das Wettbewerbskonzept nur dann eine reale, positive wirtschaftspolitische Bedeutung, wenn man zeigen kann, daß die dem Konzept entsprechenden Verhaltensweisen und Marktformen gegeben sind oder durch ordnungspolitische Maßnahmen ermöglicht und gesichert werden können.

Das neoklassische Wettbewerbskonzept — als erklärende Theorie — kann also *nicht* als Grundlage einer Rechtfertigung der marktwirtschaftlichen Ordnung dienen; denn wenn nach diesem Konzept die Wettbewerbsordnung als „wünschenswert“ erscheint, so nicht, weil sie bestimmten Zwecken dient, sondern nur im Hinblick auf ihre Fähigkeit zur Lösung des Koordinationsproblems. Die Lösung des Koordinationsproblems wird dabei als notwendige aber nicht als ausreichende Bedingung für die Realisierung bestimmter Ziele angesehen.

Eine konkrete Marktwirtschaftsordnung im Sinne des Wettbewerbskonzepts — kann also nur „gerechtfertigt“ werden im Hinblick auf konkrete gesellschafts- und wirtschaftspolitische Wertauffassungen (Ordnungsprinzipien) und Zielsetzungen.

### 3.4322 Die Problematik des Vergleichs von Modell und Realität

In seiner Abhandlung „Externalitäten und ökonomische Analyse“ sagt H. G. Monissen: „Die traditionelle Vorgehensweise, eine realisierte Ordnung mit einer Modellvorstellung zu vergleichen, ist Metaphysik.“<sup>78a</sup> Die von Rothschild dargestellte „Kritik marktwirtschaftlicher Ordnungen als Realtypus“ entspricht dieser traditionellen Vorgehensweise, denn sie vergleicht die marktwirtschaftliche Realität mit den schon von Jöhr systematisch herausgearbeiteten „Modellergebnissen“<sup>79</sup>, die nichts anderes sind als das Pareto-Optimum: Maximale Produktions-Effizienz, optimale Bedürfnisbefriedigung, Vollbeschäftigung der Faktoren und Einkommensverteilung gemäß Beitrag zum Sozialprodukt. Diese „Ergebnisse“ (bzw. Optima) ergeben sich *logisch* aus den Modellannahmen. Die Modellannahmen — rationales Verhalten (Gewinn- und Nutzenmaximierung), vollkommene Marktübersicht, „reine“ bzw. vollständige Konkurrenz auf allen Märkten, beliebige Teilbarkeit der Produktionsfaktoren, Zeitlosigkeit von Produktion und Konsum, u. a. m. — sind *ex definitione* weder real gegeben noch realisierbar. Daraus folgt, daß *jede reale Marktwirtschaftsordnung „versagt“*.

<sup>78a</sup> H. G. Monissen, Externalitäten und ökonomische Analyse, in: E. Streissler u. Chr. Watrin (Hrsg.), Zur Theorie marktwirtschaftlicher Ordnungen, 1980, S. 374.

<sup>79</sup> W. A. Jöhr, a.a.O., S. 71 ff.

Die Bezeichnung der *Abweichungen* einer realen Marktwirtschaft von den Ergebnissen des statischen Konkurrenz-Gleichgewichtsmodells als „*Marktversagen*“ (oder „Mängel“ der realen marktwirtschaftlichen Ordnung) ist *nichtssagend* für die Beurteilung der Funktionsfähigkeit einer realen marktwirtschaftlichen Ordnung und für die Möglichkeit einer Rechtfertigung dieser Ordnung.

Aus dem Vergleich von Modell und Realität können somit auch keine Schlußfolgerungen für die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit einer Wirtschaftspolitik gezogen werden, die Maßnahmen zur Vermeidung und Korrektur von Marktversagen treffen will oder sollte.

Wissenschaftlich begründete (werturteilsfreie) Urteile über die Funktionsfähigkeit eines realen Wirtschaftssystems können nur gewonnen werden aus einem Vergleich der von der Wirtschaftspolitik angestrebten — qualitativ und quantitativ bestimmten — Ziele mit der faktischen Entwicklung der diesen Zielen entsprechenden Makro- und Mikrovariablen („Zielvariable“).<sup>80</sup>

Wissenschaftlich *möglich* ist auch eine *vergleichende Beschreibung* der Struktur und *Funktionsweise* wissenschaftlich verschiedener realer Systeme der Wirtschaftsordnung; *nicht möglich* ist eine *vergleichende wohlfahrtsökonomische Bewertung* verschiedener realer Wirtschaftsordnungssysteme (normative Beurteilung).

### Schlußfolgerungen

Aus der Abwägung von Kritik und Antikritik lassen sich einige Schlußfolgerungen für die Beantwortung folgender Fragen ziehen: Welche Entwicklungserscheinungen der bisherigen Theorie der Wirtschaftspolitik scheinen fragwürdig oder unfruchtbar zu sein? Welche traditionellen Fragestellungen sollten weiterverfolgt, differenziert und erweitert werden? Welche neuen Fragestellungen und Untersuchungsmethoden sollten aufgegriffen und diskutiert werden?

Hayeks Kritik an der „herrschenden“ Lehre hat das Gewicht einer erst zu nehmenden Fundamentalkritik. Sie ist zweifacher Natur: erkenntnistheoretisch und systemtheoretisch.

Erkenntnistheoretisch gesehen stellt Hayek die These auf, daß die ökonomische Theorie und die theoretische Wirtschaftspolitik (als „Kunstlehre“) nicht fähig sind und nicht sein können, quantitativ-numerisch bestimmte Aussagen über (Wirkungs-)Zusammenhänge von

---

<sup>80</sup> Solche Vergleiche bilden z. B. ein Hauptkapitel der Gutachten des Sachverständigenrats.

Mikro- und Makrovariablen bzw. über die Wirkungen ablaufpolitischer Maßnahmen zu machen. Die Erkenntnisfähigkeit der Wirtschaftswissenschaft sei beschränkt auf die Beschreibung von Mustern und auf Muster-Voraussagen. Nicht wenige Alt- und Neu-Hayekianer übernehmen Hayeks These und Argumente mehr oder weniger unbesehen. Ich halte eine eingehende Untersuchung folgender Fragen für notwendig:

1. Die Hayekschen termini des „Musters“ (pattern), der „Mustererklärung“ und „Muster-Prognose“ bedürfen einer begrifflichen Klärung und Präzision. Hayek beschränkt sich auf Andeutungen, Beispiele und Analogien.
2. Sind Muster-Aussagen verwandt oder identisch mit ordnungstheoretischen und ordnungspolitischen Aussagen?<sup>81</sup>
3. Besonders wichtig ist die weitere Klärung der Frage, ob quantitative Richtungsprognosen als Musterprognosen aufzufassen sind.
4. Mit welchen Methoden können Musterprognosen empirisch überprüft werden?

Auch wenn man Hayeks erkenntnistheoretische Grund-These nicht überzeugend findet, nötigt seine Kritik zu einer erneuten und vertieften Untersuchung der Leistungsfähigkeit (d. h. der Erkenntnisgrenzen) der sogenannten „quantitativen Wirtschaftspolitik“. Es gibt *zu viele* Ökonomen bzw. Ökonometriker, die sich ausschließlich oder vorwiegend mit dem Entwurf immer größerer und komplizierterer ökonomischer Entscheidungsmodelle (Prognose- und Programmierungsmodelle) beschäftigen.

Drei Nobelpreisträger (Frisch, Tinbergen, Samuelson) haben — besonders auch durch ihre Lehrbücher — am meisten beigetragen zur Verbreitung der Meinung, daß die quantitativen Probleme der Wirtschaftspolitik durch ökonomische Prognose- und Programmierungsmodelle prinzipiell und durch zu erwartende wissenschaftliche Fortschritte immer besser lösbar seien. Ziel der Untersuchung ist, „die optimale Politik zur Erreichung gegebener Ziele aufzuzeigen“<sup>82</sup>, m. a. W. „die Dosierung zu ermitteln, in der bestimmte Maßnahmen eingesetzt werden sollten, um bestimmte Ziele zu erreichen“.<sup>83</sup>

---

<sup>81</sup> Ich vermute, daß diese Frage bejaht werden kann. Wenn das der Fall ist, dann darf ich darauf hinweisen, daß ich schon in der 1. Auflage meiner „Grundlagen der theoretischen Wirtschaftspolitik“, 1971, Kap. 7.6, das Problem der Wirkungen ordnungspolitischer Regelungen und der Prognostizierbarkeit dieser Wirkungen behandelt habe. Ich kannte damals nicht Hayeks „Muster“-Thesen und wußte somit nicht, daß ich „Prosa“ sprach und schrieb.

<sup>82</sup> J. Tinbergen, *Wirtschaftspolitik*, 1968, S. 13.

<sup>83</sup> J. Tinbergen, *Wirtschaftspolitik*, 1968, S. 48.

Samuelson war (und ist?) der Meinung, daß die Konjunkturschwankungen makropolitisch „beherrscht“ bzw. „gezähmt“ werden können. Eine moderne und aufgrund technischer Fortschritte wachsende Wirtschaft könne „durch eine Kombination fiskal- und geldpolitischer Maßnahmen Gleichgewicht bei hoher Beschäftigung erreichen.“<sup>84</sup>

„Überall in der westlichen Welt haben die Regierungen und Zentralbanken bewiesen, daß der Kampf gegen die Krise zu gewinnen ist. Sie verfügen über Instrumente . . . , um die für die Bestimmung des Volkseinkommens und der Beschäftigung maßgeblichen Funktionen im gewünschten Sinne zu verlagern.“<sup>85</sup>

Es gibt aber auch Ökonomen, die bedeutende originale Beiträge zur Entwicklung der Ökonometrie geleistet haben und die engen Grenzen der „Leistungsfähigkeit“ ökonometrischer Entscheidungsmodelle betonen; zwei Zitate sollen das zeigen: „In keinem anderen Gebiet mit empirischen Untersuchungen hat man so massive und raffinierte statistische Methoden *mit eher indifferenten Resultaten* (Kursiv v. Verf.) verwendet. Nichtsdestoweniger entwickeln Theoretiker immer neue Modelle, und theoretische Statistiker entwickeln immer mehr komplizierte Methoden. Sogar diejenigen, die eine Zeitlang verwendet wurden, verlieren schnell ihre Popularität, nicht weil die neuen Methoden, die sie ersetzen, bessere Resultate ergeben, sondern weil sie neu und verschiedenen sind.“<sup>86</sup>

„Für Anwendungen in der Wirtschaftspolitik vertrete ich die Meinung, daß in unserem Zeitalter der Spezialisierung der Ökonometriker nicht besonders kompetent ist. Ich schlage daher vor, daß die Resultate der Ökonometrie in einer Form dargestellt werden, die verschiedene wirtschaftspolitische Maßnahmen und ihre Fragen offen läßt. Da die ganze Frage einer allgemeinen Wohlfahrtsfunktion sicher noch nicht ganz gelöst ist, überlassen wir es besser den Wirtschaftspolitikern und Politikern, ihre eigene Auswahl zu treffen. Dabei können die tentativen Resultate ökonometrischer Untersuchungen sicher nützlich sein.“<sup>87</sup> Tinbergen ist der — meiner Meinung nach — irrigen Auffassung, daß der „Erkenntnisstand“ auf dem Gebiet der qualitativen Wirtschaftspolitik nicht so hoch und differenziert ist wie auf dem Gebiet der quantitativen Politik. Deshalb behandle er die Probleme der qualitativen Politik „in

---

<sup>84</sup> P. A. Samuelson, Volkswirtschaftslehre, Bd. I, 8. USA-Aufl., 1970, S. 422.

<sup>85</sup> P. A. Samuelson, Volkswirtschaftslehre, Bd. I, 8. USA-Aufl., 1970, S. 420.

<sup>86</sup> cf. Leontief, W., Theoretical assumptions and nonobserved facts, in: American Economic Review, 61, 1971.

<sup>87</sup> cf. v. Hohenbalken, B., und Tintner, G., Econometric models of the OEEC member countries, The United States and Canada, and their application to economic policy, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 89, 1968.

sehr viel einfacherer Weise“ als die Probleme der quantitativen Politik.<sup>88</sup>

Meine Auffassung von den „Bedingungen und Grenzen der Leistungsfähigkeit ökonomischer Entscheidungsmodelle“<sup>89</sup> habe ich in meiner „theoretischen Wirtschaftspolitik“ darzulegen und zu begründen versucht. Dies und mein vorliegendes paper legen die Schlußfolgerung nahe, daß sich die theoretische Wirtschaftspolitik weitaus stärker als bisher den qualitativen bzw. ordnungspolitischen Problemen widmen sollte.

Für die Untersuchung von *Wert- und Zielproblemen* ergeben sich mehrere Schlußfolgerungen: Während sich die Theorie der Wirtschaftspolitik schon eingehend mit dem Problem der logischen, theoretischen und praktischen Vereinbarkeit von Zielen beschäftigt hat, ist die systematische, positive (deskriptive) Untersuchung der faktischen, wirtschaftspolitisch relevanten Wert- und Zielvorstellungen der Wirtschaftssubjekte und der Träger der Wirtschaftspolitik und das Zustandekommen dieser Vorstellungen vernachlässigt worden. Damit zusammenhängend sollten jene Untersuchungsaufgaben, die wir weiter oben, S. 16 ff., umschrieben haben, intensiver und extensiver verfolgt werden.

Im Zusammenhang mit dem Werturteilsproblem und im Hinblick auf die in letzter Zeit stärker gewordene Richtung des Neo-Normativismus sollten — vor allem in Lehrbüchern und im Lehrbetrieb — das erkenntnistheoretische Denkvermögen der Studenten und des wissenschaftlichen Nachwuchses mehr und besser als bisher entwickelt werden. Die neueren Entwicklungen der sogenannten politischen Ökonomie zeigen „Gefahren“ der Ideologisierung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften.

Die weitgehende Spezialisierung der wissenschaftlichen Forschungsarbeit und die Notwendigkeit, die sehr komplexe Natur des Erfahrungsobjektes durch starke Reduktion des Erkenntnisobjektes theoretisch analysierbar zu machen, haben zu einer hochgradigen Differenzierung der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften in Disziplinen und Teildisziplinen geführt, die jeweils nur eng begrenzte Aussagen über die Wirklichkeit machen können. Gerade diese Entwicklung hat die *Forderung nach multidisziplinärer Betrachtungsweise oder/und interdisziplinärer team-Arbeit* immer dringender werden lassen. Es sind schon viele und zu einem nicht geringen Teil fruchtbare Versuche gemacht worden, diese Forderung annäherungsweise zu erfüllen. Dabei waren bisher vorherrschend die Bemühungen einzelner Wissenschaftler

<sup>88</sup> Vgl. J. Tinbergen, a.a.O., S. 11.

<sup>89</sup> Vgl. Th. Pütz, Grundlagen der theoretischen Wirtschaftspolitik<sup>4</sup>, 1979, Kapitel 9.424.

um multidisziplinäre Problemstellungen und Problemlösungen. Eher unterentwickelt ist die interdisziplinäre team-Arbeit. Soweit ich sehe, hat bisher die team-Arbeit von Ökonomen und Juristen relativ gute Ergebnisse bei Untersuchungen von Wirtschaftsordnungsproblemen, insbesondere von wettbewerbspolitischen Fragen, erzielt. Erst an zweiter Stelle stehen wohl die Bemühungen um die Synthese von wirtschaftswissenschaftlichen und soziologischen Betrachtungsweisen.<sup>90</sup>

Die Versuche einer Synthese von wirtschaftswissenschaftlichen und politologischen Fragestellungen und Untersuchungsmethoden haben in jüngerer Zeit zwar zu vielen Ansätzen und Publikationen geführt; die Ergebnisse scheinen mir aber — im Hinblick auf Operationalität — noch fragwürdig und dürftig zu sein.

In meinen antikritischen Ausführungen habe ich auf die großen Schwierigkeiten der multi- und interdisziplinären Forschung hingewiesen; damit sollte aber nicht die große Bedeutung dieser Frage für die Weiterentwicklung der theoretischen Wirtschaftspolitik unterschätzt werden.

Unsere antikritischen Überlegungen zur Kritik an der neoklassischen Theorie können zu vielen Folgerungen und Forderungen führen, von denen ich nur einige mir besonders wichtig erscheinende herausstellen will.

Eine wissenschaftliche Begründung der vorgetragenen Thesen und Antithesen setzt methodologisch geschultes Denkvermögen voraus. Diese Bedingung ist — meiner Erfahrung nach — bei vielen Wirtschaftswissenschaftlern und in vielen Publikationen nicht erfüllt. Deshalb halte ich es für eine wichtige Forderung, den wissenschaftlichen Nachwuchs methodologisch — im oben dargelegten Sinne — intensiver zu schulen, und der Wissenschaftstheorie und Methodologie einen höheren Stellenwert und breiteren Raum in den sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Studienordnungen und Lehrplänen zu geben.

Man sollte alle Anstrengungen machen zur Eindämmung der Produktion von — quasi zum Selbstzweck gewordenen — Modellen und Modellvarianten, die ohne Rücksicht auf ihre Bedeutung für die Aufstellung empirisch gehaltvoller Hypothesen konstruiert werden.

Im Verhältnis zur Vielzahl von Modellen ist der Bestand an testbaren und überprüfbaren und vor allem an gut bestätigten Hypothesen klein. Im Zusammenhang damit erscheint es mir zweckmäßig und not-

---

<sup>90</sup> Die Arbeit des „Wettbewerbsausschusses“ ist ein gutes Beispiel; und ich erinnere an die breit angelegte „Verbandsforschung“ des Wirtschaftspolitischen Ausschusses“.



wendig, systematisch und möglichst erschöpfend zu untersuchen, worin die schmale Basis an testbaren und bestätigten Hypothesen besteht.

Weiterhin ist es eine wichtige Aufgabe, systematisch die bisher entwickelten und angewandten test-Methoden und ihre Falsifizierungs- und Bestätigungsfähigkeit zu untersuchen und zu verbessern.

Die Kritik an der neoklassischen Theorie hat sich besonders auf die modelltheoretische *Annahme* der „perfect rationality“ und die *Verhaltenshypothese* der „Gewinnmaximierung“ gerichtet. Eine vielbeachtete Variante dieser Kritik findet sich in der Simonschen Entscheidungstheorie. Simon stellt die These auf, daß die neoklassische Annahme der perfect rationality „contrary to fact“ sei. „Realistisch“ sei dagegen die Annahme einer „bounded rationality“, die nicht nach optimalen sondern „befriedigenden“ Lösungen und Ergebnissen sucht. Die klassische Theorie müsse durch „a model of bounded rationality“ ersetzt werden.

Obwohl ich der Meinung bin, daß Simons Kritik zum Teil offene Türen einstößt und methodologisch unbefriedigend wenn nicht falsch ist, sollten seine Thesen und Erklärungsansätze gründlicher als bisher diskutiert werden.<sup>91</sup>

Aus unserer Behandlung des „Rechtfertigungsproblems“ lassen sich folgende Folgerungen ziehen:

In der einschlägigen Fachliteratur und besonders auch in den Lehrbüchern zur theoretischen Wirtschaftspolitik muß viel mehr und viel klarer als bisher zwischen modelltheoretisch deduzierten „Ergebnissen“ der vollkommenen Konkurrenz und faktischen wirtschaftspolitischen Zielen unterschieden werden.

Auf die „Gleichgewichtstheorie“ als heuristische Grundlage für die Entwicklung einer empirisch gehaltvollen und erklärungs-fähigen Theorie der Marktwirtschaft kann nicht verzichtet werden.

Für die Beantwortung der Frage, *wie* man zu einer erklärungs- und prognosefähigen Theorie der Marktwirtschaft kommen kann, gibt es unserer Auffassung nach vorläufig nur tentative Ansätze, die weiterentwickelt werden müssen, vor allem hinsichtlich der empirischen Überprüfbarkeit.

Von entscheidender Bedeutung für die Beurteilung der wirtschaftspolitischen Bedeutung der genannten Ansätze ist die Frage, ob und wie-

---

<sup>91</sup> A. Woll hat in seiner Allgemeinen Volkswirtschaftslehre, 7. Auflage, 1981, S. 180 f. kurze, aber diskussionswürdige Ausführungen zum Problem der Überprüfung der Gewinnmaximierungshypothese gemacht.

weit bei den heutigen und absehbaren politischen und ökonomischen Verhältnissen eine dem Wettbewerbs-Konzept entsprechende und erfolgreiche Ordnungs- und insbesondere Wettbewerbspolitik realisierbar ist, und welche den wirtschaftspolitischen Zielen dienen sollenden Maßnahmen mit dem Wettbewerbskonzept vereinbar sind.

Von „Rechtfertigung“ kann nur im Hinblick auf konkrete Ziele gesprochen werden, deren Gültigkeit wissenschaftlich nicht begründet werden kann. Eine wissenschaftlich fundierte „Rechtfertigung“ ist nur in dem Sinne möglich, daß die Abweichungen der realen Zielvariablen von den wirtschaftspolitisch angestrebten Zielgrößen festgestellt werden, und dann in nur durch Wertungen begründbaren Urteilen als tolerierbar bezeichnet werden.



# Externalitäten und Wirtschaftspolitik: Einige Anmerkungen\*

Von Hans G. Monissen, Gießen

## I. Einleitung: Einige theoretische Aspekte

Eine adäquate Behandlung der wirtschaftspolitischen Aspekte des Externalitätenproblems setzt die Amalgamation einer Reihe von theoretischen Beiträgen aus drei im wesentlichen disparat vermittelten Spezialisierungsgebieten voraus: Dies sind zunächst die neoklassische Wohlfahrtsökonomik, die Public Choice-Theorie und schließlich die Theorie der Eigentumsrechte<sup>1</sup>. Die neoklassische Wohlfahrtsökonomik wurde hauptsächlich in den 30er bis 50er Jahren entwickelt, und es ist daher nicht überraschend, daß der damals verbreitete Marktskeptizismus sich auch in der Fragestellung dieses Gebietes niederschlug. Die wichtigsten Arbeiten konzentrierten ihr Interesse im theoretischen Sinne auf sogenanntes Marktversagen und im praktischen Sinne auf die Unzulänglichkeiten von marktwirtschaftlich dezentralistisch organisierten Wirtschaftssystemen. Die äußerst restringierenden Bedingungen, die die theoretische Analyse für die Erreichung ökonomischer Effizienz postulierte, hatten die direkte Konsequenz, daß beobachtete oder realisierte sozio-ökonomische Wirtschaftsstrukturen generell scheitern mußten, wenn sie den idealisierenden Vorgaben gerecht werden wollten.

---

\* Überarbeitete Fassung eines Vortrages, gehalten vor dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß des Vereins für Socialpolitik in Bad Homburg am 4. April 1981. Der Aufsatz stützt sich auf eine frühere Publikation des Verfassers über Externalitäten und ökonomische Analyse, in *E. Streißler* und *C. Watrin*, Hrsg., *Zur Theorie marktwirtschaftlicher Ordnungen*, Tübingen 1980, S. 341 - 377, der sowohl die relevante Literatur breiter dokumentiert als auch einige ergänzende technische Aspekte näher erörtert.

<sup>1</sup> Interessante Ergänzungen lassen sich ebenfalls in den Arbeiten von *Williamson* finden: Vgl. z. B. *O. E. Williamson*, *Markets and Hierarchies: Analysis and Antitrust Implications*, New York 1975; ders., *Transactions-Cost Economics: The Governance of Contractual Relations*, *Journal of Law and Economics*, Vol. 29, 1979, S. 233 - 261, sowie ders., *The Modern Corporation: Origins, Evolution, Attributes*, *Journal of Economic Literature*, Vol. 19, 1981, S. 1537 - 1568. *Williamson*'s Arbeiten sind recht eigenwillig und daher nur schwer einzuordnen. Schien er den Übergang vom organisationstheoretischen Ansatz der *Carnegie-Mellon-Schule* zur modernen Theorie der Eigentumsrechte in seinen früheren Arbeiten (z. B. *The Economics of Discretionary Behavior: Managerial Objectives in a Theory of the Firm*, Englewood Cliffs, N.J., 1964) vollzogen zu haben, so findet sich in seinen neueren Arbeiten eine stärkere Rückorientierung auf die Konzeption von *Cyert*, *March* und *Simon*.

Bators zentraler Aufsatz über „Die Anatomie des Marktversagens“ charakterisiert in prägnanter Weise diese theoretische Perspektive<sup>2</sup>. Die methodische Vorgehensweise der neoklassischen Wohlfahrtsökonomik, nämlich Idealisierungen und Normvorstellungen mit aktuellen oder realisierten Marktstrukturen zu vergleichen, karikierte Buchanan einmal mit dem Vorgehen eines Preisrichters, der nur den ersten Wettbewerber anhört und beurteilt und dann den Preis unmittelbar an einen anderen Wettbewerber vergibt. In materieller Sicht liefert die neoklassische Wohlfahrtsökonomik die notwendigen und hinreichenden Begründungen für staatliche Politikeingriffe in den marktwirtschaftlich organisierten Ablaufprozeß. Nicht übersehen sollte man jedoch, daß sie unter rein formalen Aspekten in Verbindung mit der von ihr propagierten mathematischen Wirtschaftstheorie unabdingbare analytische und technische Instrumente und Hilfsmittel für eine systematische Behandlung wirtschaftstheoretischer und wirtschaftspolitischer Fragestellungen bereitstellt.

Ähnliche Probleme wie die neoklassische Wohlfahrtsökonomik behandelt die Public Choice-Theorie, ohne jedoch durch deren normative Ausprägung vorbelastet zu sein. Die mit der Public Choice-Theorie verbundenen Forschungsarbeiten datieren in den USA schon aus den 50er und 60er Jahren. In Europa und Japan erwuchs das Interesse an Public Choice-Problemen erst in den 70er Jahren. Sieht man einmal von der Breite ihres theoretischen und empirischen Forschungsprogramms ab, so ist die Public Choice-Theorie in der ursprünglichen Fragestellung eine Theorie des Staatsversagens, ohne indessen dem Nirwanatrugschluß der neoklassischen Wohlfahrtstheorie anheimzufallen, nämlich die tatsächliche Funktionsweise staatlicher Institutionen mit Hilfe entsprechender theoretischer Idealisierungen zu bewerten. Von Interesse ist hierbei insbesondere, wo die positive Theorie des Staates, deren Entwicklung sich die Vertreter der Public Choice-Theorie zum Ziel gesetzt haben, ansetzt, denn eine formale Anatomie des Staatsversagens kann, wie in der Wohlfahrtstheorie, nur als analytische und programmatische Verankerung nützlich sein. Erwähnt werden sollte, daß indessen bisher eine allgemeine Theorie des Staatsversagens nur ansatzweise vorliegt, und dies einfach als Folge des Tatbestandes, daß es ungleich schwieriger ist, das Verhalten ökonomischer Akteure unter Nichtmarktrestriktionen zu erklären, als unter den einfachen Restriktionen des traditionellen preistheoretischen Ansatzes.

Neben den angeführten theoretischen Varianten der zeitgenössischen Ökonomik bleibt für unsere Problemstellung ein interessantes neueres

---

<sup>2</sup> F. M. Bator, *The Anatomy of Market Failure*, *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 72, 1958, S. 351 - 379.

Aktivitätsfeld zu erwähnen, das sich einerseits mit der Public Choice-Theorie überschneidet, andererseits diese jedoch ergänzt. Angesprochen ist die moderne Theorie der Eigentumsrechte, deren wichtigste Arbeiten aus den 60er Jahren stammen. Allerdings handelt es sich hierbei weniger um eine eigentlich neue Theorie als vielmehr um eine wichtige empirisch ausgerichtete Erweiterung der theoretischen Perspektive der traditionellen Marshallschen Preistheorie, die mit der Walrasschen Konzeption der Wohlfahrtstheorie kontrastiert werden sollte.

Als allgemeine Charakterisierung läßt sich festhalten, daß sich für jede Gesellschaft das Problem stellt, wie die Vielfalt der Interessenkonflikte, die aus der Interaktion der Akteure unter der Existenz knapper Ressourcen resultieren, zu lösen ist. Der Prozeß, über den diese Lösung zu erzielen ist, wird im ökonomischen Sprachgebrauch als Wettbewerb bezeichnet. Allerdings ist das Phänomen Wettbewerb per se weit weniger interessant als die jeweils vorherrschende Art dieses Konfliktlösungsmechanismus. Diskriminierung, Wettbewerb und Knappheit sind somit untrennbare Konzepte<sup>3</sup>. Folgen wir der für die moderne Ökonomik paradigmatisch bedeutenden Separierung der subjektiven Präferenzen des Akteurs von den objektiven Restriktionen, so analysieren wir dann, wenn wir unser Interesse auf die Restriktionen richten und somit eine Spezifizierung der erlaubten und der nicht erlaubten bzw. mit bestimmten negativen Konsequenzen belasteten Aktionen vollziehen, den eigentumsrechtlichen Aspekt des sozio-ökonomischen Verhaltens. Dabei bestimmt die jeweils vorgefundene Struktur der Eigentumsrechte, die es in einer erweiterten Analyse endogen zu erklären gilt, die Art des vorherrschenden Wettbewerbs, die Allokation bzw. die Verwendung knapper Ressourcen sowie die typischen Verhaltenscharakteristika der Mitglieder einer Gesellschaft.

Diese breite ökonomische Perspektive, die sicherlich mit dem Gedankengut der klassischen Ökonomen vereinbar ist, ging im Zuge der Mathematisierung der traditionellen Ökonomik völlig verloren. Als Resultat wurde schließlich ein theoretischer Ansatz präsentiert, der fast völlig leer im Hinblick auf institutionelle Strukturen ist. Selbst die Unternehmung als Institution zur Herstellung von Gütern und Dienstleistungen wurde immer mehr im technischen Sinne interpretiert, wobei sie schließlich mit dem Konzept eines produzierenden Akteurs zusammenfiel. Produzent wiederum kann in der Neoklassik jeder Akteur sein, womit gleichzeitig die zentrale Rolle des dynamischen Unter-

---

<sup>3</sup> Diese nützliche Perspektive bestimmt das empfehlenswerte Lehrbuch von A. A. Alchian und W. R. Allen, *Exchange and Production: Competition, Coordination, and Control*, 2. Aufl., Belmont, Ca., 1977. Alchian ist neben Buchanan, Coase und Demsetz der eigentliche Begründer der Theorie der Eigentumsrechte.

nehmers eliminiert wäre<sup>4</sup>. Die Theorie der Eigentumsrechte bietet hier eine leistungsfähige theoretische Alternative zur neoklassischen Theorie, was sie insbesondere für eine komparative Systemanalyse bedeutsam werden läßt.

## II. Der analytische Rahmen für die Behandlung von Externalitäten

### a) Definitiorische Anmerkungen

Die üblichen Rechtfertigungen für wirtschaftspolitische Eingriffe in den Marktprozeß lassen sich kaum systematisch diskutieren, denn in aller Regel entstammen sie nicht nur verschiedenen Theoriebereichen, sondern auch konfligierenden Theorieansätzen: Makroökonomische Stabilitätspolitik z. B. konfrontiert uns mit der zentralen These der Instabilität des privaten Sektors, die höchstens in den modernen Ausformungen der makroökonomischen Ungleichgewichtstheorie oder besser der nichtwalrasianischen Makroökonomik einen mikroökonomischen oder preistheoretischen Zugang erlaubt. Auf der Mikroebene selbst sind es, wie erwähnt, die Ideen der neoklassischen Wohlfahrtstheorie, die über ihre Anatomie des Marktversagens einen Begründungskatalog von Eingriffsmöglichkeiten und Eingriffsnotwendigkeiten zusammenstellen.

Aus neoklassischer Sicht ergibt Marktversagen im allgemeinen nicht nur die notwendige, sondern sogar die hinreichende Begründung für korrigierende staatliche Politikmaßnahmen. Der Markt bzw. der Marktmechanismus wird immer dann versagen, wenn eine oder mehrere der folgenden fünf konzeptionell verschiedenen, wenn auch nicht immer logisch streng abgrenzbaren Ursachen vorliegen: Externalitäten, zunehmende Skalenerträge, unvollständige Konkurrenz der traditionellen Preistheorie, sowie sogenannte Marktunvollkommenheiten im weiteren Sinne, unbefriedigende Verteilungsergebnisse und schließlich die Existenz von über den Markt bereitgestellten Gütern, die aber aus allgemeinen ethischen Gründen unerwünscht sind. Marktunvollkommenheiten im weiteren Sinne ergeben sich z. B. dann, wenn Informationen über Marktmöglichkeiten und Produktionstechnologien nicht allen Akteuren gleichermaßen und ohne Kosten (?) zugänglich sind oder Vorteile der Informationsbeschaffung einer großen Gruppe zugänglich gemacht werden, doch die Kosten der Informationsbeschaffung von einzelnen

---

<sup>4</sup> Diese letztere Kritik trifft in gewissem Sinne auch einige neuere Arbeiten, die als Überwindung der engen technokratischen Perspektive angelegt sind — unter IV. werden einige davon angeführt —, denn wie anders ließe sich sonst der Tatbestand erklären, daß grundlegende Ansätze über die Rolle des Unternehmers in einem marktwirtschaftlichen System, wie sie von J. Kirzner vorliegen, meist völlig ignoriert werden.

Akteuren getragen werden, was zu sozial ineffizienten Divergenzen im Kosten-Nutzen-Kalkül führen muß<sup>5</sup>.

Der vorliegende Aufsatz befaßt sich ausschließlich mit einigen zentralen wirtschaftspolitischen Problemen, die mit dem Konzept der Externalitäten im engeren Sinne verbunden sind, wobei die dargestellten Analysetechniken unter einer erweiterten Fragestellung relevant bleiben. Von Externalitäten bzw. externen Effekten oder externen Erträgen und Kosten wird dann gesprochen, wenn in der Nutzenfunktion eines Konsumenten oder in der Produktionsfunktion einer Unternehmung solche Variable einbezogen sind, die von anderen Akteuren des sozialen Systems direkt kontrolliert werden. Das Verhalten der involvierten Akteure kann hierbei rein behavioristisch verstanden werden, d. h., die Motivation selbst braucht nicht berücksichtigt zu werden. An dieser Stelle soll nicht der Versuch unternommen werden, alle Fälle von Marktversagen unter den Begriff „Externalitäten“ zu subsumieren, obwohl ein derartiges Vorgehen sowohl im Falle der Marktunvollkommenheiten im weiteren Sinne als auch im Falle der sozial unerwünschten Einkommensverteilung direkt naheliegt<sup>6</sup>.

Eine nicht optimale Verteilung wird häufig als Unterversorgung mit einem spezifischen öffentlichen Gut interpretiert. Unter dieser Perspektive erscheinen die Einkommensniveaus bestimmter einkommensschwacher Gruppen als Argumente der Präferenzfunktionen der Akteure, die in der Einkommenshierarchie besser plaziert sind. Dies ist ein typisches Beispiel für eine Externalität. Der Markt indessen versagt, weil Altruismus als Vehikel zur Änderung der resultierenden Verteilung auf Grund des bekannten Schwarzfahrerproblems nicht zur Pareto-optimalen Lösung führen wird<sup>7</sup>. Die angesprochene Problematik stellt sich als theoretisch äußerst subtil dar, da die „korrekte“ wohlfahrtstheoretische Bewertung die Abklärung einer Reihe von schwierigen Fragen voraus-

<sup>5</sup> Einen interessanten Einstieg in diese Problematik vermittelt *G. Akerlof*, *The Market for Lemons: Qualitative Uncertainty and the Market Mechanism*, *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 84, 1970, S. 488 - 500. Aspekte des Marktversagens unter unvollkommenen Informationen sind inzwischen bereits Teil des Lehrbuchprogramms der Mikroökonomik. Vgl. z. B. *H. R. Varian*, *Microeconomic Analysis*, New York 1978, Kapitel 8, der einige wichtige Literaturbeiträge diskutiert.

<sup>6</sup> Auch der Versuch, unvollständige Konkurrenz unter die allgemeine Problematik zu subsumieren, bietet sich an. So könnte man unter Monopolbedingungen ein öffentliches Gut einführen, nämlich den optimalen vollständigen Markt, der jedoch auf Grund der üblichen Transaktionskostenbarrieren nicht zu realisieren ist.

<sup>7</sup> Eine Darstellung der Problematik und eine Zusammenfassung relevanter Literaturbeiträge findet sich bei *J. M. Buchanan*, *The Political Economy of Franchise in the Welfare State*, in *R. Selden*, Hrsg., *Capitalism and Freedom*, Charlottesville, Va., 1975, S. 52 - 77, wiederabgedruckt in *H. G. Manne*, *The Economics of Legal Relationships*, *Readings in the Theory of Property Rights*, New York 1975, S. 78 - 97.



setzt. Ist die Formierung der Präferenzfunktion der einzelnen Akteure unabhängig von der Kenntnis des Mechanismus des zugrundeliegenden Allokationsprozesses<sup>8</sup>? Und weiterhin, wird die persönliche Bewertung der Einkommensverteilung geändert, wenn die involvierten Akteure wissen, daß neben den üblichen Determinanten der Verteilung ein zentraler Aspekt Bedeutung erlangt, der meist ausgeklammert bleibt, doch von großer Wichtigkeit ist, nämlich das Faktum, daß ein Großteil der beobachteten Verteilung nicht die Konsequenz einer Verteilung des Eigentums, sondern Implikation der Verteilung der Nachfrage nach Einkommen ist, die aus unterschiedlichen Präferenzstrukturen der einzelnen Akteure resultiert<sup>9</sup>?

Diese und ähnliche Probleme legen nahe, das Konzept der Externalität vorläufig im engeren Sinne zu verwenden, um die Kommunikation zu erleichtern und die Problemstellung angemessen zu begrenzen<sup>10</sup>. Damit wir die Zahl der in direkter sozio-ökonomischer Interaktion stehenden Akteure berücksichtigen können, soll die auf Bator und Head<sup>11</sup> zurückgehende Unterteilung in private und öffentliche Externalitäten übernommen werden, die die Zahl der beteiligten Akteure gemäß der „kleinen“ und der „großen“ Gruppe berücksichtigt.

In einer häufig zitierten Arbeit haben Buchanan und Stubblebine<sup>12</sup> eine besonders für die preistheoretische Analyse nützliche Unter-

<sup>8</sup> Ein Akteur, der glaubt, daß das Einkommen erst geschaffen und im nachhinein verteilt wird, hat sicherlich eine andere Einstellung zu Verteilungsfragen als ein Akteur, der den Marktmechanismus versteht. Entstehung und Verteilung des Sozialprodukts in empirisch unzulässiger Weise zu trennen, ist, wie Hayek immer wieder betont hat, das unheilvolle Erbe von J. S. Mills einflußreichem Lehrbuch. In der Millschen Konzeption ist notwendigerweise jede Einkommens-„Verteilung“ ein soziales Problem und damit ein Musterbeispiel für Externalitäten.

<sup>9</sup> Die bekannten Battalio-Kagel-Experimente an der Texas A & M University sollten für diese Fragestellung in systematischer Weise nutzbar gemacht werden.

<sup>10</sup> Dies löst indessen letztlich nicht die zugrundeliegende Problematik: Jede Nutzenfunktion, und über diese haben wir Externalitäten eingeführt, ist notwendigerweise das Ergebnis eines Reduktionsprozesses in bezug auf das zugrundeliegende sozio-ökonomische System. Die für die ökonomische Theorie gültige paradigmatische Unterscheidung in Präferenzen und Restriktionen als theoretische Ingredienzen bei der Erklärung des Verhaltens gibt uns dabei gewisse Freiheitsgrade, Präferenzen und Restriktionen abzugrenzen. Anders formuliert, der Becker-Stigler-Ansatz (G. J. Stigler und G. S. Becker, *De Gustibus non est disputandum*, *American Economic Review*, Vol. 67, 1977, S. 76 - 90) geht sicherlich von einer engeren Abgrenzung von Externalitäten aus, als in der mathematischen Preistheorie, die die Nutzenfunktion viel weiter faßt.

<sup>11</sup> Vgl. F. M. Bator, a.a.O., und J. G. Head, *Public Goods and Public Policy*, *Public Finance*, Vol. 17, 1962, S. 197 - 211.

<sup>12</sup> J. M. Buchanan und W. C. Stubblebine, *Externality*, *Economica*, Vol. 29, 1962, S. 371 - 384, wiederabgedruckt in W. Breit und H. M. Hochmann, Hrsg., *Readings in Microeconomics*, New York 1968, S. 477 - 488.

scheidung von Externalitäten in marginale und nichtmarginale einerseits und relevante und irrelevante andererseits vorgenommen. Marginale und nichtmarginale Externalitäten folgen einem rein mathematischen Kriterium, das stetige und nichtstetige Effekte zu erfassen sucht. Für die weitere Betrachtung ist diese Unterscheidung nicht von Bedeutung. Um zwischen relevanten und nichtrelevanten Effekten zu unterscheiden, wird es notwendig, alle in der direkten Interdependenz einbezogenen Akteure zu isolieren: Buchanan und Stubblebine sprechen von einer potentiell relevanten Externalität, wenn das Ausmaß der Externalität den betroffenen Akteur dazu veranlaßt, das Verhalten des unabhängig handelnden Akteurs zu modifizieren. Das Handlungsspektrum umfaßt dabei Tausch, Überredung, Bedrohung, Versprechen, kollektives Handeln, Verhalten aus Konvention usw. Ist der Wunsch zur Beeinflussung nicht gegeben, so bleibt die Externalität irrelevant. Kommt zum reinen Wollen die tatsächliche Fähigkeit, die Änderung der Aktivität in der sozialen Interdependenz zu alimentieren, so wird die Externalität Pareto-relevant, andernfalls bleibt sie Pareto-irrelevant. Erst neuere Arbeiten, die versuchen, die Kosten des Marktintegrationsprozesses direkt einzubeziehen, erlauben eine volle analytische Ausnutzung dieser zweckmäßigen Unterscheidungen. Die Kosten dieses Prozesses, die sogenannten Transaktionskosten, charakterisieren die institutionelle Struktur der Problemstellung und führen somit zur Überwindung einer rein technologischen Ausrichtung, die für weite Bereiche der neoklassischen Wohlfahrtstheorie typisch ist.

Transaktionskosten werden im Sinne von Coase eingeführt<sup>13</sup>: „In order to carry out a market transaction it is necessary to discover who it is that one wishes to deal with, to inform people that one wishes to deal and on what terms, to conduct negotiations leading up to a bargain, to draw up the contract, to undertake the inspection needed to make sure that the terms of the contract are being observed, and so on“. Die so gefaßte Abgrenzung verdeutlicht, warum es der modernen Wohlfahrtstheorie bisher noch nicht gelungen ist, Transaktionskosten im besonderen und institutionelle Regelungen im allgemeinen einzubeziehen, denn Formalisierung und Operationalisierung des so eingeführten Konzepts ist in der Tat eine schwierige Aufgabe, insbesondere dann, wenn das Ziel die Formulierung einer allgemeinen Gleichgewichtstheorie ist. Die Analyse einzelner Dimensionen des Konzepts haben indessen zu fruchtbaren Ergebnissen geführt. So haben sich Williamson sowie Klein, Crawford und Alchian intensiv mit sogenanntem postkontraktuellem

---

<sup>13</sup> R. Coase, *The Problem of Social Cost*, *Journal of Law and Economics*, Vol. 3, 1960, S. 15; vgl. auch A. A. Alchian, *Some Implications of Recognition of Property Right Transactions Costs*, in K. Brunner, Hrsg., *Economics and Social Institutions*, Boston, Mass., 1978, S. 233 - 254.

opportunistischem Verhalten beschäftigt<sup>14</sup>. Da es in einer konkreten Situation faktisch unmöglich ist, alle Aspekte eines Vertrags ex ante zu stipulieren, besteht ex post immer die Gefahr einer bewußten jedoch nicht antizipierbaren Verletzung einzelner implizit verstandener Komponenten des Vertrags. Diese negativen Konsequenzen sind Transaktionskosten im oben gefaßten Sinne und damit ein wichtiger Grund für die Existenz von Institutionen, die diese Transaktionskosten reduzieren. Im Fall der Unternehmung sind diese Kosten die ökonomische Begründung für vertikale Konzentration.

Das Konzept der Transaktionskosten ist indessen mit besonderer Sorgfalt zu verwenden: „Transactions costs have a well-deserved bad name as a theoretical device . . . because there is a suspicion that almost anything can be rationalized by invoking suitably specific transactions costs“<sup>15</sup>. Für Anhänger einer extremen Transaktionskostenperspektive ist eine Allokation Pareto-effizient, wenn wir als Ziel Nutzen- bzw. Gewinnmaximierung unterstellen. Schließt man indessen Transaktionskosten ganz aus der Betrachtung aus, so bedeutet dies, daß es in einer konkreten empirischen Situation keine effiziente Allokation geben kann.

#### b) Ein einfaches preistheoretisches Modell<sup>16</sup>

Um die Möglichkeiten und Wirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen zur Korrektur marktbedingter Fehlallokationen aufzuzeigen, wird es notwendig, einige technische Aspekte zu diskutieren, die die Formulierung eines preistheoretischen Modells erforderlich machen. Dieses Modell ist recht einfach, doch gleichzeitig flexibel genug, um konkurrierende Hypothesen über die Wirkung von Externalitäten und Vorschläge zur Korrektur des marktwirtschaftlichen Ablaufprozesses in systematischer Weise zu behandeln. Die einleitend dargelegten konzeptionellen Schwierigkeiten sollten hinreichend verdeutlichen, daß sich viele der diskutierten Fragen einer einfachen analytischen Behandlung entziehen. Sorgfalt ist daher besonders dann geboten, wenn die simulierten Marktergebnisse aus der Metaposition der wirtschaftspolitischen Instanzen bewertet werden. Die Ergebnisse haben höchstens Referenzcharakter für eine empirisch relevante komparative Systemanalyse.

---

<sup>14</sup> O. E. Williamson, a.a.O., und B. Klein, R. G. Crawford und A. A. Alchian, Vertical Integration, Appropriable Rents, and the Competitive Contracting Process, *Journal of Law and Economics*, Vol. 21, 1978, S. 279 - 326. Opportunismus entspricht der üblichen Interpretation von Selbstinteresse bzw. Eigennutz, jedoch erweitert um die etwas moralisierend verstandene Komponente der Arglist.

<sup>15</sup> S. Fischer, Long-Term Contracting, Sticky Prices, and Monetary Policy: Comment, *Journal of Monetary Economics*, Vol. 3, 1977, S. 322.

<sup>16</sup> Vgl. dazu H. G. Monissen, a.a.O., S. 345 ff.

Folgende Bezeichnungen sollen verwendet werden:

- $C_j$  = Gesamtkosten der repräsentativen Unternehmung der Gruppe  $j$  ( $j = 1, 2$ ).
- $l_i$  = die von  $i$  bereitgestellten produktiven Dienste des Faktors Arbeit ( $i = 1, 2$ ).
- $l_j^*$  = die von  $j$  eingesetzten produktiven Dienste des Faktors Arbeit.
- $p_j$  = Marktpreis des Gutes  $j$  ( $j = 1, 2$ ).
- $q_{ij}$  = die vom repräsentativen Konsumenten der Gruppe  $i$  konsumierte Menge des Gutes  $j$ .
- $q_j^*$  = die von der repräsentativen Unternehmung der Gruppe  $j$  produzierte Menge.
- $T_i^0$  = die gesamte dem repräsentativen Konsumenten der Konsumgruppe  $i$  zur Verfügung stehende Zeit, die als Konstante vorgegeben ist.
- $w$  = Nominallohn, der in einer Nichtgeldwirtschaft den Wert eins annimmt.
- $\varepsilon_{ij}$  = Parameter, der den Gewinnanspruch des Konsumenten  $i$  an der Unternehmung  $j$  spezifiziert.
- $\mu$  = Lagrangescher Multiplikator.
- $\pi_j$  = Gewinn bzw. Rente der repräsentativen Unternehmung  $j$ .
- $U_i = U_i(q_{i1}, q_{i2}, T_i^0 - l_i)$  = Nutzenfunktion des Konsumenten  $i$ .
- $F_j(q_j^*, l_j^*)$  = implizite Produktionsfunktion der Unternehmung  $j$ .

Unsere Analyse geht vom Standardfall zweier Güter, zweier Konsumenten und zweier Unternehmungen unter Zugrundelegung nur eines variablen Inputs aus, der in der Lösung als numeraire verwendet wird. Das einfache Modell läßt sich ohne besondere Schwierigkeiten auf eine Situation zweier verschiedener von vielen homogenen Akteuren besetzten Gruppen verallgemeinern.

Kernstück der neoklassischen Wohlfahrtstheorie ist das Dualitätstheorem, das die logische Äquivalenz zwischen der technokratisch abgeleiteten Nutzenmöglichkeitsfront und den Gleichgewichten einer dezentralisiert organisierten Marktwirtschaft aufzeigt. Diese Marktgleichgewichte sind dabei konditional auf alternative Faktorausstattungen bezogen.

Bei dezentralisierter Entscheidung stellt sich für den repräsentativen Konsumenten jeder Gruppe folgendes Optimierungsproblem:

$$\text{Maximiere: } U_i(q_{i1}, q_{i2}, T_i^0 - l_i) \quad i = 1, 2$$

unter der Bedingung:

$$wl_i + \varepsilon_{i1} \pi_1 + \varepsilon_{i2} \pi_2 - p_1 q_{i1} - p_2 q_{i2} = 0, \quad i = 1, 2$$

$$\sum_i \varepsilon_{i1} = 1, \quad \sum_i \varepsilon_{i2} = 1.$$

Der Maximierungsansatz ist vertraut bis auf die Spezifikation der Budgetrestriktion, die die Gewinnanteile der jeweiligen Konsumenten an den beiden Unternehmungen und damit die Eigentumsrechte an den Unternehmungen ausweist.

Für die repräsentative Unternehmung jeder Gruppe gilt es, folgende Entscheidung zu treffen:

$$\text{Maximiere: } p_j q_j^* - w l_j^* \quad j = 1, 2$$

unter der Bedingung:

$$F_j(q_j^*, l_j^*) = 0. \quad j = 1, 2$$

Diese Marktlösung wird gemäß der methodischen Konzeption der neoklassischen Wohlfahrtstheorie mit der hypothetischen Lösung verglichen, die über folgenden Ansatz gewonnen wird:

$$\begin{aligned} L = & U_1(q_{11}, q_{12}, T_1^0 - l_1) \\ & + \mu_1 [U_2(q_{21}, q_{22}, T_2^0 - l_2) - U_2^0] \\ & - \mu_2 [F_1(q_1^*, l_1^*)] \\ & - \mu_3 [F_2(q_2^*, l_2^*)] \\ & + \mu_4 [q_1^* - q_{11} - q_{21}] \\ & + \mu_5 [q_2^* - q_{12} - q_{22}] \\ & + \mu_6 [l_1 + l_2 - l_1^* - l_2^*]. \end{aligned}$$

Durch die Festlegung des Nutzenniveaus des repräsentativen Konsumenten der Konsumentengruppe 2 auf  $U_2^0$  ist mit der ersten Restriktion eine Koordinate in der geometrischen Darstellung der Nutzenmöglichkeitsfront a priori festgelegt. Über die Optimierung wird ein Gleichungssystem formuliert, das 18 Bedingungen erster Ordnung mit der gleichen Anzahl von Variablen umfaßt, wobei die 6 Lagrangeschen Multiplikatoren mitgezählt werden. Nur einige Multiplikatoren, die darüber hinaus in Quotientenform ausgedrückt werden können, sind für die vergleichende Betrachtung von Bedeutung:

$$\frac{\mu_4}{\mu_6} = - \frac{\partial U_i / \partial q_{i1}}{\partial U_i / \partial l_i} = \frac{p_1}{w}, \quad i = 1, 2$$

$$\frac{\mu_5}{\mu_6} = - \frac{\partial U_i / \partial q_{i2}}{\partial U_i / \partial l_i} = \frac{p_2}{w}, \quad i = 1, 2$$

$$\frac{\mu_4}{\mu_6} = - \frac{\partial F_1 / \partial q_1^*}{\partial F_1 / \partial l_1^*} = \frac{p_1}{w},$$

$$\frac{\mu_5}{\mu_6} = - \frac{\partial F_2 / \partial q_2^*}{\partial F_2 / \partial l_2^*} = \frac{p_2}{w}.$$

Die Multiplikatoren  $\mu_4$ ,  $\mu_5$ ,  $\mu_6$  sind bekanntlich als die Marktpreise  $p_1$ ,  $p_2$  und  $w$  ausgewiesen. Die Preisverhältnisse entsprechen immer dann den angeführten Substitutionsraten, wenn kein „Marktversagen“ vorliegt, d. h. unter unserer Problemstellung, wenn keine Externalitäten oder externen Effekte wirksam werden.

Externe Effekte lassen sich über die Nutzen- und Produktionsfunktionen in vielfältiger Art und Weise berücksichtigen, so daß wir uns zwangsläufig auf einige besonders interessante typische Fälle beschränken müssen. Die unterschiedlichen Gruppengrößen der beteiligten Akteure werden, abgesehen von technischen Komplikationen, erst dann relevant, wenn Transaktionskosten zumindest implizit in die Analyse einbezogen werden. Folgende einfache Beispiele sollen die Problematik illustrieren.

Fall 1:

$$U_1 = U_1(q_{11}, q_{12}, T_1^0 - l_1; q_{21}).$$

Das Nutzenniveau von Akteur 1 wird in dieser Situation durch die Konsumaktivität des Akteurs 2 positiv oder negativ beeinflusst. Hat der Effekt ein negatives Vorzeichen, so wäre z. B. die typische Situation des Neides charakterisiert.

Fall 2:

$$U_1 = U_1(q_{11}, q_{12}, T_1^0 - l_1; x_2) \quad \text{bzw.} \quad U_2 = U_2(q_{21}, q_{22}, x_2, T_2^0 - l_2).$$

Die Präferenzen des Akteurs 1 werden hierbei durch eine Konsumaktivität  $x_2$  des Akteurs 2, die außerhalb des Marktsystems gelagert ist, positiv oder negativ beeinflusst. Die negative Beziehung beschreibt das Beispiel der Lärmbelästigung.

Fall 3:

$$U_1 = U_1(q_{11}, q_{12}, T_1^0 - l_1; w l_2 + \varepsilon_{21} \pi_1 + \varepsilon_{22} \pi_2).$$

In dieser Situation wird der Nutzen des Akteurs 1 oder besser die einzelnen Nutzen der Mitglieder der Konsumentengruppe 1 durch die Einkommenshöhe, die für den Akteur 2 oder die Konsumentengruppe 2 realisiert wird, beeinflusst. Ist dieser Einfluß positiv, so wird die Einkommensverteilung von den Mitgliedern der Gruppe 1 als sozial ungerecht in dem Sinne empfunden, daß eine Erhöhung des Einkommensniveaus der Gruppe 2 von den Mitgliedern der Gruppe 1 im Nutzen-sinne positiv bewertet wird.

Fall 4:

$$F_1(q_1^*, l_1^*; q_2^*) = 0 .$$

Dieses Beispiel charakterisiert die Ausgangskonstellation für die bekannte Coasesche Analyse der Interaktion zweier Produzenten: Die Produktionsaktivität des Produzenten 2 hat einen produktionshemmenden Effekt für den Produzenten 1.

Fall 5:

$$F_1(q_1^*, l_1^*; x_2) = 0 \quad \text{bzw.} \quad F_2(q_2^*, x_2, l_2^*) = 0 .$$

Im Falle 5 liegt die Preisbestimmung der Aktivität  $x_2$ , die von der Unternehmung 2 kontrolliert wird, wiederum außerhalb des Marktmechanismus.

Zwei weitere Fälle sind von Interesse, nämlich das Beispiel der Umweltverschmutzung durch die Produzenten 1 und 2 (die negativen Externalitäten sind  $x_1$  und  $x_2$ ) sowie die private Erstellung eines sogenannten öffentlichen Gutes durch die Unternehmung 2, das mit  $x_2$  bezeichnet werden soll.

Fall 6:

$$U_1 = U_1(q_{11}, q_{12}, T_1^0 - l_1; x_1, x_2) \quad \text{bzw.} \quad U_2 = U_2(q_{21}, q_{22}, T_2^0 - l_2; x_1, x_2) ,$$

$$F_1(q_1^*, l_1^*, x_1) = 0 \quad \text{bzw.} \quad F_2(q_2^*, l_2^*, x_2) = 0 .$$

Fall 7:

$$U_1 = U_1(q_{11}, q_{12}, T_1^0 - l_1; x_2) \quad \text{bzw.} \quad U_2 = U_2(q_{21}, q_{22}, T_2^0 - l_2; x_2) ;$$

$$F_1(q_1^*, l_1^*) = 0 \quad \text{bzw.} \quad F_2(q_2^*, l_2^*, x_2) = 0 .$$

Die theoretische Analyse soll im Rahmen einer allgemeinen Gleichgewichtsanalyse durchgeführt werden, wobei generell vollständige Konkurrenz auf allen Märkten angenommen wird. Diese Vorgehensweise ist in jedem Fall dann unproblematisch, wenn das sogenannte Theorem der zweitbesten Lösung irrelevant bleibt. Ob dieses Theorem überhaupt von Relevanz ist, mag im gegebenen Zusammenhang dahingestellt bleiben.

### III. Externalitäten und Wirtschaftspolitik unter idealisierten institutionellen Arrangements

#### a) Alternative Interpretationen der Rolle des Staates

Im Rahmen der Aufgabenstellung wird zunächst von extremen Annahmen über die Höhe und Bedeutung der Transaktionskosten ausgegangen. Sind die Transaktionskosten oder spezifischer die Informationskosten für die zentralen Politikinstanzen null, für die privaten Akteure jedoch unendlich oder zumindest prohibitiv hoch, dann soll von einer Pigouschen Welt gesprochen werden. Um Mißverständnisse zu vermeiden, wollen wir darauf hinweisen, daß die Preisbestimmung der Güter und Dienstleistungen über ein Walrasianisches tâtonnement erfolgt, wobei der Auktionator als *deus ex machina* einbezogen ist und darüber hinaus seine Dienste dem System kostenlos zur Verfügung stellt<sup>17</sup>. Das Pareto-Kriterium hat hier seine eigentliche Berechtigung, da es mit ethisch minimalen, allseits akzeptierten Spielregeln operiert, die für eine Tauschwirtschaft konstitutiv sind. Selbst wenn man einräumt, daß der Transzendentalismus, der sich in der Vorstellung einer sozialen Wohlfahrtsfunktion niedergeschlagen hat, inzwischen weitgehend aufgegeben wurde, so ist die Leitfigur der Pigouschen Welt der wohlwollende Diktator, der auf der Grundlage des Pareto-Kriteriums operiert. Ganz allgemein gilt, daß ohne explizite Bezugnahme auf ein empirisch relevantes sozio-ökonomisches Vergleichssystem das Kriterium eine Leerformel bleiben muß. In einer Pigouschen Welt allerdings hat das Kriterium seine normative Berechtigung, da aus der Position des wirtschaftspolitischen Gestalters das gesamte Spektrum institutioneller Regelungen und Arrangements ohne soziale Kosten realisierbar ist. Da der Marktmechanismus in der Pigouschen Welt die Divergenzen zwischen privaten und sozialen Grenzgrößen nicht korrigiert, sind alle Externalitäten notwendigerweise Pareto-irrelevant.

Es ist zumindest intellektuell faszinierend, die Pigousche Welt mit einer einfachen Coaseschen Welt zu konfrontieren, in der Transaktionskosten nicht existieren. Ähnlich wie in der obigen Extremsituation soll auch hier der Rückgriff auf eine dogmenhistorische Figur nicht die Auffassung des angesprochenen Ökonomen reproduzieren, sondern nur eine nützliche Ausgangslage festlegen: Leitbild für die Coasesche Welt ist die Irrelevanzhypothese sozio-ökonomischer Institutionen bei Nichtexistenz von Transaktionskosten, die verallgemeinert wird. In einer Coaseschen Welt sind die Externalitäten Pareto-relevant.

---

<sup>17</sup> Der Auktionator ist die Reifikation der unsichtbaren Hand als Steuerung des konkreten Marktprozesses. Dies erklärt dann auch, warum im Allokationsprozeß ein effizienter Markt für Externalitäten aus Kostengründen ausgeschlossen bleibt oder bleiben muß.



In einer Welt ohne Transaktionskosten, in der die Akteure — und dies ist eine bedeutende Nebenbedingung — über ihre Eigentumsrechte frei verfügen können, ist Pareto-Optimalität logisch impliziert und kann somit nicht zum externen Bewertungskriterium für wirtschafts-politische Entscheidungen erhoben werden.

Sind Transaktionskosten indessen für alle Instanzen relevant, so darf nicht ohne weiteres daraus geschlossen werden, daß politische Eingriffe das „Versagen“ der marktlichen Allokationen zu lösen vermögen. Die Bewertung alternativer sozio-ökonomischer Arrangements, ein äußerst komplexes Problem, gilt als Voraussetzung, wobei insbesondere auf eine explizite positive Theorie des Staates nicht verzichtet werden kann, denn wie Sidgwick 1887 beobachtete: „It does not follow that whenever *laissez faire* falls short government interference is expedient; since the inevitable drawbacks of the latter may, in any particular case, be worse than the shortcoming of private enterprise.“

#### **b) Externalitäten in einer Pigouschen Welt**

In diesem Abschnitt sollen einige Lösungsmöglichkeiten wirtschafts-politischer Art vorgestellt werden, die sich bei Existenz von Externalitäten ergeben, die der Marktmechanismus oder das Rechtssystem nicht internalisiert. Um die korrekte Lösung zu finden, bedarf es dabei der vollständigen Information seitens des Staates über die Struktur des marktwirtschaftlich organisierten Allokationsprozesses. In aller Regel erweist sich hier die Auferlegung sogenannter Pigouscher Marginalsteuern jeder direkten Regelung überlegen. Dies betrifft auch die Festsetzung von Emissionsstandards im Falle der Umweltverschmutzung. Allerdings werfen auch Steuern eine Reihe von Problemen auf, die insbesondere in einer politisch organisierten Gesellschaft mit einem beträchtlichen Aufwand an Bürokratie verbunden sind und darüber hinaus Probleme der sozialen Rechtfertigung oder Legitimation höherer Preise bedingen, die sich bei der Auferlegung Pigouscher Steuern notwendigerweise ergeben.

Eine Illustration der Technik der Berechnung der Pigouschen Steuern für die im letzten Kapitel angegebenen Fälle machen die inhärenten Informations- und Implementierungsprobleme deutlich, die mit diesem wirtschaftspolitischen Instrument verbunden sind. Es ist sicherlich wenig realistisch zu unterstellen, daß in einer konkreten empirischen Situation die für die Wohlfahrtslösung erforderliche Information tatsächlich gegeben ist, so daß die Politikmaßnahmen höchstens als Approximation gewertet werden können, wobei, und dies ist wiederum eine wichtige Einschränkung, der Staat nur an der sozialen Wohlfahrt orientiert ist und keine eigenen diskretionären Ziele verfolgt.

Betrachten wir zunächst Fall 1. Hier übt die Konsumaktivität des Akteurs 2 einen negativen Einfluß auf das Nutzenniveau des Akteurs 1 aus. Durch Auferlegung einer Steuer, die über die Wohlfahrtslösung berechnet wird, läßt sich die Diskrepanz zwischen der privaten und sozialen Substitutionsrate, die eben eine Pareto-ineffiziente Allokation signalisiert, in einfacher Weise eliminieren, wenn der Schädiger mit einer einfachen proportionalen Strafsteuer  $t$  belegt wird. Diese ist wie folgt bestimmt:

$$t = w \frac{\partial U_1 / \partial q_{21}}{\partial U_1 / \partial l_1} .$$

Dies impliziert für Akteur 2 die optimale Marktbedingung

$$\frac{p_1 + t}{w} = - \frac{\partial U_2 / \partial q_{21}}{\partial U_2 / \partial l_2} .$$

Da  $q_{21}$  als negativer externer Konsumeffekt wirkt, muß der Klammerausdruck und somit der Wert für  $t$  positiv sein. Das Verhältnis der Grenznutzen mißt den inkrementalen Schaden von  $q_{21}$ , gemessen in Arbeitseinheiten  $l_1$ . Bewertet man diesen Quotienten mit der Lohnrate  $w$ , so erhält man den DM-Preis für eine so definierte Schadenseinheit.  $t$  ist dabei als eine konstante Größe eingeführt, die über das Wohlfahrts-gleichgewicht berechnet wird<sup>18</sup>.

Ein zentrales Ergebnis bleibt festzuhalten: Im allgemeinen wird die Steuersumme  $tq_{21}$ , die der Schädiger aufzubringen hat, in Gleichgewichtsmodellen aus Konsistenzgründen an den Geschädigten gezahlt. Diese Kompensation ist wohlfahrtstheoretisch jedoch völlig überflüssig. In einer Pigouschen Welt bleibt die Externalität allgemein irrelevant oder zumindest Pareto-irrelevant, d. h., der Geschädigte wird oder kann die schädigende Aktivität  $q_{21}$  nicht durch private Verhaltensaktionen beeinflussen, so daß die Zahlung wie eine allokatonsneutrale Pauschzahlung zu behandeln ist. Diese bedeutende Konsequenz wird, wie wir noch einmal bei der Behandlung der Produktionsexternalitäten deutlich machen wollen, häufig übersehen. Das Ergebnis vermag nützliche Anleitungen für eine gerichtliche Abklärung des Streitfalles zu liefern. Ein Richter braucht nur den marginalen Schaden zu bewerten, was sicherlich keine einfache Aufgabe ist. Ob und in welcher Höhe er eine Entschädigung festsetzt, kann dabei ganz den allgemeinen rechtlichen und sozialen Normen und Usancen überlassen bleiben. Oben-

<sup>18</sup> Der kritische Leser möge die korrekte Dimensionierung überprüfen: Die Dimension der Substitutionsrate lautet Arbeitsstunde pro Einheit des Gutes  $q_2$ . Multipliziert man diese Rate mit dem DM-Preis der Arbeitsstunde  $w$ , so erhält man den DM-Preis des Gutes  $q_2$ . Dies ergibt die übliche Preisnotierung.

drein könnte er den Schädiger über den Schaden hinaus mit einer zusätzlichen Steuer belegen, sofern es sich hierbei um eine allokatons-neutrale Pauschale handelt.

Fall 2, der im ersten Ansatz wiederum nur zwei Akteure einbezieht, ist hinreichend allgemein, um Hilfestellungen bei der Behandlung interessanter Erweiterungen im Rahmen der großen Gruppe zu liefern. Dieser Fall behandelt das Beispiel der Lärmbelästigung oder allgemein der Umweltverschmutzung. Dabei liegt die störende Aktivität, die durch das Symbol  $x_2$  identifiziert wird, völlig außerhalb der Marktpreisbestimmung. Optimale Allokation verlangt hier die Festlegung folgender marginaler Strafsteuer

$$t = w \frac{\partial U_1 / \partial x_2}{\partial U_1 / \partial l_1} .$$

Wiederum muß die Steuer über den tatsächlichen Schaden berechnet werden, den Konsument 2 verursacht. Dies ist generell die korrekte Vorgehensweise, soziale Kosten im Sinne von aufgegebenen oder nicht realisierten Opportunitäten zu erfassen. An diese Größe müssen sich die Entscheidungsträger (Konsument 2) anpassen. Es ist zweckmäßig, den angeführten Fall auf den der „großen“ Gruppe zu erweitern. Hier stört ein Konsument 3 durch eine Aktivität  $x_3$  die Konsumenten 1 und 2. Als optimale Pigousche Steuer erhalten wir nun

$$t = w \left[ \frac{\partial U_1 / \partial x_3}{\partial U_1 / \partial l_1} + \frac{\partial U_2 / \partial x_3}{\partial U_2 / \partial l_2} \right] .$$

Da es sich, wie im folgenden deutlich wird, um ein negatives öffentliches Gut handelt, werden die Substitutionsraten der betroffenen Akteure addiert. Dieses Ergebnis leitet unmittelbar über zu Fall 3 der Klassifikation von Konsumexternalitäten, der die Situation einer sozial nicht optimalen Einkommensverteilung charakterisiert. Eine generelle Behandlung dieser Problematik ist im Rahmen des Modells mit einem großen technischen Aufwand verbunden und führt darüber hinaus in einen Bereich der neueren Ökonomik, die Theorie der optimalen Besteuerung, der hier ausgeklammert bleiben soll. Nehmen wir daher der Einfachheit halber an, die Konsumenten 1 und 2 seien am Konsumniveau des Konsumenten 3 interessiert oder präziser, an den Werten seines Konsums  $q_1$  und  $q_2$ . Die Ergebnisse der Wohlfahrtsanalyse sind leicht aufzuzeigen, doch das Auffinden eines äquivalenten marktwirtschaftlichen Preissystems ist nicht ganz einfach. Eine Möglichkeit wäre, den Konsum des Konsumenten 3, d. h.  $q_{31}$  und  $q_{32}$ , zu subventionieren. Wiederum bedarf es nicht der direkten Belastung der altruistisch eingestellten Mitkonsumenten. Bedeutsam ist nur die korrekte Festlegung der Subvention  $t_1$  für  $q_1$  und  $t_2$  für  $q_2$ , die an den Akteur 3 ge-

zahlt wird und die dieser bei seinen Dispositionen korrekt antizipieren muß. Wir erhalten

$$t_1 = w \left[ \frac{\partial U_1 / \partial q_{31}}{\partial U_1 / \partial l_1} + \frac{\partial U_2 / \partial q_{31}}{\partial U_2 / \partial l_2} \right],$$

$$t_2 = w \left[ \frac{\partial U_1 / \partial q_{32}}{\partial U_1 / \partial l_1} + \frac{\partial U_2 / \partial q_{32}}{\partial U_2 / \partial l_2} \right].$$

Dies impliziert für Konsument 3 die folgenden optimalen Marktbedingungen:

$$\frac{p_1 - t_1}{w} = - \frac{\partial U_3 / \partial q_{31}}{\partial U_3 / \partial l_3},$$

$$\frac{p_2 - t_2}{w} = - \frac{\partial U_3 / \partial q_{32}}{\partial U_3 / \partial l_3}.$$

Produktionsexternalitäten lassen sich in völlig analoger Weise behandeln. Auf ein wichtiges Ergebnis der vorangegangenen Analyse soll noch einmal besonders eingegangen werden, da es in der Diskussion um die korrekte Besteuerung von Produktionsexternalitäten zu einer Kontroverse unter zeitgenössischen Ökonomen geführt hat. Baumol vertrat in einem zentralen Aufsatz die Auffassung, daß Ineffizienz in Folge von privaten und öffentlichen Externalitäten durch Auferlegung einer einzigen positiven bzw. negativen Pigouschen Steuer korrigierbar und diese Maßnahme notwendig und hinreichend für die Erreichung des sozialen Optimums sei. Eine entsprechende ausgleichende positive bzw. negative Subvention wird dabei also nicht erforderlich<sup>19</sup>. Diese Meinung steht im Widerspruch zu der von Buchanan-Stubblebine, für die das Externalitätenproblem nur durch eine entsprechende Kombination von Steuern und Subventionen zu lösen ist. Die vorangegangene Analyse machte deutlich, daß in einer Pigouschen Welt eine gegenläufige positive oder negative Subvention auf die Verwendung eines positiven oder negativen Pauschbetrages hinausläuft und damit allokatorentheoretisch neutral bleibt. Die Position Baumols ist somit unter dieser Spezifikation der sozialen Umwelt (bei Unterstellung einer Pigouschen Welt) korrekt. In unserem Beispielkatalog ist die Produktionsaktivität von Unternehmung 2 angesprochen, die die Produktionshöhe von Unternehmung 1 negativ beeinflusst. Die über das Optimum berechnete Pigousche Steuer ist nun

<sup>19</sup> W. J. Baumol, On Taxation and the Control of Externalities, *American Economic Review*, Vol. 62, 1972, S. 307 - 322. In seinem gemeinsam mit W. E. Oates herausgegebenen Band: *The Theory of Environmental Policy*, Englewood Cliffs, N. J., 1975, hat er dann allerdings ohne Hinweis auf seine frühere Arbeit seine ursprüngliche Auffassung geändert.

$$t = -w \frac{\partial F_1 / \partial q_2^*}{\partial F_1 / \partial l_1^*}, \text{ mit der optimalen Marktbedingung } \frac{p_2 - t}{w} = - \frac{\partial F_2 / \partial q_2^*}{\partial F_2 / \partial l_2^*}.$$

$t$  spezifiziert in diesem Ausdruck die Grenzkosten für die Unternehmung 1, bezogen auf die Produktionsaktivität der Unternehmung 2<sup>20</sup>. Folgt man dem Vorschlag von Buchanan und Stubblebine, so würde die entsprechende Subvention dazu führen, daß der Grenzgewinn, bezogen auf die Aktivität  $q_2^*$ , aus der Sicht beider Unternehmungen null wäre, ein allokatorentheoretisch irrelevantes, doch verteilungspolitisch möglicherweise erstrebenswertes Ergebnis.

Liegt die durch die Unternehmung 2 kontrollierte schädigende Aktivität außerhalb des Marktprozesses (Fall 5), so ist die notwendige Steuerkorrektur wie folgt zu berechnen:

$$t = -w \frac{\partial F_1 / \partial x_2}{\partial F_1 / \partial l_1^*}.$$

Erweiterungen der Fälle auf eine größere Zahl von Produzenten bedingen wiederum die naheliegenden Modifikationen, wie sie aus der Theorie der öffentlichen Güter bekannt sind. Dies sei noch einmal durch die optimale Korrektursteuer im Rahmen der erweiterten Gruppe für das Phänomen der Umweltverschmutzung durch beide Unternehmungen, das als Beeinträchtigung der Nutzen der beiden Konsumenten wirksam wird (Fall 6), und für die optimalen Produktionsbedingungen eines spezifisch öffentlichen Gutes durch die Unternehmung 2 (Fall 7) dargestellt. Fall 6 unterstellt eine schädigende Aktivität  $x_1$  durch die Unternehmung 1 und eine qualitativ ähnlich schädigende Aktivität durch die Unternehmung 2. Wir erhalten<sup>21</sup>

$$t_1 = w \left[ \frac{\partial U_1 / \partial x_1}{\partial U_1 / \partial l_1} + \frac{\partial U_2 / \partial x_1}{\partial U_2 / \partial l_2} \right],$$

$$t_2 = w \left[ \frac{\partial U_1 / \partial x_2}{\partial U_1 / \partial l_1} + \frac{\partial U_2 / \partial x_2}{\partial U_2 / \partial l_2} \right].$$

Diese Ergebnisse sind formal äquivalent zu den bekannten Samuelson'schen Bedingungen für die Produktion eines öffentlichen Gutes.

Als allgemeines Ergebnis läßt sich festhalten, daß die Berechnung der optimalen Steuern sowohl Kenntnis der Grenzbewertung der positiven oder negativen Aktivitäten durch die betroffenen Konsumenten

<sup>20</sup>  $t$  ist eine positive Größe, so daß nur die Vorzeichen aller Quotienten der partiellen Ableitungen der implizit geschriebenen Produktionsfunktion festgelegt werden müssen.

<sup>21</sup> Die vorgestellten Ergebnisse werden etwas modifiziert geschrieben, wenn die Emission der schädigenden Aktivität die Produktion der beiden Güter in der Rückkopplung selbst negativ beeinflusst.

als auch Kenntnis der Grenzkosten bei der Produktion der Aktivitäten voraussetzt. Nur der Akteur, der die Externalität direkt kontrolliert, muß über eine Steuer oder eine Subvention in seinen Dispositionen gelenkt werden. Auf die Produktion eines öffentlichen Gutes durch eine private Unternehmung bezogen, bedeutet dies, daß Kenntnis der Grenzbewertung zwar eine unabdingbare Voraussetzung für die korrekte Ausgestaltung der Pigouschen Steuer ist, doch es irrelevant bleibt, wer die Finanzierung letztlich übernimmt, sofern diese selbst allokatonsneutral bleibt.

Der ungeheure Informationsbedarf, der bei der korrekten Kontrolle von Externalitäten für die wirtschaftspolitischen Instanzen verfügbar sein muß, bedarf keiner näheren Kommentierung. Dies erklärt dann auch, warum man häufig anstelle von Besteuerung direkte Eingriffe wie Verbote, Regulierungen oder Vorgabe von Standards fordert. Die bisherige Diskussion zeigt eindeutig, daß diese Alternativen klarerweise nicht zum hypothetischen Optimum führen können, sondern in vielen Einzelfällen häufig allein der Notwendigkeit entspringen, überhaupt wirtschaftspolitisch aktiv zu werden.

### c) Externalitäten in einer Coaseschen Welt<sup>22</sup>

Ökonomen in der Pigouschen Welt argumentieren häufig unter der impliziten Annahme der großen Gruppe, in der Transaktionskosten in der Tat prohibitiv hoch sein können, was dazu geführt hat, daß die preistheoretisch sicherlich interessanten Fälle der kleinen Gruppe ausgeklammert bleiben. Hier sind häufig Transaktionskosten relativ vernachlässigbar und bilden daher keine Barrieren für das Aushandeln wechselseitig akzeptabler optimaler Arrangements. Schlüssel zum Verständnis der kleinen Gruppe sind ein zentrales ökonomisches Konzept und ein wichtiges Analyseprinzip, die insbesondere die theoretische Perspektive von Coase prägen und somit die Postulierung einer expliziten Gegenposition zur Pigouschen Tradition rechtfertigen. Das ökonomische Konzept ist das der Transaktionskosten als analytische Ingredienz jeder empirisch relevanten Untersuchung von Anpassungs- und Marktgleichgewichtsprozessen. Es ist daher höchstens didaktisch zu vertreten, daß man die Arbeit von Coase über soziale Kosten in einen analytischen Kontext überführt, der von Transaktionskosten abstrahiert. Eine Welt ohne Transaktionskosten bleibt somit nur ein nützliches Experiment zur Formulierung der adäquaten ökonomischen Perspektive. Die traditionelle Preistheorie selbst verschließt sich bisher einer systematischen Einbeziehung von Transaktionskosten und elimi-

---

<sup>22</sup> Vgl. dazu im einzelnen *H. G. Monissen*, Haftungsregeln und Allokation, Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 7, 1976, S. 391 - 412.

nirt somit jede Analyse des Anpassungsprozesses, der zur Marktlösung führt, aus ihrem Forschungsprogramm. Der Walrasche Auktionator, der als *deus ex machina* beschworen wird, ist nur ein Beispiel für die Unzulänglichkeit der Erklärungskraft des Standardparadigmas. Ein weiteres Beispiel ist die theoretische Hilflosigkeit bei der Erklärung des Phänomens sozialer Institutionen, deren Zweck gerade darin zu sehen ist, Transaktionskosten zu reduzieren oder zu vermeiden.

Das wichtige Analyseprinzip in den Arbeiten von Coase ist das der generellen Reziprozität sozio-ökonomischer Beziehungen, das explizit die einfache Tatsache zu berücksichtigen sucht, daß in der Regel immer zwei interagierende Marktseiten einbezogen sind und somit ein Mechanismus wirksam wird, der dazu führt, ein frei ausgehandeltes, beiderseitig akzeptables Arrangement zu erreichen. Reziprozität verhindert in einer konkreten Externalitätensituation nebenbei die einfache Klassifikation der beteiligten Akteure in Schädiger und Geschädigte allein auf der Basis von technologischen Kriterien. Schädiger und Geschädigter sind juristische Kategorien, die nur unter voller Spezifikation der Struktur der Eigentumsrechte sinnvoll Verwendung finden können.

In diesem Abschnitt wird ausschließlich eine einfache Coasesche Welt, d. h. eine Welt ohne Transaktionskosten, vorgestellt. In dieser Welt, in der institutionelle Regelungen von untergeordneter Bedeutung sind, schlägt sich das Phänomen der Reziprozität im bekannten Coase Theorem nieder. Änderungen der Produktionsstruktur und Charakteristika des Interaktionsprozesses in der kleinen und großen Gruppe lassen sich in einer erweiterten Coaseschen Welt mit positiven Transaktionskosten höchstens in allgemeiner qualitativer Form aufzeigen. Im Rahmen der vorliegenden Arbeit soll diese Fragestellung nicht weiter aufgegriffen werden<sup>23</sup>.

Die Diskussion um die Gültigkeit des Coase Theorems wurde ausschließlich im Rahmen einer partiellen Modellanalyse geführt und stellt sich so bewußt gegen die allgemeine Gleichgewichtsanalyse des Walrasianischen Typs. Eine Partialanalyse hat sicherlich den Vorteil größerer empirischer Relevanz und Einfachheit, wohingegen eine allgemeine Gleichgewichtsanalyse Rückkopplungseffekte, wie zum Beispiel Einkommenseffekte, besser einzubeziehen vermag.

Das Coasesche Irrelevanztheorem wird jedoch einsichtiger, wenn es über ein preistheoretisches Gesamtmodell abgeleitet wird. Die adäquate Modellstruktur ist die folgende:

---

<sup>23</sup> Vgl. dazu H. G. Monissen, Externalitäten und ökonomische Analyse, a.a.O., S. 366 - 368. Ganz besonders sollte an dieser Stelle auf eine Arbeit von J. M. Buchanan hingewiesen werden: *The Institutional Structure of Externality*, *Public Choice*, Vol. 14, 1973, S. 69 - 82.

$$U = U(q_1, q_2, T^0 - l) ,$$

$$F_1(q_1^*, l_1^*; q_2^*) ,$$

$$F_2(q_2^*, l_2^*) .$$

Da das Coase Theorem nur gilt, wenn keine konterkarierenden Einkommenseffekte auftreten, die die Struktur der Nachfrage nach Gütern und damit Preise und Allokation beeinflussen, sollte im Modellansatz von einer homogenen Konsumentengruppe ausgegangen werden. Über die in unserem Modell spezifizierten Verteilungsannahmen fließen die Gewinne bzw. die Renten beider Unternehmungen an den repräsentativen Konsumenten.

Auf eine Ableitung der zentralen Ergebnisse soll im gegebenen Zusammenhang verzichtet werden. Die Ergebnisse sind die folgenden: Unter der angeführten Annahme über die Nichtexistenz von Transaktionskosten ist die Haftungsregel oder die spezifische Zuweisung von Eigentumsrechten für die Ressourcenallokation und die optimale Produktionsstruktur ohne Bedeutung. Die Produktionsstruktur ist sozial optimal. Änderungen der Haftungsregeln bedingen höchstens Änderungen der Einkommens- bzw. der Vermögensverteilung der Konsumenten, die jedoch in einem Modell mit einem repräsentativen Konsumenten ohne Wirkung sind. Die unterschiedlichen Gewinnsituationen der Unternehmungen sind allokationsneutral, da sie die marginalen Dispositionen nicht beeinflussen.

Wohlfahrtstheoretisches Optimum ist erreicht, wenn folgende Bedingung gilt

$$-\frac{\partial U/\partial q_2}{\partial U/\partial l} = -\frac{\partial F_1/\partial q_2^*}{\partial F_1/\partial l_1^*} - \frac{\partial F_2/\partial q_2^*}{\partial F_2/\partial l_2^*} .$$

Fusionieren beide Unternehmungen, so werden sie wechselseitig ihre Produktionsexternalitäten berücksichtigen: Die privaten Grenzkosten der Produktion beider Güter fallen mit den entsprechenden sozialen Grenzkosten zusammen. Da die Grenzrate der Substitution von  $l$  durch  $q_2$  gleich dem Kehrwert der entsprechenden Preise ist, ergibt sich für die Marktlösung, daß der Preis von  $q_2$  gleich den sozialen Grenzkosten der Produktion von  $q_2$  ist:

$$p_2 = w \left[ -\frac{\partial F_1/\partial q_2^*}{\partial F_1/\partial l_1^*} - \frac{\partial F_2/\partial q_2^*}{\partial F_2/\partial l_2^*} \right] .$$

Ist der Gesamtgewinn bzw. die Gesamtrente einmal determiniert, so liegt die Produktionsstruktur eindeutig fest. Die Struktur der Eigen-



tumsrechte bestimmt in praxi unter Berücksichtigung der Verhandlungsstärke und des Verhandlungsgeschickes der involvierten Produzenten nur die Verteilung der Gesamtrente auf die beiden Unternehmungen.

Die kurz- und langfristige Gültigkeit des Coase Theorems ist immer noch ein beliebtes Untersuchungsfeld insbesondere für Ökonomen, die sich der mathematischen Wirtschaftstheorie verpflichtet fühlen<sup>24</sup>. Es wird argumentiert, daß zwei fundamental verschiedene eigentumsrechtliche Strukturen abgegrenzt werden sollen. Die eine ist durch eine Eigentumsregel (property rule), die andere durch eine Haftungsregel (liability rule) charakterisiert. Einmütig ist man der Ansicht, daß das Coase Theorem zumindest für die kurzfristige Periode unter einer allgemeinen Haftungsregel gültig ist. Es läßt sich argumentieren, daß bei Fehlen von Transaktionskosten und insbesondere den dazugehörigen Informationskosten über Produkt- und Marktmöglichkeiten der Unterschied zwischen den beiden Haftungsregeln analytisch ohne Bedeutung ist. Unter Unsicherheit und positiven Transaktionskosten stellt sich das Problem der dynamischen Effizienz, ein zentrales, bisher in seiner vollen Bedeutung noch nicht erkanntes Problem für die staatliche Ordnungspolitik. Auf diesen Zusammenhang soll im folgenden Abschnitt kurz eingegangen werden.

#### **d) Internalisierung, Unternehmertum und die Rolle gesetzlicher Regelungen**

Was nun sind die wesentlichen juristischen Implikationen der beiden angeführten Dispositions- oder Verfügungsregeln? Unter beiden Regeln wird entweder durch die staatliche Politikinstanz oder durch den evolutorischen Prozeß ein ganz bestimmter Ausgangspunkt oder eine Ausstattungskonstellation festgelegt, die die Basis für den Interaktionsprozeß definiert. Eine Eigentumsregel impliziert, daß jede Abweichung vom Ausstattungspunkt, die für einen Akteur von Nachteil ist, blockiert werden kann, denn zunächst bedarf es der Einwilligung der betroffenen Partei. Diese Einwilligung ist, und dies sollte besonders deutlich herausgestellt werden, ex ante zu erhalten. Im Gegensatz dazu erlaubt eine Haftungsregel, einer Partei zunächst aktiv zu werden, wobei nur spezifiziert ist, daß ein Recht auf spätere Kompensation der Schäden, die dadurch entstehen, daß die andere Partei vom Ausstattungspunkt abgewichen ist, begründet ist. Die Schadensregelung und Schadenskompensation selbst erfolgt ex post.

---

<sup>24</sup> Vgl. z. B. H. E. Frech III, The Extended Coase Theorem and Long-Run Equilibrium, *Economic Inquiry*, Vol. 17, 1979, S. 254 - 268, oder P. Greenwood und C. Ingene, Uncertain Externalities, Liability Rules, and Resource Allocation, *American Economic Review*, Vol. 68, 1978, S. 300 - 310.

Relativ zur Struktur der Eigentumsrechte und der bei gegebener Struktur der Eigentumsrechte spezifizierten Art und Höhe der Transaktionskosten stellen sich zwei bedeutende verfassungs- oder rechtspolitische Aufgaben für die zentralen Politikinstanzen. Die erste Aufgabe ist implizit mit der Arbeit von Coase selbst verbunden. Unterstellen wir für einen Augenblick Transaktionskosten, so könnte man argumentieren, daß in bezug auf das gegebene sozio-ökonomische System, diese Kosten für die Entscheidungsträger Bestandteil einer erweiterten Budgetrestriktion werden. Optimierendes Verhalten führt, wie dargestellt, immer zu einer sozial optimalen Lösung. Allerdings verliert das Pareto-Kriterium hier notwendigerweise seine Eigenschaft als wirtschaftspolitischer Maßstab. Unter einer erweiterten Perspektive verbleibt dann die Aufgabe, alle realisierbaren sozio-ökonomischen Arrangements zu untersuchen und dann die Struktur der Eigentumsrechte zu institutionalisieren, die die Transaktionskosten minimiert<sup>25</sup>.

Die zweite verfassungs- oder rechtspolitische Aufgabe ergibt sich aus dem Postulat, eine Struktur der Eigentumsrechte zu realisieren, die nicht nur statische, sondern ebenfalls dynamische Effizienz zu garantieren vermag.

Eine bedeutende Arbeit, die sich mit dieser Problematik beschäftigt, liegt von Buchanan und Faith vor<sup>26</sup>. Wir erinnern uns noch einmal daran, daß bei Nichtexistenz von Transaktionskosten eine Eigentumsregel und eine Haftungsregel zu identischen Allokationen führen muß, weil die involvierten Parteien volle Information über die Marktmöglichkeiten und technologischen Bedingtheiten haben. Somit wäre dann die maximale Rente festgelegt, die es zu verteilen gilt. Eigentums- versus Haftungsregel stellt sich hierbei nur als Problem der Verteilung der Rente, nicht jedoch als Problem der Bestimmung der optimalen Produktionsstruktur, die ja über die Maximierung der Gesamrente festgelegt ist. Buchanan und Faith argumentieren nun wie folgt: Gilt die Eigentumsregel, so muß das Recht auf Schädigung ex ante gekauft werden. Einmal abgesehen davon, daß die Verhandlungsposition der potentiell geschädigten Partei unter dieser Regel stärker als unter der

---

<sup>25</sup> Aspekte der Fragestellung finden sich in dem Symposium über *Products Liability: Economic Analysis and the Law*, University of Chicago Law Review, Vol. 38, 1970/71. Der zentrale Beitrag dieses Symposiums ist der Aufsatz von R. N. McKean, *Product Liability: Implications of Some Changing Property Rights*, der in gekürzter Form erschien: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 84, 1976, S. 611 - 626. Wiederabgedruckt wurde die Arbeit in E. G. Furubotn und S. Pejovich, *The Economics of Property Rights*, Cambridge, Mass., 1974, S. 49 - 61, und in H. G. Manne, Hrsg., a.a.O., S. 258 - 272, sowie die Abschrift des oben angeführten Symposiums, a.a.O., S. 273 - 295.

<sup>26</sup> J. M. Buchanan und R. L. Faith, *Entrepreneurship and the Internalization of Externalities*, *Journal of Law and Economics*, Vol. 25, 1982, S. 95 - 111.

alternativen Haftungsregel ist, bei der der Schaden ex post festzulegen und abzugelten ist, wird ein bedeutendes subjektives Element wirksam, denn die möglichen negativen Konsequenzen werden unter realistischen Situationen von den involvierten Akteuren nur im Extremfall gleich eingeschätzt. In aller Regel jedoch ist der potentielle Schädiger ein Innovator oder ein Unternehmer, der nicht nur den Schaden selbst, sondern auch die eigene Kompensationsfähigkeit günstiger beurteilt als der Geschädigte. Diese heterogenen Einschätzungen zukünftiger Ergebnisse sind eine hinreichende Basis für die Vermutung unterschiedlicher allokativer Effekte und insbesondere verschiedener Wachstumseffekte der beiden angesprochenen Dispositionsregeln. Eine Eigentumsregel erweist sich dabei als ein wenig wachstumsförderndes sozioökonomisches Arrangement und eine Barriere zur Realisierung dynamischer Effizienz in Ergänzung der üblichen statischen Effizienz der bisherigen Betrachtung. Die Analyse in der Problemstellung stellt zentral auf die Rolle des dynamischen Unternehmers in seiner Fähigkeit zur Internalisierung von Externalitäten ab. Eine derartige Erweiterung ist allerdings nur schwer im Rahmen der neoklassischen Preistheorie durchzuführen, die damit einer Reformulierung bedarf. Institutionelle Faktoren spielen in diesem Erklärungsansatz keine Rolle, außer vielleicht über die Tatsache, daß Eigentumsrechte aus der Erstausrüstung bekannt und eindeutig zugewiesen sind. Der einzige institutionelle Akteur ist die Unternehmung, doch wird keine Rechtfertigung für ihre Existenz geliefert. Um die Schwierigkeiten einer nicht bestimmten Firmengröße zu vermeiden, wird häufig die implizite Annahme getroffen, daß ein produktiver Faktor, nämlich unternehmerische Fähigkeiten, die keine Opportunitätskosten aufweisen, im Übermaß vorhanden ist. Im wesentlichen gibt es jedoch keinen Grund, einen fundamentalen Unterschied zwischen Produzenten und Konsumenten zu treffen. Die Konsumenten selbst sind mit originären Unternehmerfähigkeiten ausgestattet und könnten zu Unternehmern werden, indem sie Kapital und Arbeit kombinieren. Unternehmer haben somit nur eine einzige Aufgabe, nämlich Produzenten zu sein. Der Begriff „Unternehmung“ selbst läßt sich ohne jede Schwierigkeit aus dem Zusammenhang herausnehmen. Die Unternehmung ist also keine Institution, sondern nur eine Bezeichnung für einen Akteur, der zufällig Produzent ist. Mit anderen Worten, Unternehmungen entstehen im Modell nur per Annahme.

#### **IV. Externalitäten und Wirtschaftspolitik in der komparativen Systemanalyse: Abschließende Bemerkungen**

Wie schon erwähnt, liegt im Gegensatz zum Referenzsystem der Anatomie des Marktversagens keine umfassende, allgemein akzeptierte Taxonomie des Staatsversagens vor. Staatsversagen ist identisch mit dem Versagen nichtmarktlich organisierter Wirtschaftssysteme. Die bisher weiteste Charakterisierung und Klassifikation von Nichtmarktversagen wurde bisher von Wolf<sup>27</sup> angeboten, der diese Problematik auf die besonderen Charakteristika der Nachfrage und des Angebots unter nichtmarktlicher Wirtschaftsstruktur zurückführt. Der übliche Ansatz zur Abgrenzung von Markt- und Nichtmarktaktivitäten ist der, daß Marktorganisationen ihren Erlös über Preise auf Märkten erzielen, auf denen die Käufer die Wahl haben zu unterscheiden, ob und wieviel sie kaufen wollen, wohingegen Nichtmarktorganisationen ihre „Erlöse“ über Steuern, Beiträge, Zuwendungen, Stiftungen und andere Nichtpreisquellen abdecken. Was den Output betrifft, so lassen sich vier typische Kategorien aufzeigen: (1) Regulative Dienstleistungen, (2) rein öffentliche Güter, (3) quasi öffentliche Güter und (4) Durchführung von Transferzahlungen. Auf der Angebotsseite stellen sich folgende Schwierigkeiten: (1) Der Output von Nichtmarktorganisationen ist in der Regel schwierig zu messen. Dies ist ohne Bezug auf die Inputs fast immer unmöglich. (2) Qualitätscharakteristika sind kaum zu bestimmen. (3) Der Output wird in der Regel von einem Anbieter produziert. (4) Die Kontrollfunktion der Gewinn- und Verlustrechnung ist nicht gegeben.

Die Nachfrage wird häufig politisch bestimmt, wobei dem Implementierungsprozeß selten Aufmerksamkeit gewidmet wird. Es ist darüber hinaus ein fundamentales Ergebnis politischer Bewertungen, daß die Diskontierungsrate aus der Sicht des politischen Gestalters in der Regel höher als die auf dem Markt angesetzt wird.

Somit bleibt als zentrales Ergebnis festzuhalten, daß eine wie immer begründete „Fehl“-Entwicklung im marktwirtschaftlich organisierten Ablaufprozeß auf Grund von Externalitäten quasi automatisch zu einer politischen Analyse führen muß, entweder ein reines Dogma oder aber ein analytischer Trugschluß ist. Pareto-relevante Externalitäten lassen sich häufig auf Phänomene wie monopolistische Konkurrenz oder kostenabsorbierende Verhandlungs- bzw. Abstimmungsprozesse reduzieren. Genau diese Phänomene sind zentrale Merkmale, die jede politische Alternative zum Marktmechanismus überhaupt definieren. Wirtschaftspolitik selbst läßt sich nur im Rahmen der erweiterten Coase-

---

<sup>27</sup> C. Wolf, jr., A Theory of Nonmarket Failure: Framework for Implementation Analysis, *Journal of Law and Economics*, Vol. 22, 1979, S. 107 - 139.

schen Welt rational fundieren. Werden Transaktionskosten relevant, dann ist es von großer Bedeutung, wie die Struktur der Eigentumsrechte spezifiziert ist. Darüber hinaus stellt sich für die wirtschaftspolitischen Instanzen die Aufgabe, neben der statischen Effizienz auch die der dynamischen zu realisieren. Transaktionskosten selbst lassen sich nur im Rahmen einer reformulierten Preistheorie unter Einbeziehung der institutionell-strukturellen Dimension systematisch behandeln.

In den meisten Untersuchungen und insbesondere in den Formulierungen der mathematischen Ökonomik werden Transaktionskosten entweder proportional auf die Menge bezogen oder aber vom Typ des „set up“ ausgewiesen. In dieser spezifischen Form sind Transaktionskosten wie direkte Produktionskosten negative Konsequenzen ökonomischer Entscheidungen, deren Höhe und Art zwar die Allokation ändern, doch in jedem Falle Pareto-irrelevant bleiben. Solange die zugrundeliegende sozio-ökonomische Struktur gegeben ist, wird sie zum Bestandteil der Basis ökonomischer Entscheidungen.

Die üblichen Rechtfertigungen staatlicher Eingriffe in den Markt oder die Übernahme marktwirtschaftlich organisierter Aktivitäten durch den Staat basierten auf der Anatomie des Marktversagens. Nun läßt sich argumentieren, daß jede Institution, wie z. B. die Unternehmung, häufig Konsequenz der Existenz von Transaktionskosten ist. Die Institution erscheint gegenüber der Marktorganisation als die vorteilhaftere Alternative. Es ist im wesentlichen das Verdienst von Williamson, diese Perspektiven, die bereits von Coase<sup>28</sup> in den 30er Jahren vertreten wurden, wieder zu popularisieren. In seinem klassischen Aufsatz über die Unternehmung verankerte Coase die Begründung für ihre Existenz in die mit der Marktallokation verbundenen Transaktionskosten. Je höher die mit der Marktorganisation verbundenen Transaktionskosten sind, um so größer die komparativen Vorteile, Produktionsaktivitäten in einer Unternehmung zu organisieren. Es drängt sich die Vermutung auf, daß die stimulierende Einsicht von Coase häufig zu dem Mißverständnis Anlaß gegeben hat, daß es bei Nichtexistenz von Transaktionskosten a priori keine Begründung für die Existenz einer Unternehmung gibt. Es korrespondiert mit einigen modernen Arbeiten über die Theorie der Unternehmung<sup>29</sup>, wenn wir die Unter-

<sup>28</sup> R. H. Coase, *The Nature of the Firm*, *Economica*, Vol. 4, 1937, S. 386 - 405, wiederabgedruckt in G. J. Stigler und K. E. Boulding, Hrsg., *Readings in Price Theory*, Chicago 1953, S. 331 - 358.

<sup>29</sup> Vgl. z. B. A. A. Alchian und H. Demsetz, *Production, Information Costs, and Economic Organization*, *American Economic Review*, Vol. 62, 1972, S. 777 - 795, wiederabgedruckt in E. G. Furubotn und S. Pejovich, Hrsg., a.a.O., S. 303 - 325, und H. G. Manne, Hrsg., a.a.O., S. 555 - 579; M. C. Jensen und W. H. Meckling, *Theory of the Firm: Managerial Behavior, Agency*

nehmung (eine Institution) als einen Nexus von Kontrakten interpretieren oder definieren, der in der einen oder anderen Weise (die Art der Organisation) Teamproduktion koordiniert. In der ökonomischen Theorie werden eine Reihe von fundamentalen Prinzipien angeführt, die den Nutzen der Akteure und somit die allgemeine Wohlfahrt erhöhen. Dies sind Tausch, Produktion und Spezialisierung. Teamproduktion ist ein weiteres Prinzip, das in aller Regel ignoriert oder allenfalls als eine Variante der Spezialisierung angesehen wird. In erster Linie ist sie ein physisches synergetisches Phänomen. Insbesondere Williamson scheint diesen Teamproduktionsaspekt, der eigentlich konstitutives Element einer Unternehmung sein sollte, als nebensächlich abzuwerten, wenn er ganz auf Transaktionskosten abstellt. Teece, ein Schüler Williamsons, faßt diese Auffassung wie folgt zusammen: „If markets worked in a perfectly frictionless fashion, there would be very few circumstances under which vertical integration would yield efficiencies. Organizational units would be narrowly focused so as to capture the gains from specialization. Inter-firm trading using spot markets or various kinds of short-term and long-term contracts would be used to achieve the coordination needed to produce each good or service.“<sup>30</sup> Sicherlich ist es nützlich, auf Kontraktprobleme und Transaktionskosten hinzuweisen, doch damit die Unternehmung im wesentlichen als einen vertikal integrierten Produktionsprozeß auszuweisen, ist in hohem Maße irreführend. Spezialisierung bleibt das wesentliche charakterisierende Merkmal, wobei wir wiederum bei der neoklassischen Identifizierung des produzierenden Akteurs als Unternehmung angelangt wären.

Wir wollen vorschlagen, die Unternehmung als soziale Institution zu betrachten, die in bestimmter Weise einen Teamproduktionsprozeß koordiniert bzw. einen Prozeß von Externalitäten oder sozialen Interaktionen<sup>31</sup>. Was ist nun eine Institution? Institution ist sicherlich ein vager Begriff, der in der Literatur verwendet wird, um eine Vielzahl heterogener Phänomene zu beschreiben; z. B. Demokratie, Diktatur, private oder gemeinwirtschaftliche Eigentumsrechte, Unternehmungen,

---

Costs and Ownership Structure, *Journal of Financial Economics*, Vol. 3, 1976, S. 305 - 360; E. F. Fama, Agency Problems and the Theory of the Firm, *Journal of Political Economy*, Vol. 86, 1978, S. 288 - 307.

<sup>30</sup> D. J. Teece, *Markets in Microcosm: Some Efficiency Properties of Vertical Integration*, unveröffentlichtes Manuskript, Wissenschaftszentrum Berlin, 1981.

<sup>31</sup> Teamproduktion ist dann gegeben, wenn das Grenzprodukt eines Produktionsfaktors von der Einsatzhöhe der anderen Produktionsfaktoren abhängig ist, d. h., die Produktionsfunktion läßt sich nicht in additiver Form schreiben. Bezogen auf die Beschäftigung bedeutet dies im technischen Sinne, daß es sich um externe Effekte handelt, die im Normalfall durch entsprechende Kontrakte internalisiert werden.

Ehe, Moral, soziale Konventionen usw. Es läßt sich zeigen, daß allen diesen Institutionen das gemeinsame Phänomen direkter sozialer Interaktionen zugrundeliegt. Unsere theoretische Vermutung ist: Sowohl der Marktprozeß als auch die Koordinierung bestimmter Aktivitäten über Institutionen ist mit Kosten verbunden. Die mit dem Marktmechanismus verknüpften Kosten haben wir Transaktionskosten genannt. Die Kosten, die mit der Funktionsweise von Institutionen verknüpft sind, sind die üblichen Kontrollkosten (monitoring costs, agency costs usw.). Institutionen koordinieren direkte Interaktionsprozesse. Ist der Nettovorteil dieser letzteren Koordinierung größer als der aus der Allokation über den Marktprozeß resultierende, so wird die Institution gewählt.

Somit ist die übliche Dichotomisierung von Markt und Staat (eine bestimmte Art von Institution) zu eng und darüber hinaus irreführend. Hinzuzufügen wären Institutionen als Mechanismen zur Steuerung von sozialen Interaktionen oder Externalitätsprozessen. Dies ist sicherlich eine wünschenswerte Erweiterung der Betrachtungsweise. In einem derartigen Kontext verbleibt dem Staat die wichtige Aufgabe, die Struktur der Eigentumsrechte so zu steuern, daß Institutionen zu optimalen Internalisierungen führen. Oder negativ formuliert, Rechts- und Wirtschaftssysteme können verhindern, daß die vorhandenen Institutionen zu Pareto-optimalen Lösungen führen, wobei das Kriterium allerdings wiederum aus der Metaposition des altruistischen wirtschaftspolitischen Gestalters gesehen wird.

## **Tricks und Täuschungen als Mittel der Wirtschaftspolitik? — Die Sicht der Theorie rationaler Erwartungen —**

Von Dieter Schmidtchen, Saarbrücken

„Als nu de Haas in vullen Loopen ünne am Acker ankööm, rööp em den Swinegel sien Fro entgegen: ‚ick bün all hier.‘ De Haas stutzd und verwunderde sick nich wenig ... ‚datt geht nich to mit rechten Dingen.‘ He rööp: ‚nochmal geloopen, wedder üm!‘ Un fort güng he wedder wie en Stormwind, dat em de Ohren am Koppe flögen. Den Swinegel sien Fro aver blev ruhig up ehren Platze. As nu de Haas baben ankööm, rööp em de Swinegel entgegen: ‚ick bün all hier.‘ De Haas aver, ganz uuter sick vör Ihwer, schreede: ‚nochmal geloopen, wedder üm!‘ ‚Mi nich to schlimm,‘ antwoorde de Swinegel, ‚mienetwegen so oft, as du Lust hest.‘ So löp de Haas noch dreunsöbentigmal, un de Swinegel höhl et immer mit em uut. Jedesmal, wenn de Haas ünne oder baben ankööm, seggten de Swinegel oder sien Fro: ‚ick bün all hier.‘“

Es ist schwer, ein menschliches Gemeinwesen zu finden, in dem Tricks und Täuschungen keine Rolle spielten. Doch als grundlegendes und allgemeines Handlungsprinzip wurden sie niemals propagiert — und das aus gutem Grund. Wie wir heute wissen, können sich Handlungsordnungen spontan nur bilden, wenn die Komplexität der Welt (gemessen an der Zahl denkmöglicher Weltzustände) reduziert wird. Eines der wirksamsten und kostengünstigsten Mittel aber, um diese Komplexitätsreduktion in die Wege zu leiten — ohne zugleich die Evolution mit ihren wohlfahrtssteigernden Wirkungen zu ersticken —, stellt das Vertrauen dar; und zwar a) das Vertrauen auf die Beständigkeit und die Einhaltung geschriebener Regeln sowie b) das Vertrauen darauf, daß die Menschen, insbesondere die mit besonderer Macht ausgestatteten Politiker, ihr Handeln an gewissen ungeschriebenen Regeln ausrichten.

Die Menschen ahnten immer, welche Bedeutung dem „Produktionsfaktor“ Vertrauen zukommt. Das prägte den Stil ihres Zusammenlebens und den Charakter der in der Wirtschaftspolitik praktizierten Spielregeln. Zwar sah man gelegentlich in der Vergangenheit auch in Tricks und Täuschungen ein Mittel der Wirtschaftspolitik — man denke



nur an die Äußerungen maßgeblicher Wirtschaftspolitiker bei unmittelbar bevorstehenden Paritätsänderungen im Wechselkursregime von Bretton Woods —, als systematisch einsetzbares Mittel galten sie jedoch nicht — sie wurden nolens volens in den wirtschaftspolitischen Instrumentenkasten aufgenommen. Dies wurde anders, als eine gewisse Richtung der Nationalökonomie den Trade-off zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit „entdeckte“, der — wie später zu zeigen sein wird — wirtschaftspolitisch nur auszubeuten ist, wenn man die Leute systematisch täuscht.<sup>1</sup> Daß der wirtschaftspolitische Stil — zumindest in Deutschland — von dieser „Entdeckung“ nicht unbeeinflusst blieb, zeigt die berühmt gewordene Bemerkung eines führenden Politikers, daß 5 % Inflation besser seien als 5 % Arbeitslosigkeit.

Aber wie so oft im Leben hatten auch die Wirtschaftspolitiker, die von einem stabilen Trade-off ausgingen und diesen auszubeuten versuchten, die Rechnung ohne den Wirt gemacht: Anstelle von Vollbeschäftigung produzierte man reine Inflation oder, was noch schlimmer war, Stagflation. Die Medizinmänner waren ratlos. Bald jedoch wurde ihnen Rat zuteil, und sie erkannten, warum ihre Medizin versagte: Sie hatten die Dummheit der Wirtschaftssubjekte über- und die Listigkeit des ökonomischen Systems unterschätzt. Diese Erkenntnis war für viele ein Schock. Ausgelöst wurde er von der Theorie rationaler Erwartungen.

Im folgenden wird zunächst gezeigt, wo und unter welchen Voraussetzungen Tricks und Täuschungen als Mittel der (Makro-) Wirtschaftspolitik angesehen werden. Sodann wird die Theorie rationaler Erwartungsbildung in den Grundzügen dargestellt. Anschließend werden die wesentlichen wirtschaftspolitischen Konsequenzen behandelt. Um die praktische Bedeutung dieser Konsequenzen zu beurteilen, wird schließlich geprüft, ob und wie die Wirtschaftspolitik den Prozeß der Erwartungsbildung stören kann, und ob die Prämissen, von denen die Theorie rationaler Erwartungen ausgeht, realistisch sind.

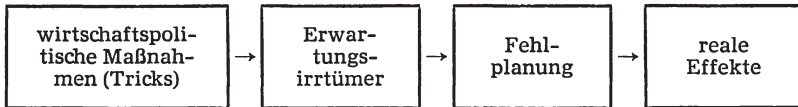
---

<sup>1</sup> „the benefits of inflation derive from the use of expansionary policy to *trick* economic agents into behaving in socially preferable ways even though their behavior is not in their own interest ... The gap between actual and expected inflation measures the extent of the trickery.“ (Hall, R.: The Phillips Curve and Macro-Economic Policy, in: The Phillips Curve and Labour Markets, in: Journal of Monetary Economics, 1976 (Supplement), S. 141.) Man muß schon über eine verbogene Wohlfahrtsfunktion verfügen, um derartiges zu vertreten!

## I. Wo dienen Tricks und Täuschungen als Mittel der Wirtschaftspolitik?

### 1. Der Zusammenhang mit den Erwartungsirrtümern

Unter Tricks seien solche wirtschaftspolitischen Maßnahmen verstanden, die systematisch Täuschungen bei den Wirtschaftssubjekten hervorrufen sollen mit dem Ziel, diese zur Aufstellung von Plänen zu veranlassen, die wirtschaftspolitisch erwünschte reale Effekte<sup>2</sup> in der Ökonomie zur Folge haben. Da allen Plänen Erwartungen zugrunde liegen, läuft der Versuch, durch systematisches Täuschen auf die Planung der Wirtschaftssubjekte einzuwirken, im wesentlichen darauf hinaus, systematisch Erwartungsirrtümer zu erzeugen:  $e_t = p_t - p_t^e \leq 0$ .<sup>3</sup>



Im Mittelpunkt des wissenschaftlichen Interesses stand bisher die Erzeugung von Erwartungsirrtümern bei der Inflationsrate, aber das ist nur ein spezielles Anwendungsgebiet der Theorie systematisch erzeugter Erwartungsirrtümer.

### 2. Die theoretischen Zusammenhänge

Ausgangspunkt für die folgenden Überlegungen sei die Phillips-Kurve:

$$(1) \quad p_t = \gamma \cdot x_t^4$$

<sup>2</sup> Bei den realen Effekten handelt es sich um die Verringerung der Unterbeschäftigungsrate, die Steigerung des Sozialprodukts oder die Dämpfung von Konjunkturen.

<sup>3</sup>  $e$  = Erwartungsirrtum  
 $p$  = Wert einer Variablen, auf die sich die Erwartungen beziehen  
 $t$  = Zeitindex

hochgestelltes  $e$  = erwarteter Wert

<sup>4</sup>  $p_t$  = aktuelle Inflationsrate in Periode  $t$

$x_t$  = aggregierte Überschufnachfrage auf dem Güter- und Arbeitsmarkt in Periode  $t$

$\gamma$  = Koeffizient, der den Wert des Trade-off zwischen Inflationsrate und Ungleichgewicht auf Güter- und Arbeitsmärkten angibt.

$\gamma$  ist ein *zusammengesetzter* Faktor: Die erste Komponente gibt an, wie eine Veränderung der Überschufnachfrage auf den Märkten die Unterbeschäftigungsrate verändert (Okuns Gesetz), die zweite mißt die Sensitivität von Nominallohnerhöhungen (und damit Preisniveauerhöhungen) auf einen Wechsel der Unterbeschäftigungsrate. (Siehe *Sijben, J. J.*: Rational Expectations and Monetary Policy, Alphen aan den Rijn, 1980, S. 47 f.)

Bis Mitte der sechziger Jahre sah man diese Beziehung als stabil an, und in vielen Ländern wurde versucht, den Trade-off auszuhebeln. Man kann diese Zeit — unter dem hier interessierenden Aspekt — als Periode der Unschuld bezeichnen, denn Gleichung (1) bietet keine theoretische Begründung für die wirtschaftspolitische Nützlichkeit von Tricks und Täuschungen.

Der Sündenfall kam dann mit Friedman und Phelps, den „Erfindern“ der „expectation augmented Phillips curve“:<sup>5</sup>

$$(2) \quad p_t = \gamma \cdot x_t + \alpha \cdot p_t^e, \text{ mit: } \gamma > 0 \\ 0 < \alpha \leq 1^6$$

$$(3) \quad x_t = U_n - U_f^7$$

$$(4) \quad p_t = \gamma (U_n - U_f) + \alpha \cdot p_t^e$$

$$(5) \quad U_f = U_n - \frac{1}{\gamma} (p_t - p_t^e) - \frac{1}{\gamma} (1 - \alpha) \cdot p_t^e$$

Die Gleichung (5) zeigt, warum man überhaupt auf den Gedanken verfallen konnte, systematisch Täuschungen als Mittel der Wirtschaftspolitik einzusetzen.

$p_t - p_t^e$  stellt den Erwartungsfehler dar,  $(1 - \alpha) \cdot p_t^e$  den Grad an antizipierter Inflation. Solange  $\alpha < 1$  ist, existiert auch bei einem Erwartungsfehler von Null ein stabiler Trade-off.<sup>8</sup> Nun scheinen aber die Ergebnisse empirischer Untersuchungen dafür zu sprechen, den Preiserwartungskoeffizienten  $\alpha$  für die Jahre nach 1971 mit eins anzu-

<sup>5</sup> Siehe *Friedman, M.*: The Role of Monetary Policy, in: ders., The Optimum Quantity of Money and Other Essays, Chicago 1969, S. 95 ff.; *Phelps, E.*: Phillips Curves, Expectations of Inflation and Optimal Unemployment Over Time, in: *Economica*, 1967, S. 254 ff. Beide unterstellen autoregressive Erwartungen. Phelps in der Form adaptiver Erwartungen.

<sup>6</sup>  $p_t^e$  = am Ende von Periode  $t - 1$  erwartete Inflationsrate für Periode  $t$   
 $\alpha$  = Preiserwartungskoeffizient

<sup>7</sup>  $U_n$  = natürliche Rate der Unterbeschäftigung

$U_f$  = tatsächliche Rate der Unterbeschäftigung

Die Differenz  $U_n - U_f$  mißt die Ungleichgewichtssituation auf dem Güter- und Arbeitsmarkt.

<sup>8</sup>  $\alpha < 1$  läßt sich einmal auf die Existenz von Geldillusion zurückführen;  $\alpha = 1$  bedeutet dann Fehlen von Geldillusion. In neokeynesianischer Tradition läßt sich  $\alpha$  als ein Faktor interpretieren, der die Macht der Gewerkschaften angibt, eine erwartete Änderung der Inflationsrate in eine Veränderung der Nominallöhne umzusetzen und bei unveränderter Arbeitsproduktivität in Verbindung mit einer Aufschlagskalkulation letztlich in eine Veränderung der Inflationsrate. (Siehe *Sijben, J. J.*, S. 49.) Schließlich kann man  $\alpha < 1$  auch kontrakttheoretisch begründen. Erwartete Änderungen der Inflationsrate werden aus dem Interesse an der Langfristigkeit von Arbeitsverträgen nicht oder nicht vollständig in Veränderungen der Nominallöhne umgesetzt.

setzen.<sup>9</sup> Bei  $\alpha = 1$  kann die tatsächliche Unterbeschäftigungsrate nur dann von der natürlichen abweichen, wenn die tatsächliche und die erwartete Inflationsrate nicht übereinstimmen:  $p_t \neq p_t^e$  (Erwartungsirrtum). Gilt dagegen  $p_t = p_t^e$ , dann ist  $U_t = U_n$ , und da die natürliche Arbeitslosenrate unabhängig ist von der Inflationsrate,<sup>10</sup> ist auch die tatsächliche Arbeitslosenrate unabhängig von der Inflationsrate. Oder anders formuliert: Eine bestimmte Arbeitslosenrate ist mit jeder beliebigen tatsächlichen Inflationsrate vereinbar, was im übrigen auch aus Gleichung (4) folgt. Wirtschaftspolitiker, die sich in dieser theoretischen Welt bewegen und Beschäftigungs- und Sozialproduktwachstumsziele verfolgen, müssen natürlich auf die Idee kommen, daß die systematische Erzeugung von Erwartungsfehlern das einzige Mittel darstellt, um ihre Ziele zu realisieren. Aus der Definition des Erwartungsfehlers als  $p_t - p_t^e$  folgt, daß man die Geeignetheit dieser Form von Wirtschaftspolitik nur überprüfen kann, wenn man jeweils gegebene Erwartungsbildungsmechanismen unterstellt. Im folgenden werden zunächst stationäre Erwartungen, dann autogressive und schließlich rationale Erwartungen unterstellt. Die zur Erzeugung des Erwartungsfehlers eingesetzte Variable ist  $p_t$ .

### 3. Stationäre Erwartungen

Stationäre Inflationserwartungen sind exogen bestimmt, d. h. sie sind weder von der bisherigen Entwicklung der Inflationsrate abhängig noch von der vergangenen oder zukünftig erwarteten Entwicklung anderer ökonomisch relevanter Größen.<sup>11</sup> Es läßt sich demgemäß schreiben:<sup>12</sup>

$$(6) \quad p_t^e = c, \text{ wobei } c \text{ eine Konstante darstellt.}$$

(6) in (5) eingesetzt bei  $\alpha = 1$ , ergibt

$$(7) \quad U_t = U_n - \frac{1}{\gamma} (p_t - c)$$

$$(8) \quad \left. \frac{dU_t}{dp_t} \right|_{p_t^e = c} = -\frac{1}{\gamma} < 0$$

<sup>9</sup> Siehe *Sijben, J. J.*, S. 49.

<sup>10</sup> Nach *Friedman* ist die natürliche Unterbeschäftigungsrate diejenige, die in einem „long-run“-Gleichgewicht der Volkswirtschaft gilt. (Siehe *Friedman, M.*: *The Role of Monetary Policy*, S. 102.) In einem solchen totalen Gleichgewicht aber ist das Geld neutral. Lediglich erwartete relative Preise und erwartete Realeinkommen bestimmen (neben den Präferenzfunktionen) die ökonomischen Entscheidungen. (Siehe *Sijben, J. J.*, S. 49.)

<sup>11</sup> Siehe *Pohl, R.*: *Theorie der Inflation*, München 1981, S. 120 f.

<sup>12</sup> Siehe ebenda, S. 142.

Bei stationären Inflationserwartungen ist also ein dauerhafter Erwartungsfehler vorhanden und damit ein dauerhafter Trade-off. Je höher  $p_t$ , desto niedriger  $U_t$ .

#### 4. Autoregressive Erwartungen

Bei autoregressiven Erwartungen ist die erwartete Inflationsrate ein gewichteter Durchschnitt vergangener tatsächlicher Inflationsraten.<sup>13</sup> Die adaptive Version der autoregressiven Erwartungen lautet:

$$(9) \quad \Delta p_t^e = \beta (p_{t-1} - p_{t-1}^e) \text{ }^{14}, \text{ für } 0 < \beta < 2$$

Es kommt dann zu einer Änderung der erwarteten Inflationsrate, wenn die bisherigen Inflationserwartungen nicht realisiert wurden:  $p_{t-1} \neq p_{t-1}^e$ . Daraus erhellt, daß im Gegensatz zu den stationären Inflationserwartungen *endogene* Erwartungen gegeben sind.

Die Tatsache, daß bei den adaptiven Erwartungen Lernprozesse eine Rolle spielen, macht es erforderlich, einen kurzfristigen und einen langfristigen Zustand der Ökonomie bzw. des diese beschreibenden Modells zu unterscheiden.

Ein langfristiger Zustand ist ein Gleichgewichtszustand, der durch die Gleichgewichtslösung des Modells beschrieben wird. Sieht man einmal vom Wachstumsgleichgewicht ab, dann sind in einem Gleichgewicht alle endogenen Modellvariablen konstant. Für die *Veränderung* der Inflationserwartung heißt das:

$$(10) \quad \Delta p_t^e = 0, \text{ und folglich}$$

$$(11) \quad p_{t-1} = p_{t-1}^e = p_t = p_t^e$$

Dann aber gilt

$$(12) \quad \left. \frac{dU_t}{dp_t} \right|_{p_t^e = p_t} = 0, \text{ d. h. } U_t = U_n .$$

Langfristig existiert also kein Erwartungsirrtum und damit auch kein Trade-off!

Der kurzfristige Zustand ist ein Ungleichgewichtszustand, die endogenen Variablen des Modells weichen von den Gleichgewichtswerten ab und werden sich somit noch verändern (falls das Gleichgewicht existiert und stabil ist, in Richtung der Gleichgewichtswerte).

<sup>13</sup> Siehe ebenda, S. 122 ff.

<sup>14</sup> Oder auf die erwartete Preisänderungsrate bezogen:  $p_t^e = f(p_{t-1})$ , für  $i = 1 \dots \infty$ ,  $f' > 0$ .

Es gilt also

$$(13) \quad \Delta p_t^e \neq 0$$

$$(14) \quad p_t \neq p_t^e$$

## II. Rationale Erwartungen

### 1. Begriff

Unter rationalen Erwartungen wird heute ein heterogenes Bündel von Erwartungsbildungskonzepten verstanden.<sup>15</sup> Im folgenden soll die in ihren Annahmen über die der Erwartungsbildung zugrunde liegenden Informationsmenge am weitesten gehende Version (strong-form) dargestellt werden.

Die Wirtschaftssubjekte bilden danach Erwartungen, als besäßen sie all das Wissen, das zum Zeitpunkt der Erwartungsbildung über den ökonomischen Prozeß bekannt sein kann, der letztendlich den Wert der Erwartungsgröße bestimmt (bedingter mathematischer Erwartungswert).<sup>16</sup>

Der Wissensstand aller Wirtschaftssubjekte entspricht dem der Wirtschaftspolitiker und umfaßt:

- α) die Kenntnis der relevanten ökonomischen Theorie, die ihren Niederschlag in einem ökonomischen Modell gefunden hat;
- β) die Kenntnis der statistischen Verteilungseigenschaften der exogenen Variablen einschließlich der wirtschaftspolitischen Instrumentvariablen<sup>17</sup> sowie der Zufallsvariablen (d. h.: die subjektiven Wahrscheinlichkeitsverteilungen entsprechen den objektiven);
- γ) die Kenntnis der Parameter der Verhaltensgleichungen und der Zufallsvariablen.

Da unterstellt wird<sup>18</sup>, daß die subjektiven Wahrscheinlichkeitsverteilungen der Wirtschaftssubjekte die gleichen sind wie die in den

<sup>15</sup> Siehe *Schlotthauer, K.-H.*: Inflationserwartungen, Hamburg 1981, S. 99. „There exist almost as many versions as there are members of the school.“ (*Haberler, G.*: Notes on Rational and Irrational Expectations, in: *Küng, E.* (Hrsg.): Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft, Festschrift für W. A. Jöhr, Tübingen 1980, S. 274.)

<sup>16</sup> Siehe *Sijben, J. J.*, S. 66.

<sup>17</sup> Hierin ist eingeschlossen, daß die Wirtschaftssubjekte die wirtschaftspolitischen Regeln kennen, nach denen die Werte der Aktionsparameter bestimmt werden, sowie die ökonomischen Wirkungen der konkreten Maßnahmen.

<sup>18</sup> Siehe *Fischer, St.*: On Activist Monetary Policy with Rational Expectations, in: ders. (ed.): Rational Expectations and Economic Policy, Chicago and London 1980, S. 212, Fn. 2.

Modellen, in denen sie als Handelnde auftreten (das sind die objektiven Wahrscheinlichkeitsverteilungen), entspricht die subjektive Wahrscheinlichkeitsverteilung der relevanten, d. h. zu prognostizierenden, Variablen der objektiven Wahrscheinlichkeitsverteilung, die aus dem Modell folgt.<sup>19</sup>

Erwartet wird derjenige Wert einer endogenen ökonomischen Variablen, der mit Hilfe des relevanten ökonomischen Modells prognostiziert wird: „... expectations, since they are informed predictions of future events, are essentially the same as the predictions of the relevant economic theory“.<sup>20</sup>

Zu den Eigenschaften rationaler Erwartungen sind noch einige Erläuterungen notwendig:

1. Die erwarteten Werte der interessierenden Variablen können von den tatsächlich sich realisierenden Werten abweichen, aber nur aufgrund der Wirksamkeit von Faktoren, deren Eintreffen zum Zeitpunkt der Prognose nicht vorhersehbar war.<sup>21</sup> Die möglichen Erwartungsirrtümer sind also unabhängig von den Variablen, die in der Informationsmenge stecken.

$$a) p_t^e = E(p_t/i_{t-1})$$

$$b) e_t = p_t - p_t^e$$

$$c) p_t - p_t^e = \eta_t$$
<sup>22</sup>

$$d) E(p_t - p_t^e) = 0$$

2. Die Erwartungsfehler sind nicht autokorreliert:

$$e) \text{cov}(e_t, e_{t-i}) = 0, \text{ mit } i = 1, 2 \dots$$

Rationale Erwartungen sind also unverzerrte Schätzungen, d. h. im Mittel stimmt der tatsächliche Wert mit dem erwarteten Wert überein.<sup>23</sup>

<sup>19</sup> Siehe *Sijben, J. J.*, S. 66; *Friedman, B.*: Optimal Expectations and the Extreme Information Assumptions of 'Rational Expectations' Macromodels, in: *Journal of Monetary Economics*, 1979, S. 23.

<sup>20</sup> *Muth, J. F.*: Rational Expectations and the Theory of Price Movements, in: *Econometrica*, 1961, S. 316.

<sup>21</sup> Siehe *Sijben, J. J.*, S. 66.

<sup>22</sup>  $E$  = mathematischer Erwartungsoperator

$i_{t-1}$  = Informationsmenge zum Schätzzeitpunkt (Ende Periode  $t - 1$ )

$e_t$  = Erwartungsfehler in Periode  $t$

$\eta_t$  = Zufallsvariable (normalverteilt mit Mittelwert Null)

<sup>23</sup> Der Mittelwertfehler ist also Null. Ferner werden Varianzfehler ausgeschlossen durch  $\text{cov}(e_t^e, e_{t-i}^e) = 0$ , mit  $i = 1, 2 \dots$ . (Siehe *Schlotthauer, K.-H.*, S. 104.)

Die „Theorie“ rationaler Erwartungen ist streng genommen eine Theorie der Erwartungsbildung. Wenn man ihre wirtschaftspolitischen Konsequenzen erfassen will, müssen zusätzlich Annahmen über das Anpassungsverhalten der Wirtschaftssubjekte gemacht werden. In den Modellen mit rationalen Erwartungen spielen meist noch die folgenden zwei Annahmen eine wesentliche Rolle:

a) Die Wirtschaftssubjekte orientieren ihre Entscheidungen an (erwarteten) relativen Preisen und nicht an absoluten Preisen.<sup>24</sup> Sie unterliegen keiner Geldillusion.

b) Es wird postuliert, daß auf allen Märkten vollständige Konkurrenz herrscht.<sup>25</sup> Ungleichgewichte werden durch entsprechende Preis- und Lohnanpassungen sofort beseitigt (Tâtonnement). Die Volkswirtschaft befindet sich ständig in einem makroökonomischen Gleichgewicht im Sinne von Phelps.<sup>26</sup>

## 2. Läßt sich bei rationalen Erwartungen ein systematischer Erwartungsfehler erzeugen?

Ausgangspunkt sei das folgende aus 4 Gleichungen bestehende Inflationsmodell:<sup>27, 28</sup>

$$(16) \quad y_t^d = \pi^d + \alpha (m_t - p_t) + z_t \quad \text{Nachfrage}$$

$$(17) \quad y_t^s = \pi^s + \beta (p_t - p_t^e) + u_t \quad \text{Angebot}$$

$$(18) \quad y_t^d = y_t^s \quad \text{gesamtwirtschaftliche Gleichgewichtsbedingung}$$

$$(19) \quad m_t = \pi + a_1 \cdot z_{t-1} + a_2 \cdot u_{t-1} + k_t \quad \text{geldpolitische Regel (Feed-back-Regel)}$$

<sup>24</sup> Siehe *Sijben, J. J.*, S. 67.

<sup>25</sup> „Next it is postulated that there exists full competition on all markets.“ (*Sijben, J. J.*, S. 67.) „Rational expectations theory is competitive theory in the strict sense of the word.“ (*Haberler, G.*, S. 276.)

<sup>26</sup> Siehe *Sijben, J. J.*, S. 67.

<sup>27</sup> Siehe auch *Barro, R. J., Fischer, St.*: Recent Developments in Monetary Theory, in: *Journal of Monetary Economics*, 1976, S. 157 ff.; *Fischer, St.*: Long-term Contracts, Rational Expectations and the Optimal Money Supply Rule, in: *Journal of Political Economy*, 1977, S. 191 ff.; *Pohl, R.*, S. 125 ff.

<sup>28</sup> Endogene Variablen (logarithmiert):  $y_t^d$  = Zuwachsrate der Nachfrage;  $y_t^s$  = Zuwachsrate des Angebots;  $p_t$  = tatsächliche Inflationsrate;  $p_t^e$  = erwartete Inflationsrate;  $m_t$  = Zuwachsrate der nominalen Geldmenge. — Verhaltensparameter:  $\alpha, \beta > 0$ . — Wirtschaftspolitische Parameter:  $a_1, a_2 > 0$ . — Störvariablen:  $z, u, k$  (mit Erwartungswert von Null und normalverteilt). — Konstante:  $\pi$  = Rate des technischen Fortschritts, gemessen durch die Produktivitätssteigerung. — Der Einfachheit halber wird im folgenden  $\pi = 0$  gesetzt. — Von der Existenz von Lägern wird abgesehen.



Die zu prognostizierende Größe sei  $p_t$ . Die Prognosegleichung erhält man nach Gleichsetzen von (16) und (17):

$$(20) \quad p_t = \frac{\alpha}{\alpha + \beta} \cdot m_t + \frac{\beta}{\alpha + \beta} \cdot p_t^e + \frac{1}{\alpha + \beta} \cdot v_t, \text{ mit: } v_t = z_t - u_t$$

Nach der Theorie der rationalen Erwartungen entspricht die erwartete Inflationsrate der Modellprognose, bei der alle verfügbaren relevanten Informationen verwendet werden.

$$(21) \quad E(p_t/i_{t-1}) = p_t^e = E\left(\frac{\alpha}{\alpha + \beta} \cdot m_t + \frac{\beta}{\alpha + \beta} \cdot p_t^e + \frac{1}{\alpha + \beta} \cdot v_t\right) \text{ Erwartungswert der Prognosegleichung}$$

$$(22) \quad p_t^e = \frac{\alpha}{\alpha + \beta} \cdot m_t^e + \frac{\beta}{\alpha + \beta} \cdot p_t^e + \frac{1}{\alpha + \beta} \cdot v_t^e$$

$$(23) \quad p_t^e = m_t^e + \frac{1}{\alpha} \cdot v_t^e$$

Gleichung (23) beschreibt die für die Periode  $t$  am Ende von  $t - 1$  erwartete Inflationsrate.

Da nun am Ende der Periode  $t - 1$  die Größen  $z_{t-1}$  und  $u_{t-1}$  bekannt sind und die Wirtschaftssubjekte auch die geldpolitische Regel kennen, können sie auf den Wert von  $m_t$  schließen:

$$(24) \quad m_t^e = a_1 \cdot z_{t-1} + a_2 \cdot u_{t-1}, \text{ weil } k_t^e = 0$$

(24) in (23) ergibt

$$(25) \quad p_t^e = a_1 \cdot z_{t-1} + a_2 \cdot u_{t-1} + \frac{1}{\alpha} \cdot v_t^e$$

Da  $\frac{1}{\alpha} \cdot v_t^e$  wegen  $v_t^e = 0$  ebenfalls Null wird, gilt

$$(26) \quad p_t^e = a_1 \cdot z_{t-1} + a_2 \cdot u_{t-1}$$

Setzt man  $p_t^e$  in die Prognosegleichung (20) ein, erhält man

$$(27) \quad p_t = \frac{1}{\alpha + \beta} (\alpha \cdot m_t + \beta (a_1 \cdot z_{t-1} + a_2 \cdot u_{t-1}) + v_t)$$

$$(28) \quad p_t = \frac{1}{\alpha + \beta} (\alpha \cdot m_t + \beta (a_1 \cdot z_{t-1} + a_2 \cdot u_{t-1} + k_t) - \beta \cdot k_t + v_t)$$

$$(29) \quad p_t = m_t - \frac{\beta}{\alpha + \beta} \cdot k_t + \frac{1}{\alpha + \beta} \cdot v_t$$

Als Erwartungsirrtum ergibt sich

$$(30) \quad p_t - p_t^e = m_t - \frac{\beta}{\alpha + \beta} \cdot k_t + \frac{1}{\alpha + \beta} \cdot v_t - (a_1 \cdot z_{t-1} + a_2 \cdot u_{t-1} + k_t - k_t)$$

$$(31) \quad p_t - p_t^e = \frac{1}{\alpha + \beta} \cdot v_t + \frac{\alpha}{\alpha + \beta} \cdot k_t$$

Aus der Gleichung des Erwartungsfehlers wird erkennbar, daß dieser nur von Störtermen abhängt und nicht von einem wirtschaftspolitischen Aktionsparameter. Er ist damit bei rationalen Erwartungen völlig unabhängig davon, wie die Notenbank  $m_t$  wählt — insofern die Notenbank während der Periode  $t$  nicht die geldpolitische Regel ändert. Es können nur zufällige, aber keine systematischen Erwartungsfehler auftreten. Aus Gleichung (31) folgt nicht, daß der Erwartungsfehler generell, d. h. in jeder Periode klein ist. Je nachdem, wie stark die Schocks sind, können  $v_t$  und  $k_t$  große positive oder negative Werte annehmen. Allerdings ist der durchschnittliche Erwartungswert Null, weil  $E(v_t) = 0$  und  $E(k_t) = 0$ . Als letztes folgt schließlich, daß rationale Erwartungsbildung nicht vollkommene Voraussicht bedeutet. Diese kann es nur in deterministischen Modellen geben.

### 3. Der Schock: die Ohnmacht der Wirtschaftspolitik bei rationalen Erwartungen

Die wirtschaftspolitischen Konsequenzen der Theorie rationaler Erwartungen sind weitreichend. Man kann sie im wesentlichen bereits aus Gleichung (31) ableiten. Da die systematische Komponente der geldpolitischen Regel eliminiert ist, gilt der folgende Satz: Wenn und insofern reale Effekte die Existenz systematischer Erwartungsfehler voraussetzen, ist eine antizyklische Geldpolitik (in diesem Modell) nicht in der Lage, reale Effekte zu erzielen (Ohnmacht der Geldpolitik). Dieser Satz gilt nicht nur für die oben verwendete Feedback-Regel, sondern für jede andere monetäre Feedback-Regel. Man kann sogar noch weiter gehen und sagen, daß das Ergebnis für jede Feedback-Regel gilt, also auch für eine der Fiscal-policy!<sup>20</sup>

<sup>20</sup> Siehe zum Gesamtkomplex *Baily, M.: Stabilization Policy and Private Economic Behavior*, in: *Brookings Papers on Economic Activity*, 1978, no. 1, S. 11 ff. *McCallum* und *Whitaker* zeigen im einzelnen, daß die systematische Komponente der Geld- oder Fiskalpolitik keine realen Effekte erzielen kann. Anders liegen die Dinge bei „built-in-stabilizers“. Automatische Stabilisatoren reagieren nämlich wegen ihrer „dezentralisierten Informationsaufnahme und -verarbeitung“ ohne Verzögerung, d. h. sie reagieren auf die realen und monetären Störungen der laufenden Periode ( $z_t$ ,  $u_t$ ,  $k_t$ ). (*McCallum, B., Whitaker, J.: The Effectiveness of Fiscal Feedback Rules and Automatic Stabilizers Under Rational Expectations*, in: *Journal of Monetary Economics*, 1979, S. 171 ff.)

Die Ohnmacht der Geldpolitik wird sofort erkennbar, wenn man die Änderungsrate des Gleichgewichtspreisniveaus und die des Gleichgewichtsangebots betrachtet.

Die tatsächlich eintretende Änderung des Gleichgewichtspreisniveaus enthält Gleichung (29).

Die Wirtschaftssubjekte antizipieren systematische Geldmengenänderungen vollständig (vgl. (23)), deshalb schlagen sich diese Variationen vollständig im Preisniveau nieder (vgl. (29)). Die Quantitätstheorie gilt auch kurzfristig.

Die Änderungsrate des Angebots ( $y_t^s$ ) ist im Durchschnitt Null. Abweichungen von diesem Durchschnitt sind lediglich zufällig möglich aufgrund der realen ( $u_t, z_t$ ) und monetären ( $k_t$ ) Schocks, wie sich ebenfalls leicht zeigen läßt:

Setzt man den Erwartungsfehler (vgl. (31)) in die Angebotsfunktion ein, dann erhält man

$$(32) \quad y_t^s = \frac{\beta}{\alpha + \beta} (\alpha \cdot k_t + v_t) + u_t$$

$$(33) \quad \left. \frac{dy_t^s}{dp_t} \right| Em_t = m_t^e = 0$$

In (32) ist der systematische Teil der Feedback-Regel eliminiert; durch wirtschaftspolitische Maßnahmen ist keine Angebotsänderung zu erreichen, damit auch keine Abweichung von dem Angebot, das der natürlichen Rate der Unterbeschäftigung entspricht.<sup>30</sup> Die Wirkungslosigkeit der Geldpolitik wird noch einmal durch (33) aufgezeigt.<sup>31</sup>

Bei gegebener Funktion der abgeleiteten Nachfrage nach Arbeit gilt ferner

$$(34) \quad \left. \frac{dU_f}{dp_t} \right| Em_t = m_t^e = 0$$

Daraus folgt, daß die wirtschaftspolitischen Instanzen die Differenz  $U_n - U_f$  nicht systematisch beeinflussen können. Die wirtschaftspoliti-

<sup>30</sup> Eine elementare Ableitung dieses Ergebnisses bieten auch *Maddock, R., Carter, M.: A Child's Guide to Rational Expectations*, in: *Journal of Economic Literature*, 1982, S. 50 f.

<sup>31</sup> Wenn eine antizyklische Geldpolitik kurzfristig unsystematische Schwankungen in der wirtschaftlichen Aktivität ( $z_{t-1}, u_{t-1}$ ) nicht glätten kann, dann spricht natürlich alles für die einfachere wirtschaftspolitische Regel, nämlich die Friedman-Regel. (Siehe *Sijben, J. J.*, S. 83, sowie N. Läufer, der versucht, die Friedman-Regel kontrolltheoretisch als optimale Regel zu begründen. *Läufer, N.: Friedman-Regel und optimale Stabilisierungs-Politik*, in: *Kredit und Kapital*, 1978, S. 379 ff.)

schen Instanzen können also in dem Fall, in dem Inflationserwartungen gemäß dem tatsächlichen Inflationsprozeß gebildet werden, das Publikum nicht einmal kurzfristig täuschen und auf eine falsche Fährte locken.<sup>32</sup> Das erwartete Geldmengenwachstum findet über die Inflationserwartungen seine Entsprechung in einem Preis- und Lohnanstieg und nicht in einer Änderung von Produktion und Beschäftigung. Der Hase (die Wirtschaftspolitik) kann die Konkurrenz gegen den Igel (das Publikum) also niemals gewinnen, jedenfalls dann nicht, wenn sein wettbewerblicher Aktionsparameter die Täuschung sein sollte. Die Phillipskurve verläuft auch kurzfristig vertikal.

Die Zusammenhänge lassen sich besonders gut veranschaulichen, wenn man die reduzierte Form eines simultanen Gleichungssystems, das ein ökonometrisches Modell bildet, betrachtet.

Angenommen, die wirtschaftspolitischen Instanzen gehen von folgendem Modell aus:<sup>33</sup>

$$(35) \quad y_t = F(y_{t-1}, x_t, \delta, \varepsilon_t)$$

Die wirtschaftspolitische Entscheidungsregel laute:

$$(36) \quad x_t = G(y_{t-1}, \lambda, \eta_t)$$

Die Instrumentvariablen sind also eine Funktion des gegebenen Zustands der Wirtschaft, eines Parametervektors  $\lambda$  und eines Vektors der Störvariablen.

Die Kernaussage der Theorie rationaler Erwartungen kommt in der folgenden Kombination von (35) und (36) zum Ausdruck

$$(37) \quad y_t = K(y_{t-1}, \delta(\lambda), \eta_t, \varepsilon_t)$$

Der Parametervektor in den Verhaltensfunktionen  $\delta$  ist also eine Funktion des Parametervektors der wirtschaftspolitischen Entscheidungsregel  $\lambda$ , und er ändert sich demgemäß bei jedem Wechsel der

<sup>32</sup> „The difference between the short run and the long run is blurred“ (Sijben, J. J., S. 73).

<sup>33</sup> Ein ähnliches Modell stellt *Kuhbier, P.*: Grundlagen der quantitativen Wirtschaftspolitik, Berlin, New York 1981, S. 202 f., dar.

$y_t$  = Vektor der endogenen Variablen, zu denen auch die wirtschaftspolitischen Zielvariablen gehören

$x_t$  = Vektor der exogenen und Instrumentvariablen

$\delta$  = Gesamtheit der zu schätzenden bzw. geschätzten Strukturparameter in den Verhaltensfunktionen

$\varepsilon_t, \eta_t$  = Vektor der Störvariablen (normalverteilt mit Mittelwert Null)

Der Einfachheit halber sei unterstellt, daß  $x_t$  nur Instrumentvariablen enthalte.

Wirtschaftspolitik: „any change in policy will systematically alter the structure of econometric models“.<sup>34, 35</sup>

Der Wirtschaftspolitiker befindet sich gleichsam in der Position eines Schützen, dessen Ziel sich in dem Maße verändert, in dem er es anpeilt.<sup>36</sup>

#### 4. Die Wirtschaftspolitik bei rationalen Erwartungen: tatsächlich ohnmächtig?

Diese Frage soll unter zwei Aspekten zu beantworten versucht werden.

<sup>34</sup> Lucas, R.: *Econometric Policy Evaluation: A Critique*, in: *Journal of Monetary Economics*, Supplement, 1976, S. 41. Siehe auch Sargent, T. J., Wallace, N.: *Rational Expectations and the Theory of Economic Policy*, in: *Journal of Monetary Economics*, 1976, S. 173. — Bevor man die Theorie rationaler Erwartungen kannte, ging man davon aus, daß  $\delta$  konstant und unabhängig sei von  $\lambda$ :  $y_t = H(y_{t-1}, \delta, \lambda, \eta_t, \varepsilon_t)$ . Ökonometrische Modelle, die Parameterunabhängigkeit unterstellen, sind bei  $\delta(\lambda)$  also Ungleichgewichtsmodelle in a priori unbekanntem Ausmaß. (Siehe Sijben, J. J., S. 88.) Für eine Parameteränderung ist es ausreichend, wenn die Leute einige Informationen über die wirtschaftspolitische Regel haben. Sie benötigen nicht die gleichen Informationen wie die wirtschaftspolitischen Instanzen. (Siehe O'Driscoll, G.: *Rational Expectations, Politics, and Stagflation*, in: Rizzo, M. J. (ed.): *Time, Uncertainty and Disequilibrium*, Lexington 1979, S. 161.)

<sup>35</sup> Ein einfaches Modell möge den Sachverhalt verdeutlichen (siehe Sargent, T. J., Wallace, N., S. 173 ff.):

$$(a) \quad y_t = a_0 + a_1(x_t - E(x_t)) + a_2 \cdot y_{t-1} + \varepsilon_t$$

$$(b) \quad x_t = g_0 + g_1 \cdot y_{t-1} + \eta_t$$

$$(c) \quad E(x_t) = g_0 + g_1 \cdot y_{t-1}$$

$a_0, a_1, a_2 =$  fixe Parameter

$y_t =$  Abweichung des Sozialprodukts vom Normalwert

$x_t =$  Wachstumsrate der Geldmenge

$\varepsilon_t, \eta_t =$  Zufallsvariable (normalverteilt mit Mittelwert Null)

Das Modell läßt sich in eine reduzierte Form bringen, indem (c) in (a) eingesetzt wird:

$$(d) \quad y_t = (a_0 - a_1 g_0) + (a_2 - a_1 g_1) y_{t-1} + a_1 \cdot x_t + \varepsilon_t \quad (\text{reduzierte Form des Gleichungssystems})$$

$$(d') \quad y_t = b_0 + b_1 \cdot y_{t-1} + b_2 \cdot x_t + \varepsilon_t$$

Die Strukturparameter  $b_0$  und  $b_1$  sind abhängig von den wirtschaftspolitischen Parametern  $g_0$  und  $g_1$ . Eine Beurteilung der Einflüsse der Geldpolitik auf  $y_t$  anhand der Gleichung (d') muß demgemäß zu Fehlschlüssen führen.

(b) in (d) ergibt

$$(e) \quad y_t = (a_0 - a_1 g_0) + (a_2 - a_1 g_1) y_{t-1} + a_1 (g_0 + g_1 \cdot y_{t-1} + \eta_t) + \varepsilon_t$$

$$(f) \quad y_t = a_0 + a_2 \cdot y_{t-1} + a_1 \cdot \eta_t + \varepsilon_t$$

Die Zielvariable  $y_t$  ist unabhängig von  $g_i$ , für  $i = 1, 2$ .

<sup>36</sup> Aus diesem Umstand ergibt sich im übrigen die Schwierigkeit, die optimale quantitative Wirtschaftspolitik zu bestimmen. Denn um alternative Maßnahmen auf ihre Wirksamkeit zu untersuchen, bedarf es einer gegebenen Struktur des Modells. (Siehe Lucas, R. E., S. 20, sowie Wallis, K.: *Econometric Implications of the Rational Expectations Hypotheses*, in: *Econometrica* 1980, S. 49 ff.) Zu diesem Problem siehe auch McCallum, B.: *Rational Expectations and Macroeconomic Stabilization Policy*, in: *Journal of Money, Credit and Banking*, 1980, S. 723 f.

Unterstellt, die der Theorie rationaler Erwartungen zugrunde liegenden Annahmen seien bis auf die Symmetrie des Wissensstandes bei Wirtschaftssubjekten und Wirtschaftspolitikern (Fall eingeschränkter Wissens) gegeben. Dann wäre zu prüfen, ob die Wirtschaftspolitik den Prozeß rationaler Erwartungsbildung stören und die Wirtschaftssubjekte doch noch überlisten kann.

Hierfür bestehen im Prinzip vier Möglichkeiten:

- a) Ankündigung einer falschen geldpolitischen Entscheidungsregel,
- b) Verfolgung einer völlig unsystematischen Wirtschaftspolitik,
- c) geheime Änderung der wirtschaftspolitischen Entscheidungsregel,
- d) Geheimhaltung von Wissen über ökonomische Variablen, die für die Prognose und Erwartungsbildung der Wirtschaftssubjekte wichtig sind.

Der aus der Theorie rationaler Erwartungen abgeleitete Schluß, die Wirtschaftspolitik sei ohnmächtig, ist natürlich nur dann praktisch relevant, wenn die in dieser Theorie unterstellten Prämissen zutreffen. Es muß deshalb ferner geprüft werden, ob die Prämissen bezüglich der Erwartungsbildung und die Prämissen bezüglich der Anpassungsmöglichkeiten der Wirtschaftssubjekte realistisch sind.<sup>37</sup> Auf die empirische Evidenz kann jedoch aus Platzgründen nicht eingegangen werden.<sup>37a</sup>

### 1. Ansatzpunkte für die Störung rationaler Erwartungsbildung

#### a) Ankündigung einer falschen geldpolitischen Regel

Die Währungsbehörde könnte z. B. versuchen, stets eine höhere Geldmengensteigerungsrate zu realisieren, als sie vorher angekündigt hatte. Dieses Verfahren der gezielten Täuschung und das ihm zugrunde lie-

<sup>37</sup> Auf die Frage der Spezifikation der Angebotsfunktion (bzw. Phillips-Kurve) in Modellen mit rationalen Erwartungen wird nicht weiter eingegangen. Die behauptete Ohnmacht ist keine allgemeine Eigenschaft dieser Modelle, sondern trifft nur auf Modelle mit besonderen Angebotsfunktionen zu. (Siehe *Klausinger, H.*: Rationale Erwartungen und die Theorie der Stabilisierungspolitik, Bern u. a. 1980, S. 90 ff.) So müssen diese Funktionen linear sein. (Siehe *Shiller, R. J.*: Rational Expectations and the Dynamic Structure of Macroeconomic Models. A Critical Review, in: *Journal of Monetary Economics*, 1978, S. 10, 22.) Ferner muß Null-Homogenität für  $p_t$  und  $p_t^e$  gelten, damit die Hypothese von der natürlichen Unterbeschäftigungsrate (NRH) gilt. (Siehe *Ramser, H.-J.*: Rationale Erwartungen und Wirtschaftspolitik, in: *ZgS*, 1978, S. 57.) Auf den Einfluß veränderter Datierungen der Erwartungen weist Neumann hin. (Siehe *Neumann, M. J. M.*: Rationale Erwartungen in Makromodellen, in: *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* 1979, S. 384 f.) Auch auf die extreme Form der unterstellten Neutralität des Geldes ist kritisch hinzuweisen. (Siehe *Maddock, R., Carter, M.*, S. 44, 50.)

<sup>37a</sup> Zur empirischen Evidenz siehe *Hüberle, L.*, S. 160 ff.; *Maddock, R., Carter, M.*, S. 44 ff.

gende Verhaltensmuster würden von den Wirtschaftssubjekten jedoch bald erkannt und bei der Erwartungsbildung berücksichtigt. Wollte man das verhindern, dann müßten die Täuschungen völlig unvorhersehbar, also regellos, erfolgen. Ob dann jedoch die Ankündigung einer wirtschaftspolitischen Entscheidungsregel noch irgendeinen Sinn hat, erscheint fraglich. Im übrigen ist auch an den Lucas zugeschriebenen Satz zu erinnern, „that you can't run a democratic society by trickery“.

### b) Unsystematische Wirtschaftspolitik

Die bisherige geldpolitische Regel möge der in Gleichung (19) beschriebenen entsprochen haben. Die geldpolitischen Instanzen beschließen nun, in Zukunft eine Geldpolitik zu betreiben, bei der  $m_t$  sich in zufälliger, damit für die Wirtschaftssubjekte unvorhersehbarer Weise verändert.<sup>38</sup> Die neue geldpolitische Regel laute nun

$$(38) \quad m_t = \pi + a_1 \cdot z_{t-1} + a_2 \cdot u_{t-1} + \mu_t + k_t,$$

wo  $\mu_t$  den „Zufalls“-Politikparameter darstellt. Es läßt sich nun formal zeigen, daß tatsächlich Erwartungsirrtümer erzeugt werden können.

$$(39) \quad m_t^e = \pi + a_1 \cdot z_{t-1} + a_2 \cdot u_{t-1}$$

$$(40) \quad p_t = m_t + v_t$$

$$(41) \quad p_t^e = m_t^e$$

$$(42) \quad p_t - p_t^e = \pi + a_1 \cdot z_{t-1} + a_2 \cdot u_{t-1} + \mu_t + k_t + v_t - \pi - a_1 \cdot z_{t-1} - a_2 \cdot u_{t-1}$$

$$(43) \quad p_t - p_t^e = \mu_t + k_t + v_t$$

In (43) ist zwar mit der Varianz von  $\mu_t$  ein geldpolitischer Aktionsparameter enthalten, gleichwohl erscheint es höchst fraglich, ob man die betrachtete Politik als Stabilisierungspolitik bezeichnen kann. Es nützt nämlich der Wirtschaftspolitik nichts, wenn sie irgendeinen Erwartungsfehler hervorruft — es muß ein bestimmter zieladäquater Fehler sein. Und wenn nun  $\mu_t$  wirklich regellos verändert wird — und das muß gewährleistet sein, weil sonst die Wirtschaftssubjekte die Regel der Regeländerung erkennen —, dann ist dieser zieladäquate Erwartungsfehler nur zufällig zu erzeugen.<sup>39</sup> Ganz abgesehen davon, daß auch noch der Einfluß von  $k_t$  zu beachten ist. Im übrigen schafft sich die Wirtschaftspolitik auch noch dadurch ein Problem, daß sich die Verhaltensparameter des Modells der Volkswirtschaft verändern. Und solange die

<sup>38</sup> Siehe *Sijben, J. J.*, S. 81 f.

<sup>39</sup> „In these circumstances monetary authorities must be very ingenious to organize such a monetary policy that a certain ‚surprise inflation‘, an expectational error, arises.“ (*Sijben, J. J.*, S. 61.)

wirtschaftspolitischen Instanzen Ausmaß und Richtung der Veränderung nicht kennen, sind sie außerstande, die Wirkungen ihrer Maßnahmen abzuschätzen. Ungewißheit über den Kurs der Wirtschaftspolitik wird darüber hinaus das ökonomische System destabilisieren und mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht nur die Varianz der Abweichungen der tatsächlichen Unterbeschäftigungsrate von der natürlichen Rate erhöhen<sup>40</sup>, sondern unter Umständen die natürliche selbst.

c) Geheime Änderung der wirtschaftspolitischen Entscheidungsregel

Durch einen geheimen Wechsel der politischen Reaktionsfunktion (Variation der Parameter  $a_1$ ,  $a_2$  oder Übergang zu einer anderen Regel) lassen sich ebenfalls systematische Erwartungsirrtümer erzeugen. Doch nur für die Dauer einer Übergangsperiode, in der die Wirtschaftssubjekte die neue wirtschaftspolitische Regel schrittweise erlernen müssen.<sup>41</sup> Wenn die neue Regel erlernt ist, verschwinden die systematischen Erwartungsfehler, und es entfällt damit die Möglichkeit zur Produktion realer Effekte.<sup>42</sup> Die wirtschaftspolitischen Instanzen könnten allerdings versuchen, diese Bewegung zum „Erwartungsgleichgewicht“ durch einen ständigen Wechsel der wirtschaftspolitischen Regel zu verhindern. Allein, rationale Wirtschaftssubjekte werden bald die Regel erkannt haben, die den Änderungen der wirtschaftspolitischen Entscheidungsregel zugrunde liegt<sup>43</sup>, und werden von dieser auf die jeweils gültige Entscheidungsregel schließen.

Gesetzt den Fall, den wirtschaftspolitischen Instanzen gelänge es, die Wirtschaftssubjekte in einen ständigen Lernprozeß zu verwickeln und sie fern vom „rational expectations equilibrium“ zu halten, was wäre wirklich gewonnen?

Bestenfalls für die erste Periode nach dem Wechsel der Entscheidungsregel könnten die wirtschaftspolitischen Instanzen die realen Effekte der Regeländerung verlässlich abschätzen, weil die Wirtschaftssubjekte sich in diesem Zeitraum mit ihren Erwartungen und Handlungen

---

<sup>40</sup> Siehe *Läufer, N.*, S. 389. Dieser zeigt, daß die „Randomisierung“ der Politik nur die Varianz, nicht aber den Mittelwert der zu stabilisierenden Größe beeinflusst.

<sup>41</sup> Siehe *Sijben, J. J.*, S. 81. Ein modellmäßiger Beweis findet sich bei *Neumann, M. J. M.*: Rationale Erwartungen in Makromodellen, S. 383.

<sup>42</sup> „After a policy is adopted it may at first be difficult for individuals to make forecasts of future economic variables and they must rely on crude guesses ... The essential assumption that rational expectations theorists then make, however, is that after a transition period the economy will converge on a dynamic path for which the expectations mechanisms which are involved in determining the path are indeed rational. The economy will have reached what we will here call a ‚rational expectations equilibrium‘.“ (*Shiller, R.*, S. 3 f.)

<sup>43</sup> Und eine solche Regel muß existieren, sonst läge Fall b) vor!



nicht anpassen können. Für die folgenden Perioden haben sich die Instanzen aber selbst ein Informationsproblem geschaffen, denn sie wissen nicht, ob und in welchem Ausmaß die Regeländerung von den Wirtschaftssubjekten erkannt wird und welche Lernprozesse ausgelöst werden. Solange die Wirtschaftssubjekte lernen, verändern sich die Parameter der Verhaltensgleichungen, vermutlich in unsystematischer und für die wirtschaftspolitischen Instanzen nicht berechenbarer Weise. Sie kennen jetzt das korrekte ökonomische Modell der Volkswirtschaft nicht mehr, auch die Wirtschaftssubjekte kennen dieses nicht mehr — und sie sollen ja weiterhin modellendogen ihre Erwartungen bilden! Die Parameterunsicherheit dürfte extrem hoch sein. Es ist deshalb fraglich, ob die Wirtschaftspolitik angesichts des von ihr verursachten strukturellen Chaos' überhaupt in der Lage ist, systematische Erwartungsfehler zu erzeugen. Nicht auszuschließen ist auch, daß die Lernprozesse zu einer Einschätzung der geldpolitischen Regel führen, die nicht positive, sondern negative Beschäftigungswirkungen zur Folge hat.<sup>44, 45</sup>

<sup>44</sup> Siehe Häberle, L.: Wirtschaftspolitik bei rationalen Erwartungen. Konsequenzen einer kritischen Analyse der Theorie rationaler Erwartungen für die Wahl wirtschaftspolitischer Strategien, Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, Untersuchungen, Köln 1982, S. 133.

<sup>45</sup> An dieser Stelle erscheint es angebracht, eine grundsätzliche Bemerkung zur Vorstellung von einem korrekten Modell der Volkswirtschaft zu machen. Ein korrektes Modell der Volkswirtschaft kann überhaupt nur unter Rückgriff auf die konkreten Erwartungen der Wirtschaftssubjekte erstellt werden. Diese konkreten Erwartungen spiegeln sich in den Parametern der Verhaltensfunktionen wider.

Unterschiedlichen Erwartungsstrukturen entsprechen unterschiedliche Parameterwerte und damit unterschiedliche „korrekte“ Modelle. Es gibt nicht nur ein korrektes Modell, sondern so viele korrekte Modelle, wie es verschiedene Erwartungsstrukturen gibt. „Rather than the model determining expectations, expectations determine the model“. (Colander, D. C., Guthrie, R. S.: Great Expectations: What the Dickens Do ‚Rational Expectations‘ Mean?, in: Journal of Post Keynesian Economics, 1980/82, S. 230.) In jeder Phase des Lernprozesses „gilt“ ein anderes Modell als korrektes Modell. Und der Idee, das korrekte Modell des „rational expectations equilibrium“ bleibe im Verlauf des Lernprozesses unverändert, liegt eine Welt zugrunde, die nur logische Zeit, nicht aber historische Zeit kennt. (In aller Deutlichkeit zeigt sich dies bei B. Friedmans Versuch (S. 32 ff.), einen Parameterlernprozeß zu modellieren unter der Annahme, der „wahre“ Parameter bleibe im Zeitablauf konstant. Welches ist der wahre Parameter?)

Eine Welt mit logischer Zeit ist dadurch gekennzeichnet, daß sich die Ereignisse ständig wiederholen. (Siehe Forman, L., Rational Expectations and the Real World, in: Challenge, Nov./Dec. 1980, S. 36). Entscheidungsfindung und Erwartungsbildung lassen sich deshalb wahrscheinlichkeitstheoretisch unterbauen. Den Wirtschaftssubjekten unterlaufen zwar — bedingt durch zufällige Störungen — Erwartungsfehler, aber im Durchschnitt der Perioden ist die Voraussicht perfekt und der Erwartungsfehler Null, weil das relevante Modell intertemporal nicht fehlspezifiziert ist. Wer sagt, im Mittel entspreche  $p_t^e$  dem tatsächlichen  $p_t$ , der impliziert:  $i_t^w = i_{t+1}^w = i_{t+n}^w$ , wobei in  $i_t^w$  alle relevanten Informationen enthalten sind. Wenn  $p_{t+1} \neq p_{t+1}^e$ , dann wird für  $t + 2$  dieselbe Erwartung gebildet (jedenfalls für eine Welt mit „white

## d) Geheimhaltung von Wissen

Die Geheimhaltung von Wissen hat nur einen Sinn, wenn die wirtschaftspolitischen Instanzen gewissermaßen von Natur aus einen Informationsvorsprung besitzen. Diese Asymmetrie im Wissensstand, von der die Theorie rationaler Erwartungen abstrahiert, kann drei Ursachen haben. Erstens: Die wirtschaftspolitischen Instanzen verfügen über ein Erhebungs- und Informationsmonopol bezüglich statistischer Daten. Sie könnten deshalb bewußt die benötigten Informationen nicht oder nur verzögert an das Publikum weitergeben, um den Wirtschaftssubjekten z. B. das Erlernen einer geheim geänderten wirtschaftspolitischen Regel zu erschweren. Zweitens kann die zentrale Sammlung und Auswertung von auch dem Publikum bekannten Daten zu economies of scale führen.<sup>46</sup> Drittens schließlich ist das Treiben von Wirtschaftspolitik die Spezialität wirtschaftspolitischer Instanzen, deshalb wird der Ressourceneinsatz für die Vorbereitung und Durchführung von Wirtschaftspolitik höher sein als der Ressourceneinsatz der Wirtschaftssubjekte zwecks Einschätzung der Wirtschaftspolitik.

Ein überlegener Wissensstand versetzt die wirtschaftspolitischen Instanzen in der Tat in die Lage, die privaten Wirtschaftssubjekte systematisch zu täuschen und auf diese Weise reale Effekte zu erzielen.<sup>47</sup> Es erhebt sich dann allerdings die Frage, warum der Staat sein überlegenes Wissen — etwa über den realen Einfluß von Störvariablen in der abgelaufenen Periode — für sich behalten und nicht weitergeben sollte, damit die Wirtschaftssubjekte besser („richtig“) disponieren können.<sup>47a</sup>

---

noise“), denn  $e_{t+1}$  kann nur ein zufälliger Erwartungsfehler sein. Würde nicht eine stationäre Welt mit logischer Zeit unterstellt, wäre es unsinnig davon zu sprechen, daß eine Erwartung im Mittel zutrifft. Offensichtlich ist mit solchen Annahmen die Erwartungsbildung der Wirtschaftssubjekte in der wirklichen Welt nicht zu erklären, die sich als dynamischer Prozeß unter Rückgriff auf prozedurale Rationalität vollzieht. Und für diese Phase wird man auch kaum Fehlerorthogonalität unterstellen können.

Der Gerechtigkeit halber muß jedoch hinzugefügt werden, daß die hier vorgetragene Kritik eigentlich eine Kritik an der (materiellen) Gleichgewichtsökonomik ist, auf die sich die Theorie rationaler Erwartungen lediglich stützt. Aber insoweit sie sich auf diese Gleichgewichtsökonomik stützt, in der — wie Hayek zeigte — Lernprozesse in historischer Zeit keine Rolle spielen, weil alles relevante Wissen entdeckt ist, muß sie die Kritik an dieser auch gegen sich gelten lassen.

<sup>46</sup> Siehe *Sijben, J. J.*, S. 101. Man darf allerdings die Gefahren nicht übersehen, die entstehen, wenn eine Zentralinstanz die Informationen falsch auswertet. Bei dezentraler Auswertung kompensieren sich unter Umständen die Fehler.

<sup>47</sup> Siehe *Sijben, J. J.*, S. 101.

<sup>47a</sup> Siehe *Barro, R. J.*: Rational Expectations and the Role of Monetary Policy, in: *Journal of Monetary Economics*, 1976, S. 1 - 33; *Shiller, R. J.*, S. 13; *Neumann, M. J. M.*, S. 382.

Die Entscheidung für diese Prozedur sollte a) davon abhängen, ob die privaten Wirtschaftssubjekte die Informationen wirklich genauso gut auswerten wie die wirtschaftspolitischen Instanzen (was allerdings in der Theorie rationaler Erwartungen unterstellt wird), und b) wie sich die Kosten der Übermittlung und Nutzung des Wissens über den Einfluß von Störvariablen z. B. vergleichsweise zu denen der zentralen Nutzung verhalten. Allerdings wird man die Neigung von Politikern, quantitative Wirtschaftspolitik um jeden Preis zu betreiben, nicht außer acht lassen dürfen. Dies leitet aber bereits über zur ökonomischen Theorie der Demokratie, Abteilung politische Konjunkturzyklen.

Betrachtet man abschließend das Verwirrspiel, in dem die Wirtschaftspolitik die Wirtschaftssubjekte zu überlisten versuchen könnte, dann stellt sich zweifellos die Frage nach dem öffentlichen Nutzen und den Kosten desselben.

Das Ziel des Verwirrspiels besteht darin, Erwartungsfehler — und über sie einen Trade-off zwischen Inflation und Beschäftigung — zu produzieren. Von der Bewertung dieses Ziels hängt der Brutto-Nutzen der ganzen Prozedur ab. Nicht zu übersehen ist allerdings, daß im Vergleich zu einer transparenten und beständigen Wirtschaftspolitik die Wirtschaftssubjekte mehr Ressourcen in die Informationssuche und -verarbeitung stecken müssen, die anderen Verwendungsrichtungen entzogen werden. Auch ist eine Erhöhung der Varianz der Outputschwankungen sowie eine Erhöhung der natürlichen Rate der Unterbeschäftigung nicht auszuschließen. Am stärksten schließlich dürfte auf Dauer der Schaden zu Buche schlagen, der mit der Zerstörung des Produktionsfaktors Vertrauen zwangsläufig verbunden ist.

## *2. Zum Realitätsgehalt der Prämissen der Theorie rationaler Erwartungen*

### a) Die Bedeutung von Informationskosten

In der Theorie rationaler Erwartungen werden Informationsstand und Informationsverarbeitungsmethode als vorgegeben unterstellt. Tatsächlich dürften jedoch — gerade bei gewinnmaximierenden Wirtschaftssubjekten — Art und Menge der zur Erwartungsbildung herangezogenen Informationen sowie die Verarbeitungsmethode selbst aufgrund eines ökonomischen Kalküls bestimmt werden, bei dem die Kosten der Verschätzung (Bewertung des Prognosefehlers z. B. anhand einer quadratischen Schadensfunktion) mit den Kosten der Verbesserung einer Schätzung verglichen werden. Der optimale Informationsstand wäre erreicht, wenn die erwarteten Informationsgrenzkosten dem erwarteten

Wert des Informationsgrenzprodukts entsprechen.<sup>48</sup> Der Informationsstand dürfte also nicht eine exogene, sondern eine endogene Variable sein.

Wenn man — wie es die Theorie rationaler Erwartungen tut — unterstellt, daß die Wirtschaftssubjekte stets alle relevanten Informationen besitzen, dann müssen die Grenzkosten der Informationssuche und -verarbeitung offensichtlich mit Null angesetzt werden.<sup>49</sup> Unter dieser Annahme ist es sicherlich auch richtig, allen Wirtschaftssubjekten die gleiche und korrekte Preiserwartung zu unterstellen.<sup>50</sup>

Bei Informationsgrenzkosten von Null kann jedermann das wahre Modell einer Volkswirtschaft herausfinden (vorausgesetzt es existiert), und wenn seine Intelligenz nicht ausreichen sollte, dann läßt er eben (kostenlos) Erwartungen bilden.

In der Realität verursachen nun aber sowohl die Informationssuche wie die -verarbeitung Kosten, die sich insbesondere nach der Art der Information unterscheiden. Deshalb wird der Informationsstand der Wirtschaftssubjekte niedriger sein als bei der Theorie rationaler Erwartungen unterstellt: „Where information costs are non-trivial, the economically rational individual may opt for a less expensive fore-

---

<sup>48</sup> Zu diesem Kalkül eines Robbinsschen Ökonomisierers (Kirzner) siehe *Schlotthauer, K.-H.*, S. 166 ff. Natürlich wird damit nicht erklärt, wie die Leute Informationen erhalten und wie Lernprozesse ablaufen. Hier wird man auf Kirznersches Unternehmertum abstellen müssen. Die dem Gewinnmaximierungskalkül zugrunde liegende Rationalität nennt Simon „substantive rationality“. Er zeigt, daß diese Form von Rationalität nicht praktikierbar ist. Als Ausweg bleibt nur „procedural rationality“. (Siehe *Simon, H. A.*: From Substantive to Procedural Rationality, in: *Latsis, Sp. J.* (ed.): *Method and Appraisal in Economics*, Cambridge 1978, S. 129 ff.)

<sup>49</sup> Wenn Zeit ein knappes Gut darstellt, dann wird auch unterstellt, daß Informationssuche und -auswertung ohne Zeitbedarf erfolgen.

<sup>50</sup> „This approach argues that economic agents act „as if they form their expectations about the inflation rate by using the forecast that would be yielded by a correct model of the economy in which they are operating and „as if they expected every other agent in the economy form his or her expectations in the same way.“ (*Laidler, D. E. W.*: *Money and Money Income*, in: *Journal of Monetary Economics*, 1978, S. 172.) Impliziert ist also, daß kein Wirtschaftssubjekt einen Informationsvorsprung vor einem anderen hat (siehe auch *O'Driscoll, G.*, S. 161), was nur im Long-run-Gleichgewicht möglich ist. Es liegt auf der Hand, daß ein Individuum rationale Erwartungen nur bilden kann, wenn es in der Lage ist, Erwartungen hinsichtlich der Erwartungen anderer Individuen über die relevanten ökonomischen Größen zu bilden. Hier liegen Probleme, die bisher in der Literatur nur unzureichend erkannt und behandelt wurden. Siehe jedoch neuerdings *Frydman, R.*: *Towards an Understanding of Market Processes: Individual Expectations, Learning, and Convergence to Rational Expectations Equilibrium*, in: *AER*, 1982, S. 652 - 668.

casting framework even at the expense of a larger standard error of forecast.“<sup>51</sup>

Wenn man nun realistischerweise — aber nicht notwendigerweise in der Tradition der Makroökonomie — nicht von einer homogenen Arbeiterschaft, Unternehmerschaft und Konsumentenschaft ausgeht, sondern von einer heterogenen, dann wird sowohl die Kurve der Grenzkosten der Verbesserung der Schätzgenauigkeit von Individuum zu Individuum variieren als auch die Kurve der Grenzkosten der Verschätzung. Die Folge davon ist, daß die Menge und die Art der Informationen in „ $i_t$ “ bei den einzelnen Wirtschaftssubjekten unterschiedlich sind; und selbst bei gleichem „ $i_t$ “ wird die Auswertung in unterschiedlicher Weise erfolgen.<sup>51a</sup> Insgesamt gesehen wird man also einen breiten Fächer durchaus divergierender Erwartungen erwarten müssen, die sich hinsichtlich ihrer Treffsicherheit erheblich voneinander unterscheiden.<sup>52</sup> Nur bei wenigen Wirtschaftssubjekten wird man rationale Erwartungsbildung in der strengen Version unterstellen können.<sup>53</sup> (Im Durchschnitt wird demgemäß ein systematischer Erwartungsfehler existieren. Seine Ausbeutung durch die wirtschaftspolitischen Instanzen ist allerdings nur möglich, wenn diese die Größe und Richtung des Fehlers einigermaßen abschätzen können.)

Die Vertreter der Theorie rationaler Erwartungen haben sich mit diesem Einwand auseinandergesetzt.

---

<sup>51</sup> Feige, E. L., Pearce, D. K.: Economically Rational Expectations: Are Innovations in the Rate of Inflation Independent of Innovations in Measures of Monetary and Fiscal Policy?, in: Journal of Political Economy, 1976, S. 500; siehe auch Darby, M. R.: Rational Expectations under Conditions of Costly Information, in: Journal of Finance, 1976, S. 889 ff.

<sup>51a</sup> Lachmann weist insbesondere auf den Faktor unterschiedlicher Lebenserfahrung hin. (Siehe Lachmann, L.: Capital and its Structure, London 1956, S. 56.)

<sup>52</sup> Siehe auch Häberle, L., S. 109. Weitere Unterschiede rühren daher, daß „tastes (risk aversions) . . . , endowments . . . , or beliefs differ“. (Siehe Grossman, S. J., Stiglitz, J. E.: On the Impossibility of Informationally Efficient Markets, in: American Economic Review, 1980, S. 395.)

<sup>53</sup> Hieraus darf allerdings nicht der Fehlschluß gezogen werden, daß die Existenz von Informationskosten notwendig zur Anwendung autoregressiver Prognosetechniken führe. (So etwa Feige, E. L., Pearce, D. K., S. 499 ff.; Flemming, J.: Inflation, Oxford 1976, S. 59 ff.) Denn erstens können die Wirtschaftssubjekte anstelle von komplizierten Strukturmodellen auf relativ einfache zurückgreifen; zweitens können die Wirtschaftssubjekte auf bereits vorhandene Informationen zurückgreifen, die nur allmählich ihren Wert verlieren und deren Kosten sich demgemäß auf einen längeren Zeitraum verteilen lassen; drittens gibt es einen Markt für gesamtwirtschaftliche Prognosen, der praktisch die Verteilung der Kosten auf viele Köpfe gewährleistet; und viertens schließlich kommt es nicht allein auf die absolute Höhe der Informationsgrenzkosten an, sondern auf die Relation zwischen erwarteten Grenzkosten und erwartetem Grenzwert der Information. (Zu diesen Argumenten siehe Neumann, M. J. M., S. 388.)

Erstens gäbe es immer irgendwelche Wirtschaftssubjekte, für die es lohnend sei, rationale Erwartungen zu bilden, weil sie aus den Fehlern weniger informierter Leute Gewinne ziehen könnten. Indem sie dies aber täten, vermittelten sie anderen Wirtschaftssubjekten via Preisänderungen ihre Informationen und ermöglichten es diesen, sie nachzuahmen. Auf diese Weise führten Gewinnmotiv und Wettbewerb dann zu einer Erosion von systematischen Erwartungsfehlern.<sup>54</sup> Dieses Argument mag für gewisse Asset-Märkte gültig sein, in denen die Entscheidungen einiger weniger Spezialisten mit rationalen Erwartungen maßgeblich die Preisentwicklung bestimmen. Abgesehen von der Frage, ob die Experten tatsächlich die wahren Werte erwarten können und werden, ist nicht einsichtig, wie einige Leute mit rationalen Erwartungen sicherstellen könnten, daß keine systematischen Erwartungsfehler auf den sonstigen Gütermärkten oder den Arbeitsmärkten auftreten.<sup>55</sup>

Als zweites Argument wird vorgebracht, daß die besser Informierten ihre Informationen an schlechter Informierte verkaufen würden. Es bildeten sich also spontan Märkte für Information, was ebenfalls zur Beseitigung systematischer Erwartungsfehler beitrüge.

Selbst wenn solche Märkte entstehen sollten, wird man wegen der Kosten ihrer Inanspruchnahme nicht von einer völligen Beseitigung systematischer Erwartungsfehler ausgehen können. Ganz abgesehen davon, daß sich den Wirtschaftssubjekten ein weiteres Informationsproblem stellt, wenn auf diesen Märkten heterogene Produkte gehandelt werden.

Abschließend ist festzuhalten, daß im Durchschnitt wegen der Informationsgrenzkosten von größer Null immer ein systematischer Erwartungsfehler existieren wird. Es steht allerdings auf einem anderen Blatt, ob und inwieweit die wirtschaftspolitischen Instanzen diesen auch ausbeuten können.

b) Anforderungen an die Schätzfähigkeit der Wirtschaftssubjekte:  
Zur Konvergenz des Schätzmodells an das „wahre“ Modell<sup>56</sup>

Die Anforderungen der Theorie rationaler Erwartungen an die intellektuellen Fähigkeiten der Wirtschaftssubjekte sind extrem hoch. Es

---

<sup>54</sup> Siehe *Sijben, J. J.*, S. 85 f. Unter anderem auch deshalb, weil die „konservativen“ Wirtschaftssubjekte mit „irrationaler“ Erwartungsbildung schließlich vom Markt verdrängt würden.

<sup>55</sup> Siehe *Shiller, R. J.*, S. 36. Okun vertritt die Ansicht, daß die Theorie rationaler Erwartungen sowieso nur für eine Welt der „auction markets“ und nicht für eine Welt der „customer markets“ entwickelt worden sei. (Siehe *Okun, A. M.*: *Prices and Quantities*, Oxford 1981, S. 172.)

<sup>56</sup> Siehe auch *Häberle, L.*, S. 110 ff.

wird ihnen ein Wissen zugeschrieben, das nicht einmal professionelle Ökonomen besitzen dürften: „in the rational expectations hypothesis, economic agents are required to be superior statisticians, capable of analyzing the future general equilibria of the economy“.<sup>57</sup> Daß diese Annahmen bezüglich der Schätzfähigkeit der Wirtschaftssubjekte unrealistisch sind, dürfte jedermann klar sein. Die Wirtschaftssubjekte besitzen im allgemeinen nur begrenzte Kalkulationsfähigkeiten, und sie dürften mathematisch-statistisch überfordert sein.<sup>58</sup>

Außerdem gibt es Modelle ohne eindeutige Lösung, bei denen jedoch mehrere Lösungen mit der Theorie rationaler Erwartungen vereinbar sind.<sup>59</sup> Und Modelle mit eindeutigen Lösungen garantieren keineswegs die Stabilität des Gleichgewichts bei rationalen Erwartungen.<sup>60</sup>

Man stelle sich auch nur einmal die Frage, wie ein Wirtschaftssubjekt herausfinden soll, welche von zwei konkurrierenden Theorien — etwa die monetaristische oder die keynesianische — nun eigentlich die korrekte ist. Aufgrund der größeren Prognosegenauigkeit wird sich in der Konkurrenz die bessere durchsetzen, sagen manche: „The best theory would win“.<sup>61</sup> Aber wann? Bis das Duell entschieden ist, wird man davon ausgehen müssen, daß rationale Erwartungen auf der Grundlage unterschiedlicher Theorien gebildet werden — und daß diese Erwartungen divergieren.<sup>62</sup> Da sich in der zukünftigen Periode nur eine Inflationsrate einstellen kann, wird also mindestens eine Gruppe von Leuten diese Inflationsrate systematisch über- oder unterschätzen. Mit dem Auftreten systematischer Erwartungsfehler muß demgemäß gerechnet werden.

<sup>57</sup> Arrow, K. J.: The Future and the Present in Economic Life, in: Economic Inquiry, 1978, S. 160.

<sup>58</sup> Siehe Schlotthauer, K.-H., S. 122.

<sup>59</sup> Siehe Taylor, J. B.: Conditions for Unique Solutions in Stochastic Macroeconomic Models with Rational Expectations, in: Econometrica, 1977, S. 1377 ff.; Klausinger, H., S. 339 ff.; Svinöland, E.: Elementare Probleme der Analyse der Geldmengenpolitik bei rationalen Erwartungen, in: Vierteljahreshefte für Wirtschaftsforschung, 1979, S. 231.

<sup>60</sup> Siehe Shiller, R. J., S. 38, 39.

<sup>61</sup> Walters, A. A.: Consistent Expectations, Distributed Lags, and the Quantity Theory, in: Economic Journal, 1971, S. 274.

<sup>62</sup> Siehe Cuckierman, A., Wachtel, P.: Differential Inflationary Expectations and the Variability of the Rate of Inflation: Theory and Evidence, in: AER, 1979, S. 595 ff. Sollten die Wirtschaftssubjekte teilweise rational und teilweise autoregressiv Erwartungen bilden, spricht man von divergenten Erwartungen. (Siehe Metcalfe, J. S., Peel, D. A.: Divergent Expectations and the Dynamic Stability of Some Simple Macro Economic Models, in: Economic Journal, 1979, S. 789 ff.) Metcalfe/Peel (S. 796) nehmen an, daß von Wirtschaftssubjekten, die auf Geldmärkten tätig sind, rationale Erwartungen gebildet werden und von Unternehmen und Arbeitern adaptive. Die Wirkungen auf Preisniveau und Angebot unterscheiden sich nicht von denen, die bei allseits adaptiver Erwartungsbildung entstehen.

Aber sind diese wirtschaftspolitisch ausbeutbar? Wenn die Struktur eines ökonomischen Modells von den Erwartungen der Wirtschaftssubjekte abhängig ist, dann dürfte es den wirtschaftspolitischen Instanzen außerordentlich schwer fallen, die wahre Modellstruktur zu bestimmen, wenn beispielsweise die eine Hälfte der Wirtschaftssubjekte ihre Erwartungen gemäß der monetaristischen Theorie bildet und die andere gemäß der keynesianischen. Die Schwierigkeiten dürften noch wachsen, wenn man Lernprozesse in Rechnung stellt sowie die Interdependenz zwischen Verhaltens- und wirtschaftspolitischen Parametern.

Selbst wenn die Wirtschaftssubjekte in den Prognosemodellen allgemein die „richtige“ Theorie verwenden, so sind systematische Erwartungsfehler nur dann vermeidbar, wenn die Parameter richtig geschätzt, die Entwicklung der exogenen Größen erwartungstreu vorausgesehen und die Wirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen korrekt abgeleitet werden.

Wenn die Struktur der ökonomischen Welt im Zeitverlauf unverändert bliebe, dann könnte man davon ausgehen, daß mit zunehmender Länge der Schätzperiode eine Anpassung der Schätzparameter an die wahren Parameter — und damit eine Konvergenz des Prognosemodells an das wahre Modell — erfolgt. Dieser Konvergenz stehen jedoch als Hindernis entgegen a) die Existenz von Kosten, b) die Tatsache, daß die Struktur der Welt sich im Zeitablauf ändert und man demgemäß nicht mehr unterstellen kann, daß die statistisch feststellbaren Werte von derselben Struktur erzeugt werden. Aus dem zuletzt genannten Grunde wäre es „unvernünftig“, allzu viele Ressourcen zu investieren, um einen systematischen Prognosefehler vollständig zu beseitigen.<sup>63</sup> Der Konvergenzprozeß wird also an einem bestimmten Punkt abgebrochen<sup>64</sup>, was systematische Erwartungsirrtümer zu einer Dauererscheinung macht.

Die Schätzung der exogenen Variablen dürfte weniger schwierig sein, wenn und insofern eine ausgebaute Statistik zur Verfügung steht.

Bei der Schätzung der zukünftigen Maßnahmen der Wirtschaftspolitik und deren Wirkungen tauchen jedoch wieder große Schwierigkeiten auf. In der Theorie rationaler Erwartungen wird unterstellt, daß die Wirtschaftssubjekte die wirtschaftspolitischen Entscheidungsregeln kennen und auch die Wirkungen, die aus ihrer Anwendung hervorgehen.

Wenn die Regeln nicht angekündigt werden, dann müssen die Wirtschaftssubjekte dieselben aus der in den abgelaufenen Perioden betriebenen Politik und deren Wirkungen erschließen.<sup>65</sup> Da aber die Wirkun-

---

<sup>63</sup> Siehe *Neumann, M. J. M.*, S. 389.

<sup>64</sup> Siehe *Neumann, M. J. M.*, S. 389.



gen einer Politikregel von „random shocks“ überlagert sind, muß unterstellt werden, daß die Wirtschaftssubjekte in der Lage sind, die Gesamtwirkungen a) auf die systematische Komponente der Politik, b) die monetären und c) die realen Zufallseinflüsse zurückzuführen.<sup>66</sup> Wenn man bedenkt, daß es selbst Ökonomen nicht möglich ist, exakt zwischen realen und monetären Zufallseinflüssen einerseits und systematisch herbeigeführten Wirkungen andererseits zu unterscheiden<sup>67</sup>, um wieviel schwerer dürfte dies ökonomisch nicht geschulten Wirtschaftssubjekten fallen. Solange aber eine wirtschaftspolitische Regel nicht oder nicht vollständig erkannt ist, können die Wirtschaftssubjekte weder ihre Erwartungen noch ihre Handlungen so anpassen, daß die Anwendung der wirtschaftspolitischen Regel wirkungslos wird. In der Übergangsphase, in der die Wirtschaftssubjekte eine neue Regel erst erlernen müssen, können also Erwartungsirrtümer systematisch erzeugt und reale Effekte erzielt werden.<sup>68</sup>

Dies sei anhand eines einfachen Modells gezeigt, das auf einer Lucas-Angebotsfunktion aufbaut:

$$(44) \quad y_t^s = y_t^n + \gamma (p_t - p_t^e) + \mu_t, \text{ mit } \gamma > 0^{69}$$

$$(45) \quad p_t = m_t + \varepsilon_t$$

$$(46) \quad p_t^e = m_t^e$$

$$(47) \quad m_t^e = m_t (1 - e^{-\lambda t})$$

Gleichung (47) soll nicht den Erwartungsbildungsmechanismus beschreiben, sondern nur den Umstand erfassen, daß für  $t < \infty$  ein nicht zufälliger Erwartungsfehler bezüglich der Größe der Geldmenge vorliegt. Es wird außerdem ein deterministischer Lernprozeß unterstellt.

<sup>65</sup> „If there is any regularity to policy action and effect, it will be discovered and form part of the information upon which economic plans are based.“ (Kantor, B.: Rational Expectations and Economic Thought, in: Journal of Economic Literature, 1979, S. 1436.)

<sup>66</sup> Siehe Haberler, G., S. 275.

<sup>67</sup> Siehe Kantor, B., S. 1436.

<sup>68</sup> Diese Möglichkeit demonstriert Taylor anhand eines Phillips-Kurven-Modells. (Siehe Taylor, J. B.: Monetary Policy during a Transition to Rational Expectations, in: Journal of Political Economy, 1975, S. 1009 ff., insbes. S. 1013 ff.; siehe auch Ramser, H.-J., S. 63 f. sowie Häberle, L., S. 122 ff.)

<sup>69</sup>  $y_t^n$  = Angebot, das der natürlichen Unterbeschäftigungsrate entspricht (log.);  $y_t^s$  = tatsächliches Angebot (log.);  $p$  = Preisniveau (log.);  $m$  = Geldmenge (log.);  $\mu$ ,  $\varepsilon$  = Zufallseinflüsse (voneinander unabhängig, normalverteilt mit Mittelwert Null).

Die Unkenntnis der Wirtschaftssubjekte über den wahren Wert der Geldmenge nimmt mit irgendeiner natürlichen Rate  $\lambda$  ab.<sup>70</sup>

$$(48) \quad p_t^e = m_t (1 - e^{-\lambda t})$$

$$(49) \quad p_t - p_t^e = m_t + \varepsilon_t - m_t (1 - e^{-\lambda t})$$

(49) in (44) führt zu

$$(50) \quad y_t^s = y_t^n + \gamma (m_t \cdot e^{-\lambda t} + \varepsilon_t) + \mu_t$$

$m_t$  steht hier für den wirtschaftspolitischen Aktions-Parameter.

Geht  $t \rightarrow \infty$ , gilt:  $e^{-\lambda t} = 0$  und

$$(51) \quad y_t^s = y_t^n + \mu_t + \gamma \cdot \varepsilon_t$$

Nach Abschluß des Lernprozesses sind keine systematischen Erwartungsfehler mehr vorhanden (siehe (49) für  $t \rightarrow \infty$ ) und damit auch keine systematische Abweichung von  $y_t^s$  und  $y_t^n$  (siehe (51)). Es ist der Zustand eines (rationalen) Erwartungsgleichgewichts erreicht. Solange  $e^{-\lambda t} > 0$ , d. h. bei  $t < \infty$  und noch nicht abgeschlossenem Lernprozeß, kann die Wirtschaftspolitik noch reale Effekte erzielen.<sup>71</sup>

Abschließend ist festzustellen, daß die Anforderungen der strengen Version der Theorie rationaler Erwartungen an die Schätzfähigkeit der Wirtschaftssubjekte bezüglich a) der relevanten Theorie, b) der Modellparameter und c) der wirtschaftspolitischen Regel als nur teilweise erfüllt angesehen werden müssen. Dies hat zur Folge, daß Erwartungs-

<sup>70</sup> Diese Idee stammt von N. Läufer, S. 389. Impliziert wird hierbei, daß der Erwartungsfehler bezüglich  $m_t$  entweder ständig positiv oder ständig negativ ist. Die Unterstellung eines solchen Lernverfahrens ist sicherlich nicht realistisch, aber vom Ziel der Darlegungen her zu rechtfertigen. Das Ziel besteht allein darin zu zeigen, daß es vom Wissensstand der Wirtschaftssubjekte bezüglich der wirtschaftspolitischen Regel abhängt, ob die Wirtschaftspolitik systematisch eine Abweichung zwischen  $y_t^s$  und  $y_t^n$  erzeugen kann.

<sup>71</sup> Alle Wirtschaftssubjekte lernen im Modell mit der Rate  $\lambda$ . Alle Wirtschaftssubjekte verfügen zu jedem Zeitpunkt der Übergangsphase über dieselben Erwartungen. Das ist unrealistisch:  $\lambda_i$ , für  $i = 1 \dots n$ , dürfte unterschiedlich sein. Aus diesem Grunde ist  $e^{-\lambda t}$  eine komplex strukturierte Größe, die den Wirtschaftspolitikern nicht bekannt sein dürfte. Außerdem werden Lernprozesse nicht stationär verlaufen, sondern sich sprunghaft verändern, was zu hoher Parameterunsicherheit im Lernprozeß führt. Feinsteuerung kann demgemäß nicht betrieben werden. Allerdings genügt den Wirtschaftspolitikern für die Abschätzung der Wirkungsrichtung ihrer Politik das Wissen, ob  $e^{-\lambda t} \geq 0$  ist! Die Tatsache, daß Menschen eine unterschiedliche Lernfähigkeit und eine unterschiedliche Weltsicht besitzen, wird von vielen übersehen, die empfehlen, die wirtschaftspolitische Regel anzukündigen. Die Wirkung auf das ökonomische Geschehen hängt davon ab, wie die Leute diese Ankündigung interpretieren. Nichts spricht dafür, daß alle die gleiche Interpretation vornehmen.

fehler nicht nur zufällig, sondern systematisch auftreten. Lernprozesse werden allgemein dadurch erschwert, daß die Wirtschaftssubjekte nicht zweifelsfrei zwischen systematischen und zufälligen Erwartungsirrtümern unterscheiden können. Allenfalls auf lange Sicht, bei Abwesenheit von Informationskosten und richtigem Lernprozeß<sup>72</sup> wird man von einer Konvergenz des Schätzmodells an das „wahre“ Modell ausgehen können<sup>73</sup> — vorausgesetzt, es gibt ein wahres Modell, dieses hat eine eindeutige Gleichgewichtslösung und das Gleichgewicht ist zudem stabil. In der Übergangsphase bestehen zwar Möglichkeiten zur Erzeugung realer Effekte, aber es ist fraglich, ob die Wirtschaftspolitik diesen Umstand systematisch nutzen kann, weil die systematischen Erwartungsfehler wegen der Lernprozesse nicht konstant, sondern variabel sind.

c) Does the price level really matter, oder:  
Wen interessiert eigentlich das Preisniveau?

Prognose-Irrtümer und darauf beruhende falsche Erwartungen führen zu vergleichsweise unprofitablen Entscheidungen. Gewinnmaximierende Wirtschaftssubjekte werden sie deshalb zu vermeiden trachten. Die Theorie rationaler Erwartungen ist nun eine Erwartungsbildungshypothese, in der die Wirtschaftssubjekte nicht ständig systematischen Erwartungsirrtümern — allein diese kann man ja zu vermeiden versuchen — unterliegen. Insofern ist diese Hypothese kompatibel mit der Gewinnmaximierungshypothese (wenn man einmal von Kosten der Informationsbeschaffung und Informationsverarbeitung absieht). Es ist deshalb durchaus konsequent, in Modellen, die ansonsten Nutzenmaximierung und Gewinnmaximierung den Wirtschaftssubjekten als Ziel unterstellen, rationale Erwartungsbildung anzunehmen.

Es ist nun aber ein Kennzeichen von marktwirtschaftlichen Ordnungen, daß das Wissen der Gesellschaft auf viele Köpfe verteilt ist, und daß die Individuen unterschiedliche Informationen haben und benötigen. Das folgt schon aus dem Prinzip der Arbeitsteilung. Um sinnvoll

<sup>72</sup> „convergence of the generated sequence of expectations functions to rational expectations depends both of the nature of the learning process and on the structural and stochastic parameters of the market, and that the formal existence of rational expectations is not sufficient to guarantee that, they can or will be achieved by the economic agents ... purely theoretical arguments will never be able to settle the question of, whether economic agents in reality modify their forecasts so as to approximate rational expectations.“ (*De Canio, St. J.: Rational Expectations and Learning From Experience*, in: *Quarterly Journal of Economics*, 1979, S. 49.)

<sup>73</sup> Die Behauptung von Sargent/Wallace (S. 178), daß die Regierung nicht erwarten könne, die Phillips-Kurve „auszubeuten“, und zwar nicht einmal für 1 Periode, ist in ihrer generellen Form unzutreffend. Sie übersehen, daß die aus Modellen mit rationalen Erwartungen abgeleiteten Ergebnisse nur im long run bei Informationskosten von Null gelten.

Entscheidungen fällen zu können, benötigen die meisten Individuen Spezialinformationen über ihre Haupttätigkeitsfelder. Und was die einzelnen Wirtschaftssubjekte hier tatsächlich interessiert, sind die erwarteten Werte ihrer spezifischen Relativpreise  $p_o : p_i$ , wobei  $p_o$  den Outputpreis und  $p_i$  den Inputpreis bezeichnet. Über diese Preise müssen und werden sie Erwartungen bilden, wenn sie ihren (erwarteten) Gewinn maximieren wollen.<sup>74</sup>

Gewinnmaximierende Individuen werden demgemäß nur dann ökonomische oder ökonometrische Modelle durchrechnen und das Preisniveau der zukünftigen Periode zu ermitteln suchen, wenn dieses ihnen als mikroökonomische Einheiten eine Information vermittelt bezüglich ihrer spezifischen Relativpreise. Nur dann ist überhaupt eine Motivation vorhanden. Nun wird in der Theorie rationaler Erwartungen Neutralität des Geldes und damit Freiheit von Geldillusion unterstellt. Angenommen, die Wirtschaftssubjekte gehen ebenfalls von der Neutralität des Geldes aus, dann ließe sich aus der erwarteten Preisniveausteigerungsrate in Verbindung mit der Neutralitätsannahme auf die Veränderungsrate der absoluten Preise  $p_o$  und  $p_i$  schließen. Sie wäre gleich groß, und zwar entspräche sie der Preisniveausteigerungsrate. Impliziert ist dabei aber, daß keine realen Faktoren auftreten, die die Preisrelationen verändern (was bekanntlich durchaus mit der Neutralität des Geldes vereinbar ist<sup>75</sup>). Eben dies ist aber realistischerweise anzunehmen, so daß ein Wirtschaftssubjekt nicht von der Inflationsrate auf die vermutliche Veränderung seines spezifischen Relativpreises rückschließen kann. Warum sollte es dann die zukünftige Inflationsrate bestimmen sollen?

Nun wird niemand ernsthaft behaupten wollen, daß das Geld neutral sei. Es kommt deshalb zu real und monetär bedingten Verschiebungen der Preisrelationen. Welchen Nutzen erhält dann noch ein Individuum aus der Bildung von Erwartungen über die Entwicklung einer makroökonomischen Größe wie das Preisniveau, die zudem — anders als ein einzelner Preis — nicht einmal in der ökonomischen Realität existent ist?<sup>76</sup>

---

<sup>74</sup> Die in der Literatur durchweg gemachte Annahme, daß die Wirtschaftssubjekte am Relativpreis  $p_o : p$  (wo  $p_o$  = Outputpreis und  $p$  = Preisniveau) interessiert seien, ist abwegig. Damit ergibt sich aber schon auf der theoretischen Ebene die Schwierigkeit, den Verlauf einer kurzfristigen Phillips-Kurve mit negativer Steigung zu erklären.

<sup>75</sup> So schon *E. Carell* vor Jahrzehnten in seinem Lehrbuch *Allgemeine Volkswirtschaftslehre*, 9. Aufl., 1961, S. 312 f. Siehe auch den Abschnitt über den Einfluß des nicht-neutralen Geldes auf den Preisbildungs- und Produktionsprozeß, S. 368 ff.

<sup>76</sup> Das Preisniveau bestimmt ja weder die spezifischen Relativpreise noch die absoluten Preise kausal. Die absoluten (und damit die relativen) Preise müssen als bereits gebildet unterstellt sein, bevor man aus ihnen das Preis-

Die Fähigkeit, Informationen zu suchen und zu verarbeiten, ist sicherlich knapp: „But then it follows that an individual concentrates on acquiring the information most useful to him and will have to crowd out the information which is less useful. In particular, information broadly pertinent to the economy as a whole may have very little predictive power for the future of an individual“.<sup>77</sup> Und Arrows Behauptung gilt natürlich auch für jene allgemeinen Informationen, die in ökonomische Prognose-Modelle eingehen. Es scheint, als seien die die Theorie rationaler Erwartungen vertretenden Makroökonomien ein Opfer ihrer Darstellungsweise des gesamtwirtschaftlichen Gütermarktes geworden, bei der das Gesamtangebot und die Gesamtnachfrage das Preisniveau bestimmen.<sup>78</sup> Man kann in diesem Zusammenhang auch nicht auf die für die Makroökonomie typische Durchschnittsbildung verweisen. Daß mikroökonomisch die Motivation fehlt, rationale Erwartungen über das Preisniveau zu bilden, ist nämlich eine Muster-Voraussage. Sie schließt aus, daß im Durchschnitt doch diese Erwartungen gebildet werden.

Nun ist natürlich nicht zu leugnen, daß z. B. Gewerkschaften und Sparer behaupten, am Preisniveau und dessen Entwicklung interessiert zu sein. Wenn man Neutralität des Geldes oder eine diesbezügliche „Geldillusion“ ausschließt, dann kann dies nur bedeuten, daß die genannten Gruppen das Preisniveau (oder dessen Entwicklung) als Indikator betrachten für das Preisniveau (oder dessen Entwicklung) des sie interessierenden Warenkorbes. Bei Nicht-Neutralität des Geldes wird man von diesem Indikator systematisch Fehlanzeigen erwarten müssen, was zu vergleichsweise unprofitablen Entscheidungen führen wird. Gleichwohl kann es rational sein, seine Entscheidungen auf einen mißweisenden Indikator zu stützen, wenn die Kosten der Ermittlung des Preisniveaus jenes Güterkorbes, an dem man eigentlich interessiert ist. Letztlich läßt sich das Interesse am Preisniveau (und seiner Entwicklung) also mit der Minimierung von Transaktionskosten begründen.

---

niveau errechnen kann. — Um ein weiteres Beispiel zu bringen: Welche nützliche Information erhält ein Schraubenproduzent bezüglich der Verhältnisse auf den für ihn relevanten Märkten, wenn er erfährt, daß die Bundesbank die Zentralbankgeldmenge um 4 - 7 % jährlich wachsen lassen will? Siehe auch die in die gleiche Richtung zielenden kritischen Bemerkungen bei Arrow, K., S. 165 f.

<sup>77</sup> Arrow, K., S. 165.

<sup>78</sup> Überhaupt hat man den Eindruck, daß in der Theorie rationaler Erwartungen die Signal-Funktion der Preise (v. Hayek) nicht genügend beachtet wird. Die Funktion des Preissystems besteht bekanntlich darin, den Wirtschaftssubjekten die Planung zu ermöglichen, ohne die exogenen Größen sowie die Struktur der Volkswirtschaft kennen zu müssen, die diese Preise erzeugen. (Siehe O'Driscoll, G., S. 159.)

## d) Preis- und Lohnrigiditäten

Die Annahme der vollständigen Konkurrenz auf allen Märkten gewährleistet, daß die Wirtschaftssubjekte jederzeit und ohne Verzögerung ihre Pläne an Erwartungsänderungen anpassen können. Der walrasianische Auktionator arbeitet ständig, und zu jedem Zeitpunkt finden die Markttransaktionen zu Gleichgewichtspreisen statt. Man fand jedoch bald heraus, daß diese hohe Anpassungsflexibilität der Pläne in der Realität nicht gegeben ist und daß diese insbesondere durch (Güter-) Preis- und Lohnrigiditäten gekennzeichnet ist<sup>79</sup>. Daraus ergab sich dann die These, daß eben wegen dieser Rigiditäten die Wirtschaftspolitik selbst bei rationalen Erwartungen reale Effekte erzielen könne. Zu fragen ist deshalb, ob und wie die bisher abgeleiteten Ergebnisse zu modifizieren sind, wenn man Lohn- und Preisrigiditäten unterstellt. Der Einfachheit halber und aus Gründen der zeichnerischen Darstellung wird auf den Einbau stochastischer Elemente verzichtet, wodurch rationale Erwartungen mit vollkommener Voraussicht gleichzusetzen sind.

Mehrere Fälle sind zu unterscheiden:

1. Fixpreismodell: Alle Güterpreise und Löhne sind fixiert.
2. Alle Güterpreise sind fixiert, aber die Löhne sind beweglich.
3. Alle Güterpreise sind beweglich, aber die Löhne sind fixiert.

Die Preisfixierungen mögen sich jeweils auf zwei Perioden beziehen. Von preisniveau- oder zinsbedingten Vermögenseffekten auf den Konsum wird durchweg abstrahiert.

Fall 1: Ohne zusätzliche wirtschaftspolitische Maßnahmen — also beim wirtschaftspolitischen Status quo — herrsche in den kommenden zwei Perioden auf dem Güter- und dem Arbeitsmarkt ein Gleichgewicht:<sup>80</sup>

$$(a) \quad \bar{p}_{t+i} = p_{t+i}^*, \text{ für } i = 1, 2$$

$$(b) \quad \frac{\bar{w}_{t+i}}{p_{t+i}^e} = \frac{w_{t+i}^*}{p_{t+i}^*}, \text{ mit } \bar{w}_{t+i} = w_{t+i}^*, \text{ weil}$$

$$(c) \quad p_{t+i}^e = p_{t+i}^* \text{ (rationale Erwartungen)}$$

<sup>79</sup> Wie die „new new microeconomics“ zeigen, müssen solche Inflexibilitäten keineswegs irrational sein. (Siehe *Sargent, Th. J.: Macroeconomic Theory*, New York u. a. 1979, 8. Kap.)

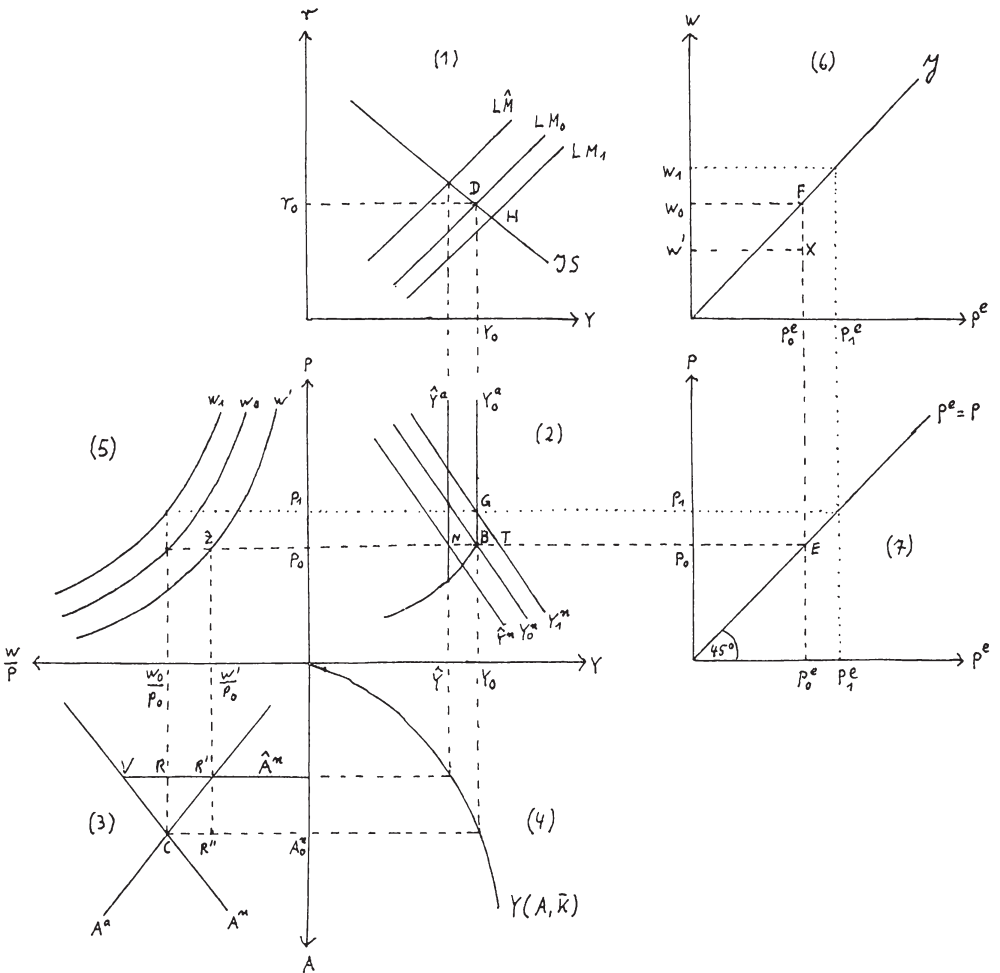
<sup>80</sup>  $p$  = tatsächliches Preisniveau  
 $p^*$  = Gleichgewichtspreisniveau  
 $w$  = Nominallohn  
 $w^*$  = Gleichgewichtsnominallohn  
 $A^*$  = Arbeitsangebot (normal verlaufend)  
 $A^n$  = Arbeitsnachfrage (normal verlaufend)  
 $K$  = Kapitalstock

$$(d) \quad A_{t+i}^a = A^a \left( \frac{w_{t+i}}{p_{t+i}^e} \right) = A^a \left( \frac{w_{t+i}}{p_{t+i}} \right)$$

$$(e) \quad A_{t+i}^n = A^n \left( \frac{w_{t+i}}{p_{t+i}^e}, \bar{K} \right) = A^n \left( \frac{w_{t+i}}{p_{t+i}} \right)$$

Dieses Modell läßt sich durch die folgende Kombination von Graphiken abbilden.

Abb. 1



- (1) IS-LM-Diagramm, mit  $r_0$  und  $Y_0$  als Gleichgewichtswerten (Punkt D)
- (2) Gütermarkt:  $Y_0^a = Y_0^n$  und  $p_0$  als Gleichgewichtspreisniveau sowie  $Y_0$  als Gleichgewichtseinkommen (Punkt B)
- (3) Arbeitsmarkt:  $A^a = A^n$  und  $\frac{w_0}{p_0}$  als Gleichgewichtsreallohn sowie  $A_0^n$  als Gleichgewichtsbeschäftigung (Punkt C).  $A_0^n$  sei die Beschäftigungsmenge, die der natürlichen Unterbeschäftigungsrate entspricht.
- (4) Neoklassische Produktionsfunktion: der Kapitalstock ist mit  $\bar{K}$  gegeben und Arbeit ist der variable Produktionsfaktor.
- (5) Kurven konstanter Nominallöhne:  $w_1 > w_0 > w'$
- (6) Kurve des im Gleichgewicht erwarteten Reallohns ( $J$ ). Punkte auf der Kurve repräsentieren den gleichen im Gleichgewicht erwarteten Reallohn.

Die wirtschaftspolitischen Instanzen versuchen nun mit einer in  $t$  nicht antizipierten expansiven Geldpolitik in Periode  $t + 1$  und  $t + 2$  ( $m_{t+i} = m_t + \Delta m$ , für  $i = 1, 2$  und mit  $m$  als Geldmenge) die Unterbeschäftigungsrate unter die natürliche Rate zu drücken: Verschiebung der  $LM$ -Kurve nach  $LM_1$  und als Folge davon Verschiebung der Nachfragekurve auf  $Y_1^n$ . Sowohl die Arbeiter als auch die Unternehmen erkennen bis zum Ende von  $t + 1$  diesen Versuch. In  $t + 1$  hat  $\Delta m$  also die Eigenschaft eines monetären Schocks. — Unter den gemachten Annahmen ist ein Beschäftigungsanstieg nicht zu erreichen. Weil der Reallohn nicht steigt (weder tatsächlich noch in der Vorstellung der Arbeiter) wird sich das Arbeitsangebot nicht erhöhen. Und da der Reallohn nicht sinkt (weder tatsächlich noch in der Vorstellung der Arbeitsnachfrager) wird auch keine zusätzliche Arbeitsnachfrage geäußert.<sup>81</sup> Die notwendigen und hinreichenden Voraussetzungen für einen Beschäftigungsanstieg sind also nicht erfüllt. Die in der Literatur

<sup>81</sup> Auf dem Gütermarkt dürfte es allerdings zur Mengenerationierung kommen. Dies könnte längerfristig eine Vergrößerung des Kapitalstocks und damit eine Verschiebung der Arbeitsnachfrage bewirken. Sollte dagegen lediglich nach zwei Perioden zur Beseitigung des Ungleichgewichts am Gütermarkt das Preisniveau auf  $p_1$  angehoben werden, wird man (bei rationalen Erwartungen!) keine positiven Beschäftigungseffekte erwarten können, weil sich weder die Arbeitsnachfragekurve noch die Arbeitsangebotskurve verändern. Blicke der Nominallohn auch über  $t + 2$  hinaus auf  $w_0$  fixiert, dann sinkt wegen  $\frac{w_0}{p_1} < \frac{w_0}{p_0}$  das Arbeitsangebot und steigt aus dem nämlichen Grunde die Arbeitsnachfrage. Zur Beseitigung der Überschufnachfrage auf dem Arbeitsmarkt müßte der Nominallohn schließlich auf  $w_1$  angehoben werden, so daß wieder der Ausgangsreallohn herrscht  $\frac{w_1}{p_1} = \frac{w_0}{p_0}$ . Wegen des höheren Preisniveaus ( $p_1$ ) kehrt die  $LM$ -Kurve zu  $LM_0$  zurück und die  $Y_0^a$ -Kurve verläuft erst ab Punkt  $G$  mit einer Elastizität von Null.



vertretene Ansicht, daß z. B. eine Geldpolitik auch bei rationalen Erwartungen reale Effekte erzielen könne, wenn die Güterpreise und Löhne weniger häufig geändert werden können als etwa die Geldpolitik,<sup>82</sup> ist als allgemeine Behauptung also unzutreffend.<sup>83</sup>

Die Dinge sehen allerdings anders aus, wenn man in der Ausgangssituation Überkapazitäten und unfreiwillige Arbeitslosigkeit unterstellt.

Dann hätte man den bekannten Keynes-Fall  $Y^a = \min\left\{Y\left(\frac{\bar{w}_{t+i}}{\bar{p}_{t+i}}, \bar{K}\right), Y^n\right\}$  und  $Y^n$  als kurzer Seite.<sup>84</sup> Die relevante Arbeitsnachfragekurve ist nun die Kurve  $\hat{A}^n$ , die ab Punkt  $V$  bei steigendem Reallohn mit der Kurve  $A^n$  deckungsgleich ist (siehe Abb. 1). Der Reallohn beträgt  $\frac{\bar{w}_0}{\bar{p}_0}$ . Im Gütermarkt gilt  $\hat{Y}_0^a = \hat{Y}^n$  (Punkt  $N$ ).  $L\hat{M}$  ist die zugehörige  $LM$ -Kurve.

Eine expansive Geldpolitik in  $t + 1$  verschiebt die  $L\hat{M}$ -Kurve auf  $LM_0$  und die Güternachfragekurve auf  $Y_0^n$ . Im Gütermarkt erfolgt also ein Übergang von  $N$  nach  $B$ , im Arbeitsmarkt von  $R$  nach  $C$ . Die expansive Geldpolitik zeitigt also positive Beschäftigungswirkungen in Periode  $t + 1$  und  $t + 2$ .

Wenn hier jedoch positive Beschäftigungseffekte bei rationalen Erwartungen auftreten, dann nicht etwa deshalb, weil die Wirtschafts-

<sup>82</sup> Siehe *Svindland, E.*, S. 225; siehe auch *Phelps, E. S., Taylor, J. B.*: Stabilizing Powers of Monetary Policy Under Rational Expectations, in: *Journal of Political Economy*, 1977, S. 163 ff. Allerdings wird eine stochastische Welt und eine geldpolitische Feedback-Regel unterstellt. Zu diesem Unterschied siehe jedoch die Bemerkungen zu Fall 3.

<sup>83</sup> Daß mangelnde Preisflexibilität bei rationalen Erwartungen per se nicht zu realen Effekten einer Feedback-Regel gebundenen Politik führt, ist aus der Literatur bekannt. (Siehe *McCallum, B.*: Price Stickiness and the Feasibility of Monetary Stabilization Policy with Rational Expectations; Price Level Adjustments and the Rational Expectations Approach to Macroeconomic Stabilization Policy, in: *Journal of Money, Credit and Banking*, 1978, S. 418 ff.; *Neumann, M. J. M.*, S. 373 f.). Allerdings wird anders argumentiert als hier: Mangelnde Preisflexibilität bedeutet dort, daß das tatsächliche Preisniveau nicht mit dem gewünschten Preisniveau (= Gleichgewichtspreisniveau) übereinstimmt, aber selbst durchaus beweglich ist:  $p_t = \lambda(p_t^* - p_{t-1}) + p_{t-1}$ , mit  $0 < \lambda \leq 1$ ;  $p_t^*$  gibt das Gleichgewichtspreisniveau an und  $\lambda$  den Anpassungskoeffizienten. Die Ohnmacht der Wirtschaftspolitik beruht hier darauf, daß die Wirtschaftssubjekte die „Preisinflexibilität“, bedingt etwa durch hohe Anpassungskosten, in vollem Umfang antizipieren. (Siehe zu einer modellmäßigen Darstellung *Neumann, M. J. M.*, S. 379, 380, 395.) Allerdings wird streng genommen bei  $1 \geq \lambda > 0$  keine Preisinflexibilität behandelt. Dies geschieht erst, wenn  $\lambda = 0$  wird, was dann aber auf das obige Fixpreismodell hinausläuft. Außerdem ist nur schwer einsichtig, warum das tatsächliche Preisniveau, das bei  $\lambda > 0$  ja trotz Transaktionskosten von größer Null ständig geändert wird, nicht gleich an das Gleichgewichtspreisniveau angepaßt wird, das ja bekannt ist.

<sup>84</sup>  $Y^a$  = Gesamtangebot  
 $Y^n$  = Gesamtnachfrage

subjekte sich — wegen der fixierten Güterpreise und Löhne — nicht mit den Preisen anpassen können. Auch wenn Güterpreise und Löhne flexibel wären, käme es in einer Keynes-Situation zu realen Effekten und nicht zu Preiseffekten — sogar dann, wenn diese Politik am Ende der Periode  $t$  erwartet würde. Die für die Keynes-Situation (Überkapazitäten; unfreiwillige Arbeitslosigkeit) realistische Preisänderungsfunktion sieht nämlich folgendermaßen aus:  $\Delta p_{t+i} = \max(0, f(Y_{t+i} - Y_0))$  mit  $f' > 0$ ,  $f(0) = 0$ . Und erwarten die Arbeiter am Ende von Periode  $t$  ein Preisverhalten gemäß dieser Funktion, dann werden sie für  $t + 1$  und  $t + 2$   $p_0$  erwarten, auch wenn eine expansive Geldpolitik ( $LM \rightarrow LM_0$ ) betrieben wird. Als Folge dieser Preiserwartung wird auch der Nominallohn nicht erhöht werden, wenn bei der Lohnfestsetzung Reallohnkonstanz angestrebt wird, also folgende Beziehung gilt:  $w_{t+i} = E \hat{\tau} (p_{t+i} / i \hat{\tau})$ ; für  $i = 1, 2$ ,  $w_t = p_t$  und  $\hat{\tau}$  als Lohnverhandlungszeitpunkt in Periode  $t$ .<sup>85</sup>

Das Beispiel lehrt, daß mit einer expansiven Geldpolitik auch im Falle flexibler Güterpreise und Löhne bei rationalen Erwartungen reale Effekte erzielt werden können. Womit aber zugleich das Argument entkräftet ist, daß es die mangelnde Anpassungsfähigkeit von Löhnen und Preisen ist, die unter ansonsten gleichen Umständen für das Auftreten von realen Effekten verantwortlich ist.

Fall 2: Unterstellt sei, daß Lohnverträge individuell und nicht kollektiv abgeschlossen werden. Es herrsche beiderseitige Lohnkonkurrenz, was zur Folge hat, daß über die Variabilität des Nominallohns auch der Reallohn variabel ist. Im übrigen herrsche beim wirtschaftspolitischen Status quo ein Gleichgewicht auf dem Arbeits- und Gütermarkt wie im Fall 1. Erzeugt eine expansive Geldpolitik ( $m_{t+i} = m_t + \Delta m$ , für  $i = 1, 2$ ; Verschiebung der  $LM$ -Kurve von  $LM_0$  auf  $LM_1$ ) irgendwelche realen Effekte?

Notwendige — wenn auch nicht hinreichende — Voraussetzung dafür wäre die Senkung des Reallohns. Eine solche ist jedoch weder in  $t + 1$  noch in  $t + 2$  zu erwarten, weil das Preisniveau fixiert ist und ein Sinken des Nominallohns (und damit eine Erhöhung der spezifischen Relativpreise der Unternehmen) wegen des Ausgangsgleichge-

<sup>85</sup> Bei Wettbewerb auf dem Arbeitsmarkt würde der Nominallohn ohnehin auf  $w'$  sinken und damit einen Reallohn von  $\frac{w'}{p_0}$  erzeugen (Punkt  $X$  in Diagramm (6)). Im Arbeitsmarkt würde Punkt  $R'$  realisiert. Die (richtig dosierte) expansive Geldpolitik bewirkte dann einen Anstieg des Nominallohns auf  $w_0$  (wegen der Nachfragekonkurrenz), des Reallohns auf  $\frac{w_0}{p_0}$  und der Beschäftigung auf  $A_0^n$ .

wichts am Arbeitsmarkt nicht in Betracht kommt. Der Reallohn entspricht dem im Gleichgewicht erwarteten Reallohn, und es gibt keine unfreiwillige Arbeitslosigkeit. Der Reallohn  $\frac{w_0}{p_0}$  wird jetzt gleichsam zur kurzen Seite.<sup>86</sup>

War jedoch in der Ausgangssituation und bei einer Entscheidungsregel der Unternehmen  $Y^a = \min \left( Y \left( \frac{w_{t+i}}{\bar{p}_{t+i}}, \bar{K} \right), Y^n \right)$  die kurze Seite, dann befindet sich der Arbeitsmarkt wegen der Konkurrenzannahme im Punkt  $R'$ , mit einem Nominallohn von  $w'$  und einem Reallohn von  $\frac{w'}{p_0}$  (siehe Abb. 1). Als Folge der expansiven Geldpolitik (wieder dargestellt durch eine Verschiebung der Güternachfrage von  $\tilde{Y}^n$  auf  $Y_0^n$ ) wird die Arbeitsnachfrage auf  $R''$  steigen. Der Nachfrageüberschuß am Arbeitsmarkt bewirkt bereits in  $t + 1$  eine Erhöhung des Nominallohns von  $w'$  auf  $w_0$  und des Reallohns von  $\frac{w'}{p_0}$  auf  $\frac{w_0}{p_0}$ . Es kommt zu einem zusätzlichen Arbeitsangebot von  $R' R''$ , das auch voll absorbiert wird. dies unter sonst gleichbleibenden Umständen nicht auch tun, wenn die Güterpreise flexibel sind? Zu fragen wäre also, welches die Preiserwartung ist, an die die Unternehmen sich bei flexiblen Preisen anpassen würden, an die sie sich aber nicht anpassen können, weil die Güterpreise fixiert sind, und welches der gerade darauf zurückzuführende reale Effekt ist. Unterstellt man die Preisänderungsfunktion des Falles 1, dann wird es im übrigen nicht zu einer Preissteigerung kommen, auch wenn die Güterpreise flexibel sind.

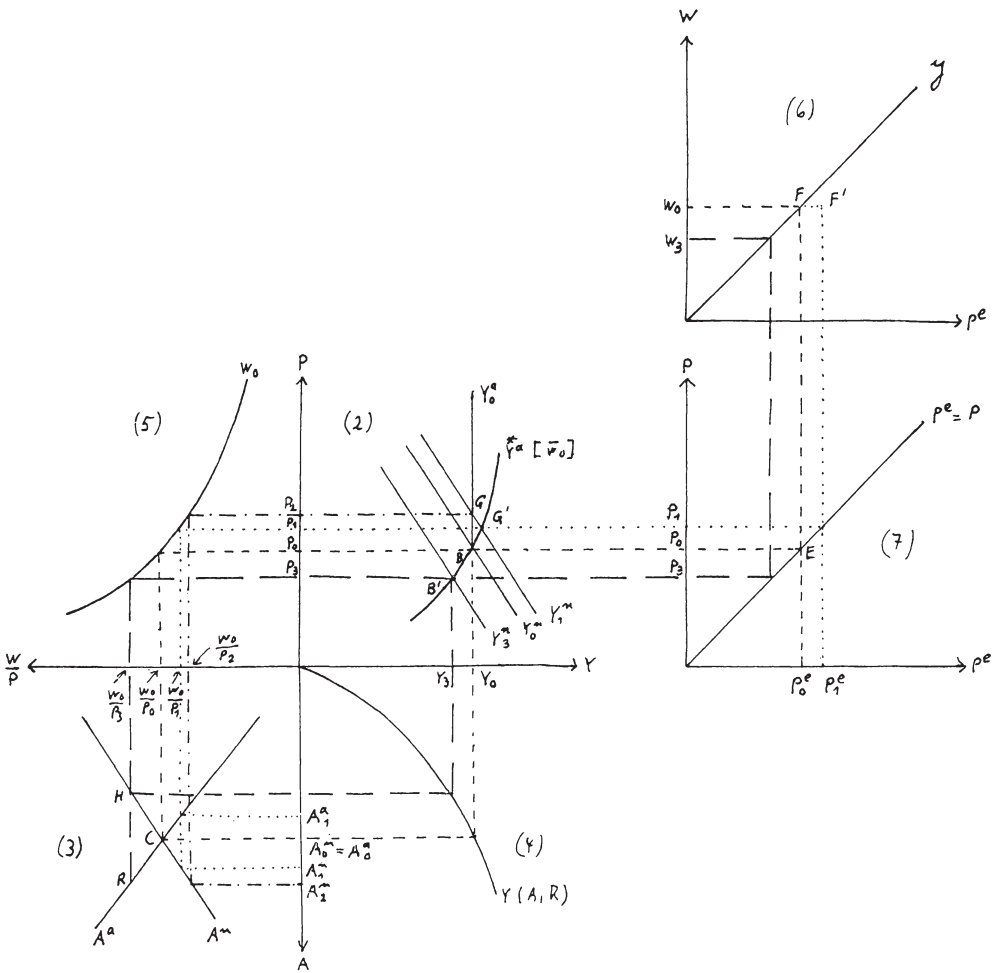
Fall 3: Angenommen, es existierten langfristige, sich nicht überlappende Arbeitsverträge mit konstanter, zweiperiodiger Laufzeit, in denen sowohl die Nominallöhne als auch die Arbeitsmengen fixiert sind. Im übrigen herrsche eine Ausgangssituation wie im Fall 1, die Güterpreise sind lediglich flexibel. Kann dann durch expansive Geldpolitik in Periode  $t + 1$  und  $t + 2$  (Verschiebung der Güternachfrage von  $Y_0^n$  auf  $Y_1^n$ ) bei rationalen Erwartungen die tatsächliche Unterbeschäftigungsrate unter die natürliche Rate gedrückt werden? Die Antwort lautet: nein.<sup>87</sup>

Bei dem fixierten Nominallohn  $w_0$  werden die Unternehmen ein Güterangebot gemäß  $\tilde{Y}^a [\bar{w}_0]$  planen, notional supply (siehe Abb. 2). Das zuge-

<sup>86</sup> Ansonsten sei auf das in Fn. 81 Gesagte verwiesen.

<sup>87</sup> Diese Antwort gilt auch für den Fall, in dem zwar alle Verträge über zwei Perioden laufen, aber bei jedem Periodenwechsel nur die Hälfte der Verträge erneuert wird. (Siehe dazu *Fischer, St.: Long-Term Contracts*, S. 198 ff.; *Taylor, J. B.: Staggered Wage Setting in a Macro Model*, in: *AER, Papers and Proceedings*, 1979, S. 108 ff.)

Abb. 2



hörige Preisniveau ist  $p_1$ , der Gleichgewichtspunkt im Gütermarkt wäre  $G'$ . Das als Folge der expansiven Politik gestiegene Preisniveau senkt den Reallohn auf  $\frac{w_0}{p_1}$ . Die Unternehmen möchten zwar zusätzliche Arbeitskräfte einstellen (und zwar  $A_1^n - A_0^n$ ), aber warum sollten die Arbeiter bereit sein, zum gesunkenen Reallohn mehr Arbeitskraft anzubieten? Die Behauptung, daß eine expansive Prozeßpolitik aufgrund von Lohnrigiditäten bei ansonsten flexiblen Preisen reale Effekte erzielen könne,

muß also zurückgewiesen werden. Das Arbeitsangebot ist gewissermaßen die „kurze Seite“ und determiniert den Beschäftigungsstand. Der einzige auf die Lohnrigidität zurückzuführende Effekt besteht darin, daß die Arbeitsanbieter in Periode  $t + 1$  und  $t + 2$  ihren ursprünglich geplanten Reallohn nicht realisieren können. Im Diagramm (6) realisieren sie nicht Punkt  $F$ , sondern Punkt  $F'$ .<sup>87a</sup> Wegen der Annahme, daß die Arbeiter ihre Arbeitsmengen ebenfalls auf zwei Jahre festgelegt haben, können sie diese nicht verringern.<sup>88</sup>

Das ist jedoch noch nicht das Ende der Geschichte. Weil der Arbeits-einsatz auf  $A_0^n$  beschränkt bleibt, ist die Angebotsplanung gemäß  $\bar{Y}^a [\bar{w}_0]$  nicht zu realisieren. Das Angebot bleibt unverändert  $Y_0$ , was bei einer Güternachfrage von  $Y_1^n$  schließlich zum endgültigen Gleichgewichtspreisniveau  $p_2$  führt (Punkt G). Der gesunkene Reallohn  $\frac{w_0}{p_2}$  erhöht die Überschußnachfrage am Arbeitsmarkt auf  $A_2^n - A_0^n (= A_0^a)$ .<sup>89</sup>

Wäre im Arbeitsvertrag nur der Lohn festgelegt worden, dann hätten die Arbeitsanbieter, nachdem sie in Periode  $t + 1$  (Symmetrie des Wissensstandes) die Täuschung durchschaut hätten, sofort ihr Arbeitsangebot in  $t + 1$  verringert mit der Folge, daß am Arbeitsmarkt eine Überschußnachfrage aufgetreten wäre.<sup>90</sup> Auch hier wäre also kein positiver realer Effekt zu erwarten — eher ein negativer, weil das tatsächliche Angebot dann kleiner als  $Y_0$  wäre.

<sup>87a</sup> Hier ist jedoch eine Differenzierung notwendig. Das höhere Preisniveau  $p_1$  kann erst für Periode  $t + 2$  rational erwartet werden, weil erst für diese Periode  $\Delta m$  rational erwartbar ist. In Periode  $t + 1$  stellt  $\Delta m$  nämlich noch einen monetären Schock dar.

<sup>88</sup> Bei rationalen Erwartungen werden die Wirtschaftssubjekte als Folge in der Zukunft sowohl die Laufzeit als auch den Inhalt der Verträge ändern. Und da die Struktur der Laufzeiten und der Inhalte der Verträge die Parameter der Verhaltensgleichungen bestimmen, hat man hier ein weiteres Beispiel für politikinduzierte Parameterunsicherheit vor sich.

<sup>89</sup> Bei dieser Analyse wurde Symmetrie des Wissensstandes von Arbeitern und Unternehmern unterstellt. Geht man in Anlehnung an M. Friedman davon aus, daß die Unternehmen die Reallohnsenkung in Periode  $t + 1$  sofort erkennen, die Arbeiter aber unterstellen, daß in Periode  $t + 1$  das am Ende von Periode  $t$  für  $t + 1$  erwartete Preisniveau herrscht, dann lassen sich für  $t + 1$  positive Beschäftigungseffekte ableiten. Allerdings nur, wenn man übertarifliche Lohnzahlungen zuläßt, die bei den Arbeitern die Illusion einer Realloohnerhöhung in Periode  $t + 1$  erzeugen. Spätestens in Periode  $t + 2$  werden sie aber — bei rationalen Erwartungen — die tatsächlichen Zusammenhänge erfaßt haben und das Arbeitsangebot wieder auf das ursprünglich (in Periode  $t$  für die Perioden  $t + 1$  und  $t + 2$ ) vertraglich vereinbarte Angebot zurückführen. Der positive Beschäftigungseffekt in Periode  $t + 1$  tritt hier aber nicht wegen der Lohnrigidität auf, sondern wegen des unvollkommenen Wissensstandes der Arbeiter.

<sup>90</sup> Bei asymmetrischem Wissensstand und rationalen Erwartungen träte dieser Effekt spätestens in Periode  $t + 2$  auf. Im übrigen ist darauf hinzuweisen, daß das endgültige Preisniveau nunmehr über  $p_2$  zu liegen kommt.

Ein positiver realer Effekt ist zu erwarten, wenn in der Ausgangssituation ein überhöhter Reallohn herrscht, etwa  $\frac{w_0}{p_3}$ , bei dem das Arbeitsangebot um  $HR$  größer ist als die Arbeitsnachfrage, also unfreiwillige Arbeitslosigkeit herrscht. Im Gütermarkt ist Punkt  $B'$  realisiert, in dem sich  $Y_3^n$  und  $\dot{Y}^a [\bar{w}_0]$  schneiden. Die expansive Politik (Verschiebung der Gütermarktnachfrage von  $Y_3^n$  auf  $Y_0^n$ ) bewirkt einen Preisanstieg auf  $p_0$  und damit ein Sinken des Reallohns auf  $\frac{w_0}{p_0}$ . Der sinkende Reallohn führt zu einer steigenden Arbeitsnachfrage (Übergang von  $H$  nach  $C$ ), der auch ein entsprechendes Arbeitsangebot gegenübersteht, nämlich seitens derer, die auch zu einem niedrigeren Reallohn als  $\frac{w_0}{p_0}$  zu arbeiten bereit waren, aber wegen der Mengenera­tionierung nicht zum Zuge kamen. Der reale Effekt in  $t + 1$  und  $t + 2$  käme hier aber gerade nicht durch Lohnrigiditäten zustande!

Die in der Literatur vielfach vertretene Behauptung, daß die Geldpolitik bei rationalen Erwartungen und flexiblen Güterpreisen reale Effekte erzielen könne, wenn Lohnrigidität herrscht, wird aus stochastischen Modellen mit Feedback-Regel abgeleitet. In dem hier verwendeten Modell fehlt jedoch sowohl die Feedback-Regel als auch die Stochastik. Es könnte daher der Einwand erhoben werden, daß es gerade dieser Umstand sei, der für die im Vergleich zur Literatur abweichenden Ergebnisse verantwortlich ist.<sup>91</sup> Dem ist jedoch nicht so.

Die Auswirkungen einer wirtschaftspolitischen Feedback-Regel und der Stochastik lassen sich ohne Schwierigkeiten in Fall drei einbauen. Man braucht lediglich die Geldmengenänderung und damit die Verschiebung der Güternachfrage in Periode  $t + 1$  als „echten“ monetären Schock zu interpretieren, also als nicht durch die Geldpolitik bewußt herbeigeführt.

Feedback-Regeln werden verwendet, um den Einfluß von in Periode  $t + 1$  aufgetretenen monetären und realen Störkomponenten auf die Zielvariable in der Periode  $t + 2$  zu kompensieren.

Besteht das Ziel darin, die durch Störkomponenten in Periode  $t + 1$  bedingte Abweichung des tatsächlichen Output von einem als konstant

---

<sup>91</sup> Schaut man sich beispielsweise die Lösung des einschlägigen Modells bei M. J. M. Neumann an, so zeigt sich, daß der tatsächliche Output stets dem Normaloutput entspricht, wenn die Stochastik fehlt (siehe „Rationale Erwartungen in Makro-Modellen“, S. 395, Gleichung 10.3). Neumann behandelt zwar den Fall sich überlappender zweiperiodiger Lohnkontrakte, aber diese Annahme schließt die Vergleichsmöglichkeit mit dem hier entwickelten Modell nicht aus.

angesehenen Normaloutput in Periode  $t + 2$  zu eliminieren,<sup>92</sup> dann kann sie sich sinnvollerweise nur auf einen nachträglichen Ausgleich monetärer Schocks konzentrieren, weil das Outputangebot dann einem White-noise-Prozeß und nicht einem Random-walk-Prozeß folgt.<sup>93</sup>

Die Feedback-Regel lautet dann:

$$m_{t+2} = m_{t+1} + dk_{t+1} + k_{t+2}, \text{ mit } d < 0. \text{ } ^{94}$$

Die Verschiebung der Güternachfrage von  $Y_0^n$  auf  $Y_1^n$  läßt sich nun als Wirkung der monetären Störvariable  $k_{t+1}$  interpretieren, mit  $k_{t+1} > 0$ . Argumentiert man nun — wie in der Literatur üblich — lediglich anhand einer Lucas-Angebotsfunktion, dann bedeutet der mit  $k_{t+1} > 0$  verbundene Anstieg des Preisniveaus in Periode  $t + 1$  auf  $p_1$  bei festgelegtem Nominallohn  $w_0$  eine Senkung des Reallohns auf  $\frac{w_0}{p_1} < \frac{w_0}{p_0}$  und demgemäß eine Erhöhung des Outputangebots über  $Y_0$  hinaus.<sup>95</sup>

(a) 
$$Y_{t+i} = \bar{Y} + \alpha(p_{t+i} - t^{w_{t+i}}) + u_{t+i}, \text{ für } i = 1, 2$$

(b) 
$$t^{w_{t+i}} = E_t p_{t+i}$$

(b) in (a) ergibt für  $i = 1$

(c) 
$$Y_{t+1} = \bar{Y} + \alpha(p_{t+1} - E_t p_{t+1}) + u_{t+1}$$

Da  $p_{t+1} > E_t p_{t+1}$  folgt:  $Y_{t+1} > \bar{Y}$  ( $\bar{Y} = Y_0$ ), wenn man der Einfachheit halber  $u_{t+1} = 0$  setzt. Wäre  $d = 0$ , dann hätte  $k_{t+1}$  auch in Periode  $t + 2$  denselben positiven realen Effekt (der freilich durch  $u_{t+2}$  ganz oder teilweise kompensiert werden könnte). In Periode  $t + 1$  gilt zwar dann:  $E_{t+1} p_{t+2} > E_t p_{t+2}$ ; aber die Arbeiter sind nicht in der Lage, die geänderte Preiserwartung in eine Lohnerhöhung umzusetzen. Aus diesem Grunde tritt nach diesem Modell auch in Periode  $t + 2$  der genannte

<sup>92</sup> Siehe etwa Neumann, M. J. M.: Rationale Erwartungen in Makromodellen, S. 381, 394 f.

<sup>93</sup> Siehe Bier, W.: Theorie rationaler Erwartungen in einer geschlossenen Wirtschaft, Saarbrücker Seminararbeit. Reale Schocks in Periode  $t$  sind nämlich dann transitorische Störvariablen. Eine kompensierende Geldpolitik bezüglich dieser realen Schocks ist nicht nur überflüssig, sondern vergrößert nur die Varianz des Outputangebots. Ein Umstand, den Neumann, M. J. M.: Rationale Erwartungen in Makromodellen, S. 381, 395, übersieht.

<sup>94</sup>  $m_{t+1}, m_{t+2} =$  Logarithmus der Geldmenge in  $t + 1$  bzw.  $t + 2$

$k_{t+1}, k_{t+2} =$  Zufallseinfluß auf die Geldmenge in  $t + 1$  bzw.  $t + 2$  (normalverteilt mit Mittelwert Null)

<sup>95</sup>  $\bar{Y} =$  Normaloutput (log.);  $\bar{Y} = Y_0$

$t^{w_{t+i}} =$  am Ende von Periode  $t$  für  $t + 1$  und  $t + 2$  festgesetzter Nominallohn (log.)

positive reale Effekt auf. Reagiert nun aber die Geldpolitik in Periode  $t + 2$  antizyklisch auf das Auftreten von  $k_{t+1} > 0$ , gilt also  $d < 0$ , dann reduziert sich die Abweichung zwischen  $Y_{t+2}$  und  $\bar{Y}$  (vom Einfluß der Störvariable  $u_{t+2}$  einmal abgesehen).

Die soeben dargestellte Geschichte gibt jedoch kein zutreffendes Bild von den wirklichen Zusammenhängen. Baut man nämlich — wie in dieser Arbeit geschehen — den Arbeitsmarkt in die Überlegungen ein, dann wird weder in Periode  $t + 1$  (bei Symmetrie des Wissensstandes) noch in Periode  $t + 2$  ein positiver realer Effekt auftreten.

Unterstellt sei zunächst, daß  $d = 0$ ,  $k_{t+2} = 0$ ,  $u_{t+i} = 0$ , für  $i = 1, 2$ .<sup>96</sup> Erkennen die Arbeiter die Reallohnsenkung in Periode  $t + 1$  (symmetrischer Wissensstand), dann werden sie das Arbeitsangebot in beiden Perioden reduzieren, wenn in den Arbeitsverträgen nur die Löhne und nicht auch die Arbeitsmengen festgelegt sind.<sup>97</sup> Sollten die Arbeitsmengen festgelegt sein, wird jedenfalls kein zusätzliches Arbeitsangebot in  $t + 1$  und  $t + 2$  zu erwarten sein. (Wiederum symmetrischer Wissensstand vorausgesetzt.)

Setzt man nun  $d < 0$  (und  $k_{t+2} = 0$ ,  $u_{t+i} = 0$ ), dann wird die zufällige Geldmengenerweiterung von Periode  $t + 1$  in Periode  $t + 2$  reduziert. Im Falle von  $d = 1$  kehrt  $Y^n$  auf  $Y_0^n$  zurück, das Preisniveau sinkt wieder auf  $p_0$  und man erhält in Periode  $t + 2$  die alte Situation. Falls in Periode  $t + 1$  das Arbeitsangebot geschrumpft sein sollte, so kehrt es in  $t + 2$  auf die alte Höhe zurück, wodurch auch das Outputangebot wieder auf  $Y_0$  steigt. Anders als man intuitiv erwarten könnte, steigt jetzt also die Beschäftigung und das Outputangebot im Gefolge der in Periode  $t + 2$  betriebenen antizyklischen Geldpolitik.

Analog umgekehrt läßt sich argumentieren, wenn  $k_{t+1} < 0$  ist. Dann kommt es zu einer Linksverschiebung der Güternachfragekurve und einer Senkung des Preisniveaus. Die dadurch bewirkte Reallohnsteigerung wird nun die Arbeitsnachfrager — wenn der Inhalt der Arbeitsverträge dies zuläßt — dazu veranlassen, die Arbeitsnachfrage zu reduzieren, was aber zu einem negativen realen Effekt führen wird. Eine Expansion der Geldmenge in der Folgeperiode gemäß der Feedback-Regel wird dann wie im obigen Fall einen positiven realen Effekt zeitigen.

<sup>96</sup> Die Annahmen  $k_{t+2} = 0$ ,  $u_{t+i} = 0$  sichern, daß sich ohne den monetären Schock der Periode  $t + 1$  ( $k_{t+1} > 0$ ) der Güter- und der Arbeitsmarkt im Gleichgewicht befinden hätten.

<sup>97</sup> Bei asymmetrischem Wissensstand kann es zu einem zusätzlichen Arbeitsangebot in  $t + 1$  kommen. Da bei rationalen Erwartungen den Arbeitern bekannt ist, daß  $d = 0$  gilt, werden sie das Arbeitsangebot in Periode  $t + 2$  unter das Ausgangsniveau senken.



Die Behauptung der Anhänger der Theorie rationaler Erwartungen, daß expansive Prozeßpolitik lediglich in Preiseffekten verpuffe, kann also nur zutreffen, wenn bei Flexibilität der Güterpreise in der Ausgangssituation die Produktionskapazitäten voll ausgelastet sind und das Arbeitsmarktgleichgewicht im Punkt C realisiert ist. Unter diesen Annahmen führen Lohnrigiditäten bei ansonsten flexiblen Preisen aber nicht zu einer Vergrößerung des Beschäftigungsvolumens (Fall 3, erste Variante).<sup>98</sup> Betrachtet man dagegen eine Situation mit unfreiwilliger Arbeitslosigkeit und unausgelasteten Produktionskapazitäten (Fall 3, zweite Variante; klassische Arbeitslosigkeit), dann ist auch bei völlig flexiblen Güterpreisen davon auszugehen, daß die Wirkungen einer expansiven Politik nicht nur in Form allgemeiner Preissteigerungen verpuffen. In dem sogenannten Keynes-Fall schließlich, in dem  $Y^n$  die kurze Seite ist, werden die Leute bezüglich der Situation im Gütermarkt ein keynesianisches Modell ihrer Erwartungsbildung zugrunde legen und nicht die Quantitätstheorie (was ja implizit durch die Verwendung der NRH geschieht). Dann aber gilt bei  $Y_{t+i} - Y_0 < 0$  gemäß der Preisänderungsfunktion  $\Delta p_{t+i} = \max(0, (Y_{t+i} - Y_0))$ , mit  $f' > 0$ ,  $f(0) = 0$ , ein  $\Delta p_t^e = 0$ . Das Güterangebot ist unendlich elastisch, Erhöhungen der Güternachfrage zeitigen nur positive Mengeneffekte und keine Preiseffekte.<sup>99, 100</sup>

Abschließend sei noch eine Anmerkung zum Vorgehen gemacht. Während in der Literatur über rationale Erwartungen durchweg allein anhand der Lucas-Angebotsfunktion bzw. der Phillips-Kurve argumentiert wird, wird hier — der makroökonomischen Tradition folgend — der Gütermarkt und der Arbeitsmarkt in die Analyse eingebaut. Das ist ein Fortschritt gegenüber dem in der einschlägigen Literatur praktizierten Vorgehen. Ein weiterer Fortschritt ist darin zu sehen, daß auch auf Erkenntnisse der modernen Ungleichgewichtstheorie zurückgegriffen wurde. Es sind diese Fortschritte, auf die die von der herrschenden Meinung abweichenden Ergebnisse bezüglich der Wirkungen von Güterpreis- und Lohnrigiditäten bei rationalen Erwartungen zurückzuführen sind.

<sup>98</sup> Bei symmetrischem Wissensstand gilt dies sowohl für die Periode  $t + 1$  wie für Periode  $t + 2$ . Bei asymmetrischem Wissensstand und rationalen Erwartungen wird man zumindest für  $t + 2$  die Existenz eines realen Effektes verneinen müssen.

<sup>99</sup> Versetzen wir uns einmal in die Situation der frühen 30er Jahre. Wird jemand ernsthaft behaupten wollen, daß die glaubwürdige Ankündigung einer expansiven Geld- und Fiskalpolitik nur zu einer Erhöhung des Preisniveaus, aber nicht zu realen Effekten geführt hätte? (Siehe Haberler, G., S. 270, Fn. 11.)

<sup>100</sup> Zum gleichen Ergebnis gelangt auch Neumann, M.: Zur Theorie der rationalen Erwartungen. In diesem Band.

### III. Nicht „REH oder nicht“, sondern „Marktversagen oder nicht“ ist die entscheidende Frage

Im Konflikt zwischen den Anhängern der Theorie rationaler Erwartungen (REH) und den Gegnern geht es — ohne daß dies immer erkannt wird — um den alten Streit „Staatliche Interventionen: ja oder nein“. Die Theorie rationaler Erwartungen stellt nämlich eine Erwartungsbildungshypothese dar, die grundsätzlich neutral ist bezüglich der unterstellten (materiellen) ökonomischen Theorie. Wer aus der REH die Ohnmacht der Wirtschaftspolitik herausliest, übersieht, daß nicht die REH als solche dafür verantwortlich ist, sondern die REH in Verbindung mit der Annahme einer natürlichen Rate der Unterbeschäftigung (NRH).<sup>101</sup> Erst die Verbindung mit dieser These ermöglicht den Schluß auf die Wirkungslosigkeit von Prozeßpolitik. Und erst in Verbindung mit dieser These beruht die Wirkung quantitativer Wirtschaftspolitik auf Tricks und Täuschungen.

Die NRH-Anhänger „glauben“ an die vollständige Funktionsfähigkeit der Kräfte des Marktes. Es gibt kein Marktversagen.

Für Keynesianer reinsten Wassers, die häufig als Gegner der REH aufgetreten sind, gibt es dagegen „echtes“ Marktversagen, d. h. Marktversagen, das nicht eine Folge zu hoher Transaktionskosten ist (die sich ordnungspolitisch senken ließen), sondern eine Folge von Transaktionskosten, die einfach unvermeidbar sind. Selbst wenn der Staat alle seine (besseren) Informationen den Wirtschaftssubjekten kostenlos zur Verfügung stellte, könnten diese sich nicht von alleine aus den Fesseln eines Unterbeschäftigungsgleichgewichts befreien. Man ist auf quantitative wirtschaftspolitische Maßnahmen angewiesen. Für Skeptiker, die der Marktsteuerung nicht oder nicht vollständig trauen, ist demgemäß nicht das Marktmodell bei Vollbeschäftigung das relevante Modell — zumindest nicht für alle Zeiten. Für sie bleibt quantitative Wirtschaftspolitik unabdingbar. Zu fragen ist allerdings, ob quantitative Wirtschaftspolitik in einer Welt von Keynes auch wirksam ist. In einer Welt von Keynes wirkt die Geldpolitik trotz REH wie gewünscht (vorausgesetzt es existiert keine Liquiditätsfalle) — sofern das Publikum ihr vertraut, d. h. davon überzeugt ist, daß die Geldmenge nur auf das unbedingt notwendige Vollbeschäftigungsniveau erhöht wird. Es kommt

---

<sup>101</sup> „In assuming a ‚natural‘ rate of unemployment, they have implicitly assumed away a prospect for government stabilization in a model where individuals are acting optimally. It is the latter assumption, not the REH, that is questionable.“ (Colander, D. C., Guthrie, R. S., S. 228.) „The conclusion that there is no scope for government policy — the impotence result — depends crucially upon imposing a special assumption about expectations — rational expectations — upon a special type of macroeconomic model“. (Maddock, R., Carter, M., S. 42; siehe auch S. 49.)

zu keiner Preissteigerung.<sup>102</sup> Mißtrauen die Leute der Geldpolitik, d. h. rechnen sie mit einer (unnötigen) Fortsetzung der Erhöhung der Geldmenge, dann steigen die Preise bereits in der Phase der Unterbeschäftigung; die erwartete Inflationsrate steigt, und die Investitionsnachfrage nimmt nicht oder nicht hinreichend zu, trotz (zunächst) fallenden Zinssatzes. Ähnliche Überlegungen lassen sich für die Fiskalpolitik anstellen. Tricks und Täuschungen sind nicht nötig, wenn „echtes“ Marktversagen vorliegt und davon auszugehen ist, daß die Wirtschaftssubjekte sich nicht von alleine helfen können — und die Wirtschaftssubjekte das gleiche denken sowie die ökonomischen Implikationen einer expansiven Wirtschaftspolitik durchschauen: „In that case, far from policy being impotent, rational expectations may make policy *more* effective.“<sup>103</sup>

Das Vertrauen auf die Beständigkeit und Widerspruchslosigkeit der Wirtschaftspolitik spielt allerdings auch hinein. Gerade bei rationalen Erwartungen wird eine hektische und undurchsichtige Wirtschaftspolitik auch in einer Keynes-Situation die „Pferde nicht zum Saufen“ bringen.

So stützt die Theorie rationaler Erwartungen — durchaus in Übereinstimmung mit Keynes — die These, daß das, was die Leute glauben, letztendlich die Welt bewegt.

### Literatur

- Arrow, K. J.*, The Future and the Present in Economic Life, in: Economic Inquiry, 1978, S. 157 - 169.
- Baily, M.*, Stabilization Policy and Private Economic Behavior, in: Brookings Papers on Economic Activity, 1978, no. 1, S. 11 - 59.
- Barro, R. J.*, Rational Expectations and the Role of Monetary Policy, in: Journal of Monetary Economics, 1976, S. 1 - 33.
- *Fischer, St.*, Recent Developments in Monetary Theory, in: Journal of Monetary Economics, 1976, S. 133 - 167.
- Carell, E.*, Allgemeine Volkswirtschaftslehre, 9. Aufl., Heidelberg 1961.
- Colander, D. C.*, *Guthrie, R. S.*, Great Expectations: What the Dickens Do 'Rational Expectations' Mean?, in: Journal of Post Keynesian Economics, 1980/81, S. 219 - 234.
- Cuckierman, A.*, *Wachtel, P.*: Differential Inflationary Expectations and the Variability of the Rate of Inflation: Theory and Evidence, in: AER, 1979, S. 595 - 609.

<sup>102</sup> Im vorherigen Abschnitt wurde in der Tat in den Fällen, in denen die Güternachfrage die kurze Seite war, die Geldmenge nur auf das für Vollbeschäftigung notwendige Niveau erhöht.

<sup>103</sup> *Maddock, R.*, *Carter, M.*, S. 48. Vorteile sieht auch *Häberle, L.*, S. 100 ff., S. 241 ff., für eine Politik der Wiederherstellung der Geldwertstabilität ohne Stabilisierungskrise. Rationale Erwartungen können darüber hinaus Indexklauseln überflüssig machen.

- Darby, M. R.*, Rational Expectations under Conditions of Costly Information, in: *Journal of Finance*, 1976, S. 889 - 895.
- De Canio, St. J.*, Rational Expectations and Learning From Experience, in: *Quarterly Journal of Economics*, 1979, S. 47 - 57.
- Feige, E. L., Pearce, D. K.*, Economically Rational Expectations. Are Innovations in the Rate of Inflation Independent of Innovations in Measures of Monetary and Fiscal Policy?, in: *Journal of Political Economy*, 1976, S. 499 - 522.
- Flemming, J.*, *Inflation*, Oxford 1976.
- Fischer, St.*, On Activist Monetary Policy with Rational Expectations, in: ders.: (ed.): *Rational Expectations and Economic Policy*, Chicago and London 1980, S. 211 - 235.
- Long-term Contracts, Rational Expectations and the Optimal Money Supply Rule, in: *Journal of Political Economy*, 1977, S. 191 - 205.
- Forman, L.*, Rational Expectations and the Real World, in: *Challenge*, Nov./Dec. 1980, S. 36 - 39.
- Friedman, B.*, Optimal Expectations and the Extreme Information Assumptions of 'Rational Expectations' Macromodels, in: *Journal of Monetary Economics*, 1979, S. 23 - 41.
- Friedman, M.*, The Role of Monetary Policy, in: ders.: *The Optimum Quantity of Money and Other Essays*, Chicago, 1969, S. 1 - 17.
- Frydman, R.*: Towards an Understanding of Market Processes: Individual Expectations, Learning, and Convergence to Rational Expectations Equilibrium, in: *AER*, 1982, S. 652 - 668.
- Grossmann, S. J., Stiglitz, J. E.*, On the Impossibility of Informationally Efficient Markets, in: *AER*, 1980, S. 393 - 408.
- Haberler, G.*, Notes on Rational and Irrational Expectations, in: Küng, E. (Hrsg.): *Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft*, Festschrift für W. A. Jöhr, Tübingen 1980, S. 267 - 281.
- Häberle, L.*, *Wirtschaftspolitik bei rationalen Erwartungen*, Kölner Dissertation 1982.
- Hall, R.*, The Phillips Curve and Macro-Economic Policy, in: *The Phillips Curve and Labour Markets*, in: *Journal of Monetary Economics*, 1976 (supplement), S. 127 - 148.
- Kantor, B.*, Rational Expectations and Economic Thought, in: *Journal of Economic Literature*, 1979, S. 1422 - 1441.
- Klausinger, H.*: *Rationale Erwartungen und die Theorie der Stabilisierungspolitik*, Bern u. a. 1980.
- Kuhbier, P.*, *Grundlagen der quantitativen Wirtschaftspolitik*, Berlin, New York 1981.
- Lachmann, L.*, *Capital and its Structure*, London 1956.
- Läufer, N. K.*, Friedman-Regel und optimale Stabilisierungspolitik, in: *Kredit und Kapital*, 1978, S. 379 - 398.
- Laidler, D. E. W.*, Money and Money Income, in: *Journal of Monetary Economics*, 1978, S. 151 - 191.
- Lucas, R.*, Econometric Policy Evaluations: A Critique, in: *Journal of Monetary Economics*, Supplement, 1976, S. 19 - 46.

- Maddock, R., Carter, M.*: A Chield's Guide to Rational Expectations, in: Journal of Economic Literature, 1982, S. 39 - 51.
- McCallum, B.*, Price Stickiness and the Feasibility of Monetary Stabilization Policy with Rational Expectations, in: Journal of Political Economy, 1977, S. 627 - 634.
- Price Level Adjustments and the Rational Expectations Approach to Macroeconomic Stabilization Policy, in: Journal of Money, Credit and Banking, 1978, S. 418 - 436.
- *Whitaker, J.*, The Effectiveness of Fiscal Feedback Rules and Automatic Stabilizers Under Rational Expectations, in: Journal of Monetary Economics, 1979, S. 171 - 186.
- Rational Expectations and Macroeconomic Stabilization Policy, in: Journal of Money, Credit and Banking, 1980, S. 716 - 746.
- Metcalf, J. S., Peel, D. A.*, Divergent Expectations and the Dynamic Stability of Some Simple Macro Economic Models, in: Economic Journal, 1979, S. 789 - 798.
- Muth, J. F.*, Rational Expectations and the Theory of Price Movements, in: Econometrica, 1961, S. 315 - 335.
- Neumann, M. J. M.*, Rationale Erwartungen in Makromodellen, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 1979, S. 371 - 401.
- Neumann, M.*, Zur Theorie rationaler Erwartungen, in diesem Band.
- O'Driscoll, G.*, Rational Expectations, Politics, and Stagflation, in: Rizzo, M. J. (ed.): Time, Uncertainty and Disequilibrium, Lexington 1979, S. 153 - 176.
- Okun, A. M.*, Prices and Quantities, Oxford 1981.
- Phelps, E. S.*, Phillips Curves, Expectations of Inflation and Optimal Unemployment Over Time, in: *Economica*, 1967, S. 254 - 281.
- *Taylor, J. B.*, Stabilizing Powers of Monetary Policy Under Rational Expectations, in: Journal of Political Economy, 1977, S. 163 - 190.
- Pohl, R.*, Theorie der Inflation, München 1981.
- Ramser, H.-J.*, Rationale Erwartungen und Wirtschaftspolitik, in: *ZgS*, 1978, S. 57 - 72.
- Sargent, Th. J.*, Macroeconomic Theory, New York u. a. 1979.
- *Wallace, N.*, Rational Expectations and the Theory of Economic Policy, in: Journal of Monetary Economics, 1976, S. 169 - 184.
- Schlotthauer, K.-H.*, Inflationserwartungen, Hamburg 1981.
- Shiller, R. J.*, Rational Expectations and the Dynamic Structure of Macroeconomic Models. A Critical Review, in: Journal of Monetary Economics, 1978, S. 1 - 44.
- Sijben, J. J.*, Rational Expectations and Monetary Policy, Alphen aan den Rijn 1980.
- Simon, H. A.*, From Substantive to Procedural Rationality, in: Latsis, Sp. J. (ed.): Method and Appraisal in Economics, Cambridge 1978, S. 129 ff.
- Svindland, E.*, Elementare Probleme der Analyse der Geldmengenpolitik bei rationalen Erwartungen, in: Vierteljahreshefte für Wirtschaftsforschung, 1979, S. 217 - 232.
- Taylor, J. B.*, Monetary Policy during a Transition to Rational Expectations, in: Journal of Political Economy, 1975, S. 1009 - 1021.

- Conditions for Unique Solutions in Stochastic Macroeconomic Models with Rational Expectations, in: *Econometrica*, 1977, S. 1377 - 1385.
  - Staggered Wage Setting in a Macro Model, in: *AER, Papers and Proceedings*, 1979, S. 108 - 118.
- Wallis, K.*, Econometric Implications of the Rational Expectations Hypothesis, in: *Econometrica* 1980, S. 49 - 73.
- Walters, A. A.*, Consistent Expectations, Distributed Lags, and Quantity Theory, in: *Economic Journal*, 1971, S. 273 - 281.



# Zur Theorie der rationalen Erwartungen

Von Manfred Neumann, Erlangen-Nürnberg

## I. Problemstellung

Rationale Erwartungen liegen vor, wenn die Individuen die wirtschaftlichen Zusammenhänge kennen und deshalb die Konsequenzen wirtschaftspolitischer Maßnahmen der Regierung voraussehen können. Durch die Annahme rationaler Erwartungen wird für die Regierung und für die private Wirtschaft der gleiche Informationsstand vorausgesetzt. Ebenso wie die Regierung wirtschaftspolitische Maßnahmen auf der Grundlage ihrer Kenntnis über die wirtschaftlichen Zusammenhänge plant und einsetzt, so wird von der privaten Wirtschaft angenommen, daß sie über den gleichen Kenntnisstand wie die Regierung verfügt und deshalb ebenso wie die Regierung die Konsequenzen der wirtschaftspolitischen Maßnahmen kennt.

Die Annahme eines gleichartigen Informationsstandes der wirtschaftspolitischen Instanzen und der privaten Wirtschaft ist an sich vollauf berechtigt. Die Schlußfolgerungen, die von den Vertretern der Theorie rationaler Erwartungen aus den von ihnen konstruierten Modellen gezogen worden sind, gehen jedoch weit über das hinaus, was sich aus der Annahme eines symmetrischen Informationsstandes zwingend ergibt. Insbesondere ist von den Vertretern der Theorie rationaler Erwartungen die These aufgestellt worden, bei rationalen Erwartungen sei eine Keynesianische Stabilisierungspolitik wirkungslos (M. J. M. Neumann 1979/1981, ebenso Schmidtchen 1982), insbesondere sei es nicht möglich, durch Geldpolitik das reale Sozialprodukt zu beeinflussen (Sargent/Wallace 1975, 1976). Die in jüngerer Zeit verschärfte Stagflationserscheinungen in den westlichen Industrieländern wurden dementsprechend als Bestätigung der Theorie rationaler Erwartungen aufgefaßt (vgl. z. B. Schmidtchen 1982).

Auf den ersten Blick muten die Beweisführungen bestechend an. Bei näherem Zusehen stellt man jedoch fest, daß sie auf Annahmen beruhen, die viel mehr beinhalten als rationale Erwartungen und deshalb fragwürdig sind. Angenommen wird erstens vollständige Flexibilität der Preise und zweitens, daß sich das bei Preisflexibilität einstellende



Vollbeschäftigungsgleichgewicht mit einer gewissen Rate der „natürlichen Arbeitslosigkeit“ nur dann durch Geldpolitik verändern läßt, wenn die Individuen vorübergehend Änderungen absoluter Preise für Änderungen relativer Preise halten und deshalb das Angebot an Faktorleistungen vergrößern. Durch diese Annahmen wird die Existenz eines Keynesianischen Beschäftigungsproblems von vornherein per Annahme ausgeschlossen. Es ist kein Wunder, daß man ein Problem, das gar nicht existiert, auch nicht lösen kann, aber natürlich auch nicht zu lösen braucht.

Die Annahme der vollständigen Preisflexibilität wurde bereits von Modigliani (1977) kritisiert, der die Theorie rationaler Erwartungen aus diesem Grunde als wenig relevant einstufte. Dementsprechend wurden in neuerer Zeit Modelle konstruiert, in denen Preisrigiditäten zugelassen sind (Phelps/Taylor (1977), Fischer (1977), Frydman (1981), Fethke/Policano (1981) und Blinder/Fischer (1981)) und in denen gezeigt wird, daß Geldpolitik wirksam ist.<sup>1</sup>

Ich möchte in diesem Beitrag keine umfassende Bewertung der Theorie der rationalen Erwartungen vornehmen und auch keine Übersicht über die Diskussion geben (vgl. dazu Gordon (1976), Barro/Fischer (1976), Shiller (1978)), sondern mich auf einen einzigen Punkt konzentrieren. Ich möchte annehmen, daß vollständige Preisflexibilität *nicht* vorliegt, sondern daß die Preise träge auf die Überschußnachfrage der Gütermärkte reagieren. Ferner möchte ich eine merkwürdige Asymmetrie der Modelle der rationalen Erwartungen aufgeben. In den Modellen der Theorie der rationalen Erwartungen (vgl. z. B. Sargent/Wallace, 1976) wird angenommen, daß die Geldpolitik einem feed back-Mechanismus folgt, also immer auf die zeitlich vorhergehenden Abweichungen der tatsächlichen ökonomischen Größen von den wirtschaftspolitisch gesetzten Zielgrößen reagiert. Von der privaten Wirtschaft wird demgegenüber angenommen, daß sie den feed back-Mechanismus der Geldpolitik kennt und in den eigenen Kalkül einbeziehen kann. Die natürliche Frage, die auftaucht, ist die, warum die Notenbank nicht ebenfalls über vollständige Informationen des Verhaltens der privaten Wirtschaft verfügt und deren rationale Erwartungen bei der Formulierung der Geldpolitik berücksichtigt. Während die Theorie der rationalen Erwartungen mit Recht kritisiert hat, daß die frühere Theorie der Geldpolitik von uninformierten Wirtschaftssubjekten und einer aufgeklärten Obrigkeit ausging, wurde an die Stelle dieses Modelltyps ein Modell mit aufgeklärten Wirtschaftssubjekten, aber einer mechanisch

---

<sup>1</sup> *McCallum* (1977) glaubte, in einem Modell mit Preisrigiditäten gezeigt zu haben, daß Geldpolitik trotzdem wirkungslos ist. Mir erscheinen die Einwände und die Widerlegung von Frydman (1981) trotz des Widerspruchs von *McCallum* (1981) überzeugend zu sein.

reagierenden Obrigkeit gesetzt. Zweckmäßig ist dann wohl, einen Modelltyp zu betrachten, in dem beide Seiten aufgeklärt sind.

Im folgenden Abschnitt II wird ganz knapp die Modellstruktur der Theorie rationaler Erwartungen dargestellt, um insbesondere die zentralen Annahmen der Preisflexibilität und der permanenten Vollbeschäftigung herauszuarbeiten. Im Abschnitt III folgt dann ein Modell, in dem Preisträgheit angenommen wird und rationale Erwartungen darin bestehen, daß die Wirtschaftssubjekte den Prozeß der Preisänderung kennen. Im Abschnitt IV wird dann gezeigt, welches die optimale Geldpolitik einer „aufgeklärten“, d. h. über die rationalen Erwartungen der privaten Wirtschaft informierten, Notenbank ist. Im Schlußabschnitt V werden die Grenzen der hier vorgelegten Analyse noch einmal verdeutlicht. Dabei wird die These vertreten, daß nicht rationale Erwartungen für die Stagflation verantwortlich waren, sondern die partielle Lähmung des Preismechanismus durch die Globalsteuerung. Maßgeblich für die Entstehung der Stagflation ist nach dieser These also nicht die Ohnmacht der Nachfragepolitik, sondern die Schädigung der Angebotsbedingungen durch die Nachfragepolitik.

## II. Rationale Erwartungen bei vollständiger Preisflexibilität

Ausgangspunkt der Analyse sind eine aggregierte Nachfragefunktion und eine aggregierte Angebotsfunktion.

Die Nachfragefunktion ergibt sich aus dem *IS/LM* Gleichgewicht, das durch die Gleichungen

$$S(Y) = I(r) + G$$

$$L(Y, r) = M/P$$

beschrieben wird. Darin ist  $S$  das Sparen,  $Y$  das Volkseinkommen,  $r$  der Zins (Nominal- = Realzins),  $G$  sind autonome, d. h. einkommensunabhängige Größen, zu denen auch die Ausgaben des Staates für Güter und Dienstleistungen gehören,  $M$  ist die Geldmenge und  $P$  das Preisniveau. Betrachtet man  $G$ ,  $M$  und  $P$  als exogene Variable, so entsprechen den vorstehenden Strukturgleichungen zwei Gleichungen der reduzierten Form

$$Y = F(G, M/P)$$

$$r = G(G, M/P)$$

nach denen Einkommen und Zins von den exogenen Variablen determiniert werden. Die Gleichung für den Zinssatz wird im folgenden nicht weiter analysiert. Um die weitere Analyse in formaler Hinsicht zu

vereinfachen, wird für die Gleichung des Einkommens eine logarithmisch-lineare Form angenommen. Wir nehmen an, es sei

$$(1) \quad d = \Phi(m - p) + \gamma g,$$

wobei  $d$  der natürliche Logarithmus der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage  $Y$ ,  $m$  der von  $M$ ,  $p$  der von  $P$  und  $g$  der von  $G$  ist. Die Koeffizienten  $\Phi$  und  $\gamma$  stellen konstante Elastizitäten dar. Die logarithmisch-lineare Version hat den Vorzug, daß die lineare Struktur erhalten bleibt, wenn man Veränderungsraten betrachtet. Da  $\dot{d} = d \ln Y/dt = \dot{Y}/Y$  usw. ist, erhält man für die die Veränderungsrate die lineare Gleichung  $\dot{d} = \Phi(\dot{m} - \dot{p}) + \gamma \dot{g}$ .

Die gesamtwirtschaftliche Angebotsfunktion, wie sie von Lucas (1972) vorgeschlagen wurde, lautet — ebenfalls in logarithmisch-linearer Form —

$$(2) \quad y = \bar{y} + \alpha(p - Ep).$$

Darin ist  $\bar{y}$  das Vollbeschäftigungs-Sozialprodukt, das bei der „natürlichen Arbeitslosigkeit“ zustande kommt, und  $Ep$  ist das erwartete Preisniveau. Das Angebot  $y$  erhöht sich nach der Gleichung (2) über  $\bar{y}$  hinaus, wenn das tatsächliche Preisniveau das erwartete Preisniveau überschreitet. Dahinter steht die Vorstellung, daß Individuen nicht in der Lage sind, absolute und relative Preisänderungen zu unterscheiden und jede Preisänderung zunächst für eine relative Preisänderung halten. Wenn also  $p$  steigt, so wird eine Ausdehnung der Produktion geplant, weil die Unternehmer einen höheren Gewinn erwarten. Sie stellen mehr Arbeitskräfte ein, die die angebotenen Stellen auch annehmen, weil sie die ihnen gebotenen höheren Löhne für höhere Reallöhne halten. Auf diese Weise sinkt die registrierte Arbeitslosigkeit unter das Niveau der „natürlichen Arbeitslosigkeit“ und dementsprechend nimmt das tatsächliche Sozialprodukt zu.

Die entscheidende Annahme ist nur, daß durch den Preismechanismus ständig eine Markträumung erfolgt und deshalb in jedem Augenblick<sup>2</sup> (bei einer diskreten Analyse in jeder Periode)  $d = y$  ist. Dann ist auch stets  $\Phi(m - p) + \gamma g = \bar{y} + \alpha(p - Ep)$  und der Gleichgewichtspreis ist

$$(3) \quad p^* = \frac{1}{\Phi + \alpha} (\Phi m + \gamma g - \bar{y} + \alpha Ep).$$

Der Gleichgewichtspreis hängt danach von zwei Komponenten ab, einer Nachfragekomponente  $\Phi m + \gamma g$  in Relation zum Angebot  $\bar{y}$  und

<sup>2</sup> Im Interesse der Vereinfachung der Darstellung wird hier eine Analyse in kontinuierlicher Zeit verwendet, die in ihrem Ergebnis völlig äquivalent ist mit der vielfach üblichen Darstellung in diskreter Zeit.

einer Kostenkomponente, die durch  $\alpha Ep$  zum Ausdruck gebracht wird. Die Kostenkomponente läßt sich wie folgt interpretieren: Die Gleichung (3) kann wegen der logarithmisch-linearen Formulierung auch als Gleichung der gleichgewichtigen Inflationsrate gedeutet werden. Wenn Angebot und Nachfrage übereinstimmen ( $\Phi m + \gamma g - \bar{y} = 0$ ), so kann doch das Preisniveau ständig steigen, weil eine Inflationsrate erwartet wird und in alle Kontrakte eingeht. Sie wird von den Gewerkschaften bei ihren Lohnforderungen berücksichtigt, sie ist im nominalen Zinssatz enthalten und spiegelt sich auch in der Entwicklung der Rohstoffpreise.

Von den Individuen wird jetzt vorausgesetzt, daß sie die durch die Gleichungen (1) - (3) beschriebene Modellstruktur kennen und deshalb immer den Gleichgewichtspreis erwarten, der aus den erwarteten Größen  $Em$ ,  $Eg$  und  $E\bar{y} = \bar{y}$  sowie aus  $\alpha Ep$  resultiert.

Daher ist

$$(4) \quad Ep = p^* .$$

Das impliziert — nach Einsetzen von (4) in (3) — für die erwarteten Größen

$$(5) \quad Ep = Em + \frac{1}{\Phi} (\gamma Eg - \bar{y}) .$$

Das ist für die einfache Modellstruktur, die hier benutzt wurde, der Kern der Theorie der rationalen Erwartungen. Bei einer detaillierteren Modellstruktur würde man ein analoges Ergebnis erhalten.

Wir wollen im nächsten Schritt die Annahme rationaler Erwartungen auf Grund der vorausgesetzten Preisflexibilität mit der Annahme ständiger Markträumung verbinden, um das bei rationalen Erwartungen und permanenter Markträumung resultierende Angebot zu beschreiben. Da bei Markträumung stets  $d = y$  ist, kann man (3) in die Angebotsfunktion (2) einsetzen und erhält

$$y = \bar{y} + \alpha \left\{ \frac{1}{\Phi + \alpha} [\Phi m + \gamma g - \bar{y} + \alpha Ep] - Ep \right\}$$

oder

$$y = \bar{y} + \frac{\alpha}{\Phi + \alpha} \{ \Phi (m - Ep) + \gamma g - \bar{y} \} .$$

Setzt man darin nun für  $Ep$  den sich aus Gleichung (5) ergebenden Wert ein, so erhält man

$$(6) \quad y = \bar{y} + \frac{\alpha}{\Phi + \alpha} \{ \Phi (m - Em) + \gamma (g - Eg) \} .$$

Danach kann das reale Sozialprodukt vom Vollbeschäftigungsniveau  $\bar{y}$  nur dann verschieden sein, wenn die tatsächliche Geldmenge  $m$  von der erwarteten Geldmenge  $Em$  und wenn das tatsächliche Niveau der autonomen Ausgaben  $g$  von dem erwarteten Niveau  $Eg$  abweicht.

Wenn die private Wirtschaft die Geldmengenentwicklung vorhersehen kann, weil die Notenbank einem feed back-Mechanismus oder einer Regel, z. B.  $x\%$  Geldmengenwachstum pro Jahr, folgt, so geht von der Geldpolitik kein Einfluß auf das reale Sozialprodukt aus. Das reale Sozialprodukt wird dann nur von der nicht vorhersehbaren Komponente der autonomen Ausgaben bestimmt, die z. B. einem Zufallsprozeß folgen mag.

Geldpolitik hat in dem beschriebenen Modell natürlich einen Einfluß auf das Preisniveau. Wenn langfristig  $y = \bar{y}$  ist und  $y$  als konstant angenommen wird, muß bei der benutzten Modellstruktur auch  $g$  konstant sein und  $m - p$  muß eine Konstante sein. Das heißt, daß  $M/P$  konstant ist und daher  $M$  und  $P$  mit der gleichen Rate zunehmen.

Wir haben gesehen, daß die zentrale, in Gleichung (6) verkörperte Aussage der Theorie rationaler Erwartungen bei Preisflexibilität auf der Annahme permanenter Markträumung und ständiger Vollbeschäftigung beruht. Es ist also, sieht man von zufälligen Schwankungen ab, stets  $y = \bar{y}$  und  $y = d$ . Die Konjunktur äußert sich in Zufallsschwankungen, die durch die Differenz von  $g - Eg$  zum Ausdruck kommen (vgl. auch Lucas 1975). Auf diese Zufallsschwankungen hat die Geldpolitik, soweit sie von der privaten Wirtschaft antizipiert wird, keinen Einfluß. Es ist aber auch klar, daß Geldpolitik gegenstandslos ist, weil ja auf Grund der vorausgesetzten Preisflexibilität in jedem Augenblick Angebot und Nachfrage übereinstimmen. Zwar ist nicht immer  $y = \bar{y}$ , es herrscht also nicht immer die sog. natürliche Arbeitslosigkeit. Vielmehr wird durch zufallsbedingte Schwankungen, durch die  $g - Eg \neq 0$  sein kann, das tatsächliche Angebot  $y$  teils über, teils unter  $\bar{y}$  liegen und damit die tatsächliche Beschäftigung teils unter, teils über dem bei natürlicher Arbeitslosigkeit zu erwartenden Niveau liegen. Das Problem Keynesianischer Arbeitslosigkeit aber, das aus einem Ungleichgewicht von Angebot und Nachfrage resultiert, existiert nicht.

### III. Rationale Erwartungen bei Preisträgheit

Für das Auftreten Keynesianischer Unterbeschäftigung wird im allgemeinen Preisträgheit verantwortlich gemacht. Die Begründung für Preisträgheit wird darin erblickt, daß die Wirtschaftssubjekte die langfristigen Gleichgewichtspreise nicht kennen und deshalb bei Ungleichgewichten auch oder sogar primär mit einer Mengenänderung (der Pro-

duktion und der Beschäftigung) reagieren. (Clower (1965) und die neo-Keynesianische Ungleichgewichtstheorie, vgl. z. B. K. W. Rothschild (1981)). Deshalb sei im folgenden angenommen, daß sich das Preisniveau entsprechend der Differentialgleichung

$$(7) \quad \dot{p} = k(d - y), k > 0$$

ändert. Das Preisniveau steigt, wenn die Nachfrage das Angebot übersteigt, es sinkt, wenn die Nachfrage hinter dem Angebot zurückbleibt. Aus Gleichung (7) folgt nach Einsetzen der Gleichungen (1) und (2)

$$(8) \quad \dot{p} = k [\bar{\Phi}(m - p) + \gamma g] - [\bar{y} + \alpha(p - Ep)]$$

oder

$$(9) \quad \dot{p} = k(\bar{\Phi} + \alpha)(p^* - p).$$

Dabei ist  $p^*$  der Preis, bei dem Angebot und Nachfrage übereinstimmen ( $d = y$ ). Es ist nicht notwendigerweise der den Wirtschaftssubjekten unbekanntes Preis  $p^{**}$ , bei dem die Nachfrage mit dem Vollbeschäftigungsangebot des „long run“ übereinstimmt ( $d = \bar{y}$ ). Die Gleichung (9) besitzt die Lösung

$$p(t) = p^* + (p_0 - p^*)e^{-k(\bar{\Phi} + \alpha)t}.$$

Aus der Lösungsgleichung kann man erkennen, daß der Koeffizient  $k$  die Anpassungsgeschwindigkeit des Preisniveaus beschreibt. Wenn  $k = 0$  ist, so ist  $p(t) = p_0$ , so daß das Preisniveau überhaupt nicht auf eine Überschußnachfrage bzw. Überschußangebot reagiert. Wenn  $k = \infty$  ist, so ist  $p(t) = p^*$  und der Preis paßt sich augenblicklich an das Gleichgewichtsniveau an, so daß ständig Marktträumung erreicht ist. Realistisch dürfte sein, daß  $k$  zwischen Null und Unendlich liegt.

Wenn Marktträumung nicht in jedem Augenblick erreicht ist, ergibt sich das Problem der formalen Berücksichtigung der Überschußnachfrage bzw. des Überschußangebots. Eine Möglichkeit besteht darin, einen Lagerbildungsprozeß anzunehmen und die aggregierte Angebotsfunktion entsprechend zu ergänzen (vgl. Frydman (1981), Blinder/Fischer (1981)). Hier soll ein alternativer Weg besprochen werden. Da wir nur daran interessiert sind, die Wirksamkeit der Geldpolitik bei Unterbeschäftigung zu analysieren, können wir davon ausgehen, daß das tatsächliche Transaktionsvolumen der Märkte von der Nachfrageseite her begrenzt wird, an das sich das Angebot anpaßt. Obgleich also eigentlich ein Überschußangebot vorhanden ist („notional supply“ größer als „notional demand“) und insofern ein Druck auf das Preisniveau ausgeübt wird (vgl. Gleichung (7)), wird doch das tatsächliche Angebot an die Nachfrage angepaßt. Die Mengenreaktion ist also perfekt, während die

Preisreaktion träge verläuft. Durch die Nachfrage seien also die Produzenten rationiert. Dementsprechend ist auch das tatsächliche Einkommen der Unternehmer und Arbeiter geringer als das bei Vollbeschäftigung zu erwartende Einkommen. Die aus dem Marktgeschehen resultierenden Beschränkungen determinieren neben den relativen Preisen (nach der dualen Entscheidungshypothese Clowers) die Nachfrage. Dieser Zusammenhang ist in der Konsumfunktion, die Bestandteil des *IS/LM*-Gleichgewichts ist, berücksichtigt.

Rationalität der Erwartungen soll nun bedeuten, daß den Wirtschaftssubjekten der Preisanpassungsmechanismus bekannt ist, so daß die erwartete Preisänderungsrate durch

$$(10a) \quad E\dot{p} = k (\bar{\Phi} + \alpha) (Ep^* - Ep)$$

gegeben ist. Dabei erhält man  $Ep^*$ , den erwarteten Gleichgewichtspreis, aus (3), als

$$Ep^* = \frac{1}{\bar{\Phi} + \alpha} (\bar{\Phi} Em + \gamma Eg - \bar{y} + \alpha Ep)$$

Setzt man in (10a) ein, so ergibt sich

$$(10b) \quad E\dot{p} = k \{ \bar{\Phi} (Em - Ep) + \gamma Eg - \bar{y} \}$$

Nimmt man an, daß  $Ep = p + E\dot{p}$ , so erhält man nach Addition von  $\bar{\Phi} m - \bar{\Phi} m$  und  $\gamma g - \gamma g$  in der Klammer und nach Umordnung

$$(10c) \quad E\dot{p} = \frac{k}{1 + \bar{\Phi} k} \{ \bar{\Phi} (Em - m) + \gamma (Eg - g) + [\bar{\Phi} (m - p) + \gamma g - \bar{y}] \}$$

Die erwartete Preisänderungsrate hängt danach von der Überschufnachfrage  $\bar{\Phi} (m - p) + \gamma g - \bar{y}$  und von  $(Em - m)$  sowie  $(Eg - g)$  ab. Eine Änderung des Preisniveaus wird dann nicht erwartet, wenn die Überschufnachfrage Null ist und wenn die erwartete Geldmenge mit der tatsächlichen Geldmenge sowie die erwarteten autonomen Ausgaben mit den tatsächlichen autonomen Ausgaben übereinstimmen. Das ist eine Verallgemeinerung des durch die Gleichung (6) beschriebenen Zusammenhangs.

Wir wollen jetzt annehmen, daß die Regierung davon ausgeht, daß die Erwartungsbildung nach der Gleichung (10c) vor sich geht und deshalb rational ist. Man kann dann diejenige Differentialgleichung für  $p$  herleiten, die die Regierung ihren Entscheidungen zugrunde legt. Setzt man in (8), in die Differentialgleichung also, von der auch die private Wirtschaft ausgegangen ist,  $Ep = p + E\dot{p}$  ein, so erhält man

$$\dot{p} = k \{ \bar{\Phi} (m - p) + \gamma g - \bar{y} + \alpha E\dot{p} \}$$

Setzt man weiter für  $E_p$  den durch (10c) gegebenen Wert ein, so ergibt sich

$$(11) \quad \dot{p} = \frac{\alpha k^2}{1 + \Phi k} [\Phi (Em - m) + \gamma (Eg - g)] \\ + \frac{k [1 + k (\Phi + \alpha)]}{1 + \Phi k} \{ \Phi (m - p) + \gamma g - \bar{y} \} .$$

Nimmt die Regierung weiter an, daß die private Wirtschaft vollkommene Voraussicht im Hinblick auf die Geldpolitik und die autonomen Ausgaben besitzt und die tatsächliche Geldmenge und die tatsächlichen autonomen Aussagen perfekt voraussagen kann, so daß  $Em = m$  und  $Eg = g$  ist, so vereinfacht sich die Differentialgleichung zu

$$(12) \quad \dot{p} = A (d - \bar{y}), \text{ mit } A = \frac{k (1 + k (\Phi + \alpha))}{1 + \Phi k} > 0 .$$

Diese Differentialgleichung inkorporiert rationale Erwartungen in dem Sinne, daß die private Wirtschaft den Preisveränderungsmechanismus kennt und hinsichtlich der Maßnahmen der Regierung über vollkommene Voraussicht verfügt. Nach (12) hängt die Preisveränderungsrate von der Differenz zwischen der Nachfrage  $d = \Phi (m - p) + \gamma g$  und dem potentiellen Sozialprodukt  $\bar{y}$  ab. Der Preisanpassungsprozeß ist stabil, denn  $d\dot{p}/dp = -A < 0$ . Er führt zum langfristigen Gleichgewichtspreis  $p^{**}$ .

#### IV. Optimale Geldpolitik bei rationalen Erwartungen und Preisträgheit

Angenommen sei nun, daß durch die Geldpolitik die Abweichungen der Nachfrage vom potentiellen Sozialprodukt minimiert werden sollen. Das Problem bestehe darin, durch die Wahl von  $m(t)$

$$\min_{m(t)} \int_0^T \frac{1}{2} (d - \bar{y})^2 dt$$

unter der Nebenbedingung der Gleichung (12) bei einem gegebenen Anfangspreisniveau  $p_0$  zu erreichen. Dabei ist  $m(t)$  die Steuervariable und  $p(t)$  ist die Zustandsvariable.

Intuitiv sollte man folgendes erwarten: Wenn man  $m(t)$  beliebig steuern kann, wenn es also keine Beschränkungen der Wahl der Geldmenge gibt, und wenn nach Gleichung (1) bei einem gegebenen Preisniveau die aggregierte Nachfrage  $d$  von der Geldmenge abhängig ist, dann sollte man in jeder Periode  $m(t)$  so setzen, daß  $d = \bar{y}$  ist. Dann



verändert sich nach Gleichung (12) auch der Preis nicht mehr und man erreicht bei gegebenem Ausgangspreisniveau  $p_0$  augenblicklich Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität.

Dieses Ergebnis erhält man auch auf Grund einer formalen Behandlung des dargelegten Kontrollproblems. Die Hamilton-Funktion des Problems lautet

$$H = \frac{1}{2} (d - \bar{y})^2 + \lambda A [\Phi (m - p) + g - \bar{y}] ,$$

worin  $\lambda$  eine Ko-Zustandsvariable ist. Die notwendigen Bedingungen des Kontrollproblems lauten

$$\partial H / \partial m = [(d - y) + \lambda A] \Phi = 0, \partial^2 H / \partial m^2 = \Phi^2 > 0$$

$$\dot{\lambda} = - \partial H / \partial p = [(d - y) + \lambda A] \Phi = 0$$

$$\lambda (T) p (T) = 0 .$$

Da  $p (T) > 0$  angenommen werden muß (denn ein Logarithmus des Preisniveaus  $p (T) = 0$ , d. h. ein Preisniveau von  $P (T) = 1$ , ist wohl möglich, kann aber nicht generell angenommen werden), ist  $\lambda (T) = 0$  notwendig für einen optimalen Pfad  $m (t)$ . Da  $\lambda = 0$  sein muß, muß  $\lambda (t) = 0$  für alle  $t$  sein und deshalb muß in jeder Periode  $t$  die Nachfrage  $d$  gleich dem potentiellen Sozialprodukt  $\bar{y}$  sein. Unabhängig von dem jeweils herrschenden Preis ist also  $m (t)$  so zu setzen, daß  $d = \bar{y}$  wird. Preisniveaustabilität wird dann automatisch erreicht.

Die Analyse führt damit zum gleichen Postulat, das Keynes aufstellte. Obwohl nicht zu bestreiten ist und von Keynes auch nicht bestritten wurde, daß bei Unterbeschäftigung Preissenkungen eintreten und diese zu einer Stimulierung der Nachfrage bei gegebener Geldmenge führen (Keynes-Effekt), ist es bei Preisträgheit nicht optimal, sich auf diesen Mechanismus zu verlassen. Optimal ist also nicht ein gegebenes  $m_0$  und ein Warten darauf, daß durch den Preismechanismus Vollbeschäftigung erreicht wird. Optimal ist vielmehr bei gegebenem  $p_0$ , durch aktive Geldpolitik die Nachfrage so zu steuern, daß Vollbeschäftigung erreicht wird.

## V. Schlußbemerkungen

Der Zweck der vorstehenden Überlegungen sollte nicht darin bestehen, zu zeigen, daß Geldpolitik ein in jedem Fall geeignetes Mittel ist, Vollbeschäftigung zu erreichen. Gezeigt werden sollte vielmehr nur, daß Geldpolitik durch rationale Erwartungen der privaten Wirtschaft bei Preisträgheit nicht unwirksam wird. Geldpolitik kann natürlich

durch andere, hier nicht diskutierte Faktoren in ihrer Wirksamkeit gemindert oder sogar völlig aufgehoben werden. Zu berücksichtigen ist ferner, daß das Optimierungsmodell des Abschnitts IV von deterministischen Verhältnissen ausgeht. Angenommen ist damit implizit, daß die in  $g$  verkörperten Komponenten der Nachfrage konstant sind. Realistisch ist natürlich, daß sie variabel und nicht völlig vorhersehbar sind.

Wenn es richtig ist, daß rationale Erwartungen die Geldpolitik bei Keynesianischer Unterbeschäftigung, d. h. bei Ungleichgewichten, die aus Preisträgheit resultieren, nicht unwirksam machen, erscheint es auch zweifelhaft, ob die Stagflation in den westlichen Industrieländern durch rationale Erwartungen bedingt ist, wie manche Vertreter der Theorie rationaler Erwartungen behaupten. Ich möchte hier einer alternative Hypothese aufstellen. Ausgangspunkt ist die Annahme, daß die Konjunktur nicht ein reiner Zufallsprozeß ist, der bei permanentem Gleichgewicht auf allen Märkten zu Fluktuationen der Produktion führt. Angenommen sei vielmehr, daß die Konjunktur sich in Ungleichgewichten äußert, die das Resultat von Fehlentwicklungen sind. Solche Ungleichgewichte werden, wenn der Staat nicht eingreift, durch das Wirken des Preismechanismus wieder beseitigt, wobei sich die relativen Preise von Gütern und Faktoren verändern. Dieser Prozeß kann jedoch, weil Preisträgheit vorliegt, unter Umständen verhältnismäßig lange dauern. Greift nun der Staat ein und stellt ein globales Gleichgewicht wieder her, so ist nicht auszuschließen, ja es ist sogar wahrscheinlich, daß der Preismechanismus gelähmt wird. Ist das der Fall, so wird zwar ein globales Gleichgewicht wieder hergestellt, aber die Angebotsbedingungen der Wirtschaft verschlechtern sich und die zunächst behobene Krise tritt nach einiger Zeit, unter Umständen verschärft, wieder auf. Der Staat muß erneut eingreifen. Damit wären wir bei der Frage, ob und inwieweit nachfrageorientierte Globalsteuerung durch eine angebotsorientierte Stabilisierungspolitik ersetzt werden sollte.

### Literatur

- Barro*, R. J., Rational Expectations and the Role of Monetary Policy, *Journal of Monetary Economics* 2 (1976).
- Barro*, R. J. and *Fischer*, St., Recent Developments in Monetary Theory, *Journal of Monetary Economics* 2 (1976).
- Blinder*, A. S. and *Fischer*, St., Inventories, Rational Expectations, and the Business Cycle, *Journal of Monetary Economics* 8 (1981).
- Clower*, R., The Keynesian Counter-Revolution: A Theoretical Appraisal, in: F. Hahn and F. Brechling (Hrsg.), *The Theory of Interest Rates*, New York 1965.

- Clower, R.*, A Reconsideration of the Microfoundations of Monetary Theory, *Western Economic Journal* 6 (1967).
- Fethke, G. C. and Policano, A. J.*, Long-Term Contracts and the Effectiveness of Demand and Supply Policies, *Journal of Money, Credit, and Banking*, 13 (1981).
- Fischer, St.*, Long-Term Contracts, Rational Expectations, and the Optimal Money Supply Rule, *Journal of Political Economy* 85 (1977).
- Frydman, R.*, Sluggish Price Adjustments and the Effectiveness of Monetary Policy Under Rational Expectation, *Journal of Money, Credit, and Banking* 13 (1981).
- Gordon, R. J.*, Recent Developments in the Theory of Inflation and Unemployment, *Journal of Monetary Economics* 2 (1976).
- Lucas, R.*, Expectations and the Neutrality of Money, *Journal of Economic Theory* 4 (1972).
- Lucas, R.*, An Equilibrium Model of the Business Cycle, *Journal of Political Economy* 83 (1975).
- McCallum, B. T.*, Price-Level Stickiness and the Feasibility of Monetary Stabilization Policy with Rational Expectations, *Journal of Political Economy* 85 (1977).
- McCallum, B. T.*, Sluggish Price Adjustments and the Effectiveness of Monetary Policy Under Rational Expectations, Reply, *Journal of Money, Credit, and Banking* 13 (1981).
- Modigliani, F.*, The Monetarist Controversy or Should We Forsake Stabilization Policies? *American Economic Review* 67 (1977).
- Neumann, M. J. M.*, Rationale Erwartungen in Makromodellen — Ein kritischer Überblick, *Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* 99 (1979).
- Neumann, M. J. M.*, Stabilisierungspolitik bei rationalen Erwartungen, *WiSt* 10 (1981).
- Phelps, E. S. and Taylor, J. B.*, Stabilizing Powers of Monetary Policy under Rational Expectations, *Journal of Political Economy* 85 (1977).
- Rothschild, K. W.*, Einführung in die Ungleichgewichtstheorie, Heidelberg und New York 1981.
- Sargent, T. J. and Wallace, N.*, 'Rational Expectations', the Optimal Monetary Instrument, and the Optimal Money Supply Rule, *Journal of Political Economy* 83 (1975).
- Sargent, T. J. and Wallace, N.*, Rational Expectations and the Theory of Economic Policy, *Journal of Monetary Economics* 2 (1976).
- Schmidtchen, D.*, Tricks und Täuschungen als Mittel der Wirtschaftspolitik? — Die Sicht der Theorie rationaler Erwartungen, in: Woll, A. (Hrsg.), *Neue Wege der Wirtschaftspolitik*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Berlin 1983.
- Shiller, R. J.*, Rational Expectations and the Dynamic Structure of Macroeconomic Models: A Critical Review, *Journal of Monetary Economics* 4 (1978).

# Supply-side Economics

## — Marginalien zu einem wirtschaftspolitischen Programm —

Von Otmar Issing, Würzburg

### 1. Zur Terminologie

Mit dem Antritt der Regierung Ronald Reagan wurde die „Supply-side Economics“ zu einem Schlagwort mit weltweiter Verbreitung. Schon bald spielte in der Diskussion die Frage eine besondere Rolle, ob es dabei um ein neues wirtschaftspolitisches Programm gehe oder ob es sich nicht um Altbekanntes unter einem neuen Etikett handle. Allein vom Begriff her erscheint dieser Sprachimport als besonders überflüssig, ist der Terminus „angebotsorientierte Politik“ hierzulande doch schon seit langem geläufig.<sup>1</sup>

Ausgelöst wurde die neue Wortschöpfung vor allem durch den Wunsch, der keynesianischen Doktrin von der Notwendigkeit des Demand Management eine Art Kontrastprogramm unter einem griffigen Titel gegenüberzustellen. „It must be said that the term itself, 'supply-side economics', may be a source of initial confusion. It originates in deliberate contrast to the prevailing Keynesian approach, which emphasizes the need for government to manage and manipulate — through fiscal and monetary policies — aggregate demand so as to maintain full employment. Supply-side economists say government cannot really do this, no matter how many clever economists it hires, but if business enterprise is permitted to function with a minimum of interference, it will invest and innovate, so as to create the requisite demand for the goods it produces.“<sup>2</sup>

Mit der Betonung der Angebotsseite der Wirtschaft wird die Supply-side economics zu einem auf Wachstum und Effizienz gerichteten Konzept. „It covers the entire range of economic decisions: what gets produced, how, for whom, and how fast production and consumption possibilities expand.“<sup>3</sup>

<sup>1</sup> Siehe etwa: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Zeit zum Investieren, Jahresgutachten 1976/77, Stuttgart 1976, S. 127.

<sup>2</sup> *Kristol, I.*, Ideology and Supply-side Economics, Commentary, April 1981, wiederabgedruckt in: Economic Impact, No. 35, 1981/3, S. 30.

<sup>3</sup> *Tatom, J. A.*, We are all Supply-siders now!, Federal Reserve Bank of St. Louis, Review, May 1981, S. 18.

In einem Blick zurück in die Vergangenheit wird „Angebotsorientierung“ in der Bundesrepublik mit einer „Revitalisierung“ der Volkswirtschaft gleichgesetzt und die allgemeine Aufgabe dieser Politik darin gesehen, „Hemmnisse für die wirtschaftlichen Aktivitäten und insbesondere für die Investitionen abzubauen, Optionen für Prozeß- und Produktinnovationen zu eröffnen bzw. offenzuhalten sowie zu erreichen, daß die Risikobereitschaft wieder am Markt belohnt wird und auch die Leistungsmotivation, die bei den deutschen Arbeitnehmern vorausgesetzt werden kann, wieder voll am Markt zur Geltung kommen kann.“<sup>4</sup>

Angebotsorientierte Politik oder Supply-side Economics charakterisieren zunächst nicht mehr als den Ansatzpunkt, die Stoßrichtung der Politik; unter diesem Rubrum kann man sich m. a. W. verschiedenartige Varianten vorstellen.<sup>5</sup> Als eine mögliche konkrete Ausprägung dazu ist das Programm zu verstehen, das Präsident Reagan kurz nach seinem Amtsantritt im Kongreß und via Fernsehen der ganzen Nation in seiner Rede vom 18. Februar 1981 vorgestellt hat. Die vier wesentlichen Elemente lauten in einem Satz zusammengefaßt: „This plan is aimed at reducing the growth in government spending and taxing, reforming or eliminating regulations which are unnecessary and counterproductive, and encouraging a consistent monetary policy aimed at maintaining the value of the currency.“<sup>6</sup>

In die Tat umgesetzt wurden die genannten vier Elemente des Programmes zunächst durch die Beschlüsse vom September 1981, die Ausgaben der Bundesregierung um 35 Mrd. US-Dollar zu kürzen. Reagan hatte in der erwähnten Rede noch die Streichung von 41,4 Mrd. US-Dollar gefordert und im gleichen Satz darauf verwiesen, daß damit die Ausgaben immer noch um über 40 Mrd. ansteigen würden.<sup>7</sup> Der Wirtschaft wurden erhebliche Steuererleichterungen gewährt, nicht zuletzt in Form von verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten; die Einkommensteuer wird bis Mitte 1983 in drei Etappen um insgesamt 25 % gesenkt. In der „Deregulierung“ wurden weitreichende Entscheidungen getroffen; so wurden z. B. die Meldestellen für Preise und Löhne abgeschafft und bestimmte umweltpolitische Auflagen ausgesetzt.

---

<sup>4</sup> Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft, Wirtschaftspolitik bei defizitärer Leistungsbilanz, 1981, S. 19 f.

<sup>5</sup> Siehe auch die aus 12 Punkten bestehende Übersicht zu den Möglichkeiten der Angebotspolitik bei: *Stevart, O.*, Die Steuerbarkeit der Konjunktur durch den Staat, in: *Staat und Wirtschaft*, hrsg. von C. Christian v. Weizsäcker, Schriften des Vereins für Socialpolitik N. F. Bd. 102, Berlin 1979, S. 823 - 5.

<sup>6</sup> Die Rede ist (leicht gekürzt) abgedruckt in: *Economic Impact*, No. 35, 1981/3, S. 8 ff. Die zitierte Stelle steht auf S. 8.

<sup>7</sup> *ibid.*

Auf geldpolitischem Gebiet hatte die von der Regierung prinzipiell unabhängige Notenbank schon im Oktober 1979 einen Strategiewechsel vollzogen und die federal funds rate als unmittelbare Zielvariable durch die Bankreserven abgelöst; die Fed glaubt, auf diesem Wege besser ihre Geldmengenziele zu erreichen.<sup>8</sup>

Zu ergänzen wäre diese kurze Charakteristik der Supply-side Economics einmal durch den Hinweis auf die zentrale Rolle, die der Person des Präsidenten bei der Formulierung und vor allem bei der konkreten Einleitung des Programmes beizumessen ist. Ohne die Überzeugungskraft und das politische Geschick Reagans hätten weder die Pläne zur Ausgabenkürzung noch zur Steuersenkung die notwendige Mehrheit — zumal im demokratisch beherrschten Kongreß — gefunden. Der Terminus „Reaganomics“ ist daher auch in diesem Sinne umfassender und schließt neben dem quasi instrumentellen Ansätzen das persönliche Element ein. Des weiteren hat Reagan sein wirtschaftspolitisches Programm von Anfang an auch als Offensive zugunsten der Marktwirtschaft in der internationalen Politik verstanden. So wurde etwa schon kurz nach seinem Amtsantritt die amerikanische Position auf der Seerechtskonferenz deutlich revidiert und der bereits unvermeidlich scheinende Gang in eine Welt-Planwirtschaft zunächst einmal aufgehalten. Auf der Konferenz von Cancun hat sich diese Haltung erneut bestätigt.

Kritiker, vor allem auf Seiten der Demokraten, bemängelten an dem Programm von Anfang an seine soziale Unausgewogenheit. Reagan wiederum hielt dem entgegen, die „truly needy“ würden von den Kürzungen nicht berührt, es gelte vielmehr, den Sozialhaushalt auf seine eigentlichen Aufgaben zu beschränken.<sup>9</sup> Für die Gesamtbeurteilung der Reaganomics spielt der soziale Aspekt sicher eine wichtige Rolle. Gleichwohl soll diese Frage im weiteren nicht behandelt werden, u. zw. nicht zuletzt deshalb, weil über die tatsächlichen Verteilungswirkungen des Gesamtprogrammes noch keine fundierte Aussage getroffen werden kann.

---

<sup>8</sup> Siehe dazu: *Issing, O.*, Recent Developments in U.S. Monetary Policy, Kredit und Kapital, 1981, Heft 4, S. 550 ff.

<sup>9</sup> „We will continue to fulfill the obligations that spring from our national conscience. Those who through no fault of their own must depend on the rest of us, the poverty stricken, the disabled, the elderly, all those with true need, can rest assured that the social safety net of programs they depend on are exempt from any cuts.“ *Economic Impact*, *ibid.* — Die Bedeutung der lohn- und vermögenspolitischen Dimension im Rahmen einer angebotsorientierten Wirtschaftspolitik wird betont bei: *Kleps, K.*, Lohnpolitische Konzeptionen und Vermögensbildung, Baden-Baden 1982, S. 375 ff.

## 2. Gründe für das Aufkommen der Supply-side Economics

### 2.1 Das Versagen des Demand Management

Erklärbar wird der Wahlerfolg Reagans, dessen Hauptbotschaft in der Ankündigung eines radikalen wirtschaftspolitischen Kurswechsels bestand, nur vor dem Hintergrund des offenkundigen Versagens der bis dahin verfolgten Politik. Die Amtszeit Präsident Carters hatte in einem Fiasko geendet: Rückgang des Wirtschaftswachstums, eine zweistellige Inflationsrate, Anstieg der Arbeitslosigkeit und ein rapider Verfall des Dollars auf den Devisenmärkten. Nach dieser Konstellation hatte sich schließlich sogar für die Carter-Administration eine kurzfristige, wahlpolitisch motivierte Ankurbelungspolitik verboten, ein bemerkenswertes Indiz für das Scheitern des alten Kurses.

Die keynesianisch orientierte Doktrin der Nachfragesteuerung, die über Jahrzehnte in den USA ziemlich unangefochten dominierte, hatte in eine Sackgasse geführt; sie mußte ihr Versagen gegenüber einer Situation eingestehen, die sie im wesentlichen selbst verursacht hatte. Es ist hier nicht der Ort zu analysieren, ob die wirtschaftlichen Erfolge der Nachkriegszeit (zumindest auch) auf ein konjunkturgerechtes Demand Management zurückgehen oder ob sich die günstigen Bedingungen einer historisch einmaligen Situation gegenüber den Mängeln dieser Politik durchgesetzt haben<sup>10</sup>. Selbst eingefleischte Keynesianer reklamieren jedoch für die siebziger Jahre kaum erfolgreiche Anwendungen ihres Konzeptes<sup>11</sup>. Der Katalog möglicher Gründe für das Versagen reicht von massiven externen Störungen, politischer Inkompetenz bzw. grundsätzlicher Überforderung der Politik, entscheidenden Veränderungen in der „Struktur“ der modernen Volkswirtschaften bis hin zur Behauptung, die keynesianische Theorie sei als Grundlage einer Stabilisierungspolitik im Prinzip noch nie geeignet gewesen<sup>12</sup>.

Wie auch immer man die Relevanz der einzelnen Aspekte einschätzen mag, im Resultat wird man Lucas zustimmen können: „This is the

<sup>10</sup> Zur Skepsis gegenüber der „Erfolgsbilanz“ der Nachfragesteuerung siehe z. B.: *Sievert*, a.a.O., S. 813 ff.

<sup>11</sup> Siehe etwa: *Ackley*, G., Comment, in: *Macroeconomic Policies for Growth and Stability, A European Perspective*, ed. by Herbert Giersch, Tübingen 1981, S. 138. Siehe zu dieser Problematik auch die diesem Kommentar vorangehende Untersuchung: *Izzo*, L., *Spaventa*, L., *Macroeconomic Policies in Western European Countries: 1973 - 1977*, S. 73 ff.

<sup>12</sup> *Modigliani* etwa beansprucht beachtliche Erfolge für das Demand Management in den USA und anderen Industrieländern bis 1974. Mit der geänderten Natur der „Schocks“, die seit 1973 vorwiegend von der Angebotsseite kämen, sei die Stabilisierungspolitik zwar schwieriger, aber nicht überflüssig geworden. *Modigliani*, F., *The Monetarist Controversy or, Should We For-sake Stabilization Policies?*, *American Economic Review*, March 1977, S. 17 f.

legacy of stagflation: a general loss of confidence, whether scientifically warranted or not, in the formerly accepted framework guiding discretionary economic management.“<sup>13</sup> Dieser Vertrauensverlust geht gerade in den USA nicht zuletzt auch auf das Versagen der traditionellen, auf der keynesianischen Theorie basierenden Prognosemodelle zurück, die in den sechziger Jahren gute Ergebnisse gebracht hatten, um dann in den siebziger Jahren um so krassere Fehlprognosen zu liefern.<sup>14</sup>

## 2.2 Theoretische Entwicklungen

Mit dem Versagen des — vor allem in den USA vorherrschenden — Keynesianismus gegenüber dem Phänomen der Stagflation wäre eine Art „Theorievakuum“ entstanden, wenn sich nicht mit dem Monetarismus längst eine alternative Erklärung angeboten hätte.<sup>15</sup> Mit der These von der Dominanz der monetären gegenüber den fiskalischen Impulsen und dem Anathema gegenüber jeglicher konjunkturpolitischer Feinsteuerung zielt die monetaristische Theorie auf das Fundament des Keynesianismus; gleichzeitig präsentiert der Monetarismus aber auch ein alternatives wirtschaftspolitisches Konzept, das mit „Regelbindung der Geldpolitik“ nur sehr unvollständig charakterisiert ist.

Selbst nach der Meinung Milton Friedmans besaß eine diskretionäre Geldpolitik aber immerhin noch die Möglichkeit, den Zins kurzfristig zu senken und die Beschäftigung vorübergehend zu erhöhen.<sup>16</sup> Für eine an kurzfristigen Wirkungen interessierte Politik wogen die damit verbundenen Chancen in der Praxis häufig schwerer als die auf längere Sicht zu erwartenden Nachteile, der Tausch von mehr Beschäftigung in der unmittelbaren Zukunft gegen höhere Inflation erwies sich als zu verlockend, selbst wenn sich dieser trade-off nicht als dauerhaft erweisen sollte. Die Friedmansche Warnung fand daher zunächst nur wenig Gehör.

Inzwischen haben neue theoretische Ansätze die Auffassung Friedmans vom Rande des Meinungsspektrums verdrängt und gewissermaßen zu einer „gemäßigten Position“ werden lassen. Nach Auffassung der

<sup>13</sup> Lucas, R. E. Jr., Rules, Discretion, and the Role of the Economic Advisor, in: Rational Expectations and Economic Policy, ed. by Stanley Fischer, Chicago 1980, S. 204.

<sup>14</sup> Siehe: Supel, Th. M., Supply-side Tax Cuts: Will they reduce Inflation?, Federal Reserve Bank of Minneapolis, Quarterly Review, Fall 1980, S. 6 f.

<sup>15</sup> Johnson unternimmt den interessanten Versuch zu untersuchen, inwieweit die gleichen Bedingungen, die einst die keynesianische Revolution ermöglichten, dann die monetaristische Gegenrevolution begünstigten. Johnson, H. G., The Keynesian Revolution and the Monetarist Counter-Revolution, American Economic Review, Papers and Proceedings, May 1971, S. 3 ff.

<sup>16</sup> Siehe seine bekannte Presidential Address: Friedman, M., The Role of Monetary Policy, American Economic Review, March 1968, S. 4 ff.



New Classical (Macro-) Economics kann die Wirtschaftspolitik nämlich nicht einmal vorübergehend die genannten positiven Effekte erzielen: Die Phillips-Kurve verläuft m. a. W. nicht nur in langer, sondern auch für die kurze Frist als Senkrechte über der Rate der natürlichen Arbeitslosigkeit. „... There is *no* way that the government can operate so that it can expect to depress the unemployment rate below the natural rate, even in the short run. Among other things, that implies that policy-makers face no ‚cruel choice‘ between inflation and unemployment over *any* relevant time frame.“<sup>17</sup>

Zu dieser Aussage kommt die New Classical Economics vor allem über die Hypothese der rationalen Erwartungen<sup>18</sup>, nach der die Wirtschaftspolitik keinen systematischen Einfluß auf Produktion und Beschäftigung erzielen kann, da die Wirtschaftssubjekte dank eines gleichwertigen Informationsstandes die End-Effekte aller Maßnahmen antizipieren.<sup>19</sup> Der Markt wird nach dieser Hypothese etwa ein „Beschäftigungsprogramm“ via öffentliche Ausgaben oder expansive Geldpolitik als aus der Vergangenheit hinlänglich bekannten und nach der Theorie im Resultat jederzeit zu prognostizierenden Versuch werten, den Reallohn vorübergehend unter das Gleichgewichtsniveau zu senken; auf der Basis rationaler Erwartungen wird dieses Manöver durchschaut, das unvermeidliche Endergebnis in steigenden Nominalwerten, d. h. höheren Löhnen und Preisen antizipiert und damit der Beschäftigungseffekt auch kurzfristig verhindert. Ins Positive gewendet kann nach der „Neuen Klassik“ die Inflationsrate innerhalb kurzer Zeit ohne negative Rückwirkungen auf Realeinkommen und Beschäftigung reduziert werden.<sup>20</sup>

<sup>17</sup> *Sargent, Th. J., A Classical Macroeconometric Model for the United States, Journal of Political Economy* 1976, S. 213 f.

<sup>18</sup> Zu diesem Zusammenhang siehe: *Stein, J. L., Monetarist, Keynesian, and New Classical Economics, American Economic Review, Papers and Proceedings, May 1981, S. 139 f.*

<sup>19</sup> Verfolgt man die Literatur zur Rational Expectations Hypothese, wird man Johnson eine tiefe Einsicht in die akademische Welt (speziell die der USA) nicht absprechen können; er formulierte nämlich u. a. folgende Bedingung für den Erfolg einer neuen Theorie: „... the new theory had to have the appropriate degree of difficulty to understand. The new theory had to be so difficult to understand that senior academic colleagues would find it neither easy nor worth while to study, so that they would waste their efforts on peripheral theoretical issues, and so offer themselves as easy marks for criticism and dismissal by their younger and hungrier colleagues. At the same time, the new theory had to appear both difficult enough to challenge the intellectual interest of younger colleagues and students, but actually easy enough for them to master adequately with a sufficient investment of intellectual endeavour.“ *Johnson, a.a.O., S. 4 f.*

<sup>20</sup> „The New Classical Economics claims that anticipated monetary policy affects the price level quickly and systematically because, in the Quantity Theory equation, it has no systematic effects upon either the level of output or velocity. Inflation can be reduced quickly without mathematically ex-

Während diese Ansätze im übrigen darauf gerichtet sind, die theoretische Basis für eine keynesianische Beschäftigungspolitik zu widerlegen, enthält die „Neue Klassik“ mit der Aussage zur Inflationsbekämpfung ein für die Supply-side Economics wichtiges Element: Kann die Inflationsrate ohne negative Wirkungen für die Beschäftigung reduziert werden, dann ist insofern der eine Teil des Stagflationsproblems mit Hilfe der „richtigen“ Stabilitätspolitik zu lösen. Die angebotsorientierte Politik kann sich dann auf ihre eigentliche Aufgabe konzentrieren, nämlich die Stagnation zu überwinden.

Angeichts der Mängel der keynesianischen Theorie und der konträren Neuansätze könnte man versucht sein, von einem „Paradigmawechsel“ zu sprechen. Zum einen erscheint es aber fraglich, ob dieser von Kuhn für die Naturwissenschaften geprägte Begriff als adäquat für die Entwicklung der Nationalökonomie gelten kann.<sup>21</sup> Zum anderen heben selbst Autoren, die gewiß nicht als Keynesianer zu bezeichnen sind, die vor allem aus Übertreibungen resultierenden Schwächen der genannten „neuen“ Theorien hervor.<sup>22</sup>

### 2.3 Die ideologische Komponente

Zweifelsohne haben die im vorangehenden Abschnitt genannten Entwicklungen die Durchsetzung der Supply-side Economics begünstigt; offenbar hat sich im Zeitalter der schnellen und umfassenden Information auch der time lag verkürzt, mit dem theoretische Ideen Eingang in politisches Handeln finden. Allerdings dürfte es in diesem Zusammenhang schwierig sein, die Bedeutung der verschiedenen Ansätze richtig einzuschätzen, zumal — wie noch im einzelnen zu belegen ist — von

---

pected iatrogenic effects upon output and unemployment, if the monetary authority were publicly committed to a lower rate of monetary growth.“ *Stein*, a.a.O., S. 139.

<sup>21</sup> Kritisch etwa: *Streißler, E.*, Adam Smith — Der Adam oder nur Wachstum?, in: Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie I, Schriften des Vereins für Socialpolitik NF Band 115/I, hrsg. von Fritz Neumark, Berlin 1981, S. 13 f. und S. 51 f.

<sup>22</sup> So etwa Haberler: „Let me repeat once more, the rational expectations theories have made important contributions and have enhanced our knowledge of how the economy works. But they have, unnecessarily, exaggerated their claims and have gone too far beyond the post-Keynesian consensus. This is a pity, because there is no better way to damage a good cause than to overstate it. In summary, the post-Keynesian consensus still stands, fuzzy though it is on the edges like most concepts in social sciences.“ *Haberler, G.*, Notes on Rational and Irrational Expectations, in: Wandlungen in Wirtschaft und Gesellschaft, Festschrift für Walter Adolf Jöhr zum 70. Geburtstag, hrsg. von Emil Küng, Tübingen 1980, S. 281. (Unter dem postkeynesianischen Konsensus versteht Haberler im übrigen die Auffassung, daß die Phillips-Kurve langfristig, aber nicht kurzfristig als Senkrechte verläuft. *Haberler*, a.a.O., S. 273.)

einer geschlossenen Theorie der Supply-side Economics nicht die Rede sein kann.

Im übrigen dürfte das politische Durchsetzungsvermögen der Supply-side Economics nicht zu einem unbeträchtlichen Teil dem Einfluß von (aus der Sicht der akademischen Wissenschaft) Außenseitern zuzuschreiben sein. Diese wiederum betonen den ideologischen Kern des neuen Programms und versuchen eine Art philosophische Basis zu liefern. Friedman schlägt mit seinem Werk noch am ehesten eine Brücke zwischen den verschiedenen Richtungen, hat er doch neben seinem wissenschaftlichen Beitrag nicht zuletzt auch die Möglichkeit des Fernsehens und eines Bestsellers benutzt, um seine politischen Überzeugungen zu verbreiten.<sup>23, 24</sup>

Autoren wie Irving Kristol oder George Gilder übernehmen die wissenschaftliche Kritik am Keynesianismus und konzentrieren sich im übrigen vor allem auf den Angriff gegen die ständige Ausweitung der Staatstätigkeit. Der Versuch des Wohlfahrtsstaates, die Gefahren und Ungewißheiten des Lebens zu leugnen, zu unterdrücken und hinwegzuplanen, verletzt nicht nur den Geist des Kapitalismus, sondern die Natur des Menschen selbst.<sup>25</sup> Gegenüber dieser unheilvollen Entwicklung gilt es, das Rad der Geschichte zurückzudrehen. Zu dieser reaktionären Einstellung bekennt sich ausdrücklich Kristol: „So far from being new or revolutionary, supply-side economics is frankly reactionary. ‚Back to Adam-Smith‘ can be fairly designated as its motto. Not, however, in the sense of returning to some purist version of laissez-faire — all supply-siders agree (as would have Adam Smith, author of *The Theory of Moral Sentiments*) that, when a society is sufficiently affluent to provide a safety net for those unable to participate fully in the economy, we all have a moral obligation to see that such provision is made. ‚Back to Adam Smith‘ has to be understood, rather, as ‚Back to *The Wealth of Nations*‘ as the paradigm for economic reasoning...“<sup>26</sup>

<sup>23</sup> Friedman, M. and Rose, Free to Choose, New York 1981. (Das Buch trägt im übrigen den Untertitel: A Personal Statement.) Tobin charakterisiert die Rolle Friedmans folgendermaßen: „The logical connection of the monetarism of the 1960s to its ideological partners remain obscure. Their unity was less in logic than in the person of Milton Friedman, the powerful and persuasive protagonist of the several ideas.“ Tobin, J., The Monetarist Counter-Revolution Today — An Appraisal, The Economic Journal, March 1981, S. 34.

<sup>24</sup> Der Einfluß F. A. von Hayeks auf die Entwicklungen des intellektuellen Klimas in den USA ist gewiß subtiler und in der Kontroverse Supply-side Economics versus Demand Management nicht unmittelbarer Natur, insgesamt aber keineswegs zu unterschätzen.

<sup>25</sup> Gilder, G., Wealth and Poverty, New York 1981, S. 253.

<sup>26</sup> Kristol, I., Ideology and Supply-side Economics, Commentary, April 1981, reprinted in: Economic Impact, No. 35, 1981/3. S. 32. — Zu den dogmengeschichtlichen Hintergründen der Supply-side Economics siehe: Keleher,

Gleichzeitig wenden sich diese Autoren entschieden gegen die mathematisierte Welt der ökonomischen Theorie, von der etwa Kristol behauptet, sie habe die entscheidende Frage nach dem *Warum* der Dinge aus den Augen verloren und gebe sich der Illusion hin, eine objektive, exakte Wissenschaft zu werden<sup>27</sup>; von diesem Vorwurf nimmt er lediglich die Neo-Österreicher (mit F. A. v. Hayek an der Spitze) und die Neo-Marxisten aus.<sup>28</sup> In dieser Sicht versteht Kristol denn auch die Supply-side Economics als eine Art „humanistischer Rebellion“ gegen die mathematisch-mechanische Art der herrschenden ökonomischen Theorie.<sup>29</sup>

Im selben Tenor sieht Gilder Monetarismus und Keynesianismus im gleichen analytischen Konzept gefangen, während die Supply-side Economics das Denken in Geldmengen bzw. monetärer Nachfrage verläßt und die Produktionsseite der Wirtschaft betont.<sup>30</sup> Um die Produktivität und den innovatorischen Schwung der Vergangenheit wiederzugewinnen, muß sich Amerika auf seine alten Tugenden besinnen. „Work, Family, and Faith“ — das sind im Sinne dieser neokonservativen Philosophie die Säulen einer freien Wirtschaft und blühenden Gesellschaft.<sup>31</sup>

---

R. E. and Orzechowski, W. P., Supply-side Effects of Fiscal Policy: Some Historical Perspectives, Federal Reserve Bank of Atlanta, Working Paper Series, August 1980.

<sup>27</sup> Kristol, *ibid.* Ganz anders beurteilte Tobin das Verhältnis von Ideologie und neuer klassischer Makroökonomie: „The new doctrine has given a theoretical rationale for propositions that were previously matters of faith and empirical judgement.“ *Tobin*, a.a.O., S. 35.

<sup>28</sup> An anderer Stelle hält Kristol freilich Friedman wie v. Hayek vor, sie hätten die „nihilistische“ Lücke des Liberalismus nicht erkannt. *Kristol, I., Two Cheers for Capitalism*, New York 1978, S. 66 ff. (Als interessante Parallele siehe dazu die Kritik am Neo-Liberalismus von Seiten der katholischen Soziallehre: *Nawroth, E. E., Die Sozial- und Wirtschaftsphilosophie des Neo-liberalismus*, Heidelberg 1961, S. 203 ff. (und *passim*).

<sup>29</sup> *Kristol, Ideology ...*, a.a.O., S. 32.

<sup>30</sup> *Gilder*, a.a.O., S. 217 f. Trotz aller gelegentlicher Verbeugung vor dem Werk Friedmans äußert daher Gilder beißende Kritik am Monetarismus. So etwa: „Today money supply categories  $M_1$  and  $M_2$  multiply like guns, from  $M_3$  through 14, and finally to  $M_x$ ; they swirl from gold to oil to multinational grease; pop up as embossed plastic; drop briskly underground for a rare irregular run in cash, a monetary limbo; are bet and embosomed, baptized by tellers and statistically reborn in Eurodollars; are semiconducted through silicon to be stored in million-bit bubbles; and then are bounced off a satellite on to tax-free Caribbean beach, to be glitched by a cosmic ray before leaping to London for an overnight binge in commercial paper. Eventually they may even land in a New York bank seeming perfectly cool and collected and available for discipline by Paul Volcker.“ *Gilder*, a.a.O., S. 195.

<sup>31</sup> *Gilder*, a.a.O., S. 74.

### 3. Fragen zur Theorie der Supply-side Economics

Der vorangehende Abschnitt nannte mit dem Versagen des Keynesianismus vor den Problemen der siebziger Jahre eine wichtige, vermutlich die entscheidende Ursache für das Vordringen der Supply-side Economics. Unter der Annahme eines allgemeinen Konsenses, die herkömmliche Nachfragepolitik sei daher obsolet, ja schädlich geworden, könnte man damit eine etwaige politische Kehrtwendung für hinreichend erklärt ansehen. Nun ist aber weder selbst in den USA diese Auffassung über das Abdanken des Demand Management einhellig noch stellt die Politik der Reagan-Administration international gesehen den „Regelfall“ dar.

Darüber hinaus ist nach der positiven wissenschaftlichen Basis der angebotsorientierten Politik zu fragen. Bei der entsprechenden Suche lassen sich dann zwar einige wichtige theoretische Ansätze finden, die teilweise seit langem als fester Bestandteil der Nationalökonomie anzusehen sind, teilweise neuere Entwicklungen darstellen; von einer geschlossenen, umfassenden Theorie der Supply-side Economics kann jedoch nicht gesprochen werden. Welche Probleme sich daraus für die angebotsorientierte Politik ergeben, soll an zwei wichtigen Bereichen erläutert werden.

#### 3.1 Kreislauftheoretische Aspekte

Die Supply-side Economics zielt auf die Verbesserung der Produktionsbedingungen, eine „Revitalisierung“ der Wirtschaft ab; sie ist wachstumsorientiert und besitzt damit fraglos einen längerfristigen Zeithorizont. Zu klären ist folglich das Verhältnis zwischen (langfristiger) Angebotspolitik und (kurzfristiger) Nachfragepolitik.

Für die *extreme* Variante der Supply-side Economics existiert dieses Problem nicht. Als Begründung bieten sich folgende Argumente an:

(a) Der Versuch der Nachfragesteuerung ist zu unterlassen, weil auf diese Weise keine positiven realen Wirkungen erzielt werden können — so die Position der neuen klassischen Makroökonomie.

(b) Nachfragesteuerung ist (bestenfalls) überflüssig, weil der private Sektor grundsätzlich als stabil anzusehen ist; wegen ihrer immanenten Fehler erzeugt die staatliche Nachfragepolitik überhaupt erst die zyklischen Schwankungen, die sie angeblich bekämpft. Diese Auffassung wird von monetaristischer Seite vertreten.

(c) Die Angebotspolitik bedarf nicht der Ergänzung durch die Nachfragepolitik, weil die gesamtwirtschaftliche Nachfrage letztlich nur ein Reflex der Angebotsseite ist; eine angebotsorientierte Politik löst m. a. W.

zugleich auch die Probleme der Nachfrageseite. In dieser Aussage wird das Saysche Theorem zur kreislauftheoretischen Grundlage der Supply-side Economics.<sup>32</sup>

Um mit dem letzten Argument zu beginnen: Generationen von Nationalökonomern haben sich mit dem Sayschen Theorem und den verschiedenen Interpretationsmöglichkeiten kritisch auseinandergesetzt<sup>33</sup>, einen Verzicht auf jegliche Nachfragepolitik kann man mit dem Hinweis auf das Theorem wohl kaum begründen. Ähnlich wenig geeignet erscheinen die beiden übrigen unter (a) und (b) genannten Thesen, um derart weitgehende wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen theoretisch hinreichend abzusichern.<sup>34</sup> Ganz davon abgesehen wäre vom Standpunkt der extremen Supply-sider aus erst das Problem einer operationalen Definition einer „konjunkturneutralen“ Finanz- und Geldpolitik befriedigend zu lösen, um die Forderung nach einer „reinen“ Angebotspolitik in die Tat umsetzen zu können.

Eine demgegenüber *gemäßigte* Variante der Supply-side Economics geht zwar vom prinzipiellen Vorrang der Angebotspolitik aus, räumt jedoch die Möglichkeit ein, daß Maßnahmen der Nachfragesteuerung ergänzend notwendig werden können. Diese Position wird in der Bundesrepublik vom Sachverständigenrat vertreten, der sich sowohl von einem „strengen Monetarismus“ als auch von einem „angebotspolitischen Optimismus“ distanziert, „wie ihn die amerikanische Regierung eine Politik wagen läßt, die ganz auf die Möglichkeit eines virtuosen Expansionsprozesses mit rascher Autokonsolidierung rigoroser Steuerensenkungen setzt“.<sup>35</sup> Damit steht der Rat vor dem Problem, die Aufgaben der Angebots- und Nachfragepolitik adäquat voneinander abzugrenzen und Kriterien zu entwickeln, mit deren Hilfe die entsprechenden Maßnahmen aufeinander abgestimmt werden können.

---

<sup>32</sup> „Say's Law in all its variations is the essential enactment of supply-side theory.“ *Gilder*, a.a.O., S. 40.

<sup>33</sup> Dazu: *Say*, J.-B., *Traité d'économie politique*, seconde édition, Paris 1814, S. 1843 ff. — Kritisch: *Carell*, E., *Allgemeine Volkswirtschaftslehre*, 14. Auflage, Heidelberg 1972, S. 665 f.; *Schumpeter*, J. A., *Geschichte der ökonomischen Analyse*, Erster Teilband, Göttingen 1965, S. 752 ff.; *Würgler*, H., *Malthus als Kritiker der Klassik*, Winterthur 1957, S. 96 ff.

<sup>34</sup> Das Verhältnis der genannten drei Argumente zueinander in einer theoretischen Begründung der Supply-side Economics ist im übrigen nicht leicht zu bestimmen. Einmal deshalb, weil die verschiedenen Richtungen der Supply-side Economics untereinander teilweise heftige Meinungsverschiedenheiten austragen — siehe etwa die erwähnte Kritik am Monetarismus. Zum anderen bleiben auch die theoretischen Bezüge selbst unklar; so wäre etwa zu fragen, wie sich die Ansicht von der Priorität der Produktionsseite nach dem Sayschen Theorem zur monetaristischen These von der Dominanz der monetären Impulse verhält.

<sup>35</sup> Sachverständigenrat, *Investieren für mehr Beschäftigung*, Jahresgutachten 1981/82, Stuttgart 1981, S. 13.

Nach dem im Jahresgutachten 1976/77 geäußerten Tenor schien dies noch relativ einfach: Die kurzfristig ausgerichtete Globalsteuerung sollte dafür sorgen, daß das bestehende Produktionspotential möglichst gleichmäßig und hoch ausgelastet ist, während die mittelfristig angelegte angebotsorientierte Politik ergänzend (!) die Bedingungen für das Investieren und den Wandel der Produktionsstruktur verbessern sollte.<sup>36</sup> Inzwischen ist der Rat jedoch der Meinung, daß die herkömmliche Zuordnung „Konjunkturpolitik ist Nachfragepolitik, Wachstumspolitik ist Angebotspolitik“, so nicht mehr gilt.<sup>37</sup> Nach allgemeiner Ansicht hätten im übrigen wegen der schockartigen Angebotsstörungen und wegen der zwangsläufig inflatorischen Folgen die Nachfragepolitik an Boden verloren und das Gewicht der Angebotspolitik zugenommen.<sup>38</sup>

Soweit deckt sich die Position des Rates mit der bereits beschriebenen allgemeinen Entwicklung. Nachdem der Rat aber die Nachfragepolitik nicht schlechthin für obsolet erklärt, hat er die Aufgabe zu lösen, das Verhältnis zwischen Angebots- und Nachfragepolitik aus „neuer Sicht“ zu bestimmen. Schon die differenzierende Diagnose nach angebots- und nachfrageseitigen Störungen stößt jedoch auf kaum zu bewältigende Schwierigkeiten, der Rat räumt selbst die große Gefahr von Fehldiagnosen ein.<sup>39</sup>

Die Angebotspolitik, die grundsätzlich auf längerfristige Wirkung angelegt ist, kann aber auch kurzfristig positive Wirkungen erzielen, soweit sie über vertrauensschaffende Maßnahmen die Investitionsneigung verbessert. Diese Argumentation muß den keynesianischen Einwand von den pessimistischen Absatzerwartungen bei schwacher Gesamtnachfrage provozieren.<sup>40</sup> Der Rat hält dieser Ansicht den Hinweis auf — das Saysche Theorem gegenüber! Die Nachfrage entsteht nicht unabhängig

<sup>36</sup> Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1976/77, S. 127.

<sup>37</sup> Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1981/82, S. 140 ff. „Bei den einen hat sich längerfristiger Nachfragepessimismus in die Wachstumspolitik eingemischt und zur Forderung nach dauerhafter Nachfragestützung durch den Staat geführt. Die anderen drängen darauf, wegen massiv gestörter Angebotsbedingungen auch akute Gleichgewichtsstörungen der Volkswirtschaft nicht mehr als Konjunkturprobleme zu behandeln, auf die aktive Konjunkturpolitik vielmehr überhaupt zu verzichten und sich ganz auf die Angebotsseite zu konzentrieren.“, *ibid.*, S. 141.

<sup>38</sup> *Ibid.*

<sup>39</sup> Sachverständigenrat, a.a.O., S. 141. Siehe auch: *Sievert*, a.a.O., S. 810 ff. In der kontraproduktiven Wirkung einer auf eine solche Fehldiagnose zurückgehenden Nachfragepolitik sieht *Sievert* eine Überlegenheit der Angebotspolitik begründet. *Sievert*, a.a.O., S. 826.

<sup>40</sup> Bei der Stabilisierung der Ertragserwartungen, bevor sich die Erträge stabilisiert haben, sieht *Riese* denn auch die Ratio für die Nachfragepolitik. *Riese*, *H.*, Wirtschaftspolitik unter dem Regime der Stagnation. Bemerkungen zu einem Symposium des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Konjunkturpolitik, Viertes Heft 1981, S. 244 f.

vom Angebot, Angebot und Nachfrage entwickeln sich zu großen Teilen im Gleichschritt, in wichtigen Teilen des Marktgeschehens hat das Angebotshandeln sogar einen Vorlauf. „Es genügt, daß das einzelne Unternehmen darauf setzt, sich im Produkt- und Preiswettbewerb zusätzliche Nachfrage sichern zu können. Und dies ist kein Nullsummenspiel, in dem der eine nur gewinnen kann, was ein anderer verliert. Der Einkommenseffekt expansiver Angebotshandlungen sorgt dafür, daß die Gruppe im Ganzen gewinnt. . . . Das Theorem, nach dem das Angebot sich seine Nachfrage schafft, ist nicht deshalb so wertvoll, weil es eine Gleichgewichtsverheißung enthält, sondern weil es aufzeigt, warum es Sinn hat, auf der Angebotsseite fördernd einzugreifen. Weil ‚das Angebot in der Führungsrolle‘ für die wirtschaftliche Dynamik so bedeutsam ist, namentlich das Investieren derjenigen, die trotz oder gerade wegen einer akut schlechten Absatzlage etwas Neues wagen, und weil es derzeit nicht genug davon gibt, sollte man hier fördern.“<sup>41</sup>

Nach diesem Bekenntnis zur praktischen Relevanz eines seit jeher besonders umstrittenen Theorems und der erstaunlichen „Vermählung von Schumpeter und Say“ überrascht das wenig später folgende Plädoyer für eine Doppelstrategie von Angebots- und Nachfragepolitik um so mehr.<sup>42</sup> Den Gedanken, ein höheres Defizit der öffentlichen Haushalte um 7 Mrd. DM zur Finanzierung von öffentlichen Investitionen und zur Förderung privater Investitionen (in Höhe von je 3,5 Mrd. DM) einzugehen, bezeichnet der Rat als wachstumspolitische Maßnahme und läßt dabei offen, ob er sie der Angebots- oder der Nachfragepolitik zu-rechnet.<sup>43</sup>

Die Überlegungen des Rates belegen die Schwierigkeiten, eine „Theorie der gemäßigten Supply-side Economics“ zu entwickeln. Ein kurzer Blick auf die Situation in den USA lehrt, daß die dort praktizierte wesentlich „radikalere“ Variante jedoch vor den gleichen Problemen steht.

Die Steuersenkungen wurden ausdrücklich damit begründet, daß dadurch die relativen Preise beeinflußt werden: Die Herabsetzung des marginalen Steuersatzes erhöht einerseits die Kosten der Freizeit und des Konsums, vergrößert andererseits die Nettoerträge aus Arbeit und Kapitalvermögen. Als Folge dieser Verschiebung in der relativen Attraktivität privater Aktivitäten wird daher ein Anstieg des Angebots an Arbeit und an Sparkapital erwartet.<sup>44</sup> Mit dieser Argumentation

<sup>41</sup> Sachverständigenrat, a.a.O., S. 143.

<sup>42</sup> Sachverständigenrat, a.a.O., S. 144.

<sup>43</sup> Sachverständigenrat, a.a.O., S. 158.

<sup>44</sup> Siehe etwa: *Barth, J. R., The Reagan Program for Economic Recovery: Economic Rationale*, Federal Reserve Bank of Atlanta, Economic Review, September 1981, S. 4 ff.



heben sich die Supply-siders dezidiert vom keynesianischen Konzept einer Nachfragesteuerung via Steuersenkung ab.<sup>45</sup> Nun kann man aber mit einer anderen Begründung von Steuersenkungen die Möglichkeit von Nachfragewirkungen via Budgetdefizit nicht einfach hinweginterpretieren, unter rein angebotspolitischem Aspekt kann man allenfalls die Art der Steuersenkung diskutieren.

Auf Grund der Einnahmehausfälle, hervorgerufen durch Steuersenkungen und Rezession, wird inzwischen für 1982 mit einem Budgetdefizit in der Rekordhöhe von 100 Mrd. Dollar gerechnet. Die von dem Defizit ausgehenden Kreislaufwirkungen stellen den rein angebotspolitisch motivierten Kurs der Regierung vor ein gravierendes Dilemma: Bleibt die Notenbank bei ihrem stabilitätsorientierten Geldmengenziel, ist mit der erhofften Abkehr von den hohen (realen) Zinssätzen auf absehbare Zeit nicht zu rechnen; würde die Notenbank dagegen via Geldmengenausdehnung die Finanzierung des Defizits erleichtern, bedeutete dies das Ende der Inflationsbekämpfung und damit einen Bruch mit einem der vier Elemente des Programmes, — auf Dauer gesehen verbunden mit noch höheren Zinssätzen.

Aus diesem Zusammenhang folgt die Faszination, die offenbar von der Laffer-Verheißung ausgeht, würde doch ein „automatischer“ rascher Abbau des Defizits, hervorgerufen durch eine auf die Steuersenkung zurückzuführende Belebung der Wirtschaft, die Supply-side Economics aus diesem Dilemma befreien. Ob dieses „Wunder“ nun eintritt oder nicht, für die Theorie der Supply-side Economics läßt sich folgendes Problem konstatieren: Auch eine radikale Angebotspolitik, die Nachfragewirkungen vernachlässigt und ein ergänzendes Demand Management strikt ablehnt, kann die Kreislaufzusammenhänge nicht außer Kraft setzen. Für die Wirkung angebotspolitischer Maßnahmen spielt die konjunkturelle Lage eine entscheidende Rolle, für einen zielgerechten Einsatz kommt es auch auf die Reihenfolge und die Größenordnungen an, in denen Ausgabenkürzungen und Steuersenkungen beschlossen werden. Damit steht auch die radikale Supply-side Economics vor Problemen des richtigen timings und der richtigen Dosierung, Problemen, die ohne kreislauftheoretische Analysen nicht zu lösen sind. Die Hoffnung auf das Wirken des Sayschen Theorems reicht allein wohl kaum aus.

Schließlich kann sich die Supply-side Economics auch nicht den — positiven wie negativen — Einflüssen der Erwartungen entziehen. Gerade die Situation in den USA mit der skeptischen Einstellung Wall Streets gegenüber den Erfolgchancen der Reagan'schen Politik und die

---

<sup>45</sup> Siehe z. B. *P. C. Roberts* in: *Supply-side Economics: A Symposium, Economic Impact*, No. 37, 1982/1, S. 51, S. 53.

Folgen, die aus dieser Skepsis für die Zinsentwicklung resultieren, verdeutlichen diesen Zusammenhang. Eine Theorie der Supply-side Economics, die diesen Namen verdient, kann sich deshalb nicht darauf beschränken, (unter anderem) mit dem Hinweis auf die Hypothese der rationalen Erwartungen die Möglichkeiten der Nachfragepolitik zu negieren, ansonsten aber die Unterstützung der Angebotspolitik durch „positive“ Erwartungen mehr oder weniger als gegeben zu unterstellen.<sup>46</sup>

### 3.2 Ordnungspolitische Aspekte

In ordnungspolitischer Hinsicht wirft die Supply-side Economics vielfältige Fragen auf. So wäre es interessant zu untersuchen, welche Gemeinsamkeiten bzw. Unterschiede zwischen den Konzepten der Supply-side Economics und der Sozialen Marktwirtschaft bestehen.

Im folgenden sollen lediglich einige ordnungspolitische Probleme der Angebotspolitik angesprochen werden, die sich im Vergleich mit der Nachfragepolitik ergeben. Wie die Angebotspolitik sei in diesem Zusammenhang auch die „Nachfragepolitik“ als eine umfassende wirtschaftspolitische Konzeption verstanden, die nicht nur durch ein konjunkturpolitisches Demand Management, sondern auch durch eine wohlfahrtsstaatliche Komponente geprägt ist.

Als erstes stellt sich die Frage, unter welchen Bedingungen die Supply-side Economics als Wahlprogramm eine Chance hat, die Mehrheit zu finden, vorausgesetzt, der Wirtschaftspolitik kommt überhaupt derart zentrale Bedeutung zu. Den konkreten Versprechungen, welche die Nachfragepolitik für die verschiedenen Gruppen verkündet, kann die Angebotspolitik nur die allgemeine Verheißung entgegenhalten, die — aus politischer Sicht — anonymen Kräfte des Marktes würden unter den entsprechenden Voraussetzungen insgesamt wesentlich bessere Ergebnisse bringen. Allein schon aus dieser Überlegung könnte man einen „bias“ in den westlichen Demokratien zugunsten der Nachfragepolitik ableiten.<sup>47</sup> In der Beschäftigungsfrage etwa argumentiert

---

<sup>46</sup> An dieser Stelle ist auf einen kritischen Einwand Arrows gegenüber der Theorie der rationalen Erwartungen zu verweisen: In einem dezentralisierten Marktssystem verfügen die Wirtschaftssubjekte über individuelle, differenzierte Informationen, aus denen sie vermutlich unterschiedliche Erwartungen für ihre wirtschaftliche Situation ableiten und entsprechend unterschiedliche Aktivitäten entwickeln. *Arrow, K. J., The Future and the Present in Economic Life, Economic Inquiry, April 1978, S. 163 ff.* Zu analysieren, inwieweit sich aus dieser Sachlage etwa ein komparativer Vor- oder Nachteil für die Angebotspolitik gegenüber der Nachfragepolitik ergibt, gehört ebenfalls zu den Aufgaben, die bisher noch nicht einmal als solche formuliert wurden.

<sup>47</sup> Näheres siehe bei: *Frey, B. S., Theorie demokratischer Wirtschaftspolitik, München 1981, S. 135 ff.*

die Nachfragepolitik mit dem „sicheren“ Zusammenhang zwischen zusätzlichen öffentlichen Ausgaben und den dadurch geschaffenen Arbeitsplätzen. Die Angebotspolitik steht gegenüber diesem Anspruch zunächst einmal in der Defensive, indem sie auf die Fragwürdigkeit solcher Versprechungen verweist und für Abstinenz von solchen beschäftigungspolitischen Programmen plädiert — ob das Publikum die Problematik der per staatlicher Nachfrage „künstlich“ geschaffenen Arbeitsplätze durchschaut, bleibt dahingestellt.<sup>48</sup> Positiv kann die Angebotspolitik nur auf bestimmte Erfahrungen der Vergangenheit und die generelle Überzeugung von der Überlegenheit der Marktwirtschaft verweisen. Die „exakte“ Prognose: Wo, wann und in welcher Zahl neue Arbeitsplätze als Folge dieser Politik geschaffen werden (und alte erhalten bleiben), ist der Angebotspolitik wesensfremd. Wenn sich die Supply-side Economics im politischen Wettbewerb der gleichen quantitativen Verheißungen wie die Nachfragepolitik bedient, bestätigt dies nur den erwähnten bias; ob die Überzeugungskraft angebotspolitischer Argumente durch Übernahme dieser Methoden auf Dauer gestärkt wird, erscheint zumindest fraglich.<sup>49</sup>

Existiert dieser „Attraktivitätsvorteil“ der Nachfragepolitik, dann hat die Angebotspolitik in einer Demokratie nur die Chance akzeptiert zu werden, wenn sich die Versprechungen der Nachfragepolitik so offenkundig nicht erfüllt haben, daß die Mehrheit der Bevölkerung einen Versuch mit der Alternative wünscht; je deutlicher das Versagen der Nachfragepolitik, desto eher dürfte das vermeintliche Risiko einer radikalen Variante der Angebotspolitik akzeptiert werden.

Damit tritt eine dezidierte Angebotspolitik unter widrigen Umständen an, die von der Nachfragepolitik herbeigeführt wurden und die zwar politische Vorbedingung für den Wählerauftrag sind, aber auch die eigene Aufgabe erschweren. Die Supply-side Economics als grundsätzlich langfristig orientiertes Konzept steht daher schon von Beginn an unter dem Damoklesschwert des nächsten Wahltermins.<sup>50</sup> Aus dieser Perspektive spricht vieles dafür, die notwendigen einschneidenden

---

<sup>48</sup> Gilder charakterisiert entsprechende Beschäftigungsprogramme der Carter-Administration als „Make-Work Illusion“, durch die keine dauerhaften, auf Leistung beruhenden Arbeitsplätze geschaffen wurden. *Gilder*, a.a.O., S. 153 ff.

<sup>49</sup> So verkündete etwa Präsident Reagan in seiner oben erwähnten Rede: „If enacted in full, our program can help America to create 13 million new jobs, nearly three million more than we would without these measures.“ A.a.O., S. 8.

<sup>50</sup> Der Zeitdruck wird durch „Zwischenwahlen“ noch verstärkt. In den USA wird Präsident Reagan wegen der Wahlen des Jahres 1982 von eigenen Anhängern heftig bedrängt, die langfristige Perspektive seines Programms zugunsten kurzfristiger orientierter Entscheidungen zu durchbrechen.

Maßnahmen gleich am Anfang zu treffen, damit die unausbleiblichen Anpassungshärten überwunden sind und die positiven Auswirkungen noch rechtzeitig sichtbar werden. In der Frage: Gradualismus oder Schocktherapie spricht unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten ohnehin wenig für eine Politik der Trippelschritte.<sup>51</sup>

Sofern es der Angebotspolitik nicht gelingt, innerhalb der fraglichen Zeitspanne die notwendigen Erfolge zu erzielen, zeichnet sich der Verlust der nächsten Wahl und die Wiederkehr der Nachfragepolitik ab. Aus der Sicht der Supply-side Economics tragisch zu nennen ist die Tatsache, daß die in der Zwischenzeit getroffenen angebotspolitischen Maßnahmen die Erfolgchancen einer anschließenden Periode der Nachfragepolitik erheblich verbessern, die Angebotspolitik kann möglicherweise — zumindest vorübergehend — die Nachfragepolitik überhaupt erst aus der Sackgasse herausführen, in die sie sich selbst gebracht hatte.

Aus diesem Zusammenhang folgt für die Supply-side Economics das Dilemma, entweder in Treue zum eigenen Konzept notfalls die als sicher zu erwartende Wahlniederlage zu akzeptieren, oder rechtzeitig selbst auf nachfragepolitische Maßnahmen umzuschalten, um über ein ökonomisches Zwischenhoch die Wahlchancen zu verbessern und den Verlust der Macht zu verhindern. Es sei dahingestellt, welche Variante der Idee der Angebotspolitik abträglicher ist.

Sofern die Supply-side Economics in den Augen der Wähler gescheitert ist, dürfte der Schaden für dieses Konzept weit in die Zukunft reichen; selbst in der Partei, die sich vorher dazu bekannt hat, dürfte diese Richtung zunächst erheblich an Boden verlieren.

Neue Chancen für die Supply-side Economics könnten sich erst wieder aus eklatanten Mängeln einer zwischenzeitlich praktizierten Nachfragepolitik ergeben. Während eine tatsächlich oder nur scheinbar erfolgreiche Nachfragepolitik die Herausforderung der Angebotspolitik kaum zu erwarten, keinesfalls zu fürchten hat, kann sich die Supply-side Economics aber selbst im Erfolgsfalle des erneuten Wählerauftrages kaum sicher sein, vermag die Nachfragepolitik doch immer auf der Basis des angebotspolitisch bewirkten generellen Wohlstandes gegenüber bestimmten Gruppen gezielt mit speziellen Versprechungen aufzutreten und auf diese Weise gegebenenfalls selbst eine insgesamt erfolgreiche

---

<sup>51</sup> Zur Deregulierung vertritt Kahn, der Vorsitzende des Civil Aeronautics Board, auf Grund seiner Erfahrungen die Ansicht „that the only way to move is fast. The way to minimize distortions of the transition . . . is to make the transition as short as possible.“ Kahn, A. E., *Applications of Economics to an Imperfect World*, American Economic Review, Papers and Proceedings, May 1979, S. 12.

angebotsorientierte Regierung abzulösen — der erwähnte bias wird von daher noch verstärkt.<sup>52</sup>

#### 4. Schlußbemerkung

Bleibt also das Fazit aus diesen Überlegungen, daß die Supply-side Economics theoretisch mangelhaft begründet und politisch ohne Perspektive sind? Gewiß kann man nicht von einem geschlossenen theoretischen Konzept der Supply-side Economics sprechen, doch wäre es mehr als voreilig, daraus bereits eine prinzipielle Unterlegenheit gegenüber der keynesianisch begründeten Nachfragepolitik abzuleiten. Mit dem Verdikt über die theoretische Basis sollte man vorsichtig umgehen, vor allem solange nicht geklärt ist, was in diesem Zusammenhang unter „Theorie“ verstanden wird. Vermutlich erweist sich das Konzept der Supply-side Economics als „sperrig“ gegenüber dem, was man heute allgemein als „moderne Theorie“ bezeichnet — d. h. ein aus rigorosen Prämissen unter erheblichem formalen Aufwand abgeleiteter strikter Begründungszusammenhang. Zum einen steht es auf dieser Ebene um das theoretische Fundament der Nachfragesteuerung auch nicht gerade zum Besten, wie die verschiedenen neuen Ansätze zeigen, zum anderen kann in der praktischen Anwendung eine formal weniger anspruchsvolle, aber im Horizont weitergreifende Theorie nicht a priori als unterlegen bezeichnet werden.<sup>53</sup>

Ein Urteil über die langfristige politische Perspektive zu fällen hieße die Spekulation denn doch zu weit treiben. Daher nur eine Bemerkung: Wenn die Theorie der rationalen Erwartungen einen allgemeinpolitisch relevanten Kern besitzt, dann könnte von einem verbesserten Informationsstand aus die Nachfragepolitik ihren Attraktivitätsvorteil schneller verlieren als dies heute noch möglich erscheint — vorausgesetzt allerdings, die Medien verhindern den Abbau des genannten bias nicht durch verzerrte Information.

---

<sup>52</sup> Eine Korrektur im Sinne der „Chancengleichheit“ der beiden Konzepte wäre wohl nur durch Bestimmungen der Verfassung zu erreichen, die den Machtspielraum der jeweiligen Regierung beschränken. Zur generellen Problematik siehe: v. Hayek, F. A., *Recht, Gesetzgebung und Freiheit*, Band 3: *Die Verfassung einer Gesellschaft freier Menschen*, München 1981, S. 145 ff.

<sup>53</sup> Siehe zu diesem Aspekt auch Klotten, der zunächst Kristol mit der Bemerkung zitiert: „Economists do not understand political economy; they make no distinctions between economy and society ... Mr. Reagan does not understand economics, but he knows the winning game“ — und fügt dann hinzu: „Ist aber schon deswegen das, was sich in den USA heute vollzieht, nicht mehr rational?“ *Klotten, N.*, Informationsbedarf der Wirtschaftspolitik, Vortrag vor dem Verein für Socialpolitik, abgedruckt in: *Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln*, Nr. 88 vom 8. 10. 1981, S. 8.